DAS JANUSGESICHT DER DEUTSCHEN SOZIAL-DEMOKRATIE

Eine wehrpolitische Auseinandersetzung

von Alfred Bornhardt

In dieser Schrift weist der Verfasser, der infolge der gegebenen politischen Verhältnisse unter einem Pseudonym schreiben mußte, an Hand authentischen Materials nach, daß das deutsche Drama in entscheidender Weise auf die seit ihrem Bestehen zwiespältige und undurchsichtige Haltung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Wehrpolitik zurückzuführen ist. Es ist die Tragik der letzten Jahrzehnte deutscher Geschichte, daß die Soldaten und die politische Arbeiterbewegung sich allzu oft mit einem tief ausgeprägten Mißtrauen gegenübergestanden haben. Es ist sehr schmerzlich, erkennen zu müssen, daß die weltanschaulich wie der Kommunismus im Marxismus wurzelnde Sozialdemokratie aus extrempazifistischen Gründen wie auch aus ihren Bindungen an die Internationale zu allen Zeiten dem Staate verweigerte, was nun einmal in jedem Land ein unabdingbares Merkmal staatlicher Souveränität ist: die Mittel zur Aufrechterhaltung einer der zentralen Lage Deutschlands angemessenen Armee.

Wie ist eine solche Haltung einer politischen Partei überhaupt denkbar? Der Verfasser beantwortet diese Frage in

Alfred Bornhardt: Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie

ALFRED BORNHARDT

Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie

Eine wehrpolitische Auseinandersetzung

SÜD-WEST-VERLAG STUTTGART

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1953 by Süd-West-Verlag Stuttgart Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 7

Einleitung 12

Vom ersten Parteiprogramm bis zum ersten Weltkrieg 17

Die Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg 45

a) Der vierte August 45

b) Das Ende der Internationale 51

c) Bis zur Spaltung 59

d) Von der Spaltung bis zur Revolution 71

In den Revolutionswirren 81

Der Versailler Vertrag 98

Von Versailles bis Hitler 111

Nach dem Zusammenbruch 148

Die Haltung der Gewerkschaften 182

Selbständig Politisch Denken 202

Biographische Angaben 207

Literatur-Verzeichnis 217

VORWORT

Das politische Leben in der deutschen Bundesrepublik leidet unter der auch ihrer politischen Führung bekannten Erscheinung, daß die Jugend sich weitestgehender Zurückhaltung in der politischen Mitarbeit befleißigt. Der deutsche Bundeskanzler selbst hat es als seine größte Sorge bezeichnet, daß „weite Kreise des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Jugend, dem Staate ablehnend gegenüberstünden".

In der Tat, es ist kein Zweifel möglich, daß das deutsche Schicksal von der Haltung der waffenfähigen jungen Mannschaft bestimmt werden wird. Dr. Kurt Schumacher, der verstorbene Parteichef der deutschen Sozialdemokratie, verkündete wohl kaum eine neue Weisheit, als er auf einem Parteitag seiner Partei sagte, daß „es heute in Deutschland und Europa gar nicht mehr um die ältere oder die mittlere Generation gehe, sondern um die Generation, die nach uns komme". Während die revolutionären Bewegungen des Nationalsozialismus und Bolschewismus die junge Generation in ihren Bann zogen und auf den Wogen ihrer Gläubigkeit und ihres Opferwillens die Macht im Staate erkämpften und behaupteten, ist ein auch nur annähernd vergleichbarer Erfolg den Willensträgern des heutigen Staates versagt geblieben. Wird das junge Deutschland den gleichen Weg einschlagen, den die kämpfende Generation des ersten Weltkrieges nach 1918 beschritten hat? Überraschen sollte ein solcher Entschluß vor allem jene politischen Kräfte nicht, die von 1918 bis 1933 Zeit und Gelegenheit im Überfluß hatten, das deutsche Volk von ihren politischen Qualifikationen zu überzeugen.

Die Forderung der Siegermächte auf einen deutschen Beitrag zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft durch Aufstellung militärischer Streitkräfte zwingt nun die vor den Toren des Staates stehende Generation ebenso wie die politisch Verantwortlichen im westlichen Teilstaat, diese Frage mit ihren Problemen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, zumal sie, nach einem Wort Francois-Poncets, „außerhalb Deutschlands aufgeworfen, von außen an Deutschland herangetragen und von außen den Gemütern der Deutschen auferlegt worden ist". Wo steht die deutsche Jugend, der wieder einmal die Last des Soldatspielens und die Bereitschaft zu einem neuen Einsatz von Blut und Leben aufgebürdet werden soll? Wer sich mit der psychologischen Seite dieses Problems befaßt hat, wird zugeben müssen, daß die h e u t e so verpönte

Parole des „Ohne mich" nicht mit Gleichgültigkeit, Zynismus oder Egoismus zu erklären ist. Wer so verfahren wollte, wäre nicht nur ein schlechter Psychologe, sondern auch ein oberflächlicher Politiker, der mit dieser Auffassung nur beweisen würde, daß ihm solche Vorwürfe eher angepaßt wären als jenen Millionen junger Menschen, die ihre Opferbereitschaft mehr als genug und mehr als einmal in den letzten Jahrzehnten vor aller Welt bewiesen haben und deren Arbeits- und Aufbauwille nach unparteiischen Bekundungen unbestreitbar ist. Wenn die deutsche Jugend also nicht „schlecht" ist — wer wagt es, diese Behauptung in Zweifel zu ziehen? —, wo liegen dann die Ursachen für die berechtigte Klage des deutschen Bundeskanzlers, daß „weite Kreise der deutschen Jugend dem Staate ablehnend gegenüberstünden"?

Diese Schrift gibt eine Antwort. Die Themenstellung zeigt, daß es nur eine Teilantwort sein kann. Wer aus Verängstigung, aus Müdigkeit, aus Resignation oder einem sonstigen Grunde grundsätzlich ein Anhänger des „Ohne mich" ist oder als politischer Vegetarier sich zu vornehm dünkt, eine kräftige, nichtsdestoweniger sachliche politische Hausmannskost zu genießen, der lasse seine Hände von diesem Buch, das in der Sache und seinem Ziel ein Bekenntnis zu Volk, Staat und Europa ist. Sein Geist ist nicht aus billigem und fruchtlosem Ressentiment, sondern aus dem Bewußtsein der Verantwortung eines jeden Deutschen für sein Tun und Handeln und des Ernstes der gegenwärtigen Situation geboren. Die Forderung auf einen als möglich gesehenen dritten Einsatz deutschen Blutes ist nun einmal im Hinblick auf die Ereignisse nach 1945 notwendigerweise an die Schaffung von Voraussetzungen gebunden, ohne die der beschrittene Weg nur als ein neuer Marsch in den Abgrund, in das „finis Germaniae" bezeichnet werden muß. Diese Behauptung ist hart. Um so unausweichlicher ist daher eine gründliche und saubere Auseinandersetzung. Es geht um das Schicksal jedes einzelnen von uns und um die sachliche Aufklärung des Staatsbürgers, ohne dessen Seele, Herz und körperlichen Einsatz die an uns gestellte Forderung nicht realisierbar ist. Jeder Deutsche ist daher verpflichtet, über seinen eigenen Standpunkt Klarheit zu gewinnen.

In der Frage, wie der Friede erhalten werden kann, wie der Staat, wie insbesondere die politischen Führer eines Staates beschaffen sein müssen, damit in einem als unvermeidbar erkannten Ernstfall Weib und Kind, Volk und Heimat mit Aussicht auf Erfolg verteidigt werden können, wird ein Vogel-Strauß-Verhalten zu einem selbstmörderischen Unternehmen. Hier muß Farbe bekannt werden. Dies ist der erste Vorwurf, den wir erheben, daß das deutsche Volk wiederum zu einem politischen Eunuchentum erzogen worden ist. In dem eingepeitschten, aber irrigen Glauben befangen, zum eigenen und der Welt Unglück immer nur die Rolle des schwarzen Schafes gespielt zu haben, ist es angesichts eines erhobenen Zeigefingers nur zu bereit, alles zu tun, was man von ihm verlangt. „Nie hat es eine Nation gegeben, welche den unmittelbaren Druck, den eine andere gegen sie ausübt, anders erwidert als mit Haß und Feindschaft. Nur wir haben diese Afterweisheit, diesen Narren-

stolz, der sich einbildet, eine Krone zu tragen, während er eine Sklavenkette schleppt.“

Der Ablauf der Geschichte hat Clausewitz bisher nicht widerlegen können. Jede Nation, auch eine besiegte, setzt ihren höchsten Stolz in das Streben, sich Selbstbewußtsein und Selbstachtung nicht rauben zu lassen. Obwohl dieser Versuch bis zur Evidenz unternommen wurde, hat sich das deutsche Volk bis zur Stunde von Haß und Feindschaft freigehalten. Diese Geduld wird zu Ende gehen, sofern uns in absehbarer Zukunft Einheit und Freiheit nicht zurückgegeben werden.

Das Leben der Völker hat kein Beispiel, daß der grundsätzliche und freiwillige Verzicht einer Nation auf das völkerrechtliche Grundrecht der Selbstverteidigung ein Volk aus den Tiefen eines geistigen und materiellen Zusammenbruchs zu Wiederaufstieg und Freiheit führt. Freiheit und Macht schließen einander nicht aus. Unantastbar ist die uralte Erkenntnis, daß Freiheit, Ansehen und Würde der Nationen nur dann Bestand haben, wenn alle Volksglieder diese unverzichtbaren Güter zu verteidigen bereit und in der Lage sind. Ein Volk, das nicht gewillt ist, seien es auch nur Reste seines völkischen und staatlichen Daseins zu verteidigen bzw. Einheit und Freiheit wiederzugewinnen, ist reif, von der historischen Bühne abzutreten.

Politische Führer eines in seiner Geschichte stets wehrhaften und wehrwilligen Volkes aber, die diese ewigen Grundsätze nicht nur verworfen, sondern den Opfergang der eigenen Söhne mit Diffamierung, Beleidigung und Verfolgungen schlimmster Art belohnt oder widerstandslos diesen Diskriminierungen zugesehen haben, sind unwürdig, einer in ihrem Kern anständig gebliebenen Nation weiterhin vorzustehen oder einen Führungsanspruch zu erheben. Ihre chamäleonhafte Wandelbarkeit des politischen Habitus disqualifiziert sie, die Jugend und die von ihnen Verfolgten und Ausgestoßenen zu neuem Waffendienst aufzurufen. Ob hier Gutgläubigkeit, Illusion, Dummheit oder Charakterlosigkeit gewaltet haben: Der Anspruch auf Führung einer zu Einheit und Freiheit drängenden Nation ist verloren. Europa kann weder von Fremdenlegionären verteidigt noch darf es in einem Verteidigungskrieg von grundsatzlosen Philistern geführt werden. Wer vor dem Tatbestand einer kontinuierlichen Weltbedrohung die totale Ausrottung und Verächtlichmachung jedes geistigen und materiellen Wehrpotentials mit seiner Vaterlandsliebe vereinbar fand, wird Spott und Hohn ernten, wollte er es wagen, von der Notwendigkeit einer erneuten Wehrhaftmachung zu sprechen. Das Naturrecht auf Selbstverteidigung ist unverzichtbar. Wer jede patriotische Haltung lächerlich gemacht und in Acht und Bann getan hat, aber heute in schamloser Umkehr dieses Verhaltens die deutsche Jugend wieder in die Kasernen bringen will, mag schweigen, bevor der Zorn dieser auch von ihm umerzogenen Jugend ihn hinwegfegt.

„Europa verlangt nicht von uns, daß auf Patriotismus verzichtet wird, es fordert aber den Verzicht auf Nationalismus.“ Dem französischen Hochkom-

missar sei für dieses einsichtige Wort gedankt. Ich bin überzeugt, daß Herr Francois-Poncet bei diesem Bekenntnis nicht an die im Jahre 1880 in Frankreich unter Führung des Dichters Déroulède entstandene Patriotenliga zur Verfechtung des deutschfeindlichen Revanchegedankens gedacht hat, die mit Klerikalen, Royalisten und Antisemiten gegen die parlamentarische Demokratie kämpfte und schließlich nach Erfüllung ihres patriotischen Zieles im Versailler Vertrag ihren Erben in der faschistischen „Jeunesse patriote" fand. Die Frage, ob Frankreich bei seinen Versuchen, die deutsche Saar vom deutschen Mutterland loszureißen, patriotisch oder nationalistisch handelt, zeigt ebenfalls sehr eindringlich die Hintergründigkeit und die nicht ohne Grund in Anspruch genommene Undurchsichtigkeit jeder Phraseologie.

Nun, ich hoffe, daß man wenigstens die Art von Patriotismus, die Herr Francois-Poncet uns gestatten will und die nach einem neutralen Lexikon des Jahres 1947 schlicht und einfach „Vaterlandsliebe" bedeutet, würdigen und anerkennen wird. Dennoch bin ich gewiß, daß die Weisen in unserem Lande verzweifelt mit dem Kopfe schütteln und ausrufen werden: „Was wird das Ausland dazu sagen!" In der Tat, alles, was bei uns geschieht, pflegt merkwürdigerweise sich in schwarze Niedertracht zu verwandeln, sobald es in das Blickfeld ausländischer Beobachter gerät. Ich vermag an diesem Zustand nichts zu ändern. Eine ehrliche Meinung zur rechten Zeit scheint mir jedenfalls heilsamer als unangebrachte Zurückhaltung gegenüber einem Zustand, der um der Zukunft unseres Volkes willen dringend abänderungsbedürftig ist. Oftmals bedeutet nur die schärfste Arznei Rettung des Patienten. Um sie allein geht es. Ich fürchte Verleumdungen und Mißverständnisse nicht. Manche Autoren halten es für zweckmäßig, allen möglichen törichten oder bösartigen Unterstellungen durch gute und ehrliche Worte zuvorzukommen. Sie hoffen dabei, durch solches Bemühen einer spezifischen „Berufsgefahr", den Geschossen der Verleumdung, zu entgehen. Aber auch den Besten und Klügsten unter ihnen ist das nur selten geglückt. Darum will ich mich damit nicht aufhalten. Ich bin mir wohl bewußt, daß die rückhaltlose Offenheit dieser Auseinandersetzung nicht wenigen Parteipolitikern auf die Nerven gehen wird. „Wer mal so ist, muß mal so werden", sagt Wilhelm Busch. Nur wer weiß, welche tiefe, niederziehende Geringschätzung und Mißachtung heute in allen Teilen des deutschen Volkes gegenüber seinen Parteien und seinen Parlamenten spürbar ist, wird diese rücksichtslose Offenheit so loyal einschätzen, wie sie der Sache wegen gemeint ist. Es gilt, ohne Furcht vor Schmutz das zu bekämpfen, was geeignet ist, in seinen Auswirkungen Volk, Staat und Demokratie zu vernichten. Wir aber brauchen sie alle drei, um die Einheit des deutschen Reiches in Freiheit als größtes Gut der deutschen Nation wiederherzustellen und dem Wiederaufstieg wie dem Widerstand gegen schmähliche, völkerrechtswidrige Vergewaltigung unter der heuchlerischen Fratze internationaler „demokratischer" Verbeugungen mit Erfolg vorzuarbeiten.

Im übrigen halte ich es mit Heinrich Heine: „Da nun von den hiesigen Journalen jedes seine besondere Parteifarbe hat, so ist leicht begreiflich, daß jemand, der etwas zu sagen hätte, was keine Parteifarbe trüge, durchaus kein Organ für seine Mitteilungen finden würde."

Aus dieser „demokratischen" Erkenntnis heraus übergebe ich die Schrift der Öffentlichkeit.

EINLEITUNG

„Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende der Volkskommission der UdSSR, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister von Großbritannien, Winston S. Churchill, sowie Mr. Clement R. Attlee zu der Dreimächtekonferenz in Berlin. Sie verließen diese Konferenz, welche die Bande zwischen den drei Regierungen gefestigt und das Ausmaß ihrer Zusammenarbeit und ihrer Verständigung erweitert hat, mit erneutem Vertrauen darauf, daß ihre Regierungen und Völker zusammen mit den anderen Nationen die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden."

Was aus dieser inhaltsvollen und sendungsbewußten Friedensdeklaration von Potsdam geworden ist, hat der demokratisch oder volksdemokratisch umerzogene Staatsbürger in aller Welt in der abgelaufenen „Friedensepoche" zu seinem Leidwesen am Barometer des kalten Krieges ablesen können. Zu keiner Zeit wurde so oft vom Kriege geredet und ebenso freimütig wie versteckt mit dem Kriege gedroht, wie in den vergangenen Jahren seit der Ankündigung des neuen Weltfriedens. Die deutsche Frau aber und der deutsche Mann, von allen nur denkbaren Heimsuchungen des Schicksals am schwersten getroffen und gewogen, von kollektivistischen und antikollektivistischen „Befreiern" kollektiv verurteilt, „für die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Führung derer begangen wurden, denen es in der Stunde ihres Erfolges offen zustimmte und blind gehorchte", konnten nach „500 Jahren", wenn tausend Jahre historisch zwölf bedeuten, ebenfalls an einem 17. Juli an den Schlagzeilen der Tagespresse ermessen, daß sechs Jahre vollauf genügen, um den zeitbedingten Zweckmäßigkeiten einer innen- und außenpolitischen Konjunktur Rechnung zu tragen:

„Deutschland wird einen ehrenhaften Platz bei der Verteidigung der Freiheit einnehmen."

Welches Deutschland und welche Freiheit? Diese Gegenfrage drängt sich als erste auf unsere Lippen.

Wie dem auch sei, es war jedenfalls ein politisches Wunder geschehen. War es wirklich ein Wunder?

„Die Ziele der Besetzung Deutschlands, von welchen sich der Kontrollrat leiten lassen soll, sind:

1. Die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die Beseitigung oder Kontrolle aller deutschen Industrien, die zur Kriegsproduktion ausgenutzt werden könnten.

Zu diesem Zwecke werden

a) alle deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte mit allen ihren Gliederungen, Stäben und Einrichtungen einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reserve, der Kriegsschulen, der Kriegervereinsorganisationen und aller anderen militärischen und halbmilitärischen Organisationen sowie alle Vereine und Verbindungen, die dazu dienen, die militärische (nicht militaristische! D. V.) Tradition in Deutschland lebendig zu erhalten, vollständig und endgültig abgeschafft, und zwar in einer Weise, die das Wiederaufleben oder den Wiederaufbau des deutschen Militarismus für immer verhindert. Das Halten und die Herstellung aller Arten von Flugzeugen und aller Arten von Waffen, Munition und Kriegsgerät ist zu verhindern ..."

Es war einmal.

Es war einmal, daß der Kontrollrat Maßnahmen beschloß, daß Deutsche in Zukunft weder Militärdienst leisten noch eine militärische Erziehung in „irgendeiner" Form erhalten dürfen. (Selbstverständlich schloß dieser Beschluß nicht die Anwerbung deutschen Kanonenfutters „pour la gloire de la grande nation" aus.) Es war einmal, daß General Clay die vollkommene Entmilitarisierung Deutschlands nicht nur durch Auflösung der gesamten militärischen Kraft, sondern ebenso durch Zersplitterung der Schwerindustrie als Zielsetzung der amerikanischen Politik erklärte. Und es war einmal, daß ein General, mit Namen Eisenhower, sagte: „Wenn jemand meinen sollte, daß wir noch irgend etwas in Deutschland lassen werden, was für einen Krieg verwendet werden könnte, so ist er einfach ein Narr."

Heute jedoch ist eine wirksame Verteidigung der westlichen Welt ohne deutsche Mitwirkung nach übereinstimmenden alliierten Eingeständnissen einfach unmöglich geworden.

Der Erfolg dieser politischen Bocksprünge ist nicht ausgeblieben. Die gründliche Pferdekur der geistigen und materiellen Entmilitarisierung kann den deutschen Patienten nur langsam Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein wiederfinden lassen, zumal nicht zu bestreiten ist, daß die fremden Medizinmänner und ihre eingeborenen Gehilfen nur höchst mangelhafte und anfechtbare Empfehlungen vorzeigen können. Es ist nicht das erste Mal, daß eine falsche Behandlung die deutsche „Krankheit" so hochgezüchtet hat, daß der Patient in seinem Fieberzustand nach einem neuen, zu stark dosierten Medikament griff. Die Methoden von 1945 waren im Prinzip, von den Begleiterscheinungen ganz zu schweigen, noch ungeeigneter als die von 1919. Das gilt sowohl für den innen- als auch für den außenpolitischen Bereich.

Jedermann weiß, welche verhängnisvolle Entwicklung von Potsdam ausgegangen ist. Trotz trüber und überzeugender Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit beschlossen die Sieger des letzten Krieges wiederum, nicht unter der Herrschaft des Völkerrechtes, sondern unter der Diktatur der Identität von Macht und Recht das europäische Friedensgerüst zu bauen. Das Ergebnis ihrer Politik liegt vor aller Augen. Not und Furcht, aber auch ein tiefes Mißtrauen sowie die Ursachen eines neuen, noch überwiegend kalten Krieges waren die unausbleiblichen Folgen. So lebt die gesamte Menschheit, acht Jahre nach dem größten aller Kriege, in der drückenden Sorge, daß aus der Atmosphäre des kalten Krieges, die in Korea bereits zur ersten Explosion geführt hat, die Flamme eines dritten, noch unvorstellbareren Weltbrandes emporlodern könnte.

Alle Spannungselemente, die zur heutigen Situation des Ost-West-Gegensatzes geführt haben, traten bereits in Potsdam in Erscheinung. Die Entschlossenheit der Sowjetunion, in Osteuropa eine freie, demokratische Entwicklung nicht zu dulden und ihren Machtbereich immer weiter nach Westen vorzuschieben, wurde auch für den bisher mit Blindheit geschlagenen Teil der Menschheit erkennbar. Wenn es zu keinem Bruch kam, so nur deshalb, weil es ein Thema gab, über das im wesentlichen Einigkeit herrschte: Deutschland.

Die Spuren jener Beschlüsse sind so tief in das deutsche Antlitz eingegraben, daß es überflüssig ist, sie im einzelnen mit Ausnahme der hier zu behandelnden Frage aufzuzeichnen. Mit dem Status einer ehrbewußten und sich selbstachtenden Nation war vor allem unvereinbar der den Deutschen aufgezwungene Verzicht auf das Naturrecht der Selbstverteidigung. Das Gebot der Wehrlosigkeit war die conditio, ohne die eine ungestörte und ungehemmte Ausbeutung und Ausplünderung des in einem unerhörten Ringen unterlegenen Feindes nicht gewährleistet schien. Der Geist von Versailles feierte nicht nur eine ungeahnte Auferstehung, sondern das uns aus jeder Zeile der Potsdamer Deklaration entgegenstarrende „Vae victis“ stellte alles bisher Dagewesene auf diesem Gebiet in den Schatten.

Dennoch war es der schmerzloseste Einschnitt in das physische und psychische Leben des deutschen Volkes. Die Millionen und abermals Millionen von Toten, Verwundeten, Vermißten, Kriegsgefangenen, die Zerstörung zahlreicher Städte, Dörfer und Kulturdenkmäler, der unaufhörlich fließende Elendszug der im Namen von Demokratie und Menschenrechten von Haus und Hof Vertriebenen hatten dem deutschen Volk das „patriotische“ Gefühl dafür geraubt, daß „Entmilitarisierung“ Verzicht auf das erste Grundrecht jedes Volkes bedeutete: Das Recht auf die Verteidigung seiner volklichen Existenz. Die Aufgaben, die der total geführte und total verlorene Krieg stellte, waren und sind so riesengroß, daß das als Folge der Niederlage ausgesprochene alliierte Verbot auf Aufrechterhaltung einer eigenen Armee nur als eine Art von Erlösung empfunden wurde. Aufbauen und nochmals aufbauen, das war und

ist der Wille unseres arbeitsamen und schaffensfrohen Volkes. Was draußen als hämische Gleichgültigkeit registriert wird, ist in Wahrheit nichts anderes als der natürliche Instinkt nach Ruhe und Frieden, um die Wunden des Krieges zu heilen und vernarben zu lassen. Wer offenen und ehrlichen Blickes durch „Deutschland" reist, kann seine Augen vor den ehernen Zeugnissen dieser Sehnsucht nicht verschließen. Dennoch: Das Rad der Geschichte rollt unaufhaltsam weiter. Immer deutlicher erkennen wir: Der 8. Mai des Jahres 1945 war nicht Ende eines historischen Zeitalters oder einer aus der Geschichte auszuradierenden Episode, sondern Höhepunkt eines gewaltigen und vielleicht notwendigen Zwischenaktes in einer weltweiten machtpolitischen und revolutionären Auseinandersetzung.

Das deutsche Schicksal ist von jeher durch die zentrale Lage unseres Vaterlandes im Herzen des europäischen Kontinents bestimmt worden. Die Begegnung der beiden das heutige Weltgeschehen gestaltenden Antipoden an der Elbe zwingt uns erneut zu schicksalhafter Entscheidung. Die Ruhe ist trügerisch. Wir wandern auf einem Weg, an dessen Seiten der erstickende Morast heimtückisch lauert.

1951 beschließen die drei Außenminister der Westmächte in Washington, „die Verhandlungen über die Einbeziehung Westdeutschlands in die europäische Verteidigung so schnell wie möglich voranzubringen, und sie bestätigen erneut, daß diese Politik, die im Zusammenwirken mit den anderen freien Nationen betrieben wird, auf die Herstellung und Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens gerichtet ist, der sich auf Gesetz und Gerechtigkeit gründet".

1945 war die Schaffung eines „gerechten und dauerhaften Friedens" nur durch die restlose und endgültige Vernichtung des deutschen Soldatentums und die Auslöschung jeder Spur wehrhaften Geistes in Deutschland vorstellbar. Sechs Jahre später jedoch ist die Aufrechterhaltung desselben „dauerhaften Friedens" ohne einen deutschen Wehrbeitrag eine Fiktion. Die Kehrtwendung der alliierten Deutschlandpolitik ist der Sache nach eine vollständige. Ihre Bedeutung steigt mit der Kürze der Zeit, innerhalb der sie sich vollzog. Wenn auch nur zögernd oder bestenfalls verschämt von den Dirigenten der in- und ausländischen öffentlichen Meinung eingestanden, vollzieht sich hier die geschichtliche Revision eines vom Haß und der Lüge diktierten Urteils, das zu unserer Schande nicht nur auf das Ausland beschränkt blieb. Der Versuch, dieses Urteil in unserem Bewußtsein für alle Zeiten zu verankern und uns das Gefühl kolonialer Minderwertigkeit einzuimpfen, ist am gesunden Sinn des deutschen Volkes gescheitert.

Dennoch gibt es für die Zerfahrenheit der deutschen Wehrsituation kein besseres Beispiel als den Hinweis auf die Tatsache, daß man nach wie vor bei uns „den Soldatenstand als den verachtungswürdigsten" bezeichnen darf.

Man nenne uns die Nation, bei der Gleiches geschehen könnte, ohne daß solche Ehrvergessenheit nicht mit einem Aufschrei beantwortet würde!

Wie ist eine solche Haltung überhaupt denkbar? Gibt es eine Erklärung? Nun, die Ursachen reichen weit zurück. Wir finden die ersten Wurzeln, als das Zeitalter der Technik und Industrialisierung die Entstehung der modernen Industriearbeiterschaft bringt, deren soziale Lage den neuen vierten Stand in einen immer stärkeren Gegensatz zu den damals herrschenden und staatstragenden „Klassen" treibt. Die Macht aber, auf die sich der damalige, monarchische Staat in erster Linie stützte, war die Armee. Der Kampf gegen den „Militarismus" begann. Willensträger dieser Auseinandersetzung wurde ideologisch der Marxismus, politisch und organisatorisch die deutsche Sozialdemokratie.

Vom ersten Parteiprogramm bis zum ersten Weltkrieg

„Kenntnis der historischen Tatsachen ist die Voraussetzung dafür, daß Grundsätze aufgestellt werden, nach denen die Zukunft des Volkes gestaltet werden soll. Das gilt in erster Linie für die große Politik."
Gustav Noske

Seit ihrer Geburtsstunde hat die deutsche Sozialdemokratie den Kampf gegen den „Militarismus" auf ihre Fahnen geschrieben. „Nieder mit dem Militarismus!" Das war ein lauter und immer wiederholter Kampfruf der deutschen Sozialdemokratie vor, nach und zwischen den beiden Weltkriegen. In tausenden Versammlungen und bei ungezählten Demonstrationen war er zu vernehmen. Von allen Tribünen, die der sozialdemokratischen Agitation dienten, wurde er verkündet, die Redner der Partei trugen ihn unermüdlich in die Städte und Dörfer.

Nichts schien klarer und eindeutiger als die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei zum „Militarismus". Seine Ablehnung war den von ihr geführten Massen in Fleisch und Blut übergegangen. Nichts schien selbstverständlicher, als „dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen" zu bewilligen. Das Auftreten der Partei war gerade in dieser Frage von einer Einheitlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ.

Dennoch gab es in der Beurteilung des „Militarismus" grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Sie traten allerdings in der sozialdemokratischen Praxis in der Zeit vor 1914 so gut wie überhaupt nicht in Erscheinung, weil im Endergebnis alle, auch die ansonsten sehr verschiedenartigen Meinungen dahin übereinstimmten, daß die Negation des damals bestehenden Wehrsystems eine absolute Notwendigkeit sei. Trotzdem ist es nicht nur um der historischen Wahrheit, sondern auch um der politischen Konsequenzen willen ein echtes staatspolitisches Anliegen, die der einheitlichen parteipolitischen Praxis zuwiderlaufenden Gegensätze herauszuarbeiten und ihre Bedeutung für den Ablauf der schicksalhaften, späteren politischen Entwicklung zu untersuchen.

An dieser Stelle muß sehr nachdrücklich festgestellt werden, daß für den genannten Zeitraum das Schlagwort „Militarismus" so gebraucht wird, wie es

im gewöhnlichen Sprachgebrauch von den Massen angewandt wurde und wahrscheinlich auch heute noch wird. „Militarismus" ist daher mit „Militärwesen" oder „Militär" schlechthin zu identifizieren.

Die sozialdemokratischen Massen pflegten den „Militarismus" aus pazifistischen Überlegungen abzulehnen. Der „Militarismus" erschien ihnen als ein Moloch, der die Volkskraft verschlang, als ein verderbliches Ungeheuer, das vom Standpunkt allgemeiner Menschenliebe und Friedensgesinnung ebenso zu verurteilen sei wie aus volkswirtschaftlichen Erwägungen. Ohne sich ganz klar darüber Rechenschaft zu geben, wurde der Kampf gegen den „Militarismus" zu einem Kampf für die Abrüstung, zu einer gefühlsmäßigen und eben deswegen sehr leidenschaftlichen Ablehnung jedes Wehrsystems überhaupt. Man schlage in den Jahrgängen alter sozialdemokratischer Zeitungen nach, man lese die Flugblätter und studiere die Reden, die damals gegen den „Militarismus" gehalten wurden. Es war immer dasselbe: Eine Geißelung aller militärischen Einrichtungen, ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Frieden und zur Völkerversöhnung.

Aber im Hintergrund dieser mehr gefühlsmäßigen Agitation lag eine Beurteilung des Militärwesens durch die leitenden Köpfe der Partei, die sich schon damals prinzipiell von den im Tageskampf üblichen Agitationen abhob. Während die Massen und die meisten Redner, die zu ihnen sprachen, jede Art von Militär ablehnten, dachten die Parteiführer nur an den Kampf gegen ein bestimmtes Wehrsystem, nämlich das des stehenden Heeres. Denn in sämtlichen Programmen der deutschen Sozialdemokratie finden wir immer wieder in den verschiedensten Variationen das Bekenntnis zur allgemeinen Wehrhaftigkeit als der freiheitlichen Grundlage des Staates. „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr anstelle des stehenden Heeres." Das sind die entscheidenden Forderungen, die uns begegnen. Auf ihren Parteitagen verlangt die Sozialdemokratie den Aufbau einer „Organisation der Landes- und Volksverteidigung, die jeden wehrfähigen Mann zum Waffendienst verpflichtet und seine Ausbildung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugenderziehung herbeiführt". Die militärische Jugenderziehung war von jeher ein Steckenpferd der Sozialdemokratie. Sie erkannte sehr genau, daß ohne vormilitärische Jugendausbildung der von ihr protegierte Milizgedanke sich kaum würde verwirklichen lassen. Man wollte in den Schulen mit Turnen beginnen, dann sollten die Schüler eine Vorschule und schließlich eine richtige Rekrutenschule durchlaufen, bevor sie in das Heer eintraten. Das sei der Weg, der betreten werden müsse, wenn wir die Wehrhaftmachung des Volkes und eine wahre Milizverfassung haben wollten. So lesen wir in der seinerzeit weitverbreiteten Schrift von Kautsky und Schönlank „Erläuterungen zum Erfurter Programm":

„Eine Jugenderziehung, welche einseitig die geistige oder leibliche Kraft zu entwickeln und auszubilden sucht, anstatt im schönen Einklang die Zucht des

Verstandes und die Leibesübungen zu verbinden, ist von vornherein verfehlt. Wie wir die reichste Entfaltung der Fähigkeiten auf dem Gebiete des Geistes fordern, so verlangen wir auch eine von Kindesbeinen an planvoll geleitete Schulung der körperlichen Stärke und Geschicklichkeit. Der Bann, welcher heute auf dem werktätigen Volke lastet, seine Gesundheit zerrüttet, ihm Siechtum und ein frühes Ende bringt, die Sprößlinge der Arbeiter schon im zarten Alter in die Stickluft der Werkstatt hineintreibt und die Blüte knickt, ehe sie aufgeknospet ist, welche die Arbeiter verelenden und verderben läßt, so daß von Jahr zu Jahr immer zahlreichere Scharen Kriegsuntüchtiger aufwachsen, dieser Bann muß gebrochen werden. Die Vorbedingung einer volkstümlichen Wehrfähigkeit ist die Verbesserung des Arbeiterloses.

Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrhaftigkeit (Wehrsport! D. V.). Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen, seine kriegerische Tüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß niemand es verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß. Gilt es einen kecken Feind von der Heimat fernzuhalten, der Bürger, von Jugend auf in körperlichen Künsten geübt und im Waffendienst geschult, wird den eigenen Herd und den gemeinen Nutzen mit flammendem Eifer und wackeren Mutes verteidigen. Und wehe dem, welcher das geheiligte Gut der Freiheit zu versehren wagt! Die geschlossenen Reihen der für ihre gute Sache Streitenden sind schlagfertig, und an ihre Fahnen knüpft sich der Sieg. Das Volk, das für seine Rechte ficht, ist unüberwindlich, ist ihm die Spannkraft der Sehnen und Glieder nicht gelähmt und führt es die Waffen sicher und rasch."

Nur mit ungläubigem Erstaunen vermögen wir heute diese „militaristischen" Bekenntnisse zu lesen. Fassungslos stehen wir vor der historischen Erfahrung, daß die Haltung dieser großen deutschen Partei, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr, sich so weit ändern konnte, daß sie schließlich mit Haß und Feindschaft alle jene verfolgte, die aus den gleichen Motiven heraus für die Wehrbereitschaft ihres Volkes eintraten und mit dem Einsatz ihres Lebens bekräftigten. Gibt es überhaupt eine überzeugende Erklärung für die seltsame Erscheinung, daß bis zum heutigen Tag überall in Deutschland Vertreter dieser Partei die Stirn besitzen, über ihre eigenen Volksgenossen zum Zwecke einer endgültigen und kompromißlosen „Entmilitarisierung" zu Gericht zu sitzen und sie mit Arbeitslager, Vermögensentzug und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu bestrafen, weil sie „die planmäßige Ausbildung der Jugend für den Krieg organisierten, an dieser Organisierung teilnahmen, durch Wort oder Schrift militaristische Lehren oder Programme aufstellten

oder verbreiteten oder außerhalb der Wehrmacht in Organisationen tätig waren, die der Förderung militaristischer Ideen dienten"?

Es erscheint überflüssig, an dieser Stelle Reden, Schriften oder Parteitagsbeschlüsse aus der Geschichte des Dritten Reiches zu zitieren, die den gleichen nationalen oder nationalistischen, militärischen oder militaristischen Geist atmen wie diese patriotischen Ergüsse vergessener sozialdemokratischer Parteidogmatik. Es muß der deutschen Sozialdemokratie überlassen bleiben, wie sie vor dem deutschen Volk ihre Doppelzüngigkeit erklären und rechtfertigen will. Die Entrechtung und Diffamierung von Millionen anständiger, nur das Beste ihres Vaterlandes wollender Deutscher, die nichts anderes als gute Patrioten zu sein sich bemühten, allerdings mit der Tat und nicht in der Theorie, ist letzter Beweis für die Unwürdigkeit einer mit allen demagogischen und agitatorischen Mitteln zur Macht strebenden Partei, die politische Führung eines im Kern seines Wesens stets national, keineswegs aber nationalistisch denkenden Volkes zu übernehmen. Seit ihrem Bestehen hat die deutsche Sozialdemokratie in nationalen Fragen, besonders auf militärischem Gebiet, so unglaubliche Widersprüche und Ungereimtheiten gezeigt, daß man nur mit tiefem Erschrecken an eine solche Möglichkeit zu denken vermag.

So überrascht es nicht, daß der verstorbene Führer der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Kurt Schumacher, in einer Pressekonferenz erklären konnte, „es sei absolut unsinnig, der sozialdemokratischen Partei Pazifismus vorzuwerfen. Solange es eine sozialdemokratische Partei gebe, habe es noch nie eine pazifistische Theorie der Sozialdemokratie gegeben. Alliierte Persönlichkeiten hätten ihn wiederholt gefragt, wer eigentlich seine militärischen Berater seien, und er habe darauf geantwortet: Karl Marx und Friedrich Engels".

Der Wahrheitsgehalt dieser Äußerung ist leider in höchstem Maße anfechtbar. Man braucht dabei nur an Dr. Kurt Schumachers „Grundsätze sozialistischer Politik" selbst zu denken, in denen er freimütig bekennt: „Wir Sozialdemokraten sind völlig damit einverstanden, daß das gesamte deutsche Kriegspotential vernichtet wird. Wir werden mit ganzem Herzen bei seiner Vernichtung sein."

Darüber hinaus aber kann man angesichts der Gesamthaltung der deutschen Sozialdemokratie nur mit äußerstem Erstaunen zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokratie stets den „Pazifismus" abgelehnt habe. An die Gedankenlosigkeit und Vergeßlichkeit des Staatsbürgers werden dabei sehr hohe Anforderungen gestellt. Wenn wir die großen Lexika aufschlagen, so finden wir den „Pazifismus" begrifflich als „Friedensbewegung" bezeichnet. Sein Ziel sei die Entwicklung von friedlichen Formen der internationalen Auseinandersetzungen anstatt der kriegerischen. Die völkerrechtliche Gültigkeit des Krieges als des letzten Kampfmittels bei internationalen Streitigkeiten erscheine ihm als zwischenstaatliche Anarchie.

Wenn es also noch nie eine pazifistische Theorie der deutschen Sozialdemokratie gegeben haben soll, bejaht sie dann nicht zwangsläufig den Todfeind des „Pazifismus", den „Militarismus"? Hat ihr verstorbener Parteichef aber eine andere Art von „Pazifismus", nämlich jene „übertriebene Friedsbereitschaft, die aus falschem Idealismus oder aus Schwäche die Existenz des eigenen Volkes im Kampfe um seine Selbsterhaltung aufs Spiel setzt", gemeint, dann ist einmal mehr die außerordentliche Gefährlichkeit des Schlagwortes bewiesen, auf dessen verhetzende und zersetzende Wirkung der deutsche Parteienstreit, die deutsche Zwietracht, damit aber auch das deutsche Unglück zu einem entscheidenden Teil zurückzuführen sind. Dieses Urteil gilt für die abgedroschenen und abgegriffenen Schlagworte „Militarismus" und „Pazifismus" in gleicher Weise.

Im übrigen ist es neben dem eigentlichen marxistischen Gedankengut vor allem gerade der von Dr. Schumacher in Abrede gestellte illusionäre Pazifismus der Sozialdemokratie gewesen, der ein Zusammenwachsen oder auch nur ein Zusammenspiel der historischen Träger des Wehrgedankens einerseits und der marxistischen Utopisten andererseits auf die Dauer unmöglich machte und sie schließlich als Gegner unversöhnlich gegenüberstellte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nur eine pazifistische Theorie gehabt (bis zur Stunde gehört ihrer Bundestagsfraktion der Präsident des deutschen Zweiges der Internationale der Kriegsdienstgegner an), sondern vor allem eine pazifistische Praxis. Das ist unbestreitbar und für die Beurteilung der politischen Rolle dieser Partei in der deutschen Geschichte von entscheidender Bedeutung. An dieser Feststellung ändert auch nichts die Berufung auf Karl Marx und Friedrich Engels oder sonstige ideologische Autoritäten der Partei.

In der Tat: Wer Marx, Engels oder Wilhelm Liebknecht liest, muß zunächst an seinem Verstand zweifeln, wenn er an die Haltung der Sozialdemokratie als einer deutschen Partei denkt, die sie zum Schaden der Nation bis in unsere Tage zur Schau trägt. Einzelne aufrechte und einsichtige Männer bestätigen dabei nur die Regel, selbst wenn sie einflußreiche Stellungen, die Gründer einbezogen, in der Partei bekleidet haben.

August Bebel hielt am 13. Dezember 1892 seine berühmt gewordene Rede über eine Militärvorlage, in der er für die allgemeine Volksbewaffnung als den allein wirksamen Schutz gegen die äußeren Feinde Deutschlands eintrat, zu denen nach sozialdemokratischer Meinung in erster Linie das zaristische Rußland gehörte. Bebel erklärte: „Will also Deutschland einen wirklichen Vorsprung vor den übrigen Staaten, insbesondere vor seinen künftigen Feinden, haben, so bleibt nichts anderes übrig, als daß es den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in vollster Wirklichkeit zur Ausführung bringt, indem es die

allgemeine Volkswehr, die Volksbewaffnung, Hand in Hand mit der militärischen Jugenderziehung durchführt."

„Das klang allerdings anders als die gegen jede Art Militär gerichteten Reden der Pazifisten! Noch schärfer formulierte Viktor Adler den Gegensatz zwischen einer revolutionären, proletarischen Wehrpolitik und den pazifistischen Schwärmereien. Mit der ihm eigenen eindrucksvollen Pointierung sagte er auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im Jahre 1903: ‚Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der proletarischen Auffassung über den Militarismus und der bürgerlichen Militärfeindschaft und Friedensmeierei gibt, daß wir nicht für die Abrüstung in diesem friedensmeierischen Sinne, sondern für die Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne sind.'"

Mit diesen Worten kommentiert Julius Deutsch, neben Gustav Noske wohl der bekannteste Militärpolitiker der deutschen Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, im Jahre 1927 in seiner ausgezeichneten und historisch bedeutungsvollen Schrift „Wehrmacht und Sozialdemokratie" die oben zitierte Rede August Bebels.

Der geneigte Leser mag in diesem Zusammenhang erfahren, daß die einleitenden Seiten dieses Kapitels fast wörtlich jener Broschüre entnommen sind, nicht aus Bequemlichkeit, sondern um der historischen Wahrheit und der Sachlichkeit des Anliegens willen. Er wird sich dabei erinnern, daß nach Julius Deutsch die sozialdemokratische Agitation und Praxis in völligem Gegensatz zu den theoretischen Bekenntnissen ihrer Dogmatiker standen: „Die sozialdemokratischen Massen pflegten den Militarismus (d. h. das Militär! D. V.) aus pazifistischen Überlegungen abzulehnen. Ohne sich ganz klar darüber Rechenschaft zu geben, wurde der Kampf gegen den Militarismus zu einer gefühlsmäßigen und eben deswegen sehr leidenschaftlichen Ablehnung jedes Wehrsystem überhaupt. Man schlage in den Jahrgängen alter sozialdemokratischer Zeitungen nach, man lese die Flugblätter und studiere die Reden, die damals gegen den Militarismus gehalten wurden. Es war immer dasselbe: Eine Geißelung aller militärischen Einrichtungen ..."

Mit diesem Eingeständnis ist der eindeutige und unwiderlegbare Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie bewußt und willentlich die ihr anhängenden Massen zum Pazifismus erzogen hat. Um so merkwürdiger daher die „militaristischen" Lippenbekenntnisse ihrer großen Führer, um so verständlicher aber auch die scharfe Ablehnung und Verurteilung, die ihr von Seiten des Staates, des Heeres und der wehrwilligen Volkskräfte widerfuhr.

Der Wetterschein des Weltkrieges leuchtete bereits in den europäischen Himmel hinein, als Bebel in einer vertraulichen Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages zu den Rüstungsvorlagen für den Etat des Jahres 1913 Stellung

nimmt und nochmals ein grundsätzliches Bekenntnis zur Wehrhaftmachung und Wehrbereitschaft der Nation ablegt: „Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich von der Sozialdemokratie, der freilich ihre Gegner, die zum Teil unverständig, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat im Gegensatz zu dieser Behauptung niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reiches die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider immer noch rechnen, namentlich vom Osten her. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den zu verhindern, ich glaube, die deutsche Regierung alles tut, dann müßte er bei dem heutigen Stand der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen. Er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Folgerung. Die Sozialdemokratie war die erste große politische Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Wehrhaftmachung, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausspricht. Die Sozialdemokratie geht aber noch weiter. Sie will die Wehrhaftmachung des Volkes nicht nur vom körperlichen und technischen Standpunkt aus betreiben. Das Vaterland verteidigt man nicht nur mit Maschinengewehren und Kanonen, Gewehren, Säbeln, starken Fäusten und schnellen Beinen. Dazu gehören auch bestimmte geistige und sittliche Eigenschaften des Volkes, und die Sozialdemokratie will auch diese geistigen Eigenschaften des Volkes stärken, auf denen, wie die Geschichte aller Zeiten und Völker lehrt, die Selbstbehauptung einer Nation in erster Linie beruht. Die geistigen und sittlichen Eigenschaften sieht sie tief begründet in dem auf wirklicher Freiheit und Gleichheit wurzelnden Gefühl der Zusammengehörigkeit der Volksangehörigen."

Dieses patriotische Bekenntnis August Bebels erscheint geeignet, einen Scharnhorst, Gneisenau, Moltke, Bismarck und nicht zuletzt einen Adolf Hitler noch im Grabe vor Neid erblassen zu lassen. Bebel war sicherlich nicht nur ein guter Demokrat, sondern, wenn seine Worte ernst genommen werden dürfen, auch ein nationaler Sozialist. Die Erforscher der geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus mögen daher achtgeben, daß sie in der Ahnenreihe seiner geistigen Väter neben Martin Luther, Friedrich dem Großen und Otto von Bismarck den Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, August Bebel, nicht vergessen ...

„Militarist ist, wer durch Wort oder Schrift militaristische Lehren und Programme aufstellte oder verbreitete." Der Tod schützt vor der Spruchkammer nicht. Verfahren können bis auf den heutigen Tag auch gegen tote Betroffene angestrengt werden, „wenn sie als Hauptschuldige oder Belastete im Sinne des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus anzusehen sind".

Wehe den Betroffenen, denen man 1945 und später derartige Äußerungen hätte zur Last legen können!

Was für August Bebel gilt, gilt in gleichem oder noch stärkerem Maße für Friedrich Engels und Wilhelm Liebknecht und, nicht zu vergessen: Ferdinand Lassalle. Friedrich Engels schrieb im Jahre 1860 am Schlusse seiner Schrift „Savoyen, Nizza und der Rhein": „In diesem Augenblick noch droht uns die russisch-französische Allianz, Frankreich selbst kann uns nur in einzelnen Momenten gefährlich werden, und dann auch nur durch die Allianz mit Rußland. Aber Rußland bedroht und insultiert uns stets, und wenn Deutschland sich dagegen erhebt, dann setzt es den französischen Gendarmen in Bewegung durch die Aussicht auf das linke Rheinufer. Sollen wir uns es noch länger gefallen lassen, daß dieses Spiel mit uns getrieben wird? Sollen wir fünfundvierzig Millionen es noch länger dulden, daß eine unserer schönsten, reichsten und industriellen Provinzen fortwährend zum Köder dient, den Rußland der Prätorianerherrschaft in Frankreich vorhält? Hat das Rheinland keinen anderen Beruf, als vom Krieg überzogen zu werden, damit Rußland freie Hand an der Donau und Weichsel bekommt? Das ist die Frage. Wir hoffen, daß Deutschland sie bald mit dem Schwerte in der Hand beantwortet. Halten wir zusammen, dann werden wir den französischen Prätorianern und den russischen Kaputschiks schon heimleuchten." So Engels im Jahre 1860. „Er erblickte also die notwendige, von ihm mit Ungeduld erwartete Verteidigung Deutschlands in einem Angriffskriege gegen Rußland und seine Verbündeten", kommentiert Julius Deutsch.

Auch Friedrich Engels wird sich daher den Vorwurf des „Militarismus" gefallen lassen müssen, denn nach einer anderen, ebenfalls noch immer gültigen gesetzlichen Definition „ist Militarist, wer das Leben des deutschen Volkes auf eine Poltik der militärischen Gewalt auszurichten suchte".

Wilhelm Liebknecht steht hinter diesen beiden Großen der deutschen Sozialdemokratie nicht zurück: „Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziel, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten: Die Zertrümmerung Rußlands ..."

Liebknecht befindet sich damit in völliger Übereinstimmung mit August Bebel, der 1886 „in jeder Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und zugleich eine Gefahr für die gesamte europäische Kulturentwicklung" sah.

Im Reichstag erklärte Liebknecht am 29. November 1888: „Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk. Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren!"

Auf dem Erfurter Parteitag von 1891 umreißt er seinen Standpunkt wie folgt: „Ich habe wiederholt erklärt, wenn wir angegriffen würden, seien wir bereit, das Vaterland zu verteidigen. Das ist etwas Selbstverständliches, das tut jeder von uns. Erheischt es denn nicht unser Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht?"

Prophetisch aber klingen seine Gedanken, die er Ende der siebziger Jahre in seiner Schrift „Soll Europa kosakisch werden?" veröffentlicht. Hier heißt es: „Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade so viel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen, ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeigten Dienst mildernd zur Seite stellen kann, dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Aufblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwicklungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporschießen kann."

Wilhelm Liebknecht sollte Recht behalten. Es war nicht nur das zaristische Rußland, das 1914 die Brandfackel des Weltkrieges in das „europäische Pulverfaß" warf. Die rote Brandfackel des bolschewistischen Rußlands bedroht heute Frieden und Freiheit der gesamten Welt.

In Dresden legt er Ende Juli des Jahres 1900 ein persönliches Bekenntnis ab: „Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft und habe dafür mein Leben eingesetzt! Ich habe immer ein einziges und freies Deutschland gewollt, ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich."

Die Ahnenreihe des dritten Reiches wird immer stattlicher. Auch der „großdeutsche Gedanke" scheint keine Erfindung des „tausendjährigen Reiches" gewesen zu sein. Julius Deutsch macht über die Haltung der Väter der deutschen Sozialdemokratie zum Kriegsproblem im Jahre 1927 folgende grundsätzlichen Ausführungen: „Die großen Theoretiker des Sozialismus haben die Rolle des Krieges in der Geschichte immer sehr klar und nüchtern dargestellt.

Marx und Engels waren weit davon entfernt, die Geschichte mit sentimentalen Brillen zu betrachten. Sie haben selbstverständlich niemals (? D. V.) einen Krieg herbeigewünscht oder gar verherrlicht, aber sie haben ihn als eine vorläufig unvermeidliche Austragung großer Gegensätze erkannt. Noch schärfer waren in dieser Beziehung die Ansichten Lassalles, der, ein leidenschaftlicherer und politisch unmittelbarer interessierter Kopf, auch vor positiven Kriegsparolen nicht zurückscheute. Erinnern wir uns seines glühenden Aufrufes an Preußen, den österreichisch-italienischen Krieg von 1859 zu benutzen, um sich Schleswig-Holstein anzueignen und Deutschlands nationale Einigung mit der Waffe in der Hand zu erzwingen: ‚Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne zu zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundesintrigen. Möge sie erst mit dem fait accompli des erklärten Krieges vor den Bund treten, und, durch diese imposante Haltung hingerissen, wird der Bund ihr folgen. Und möge die Regierung dessen gewiß sein, in diesem Kriege, der ebenso sehr ein Lebensinteresse des deutschen Volkes wie Preußens ist, würde die deutsche Demokratie selbst Preußens Banner tragen und alle Hindernisse vor ihm zu Boden werfen, mit einer Expansivkraft, wie ihrer nur der berauschende Ausbruch einer nationalen Leidenschaft fähig ist, welche, seit fünfzig Jahren komprimiert, in dem Herzen eines großen Volkes zuckt und zittert.‘ “

„Es mag dahingestellt bleiben“, so fährt Julius Deutsch fort, „ob Lassalles Haltung in dem konkreten Falle politisch richtig gewesen ist. Darauf kommt es hier gar nicht an. Wir wollen nur aufzeigen, daß die großen Vorkämpfer des Sozialismus keineswegs der Meinung waren, daß ein Krieg unter allen Umständen vom Proletariat bekämpft werden müsse und daß die Anwendung von Gewalt in der äußeren Politik stets als ein unerlaubtes Mittel zu brandmarken wäre.“

Die großen Vorkämpfer des Sozialismus waren also keineswegs der Meinung, daß die Anwendung von Gewalt in der äußeren Politik stets als ein unerlaubtes Mittel zu brandmarken wäre. Sie haben den Krieg selbstverständlich niemals herbeigewünscht oder verherrlicht, aber sie haben ihn als eine vorläufig unvermeidliche Austragung großer Gegensätze erkannt.

Verfügte die Sozialdemokratie in Julius Deutsch über eine sozialistische Autorität auf dem Gebiet der Wehrpolitik, so war, gleichfalls im Staate von Weimar, Gustav Stresemann ein souveräner Beherrscher des außenpolitischen Feldes. Beide Politiker sind sicherlich in ihrer demokratischen Gesinnung über jeden Zweifel erhaben. In einer Rede vor der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin am 14. 12. 1925 äußerte sich der damalige

Reichsaußenminister am praktischen Beispiel der sogenannten Ostverträge zum gleichen Fragenkomplex wie folgt: „Die Ostverträge wollten einen Pakt, bei dem wir uns verpflichteten, von jedem Angriff abzusehen. Diese Verpflichtung sind wir im Westen eingegangen, für den Osten haben wir sie abgelehnt. Auch der Eintritt in den Völkerbund schließt den Krieg nicht aus. Der Völkerbund läßt den Krieg frei, wenn in politischen Fragen eine Einigung nicht zu erzielen ist. Der juristische Sachwalter der deutschen Delegation erklärte daher im Auftrage der deutschen Delegation dem polnischen Außenminister: Deutschland lehnt eine Diskussion über die Anerkennung der Grenzen ab, Deutschland lehnt eine Diskussion über Verzicht auf Krieg ab und ist lediglich bereit, über andere Fragen zu diskutieren."

Beide in einflußreichen und führenden Stellungen tätigen Männer sind von irgendwelchen Anfeindungen, Angriffen, Diskriminierungen, Verfolgungen, Prozessen oder Strafen wegen „militaristischer" Äußerungen verschont geblieben. In Nürnberg aber haben Deutsche am Galgen geendet, weil ihnen eine Schuld zugemessen wurde, die darin bestand, „auf den Krieg nicht verzichtet und ihn als eine vorläufig unvermeidliche Austragung großer Gegensätze erkannt zu haben". Dabei handelte es sich im Jahre 1939 um Gegensätze zwischen Deutschland und Polen, die von den Alliierten im Versailler Diktat bewußt geschaffen worden waren und von denen Lloyd Georges schon 1919 voraussah, daß „sie seiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen müßten".

In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, daß zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Einstellung zum Kriegsproblem in der Theorie kaum ein nennenswerter Unterschied besteht. Im kommunistischen Schrifttum lesen wir z. B. in „Theorie und Praxis unserer Partei" unter der Überschrift „Die Stellungnahme des Marxismus und Leninismus zum Kriege": „Aus vielen Beispielen geht hervor, daß wir niemals mit der Schablone an einen Krieg herangehen dürfen, sondern jeweils untersuchen müssen, ob der Krieg einen gerechten oder ungerechten Charakter trägt. Dabei spielt die Frage des Angriffs- oder Verteidgungskrieges gar keine Rolle."

Man kann sogar von einer Identität der beiden Auffassungen sprechen, wenn man an die einschlägige Äußerung des bekannten sozialdemokratischen Theoretikers Karl Kautsky denkt, die er auf dem Parteitag in Essen 1907 tat: „Wir haben uns nicht davon leiten lassen, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, sondern davon, ob ein demokratisches oder proletarisches Interesse in Gefahr ist."

Wir Deutsche wissen, daß man uns nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel" die Schuld an den drei letzten von uns geführten Kriegen aufgebürdet hat. Wir wissen, daß die von einer geschickten, nichtsdestoweniger aber skrupellosen Kriegspropaganda gesteuerte These, daß wir die Schuldigen der Kriege von 1870/71 und 1914/18 seien, nichts anderes als eine nackte und

bewußt suggerierte Geschichtsfälschung darstellt, um die Weltmeinung gegen uns zu mobilisieren. In Deutschland und der Weltmeinung resultieren aus diesen Geschichtslügen noch heute erhebliche Belastungen, die angesichts der Forderung auf Leistung eines deutschen Wehrbeitrages wie ein Bumerang zurückzuschlagen drohen. Die Alleinschuld des deutschen „Militarismus" am letzten Weltkrieg steht ebenso „unerschütterlich" fest. Dennoch ist es gewiß, daß diese Frage nicht durch das Willkürurteil eines Siegergerichtes, sondern nur durch eine objektive historische Untersuchung beantwortet werden kann.

Wer vermag zu bezweifeln, daß man jedenfalls im Sinne der genannten sozialistischen Kriegstheorien den deutsch-polnischen Krieg von 1939 als eine „unvermeidliche Austragung großer Gegensätze" und die deutsche Forderung auf Rückkehr der deutschen „FREIEN" — nicht polnischen — Stadt Danzig und Zubilligung einer exterritorialen Autobahn durch den in Versailles geschaffenen „polnischen" Korridor als gerecht bezeichnen darf? War die englische Garantieerklärung an Polen vom Frühjahr 1939, die 1925 in Locarno und 1927 zum zweiten Male ausdrücklich verweigert worden war, trotz dieser englische Interessen überhaupt nicht berührenden Fragen wirklich so „unvermeidlich", daß eine Kriegserklärung an Deutschland mit dem Risiko ergehen mußte, ein großes Weltreich zu zerstören und einen zweiten Weltkrieg in Szene zu setzen, dessen Folgen, weil man „das falsche Schwein schlachtete", die zivilisierte Welt mit Untergang bedrohen? Cui bono? Wer hat bis heute die Ursachen dieses zweiten Weltkrieges untersucht, der doch schließlich nichts anderes ist als die nach autoritativem Eingeständnis letztlich „unvermeidbare" Wirkung eines Friedensdiktates, dem mit voller Absicht die Keime eines neuen Krieges gleichermaßen eingepflanzt wurden wie dem „gerechten und dauerhaften Frieden" von Yalta und Potsdam die Bazillen des „kalten Krieges"? Der Auslöser des Verhängnisses hat sich selbst gerichtet. Wer aber spricht das politische und gerichtliche Urteil über die eigentlichen Brandstifter, die zwar ihre Kriege bisher gewonnen, den Frieden dafür aber ständig verloren haben?

Mit solchen und anderen, hier zu weit führenden Gedanken und Überlegungen hat sich die deutsche Sozialdemokratie weder nach dem ersten noch nach dem zweiten Weltkrieg belastet. „Die deutsche Sozialdemokratie hatte für die auswärtige Politik selten mehr übrig gehabt als einen Fluch und Steinwurf und Protest. Es genügte, wenn, der Agitation halber, auch hier die deutsche Regierung als an allem schuldig dargestellt wurde."

So weit das harte Urteil des ehemals radikalen Sozialisten Paul Lensch über seine eigene Partei. Diesem Grundsatz ist die Sozialdemokratie ebenso treu geblieben wie ihrer Einstellung zum Kriegsproblem. Denn, um wieder mit Julius Deutsch zu sprechen: „Die Haltung, die eine sozialdemokratische Partei einem Kriege gegenüber einnimmt, wird stets von der Beurteilung der jeweiligen politischen Situation abhängen."

Zwischen Lassalles Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ und der Schrift von Julius Deutsch liegt jener gewaltige Geschichtsraum, der die Schaffung des zweiten deutschen Reiches und seinen Untergang nach über vierzig langen Friedensjahren brachte. Für die deutsche Sozialdemokratie waren diese vier Jahrzehnte fortschrittlicher Entwicklung allerdings weniger ruhig und friedlich. Im Oktober 1878 führte ihre staatsnegierende Haltung zum sogenannten Sozialistengesetz, dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Da es die Innenpolitik des kaiserlichen Deutschlands nicht verstanden hatte, die lebendigen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft dem Staatsleben nutzbar zu machen, darf man in der Entstehung eines „demokratischen Sozialismus“ ebenso eine natürliche Reaktion auf unhaltbare politische und soziale Verhältnisse erblicken wie in dem Zustrom breiter Arbeiter- und proletarisierter bürgerlicher Schichten zum „nationalen Sozialismus“ die historisch unausbleibliche Antwort auf gleichfalls als unerträglich empfundene wirtschaftliche und politische Verhältnisse in der Weimarer Republik.

Mit der Qualifizierung ihrer historischen Ausgangslage ist jedoch noch nichts Entscheidendes über die politische Qualifikation der beiden an sich begreiflichen historischen Erscheinungen gesagt. Das politische Urteil über den Nationalsozialismus ist am 8. Mai 1945 gesprochen worden. Der marxistischen Gedankenwelt brachte schon der erste Weltkrieg die erste schwere Niederlage, als der Mythos der Internationale zerbrach und das sozialdemokratische Phantasieprodukt von der unüberbrückbaren Kluft zwischen Volk und Heer so gründlich zerstört wurde, daß maßgebliche Parteiführer bei Kriegsbeginn feststellen mußten: „Heute ist das Heer das Volk und das Volk ist das Heer.“

Wie weit diese Worte von Geist und Inhalt der nachfolgenden, nur im Gefüge der Sozialdemokratie denkbaren Würdelosigkeiten entfernt sind, die nicht allein als Verächtlichmachung selbstverständlichen nationalen Empfindens, sondern letzten Endes als Gefährdung der staatlichen Existenz charakterisiert werden müssen, mag jeder für sich selbst entscheiden. Erinnert man sich zusätzlich an die zahlreichen Äußerungen sozialdemokratischer Größen zu wehrpolitischen und sonstigen nationalen Lebensfragen, so wird man der Behauptung beipflichten, daß die deutsche Sozialdemokratie stets ein politisches Janusgesicht zur Schau getragen hat, dem zu mißtrauen bis zum heutigen Tage nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht ist.

Als im Jahre 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, verweigerten die sozialdemokratischen Abgeordneten Bebel und Liebknecht als einzige Abgeordnete im norddeutschen Bundestag die beantragten Kriegskredite, obwohl sogar der Generalrat der Internationale in einem Manifest versicherte, daß „Deutschland einen Verteidigungskrieg führe“, und in einer zweiten Adresse bestätigte, daß „die deutsche Arbeiterklasse den Krieg, den sie nicht habe verhindern können, unterstützt habe als einen Krieg der Befreiung Deutschlands und Europas von dem erdrückenden Alp des zweiten französischen Kaiser-

reiches", und obwohl der bekannte amerikanische Historiker und damalige Botschafter in Berlin, George Bancroft, seiner Regierung berichtete: „Die führenden Staatsmänner sind sich mit der öffentlichen Meinung in Amerika einig, daß das Wesen des gegenwärtigen Krieges ein Akt der Selbstverteidigung von Seiten Deutschlands darstellt. Sein Ziel ist, Deutschland für dauernd durch bessere Grenzen gegen neue Angriffskriege zu sichern, deren es in den drei vergangenen Jahrhunderten eine große Zahl gab".

Während der sozialdemokratische Parteiausschuß im gleichen Jahre „seiner freudigen Bewegung über die mit unerhörter Tapferkeit in großartiger Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern glorreich errungenen Siege und seinem Stolz, einem solchen Heldenvolk anzugehören", Ausdruck gab, blieb es dem parteiamtlichen Organ des Abgeordneten Liebknecht vorbehalten, die deutschen Generäle und Offiziere als „Landsknechte" und „Gurgelabschneider" zu schmähen und anläßlich der Heimkehr der Söhne des eigenen Volkes aus dem Kriege die Bevölkerung aufzufordern, „schwarze Fahnen herauszustecken, weil eine Bande von Mordbrennern ihren Einzug halte".

Die Selbstbeschmutzung, die sich in verschiedenen Parteiorganen jener Jahre (1870—1878) angehäuft findet, übersteigt jedes erträgliche Maß. Da wird von der „Kaiserposse" von Versailles gesprochen, da wird die deutsche Geschichte verlästert als ein „Fastnachtspiel von Schurken, Betrügern und Narren"; Schiller wird ein „reaktionärer Phrasendrescher" genannt, weil er die Verse geschrieben hat: „Ans Vaterland, ans teure, schließ' Dich an!" Die Vaterlandsliebe wird als „ein verhüllender Schleier für Raub und Mord", als „Prozentpatriotismus" charakterisiert.

Es ist daher zu verstehen, wenn Friedrich Meinecke schreibt: „Daß die Sozialdemokratie gleichzeitig unter einer polizeilichen Ausnahmegesetzgebung leben mußte, hielten wir für völlig gerechtfertigt durch ihre revolutionäre und antinationale Haltung."

Der natürliche Anstand verbietet es, ähnliche und schlimmere Haßausbrüche weiter zu demonstrieren. Solche Schmähungen und durch nichts zu entschuldigenden Entgleisungen der Sozialdemokratie gelten — gottlob — nicht für die Gesamtheit der Parteiangehörigen. Dennoch sind sie nur bei ihr möglich gewesen und sind bezeichnend für die Einstellung eines sehr großen Teiles ihrer großen und kleinen Funktionäre. Schließlich kommt es nicht von ungefähr, daß wir in jener Zeit in ihren Reihen Namen wie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Kurt Eisner u. a. m. finden. Als Partei fand sie nicht den Mut, sich von solchen Kreaturen zu trennen und das knallrote trojanische Pferd vor die Türe der Partei zu setzen. Das politische Unvermögen der Partei als solcher, trotz der abgrundtiefen Feindschaft gegen die bestehende Staatsordnung eine klare Trennungslinie zwischen den nationalen Lebensinteressen des auch von ihr vertretenen Volkes und den damit gegebenen Grenzen eines hemmungslos gepredigten Klassenkampfes zu ziehen, ist die unverkennbare Klammer, die diese auseinanderstrebenden Kräfte noch lange zu-

ammenhalten sollte. Die Herabsetzung des eigenen Vaterlandes und des eutschen Heeres nahm einen solchen Umfang an, daß der Berliner Korrespondent des englischen „Standard" damals schrieb: „Die Engländer sagten: Rigth or wrong, my country; Herr Bebel hätte aber als Grundsatz angenommen: My country is always wrong."

Ideologische Borniertheit und doktrinäre Verkrampfung führten auch in der Folgezeit immer wieder zu Widersprüchen und unbegreiflichen Entscheidungen. Was soll man von einer Partei halten, deren Fraktionssprecher mit ausdrücklicher Billigung seiner Fraktion im April 1907 im Reichstag die Anfeindungen seiner Partei mit dem Gegenangriff beantwortet, daß „es gerade die Sozialdemokraten gewesen seien, die gelegentlich bürgerlichen phantastischen Abrüstungsideen spottend gegenüberstanden und darauf hingewiesen hätten, daß die wirtschaftlichen Gegensätze, die gegenwärtig zwischen den verschiedenen Nationen bestünden, zur Zeit noch so stark seien, daß nicht ein einzelner Staat an die Abrüstung denken könne", deren Presse aber postwendend schärfsten Widerspruch gegen diese Äußerung erhebt und aus deren Organisation heraus unter ausdrücklicher Bezugnahme an den nächsten Parteitag der Antrag gerichtet wird, in „Zukunft bei der Beratung des Militäretats nur solche Fraktionsredner zuzulassen, welche die völlige Gewähr dafür böten, daß sie entschieden gegen den Militarismus eingestellt seien"?

Wo liegt die Erklärung dafür, daß gleichfalls Gustav Noske als Redner der Fraktion der grundsätzlichen Entschlossenheit seiner Partei Ausdruck geben konnte, „sich in aller Zukunft für den Bestand eines Heeres einzusetzen, in der auch der letzte Mann seiner Pflicht zu genügen habe", daß er später dieses Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit zusätzlich noch mit dem Kommentar unterstreicht, daß „die Sozialdemokratie 1913 also mehr Menschen ausbilden lassen wollte, als die Regierung forderte", während in sturer Verblendung und in völliger Umkehr ihrer kundgegebenen Einstellung die gleiche Fraktion ständig die Vorlagen der Regierung zum Heeresetat ablehnte?

In Beantwortung und zur Erklärung aller dieser symptomatischen, aber nur beispielhaft herausgegriffenen Fragen und Widersprüche ist zunächst zu sagen, daß die Sozialdemokratie im kaiserlichen Heer nicht den Typus erblickte, der ihren Militärtheoretikern als Ideal eines sogenannten „Volksheeres" vor Augen schwebte. Wilhelm Noske schreibt: „Die Ansichten, auch der Fachleute, über die beste Form des Heerwesens sind stets weit auseinandergegangen. Die beiden Grundideen waren vor dem Weltkriege: stehendes Heer oder Miliz. Das stehende Heer mit zwei- und dreijähriger Dienstzeit schloß aus, daß alle Wehrfähigen erfaßt wurden. Daß ein Teil der Überschüssigen als Ersatzreservisten in zehn Wochen ausgebildet wurde, war nur ein Notbehelf, bei dem noch große Massen von der Ausbildung nicht erfaßt wurden. Bei dem Milizsystem hätten in kurzer Dienstzeit sehr viel mehr Männer wehrhaft gemacht werden können, wobei allerdings in Rechnung zu stellen war, daß für einen

Krieg von kurzer Dauer die straff disziplinierten, langjährig ausgebildeten Soldaten größere Offensivkraft hatten. In der Sozialdemokratie gaben die Männer, die sich für Wehrfragen interessierten, dem Milizsystem den Vorzug."

Die Forderung der Sozialdemokratie, daß das Volk zur allgemeinen Wehrhaftigkeit erzogen werden müsse, wird jeder als selbstverständlich unterschreiben, der aus der Geschichte gelernt hat, daß nur d a s Volk ein Recht auf nationale Existenz und politische Selbständigkeit besitzt, in dem auch der letzte Staatsbürger jederzeit bereit ist, mit der Waffe in der Hand das Vaterland gegen äußere Feinde zu verteidigen, die seine Freiheit bedrohen. Die generelle Pflicht, das Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu verteidigen, diese in aller Welt und von jeher anerkannte Pflicht kann überhaupt nicht, weder durch Diktat noch durch Abstimmungen, abgeschafft werden. Sie ist eine Verpflichtung, die von keinem Volk — sicher nicht ohne verhängnisvolle Folgen — ignoriert werden darf.

Sie folgt aus natürlichen und historischen Gegebenheiten. Um zu existieren, braucht sie nicht ausdrücklich in einer Verfassung ausgesprochen zu werden. Es gibt große Nationen, die ihre Rechte und Pflichten überhaupt nicht in Verfassungen niederlegen, weil sie sie in ihrem Herzen tragen.

Allerdings wird man die Frage aufwerfen und beantworten müssen, wie diese allgemeine Wehrhaftigkeit am besten und sichersten zu erreichen ist. Die programmatische Forderung, daß anstelle des stehenden Heeres eine Volkswehr treten solle, besagte begrifflich für die militärische Problematik, ganz besonders angesichts der Verhältnisse, wie sie im deutschen Reiche vor dem ersten Weltkriege herrschten, herzlich wenig. Denn im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, die zuerst eingeführt und bis in ihre letzten Äußerungen durchdacht zu haben ein unvergängliches Ruhmesblatt des preußischen Staates und seiner Herrscher ist, war tatsächlich das stehende Heer nichts anderes als das „Volk in Waffen". Es ist offensichtliche Unwahrhaftigkeit, wenn in den „Erläuterungen" zum Erfurter Programm behauptet wird, daß „das Heerwesen in schroffem Gegensatz zum Volke stehe, in welchem die Wurzeln seiner Kraft lägen, und daß es mit eiserner Folgerichtigkeit alle Bande zerschneide, welche es mit jenem verknüpften". Haben nicht unsere Väter, von Ausnahmen, die die Regel bestätigen, abgesehen, immer wieder bekundet, daß ihre Militärjahre zu den schönsten ihres Lebens zählten, weil sie gerade jedem einzelnen zum Bewußtsein brachten, daß er ein wichtiges Glied sei in der Gesamtheit des Volkes, zu der alle Söhne des Vaterlandes rechneten, wes Berufes und Standes sie auch immer sein mochten? Wenn alle Bande zwischen Volk und Heer zerrissen worden wären, wie waren dann die ungeheuren Leistungen des deutschen Heeres im ersten Weltkrieg möglich, wo gibt es dann eine Erklärung für die Tatsache, daß sich nach dem ersten Weltkrieg, nachdem man jenen „Staat im Staate" zerschlagen hatte, Millionen in den verschiedensten Organi-

sationen zusammenschlossen, um die alten Traditionen hochzuhalten, das Band der Kameradschaft und den Wehrgedanken zu pflegen?

Selbstverständlich war die deutsche Armee ein Organismus mit „eigenen Gesetzen und eigener Gerichtsbarkeit". Die „Erläuterungen" vergaßen jedoch, eine Armee, insbesondere eine demokratische, zu nennen, auf die diese Charakteristika jeder Heeresorganisation nicht zutreffen. Einfach zu behaupten, daß „die Soldaten durch eine Kluft von denen getrennt würden, aus deren Kreisen sie gekommen seien und zu denen sie zurückkehren müßten, daß sie darum nicht das Volk in Waffen seien", ist tendenziöse Demagogie, die sich von selbst richtet. Ebenso war es eine wahrheitswidrige, nur mit parteipolitischen Absichten zu erklärende Behauptung, daß das Heer eine Deckung gegen die aufstrebende Arbeiterschaft gewesen sei. Niemals ist die deutsche Armee aufgeboten worden gegen die streikende Arbeiterschaft. In den Vereinigten Staaten und Frankreich aber, beides demokratische Republiken, gehört es bei Arbeitskämpfen keineswegs zu den Seltenheiten, daß Armee und Miliz gegen Streikende von der Demokratie eingesetzt werden. Welcher Unterschied bestehen sollte zwischen einem stehenden Heer, wie es das alte Deutschland hatte, und einer „Volkwehr, die alle Wehrfähigen umfaßt, schult und sie eingliedert" hatten die Verfasser der „Erläuterungen" anzugeben unterlassen. Sahen diese den Unterschied darin, daß die Volkswehr in erster Linie die Aufgabe habe, dem Staatsbürger die Sicherheit seines Daseins, die Freiheit und Wohlfahrt des Gemeinwesens zu verbürgen, so ist nicht einzusehen, zu welchem anderen Zwecke in Deutschland das stehende Heer gehalten wurde als zu dem, die Sicherheit des einzelnen und die Freiheit und Wohlfahrt des Reiches zu gewährleisten, um das blasse, inhalts- und blutlose Wort „Gemeinwesen" zu vermeiden.

Weiterhin begründeten die „Erläuterungen" ihre Ablehnung des stehenden Heeres mit dem Einwand, daß es den deutschen Michel an den Bettelstab bringe. Nichts war einfältiger als diese Begründung. Jedes Schulkind wußte es, daß das deutsche Reich unter dem angeblichen „Drucke" seiner militärischen Ausgaben eine wirtschaftliche Blüte erlebte, wie noch nie seit seinem Bestehen und wie auch nie ein Volk vorher in einem so kurzen Zeitraum. Gerade seiner unangreifbaren Stellung hatte es Deutschland zu verdanken, daß die deutsche Volkswirtschaft unter den Segnungen eines mehr als vierzigjährigen Friedens jenen glänzenden Aufschwung hatte nehmen können, der nicht zum letzten Male letzte Ursache für die Ausweitung lokaler Konflikte zu Zivilisation und Kultur bedrohenden Weltkriegen werden sollte. Das für diese nationalen Zwecke verausgabte Geld war also keine nutzlose Verschwendung, sondern eine Art Versicherungsprämie, die das deutsche Volk aufbringen mußte, um sich gegen die Schäden eines Krieges ebenso zu schützen, wie sich der Privatmann gegen die Gefahren eines Brandes, gegen Unfall und Hagel, Einbruch und Diebstahl versichert.

Die Sozialdemokratie suchte es nun so darzustellen, als seien in keinem anderen Land die durch die Landesverteidigung verursachten Steuerlasten so groß und drückend gewesen wie im deutschen Reich. Diese Behauptung mußte ganz besonders nach dem Kriege dazu herhalten, um weiteres Anklagematerial gegen den sogenannten „deutschen Militarismus" zu liefern. Die Tatsachen sprechen jedoch eine andere Sprache. Rechnet man die Ausgaben der europäischen Großmächte für Heer und Flotte zusammen, so gaben in eintausend Mark im Jahre 1910 aus:

Großbritannien	1 394 619
Deutschland	1 241 268
Rußland	1 221 407
Frankreich	998 182

Deutschland stand also — absolut genommen — an zweiter Stelle. Legt man diese Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung um, so kam das deutsche Reich erst an dritter Stelle hinter Frankreich und England zu stehen. Während Großbritannien im Jahre 1910 30,99 Mark und Frankreich 25,27 Mark auf den Kopf der Bevölkerung verausgabte, hatte das deutsche Reich für Heer und Flotte zusammen eine Belastung von nur 19,07 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzuweisen. Dabei war von den drei genannten Großmächten das deutsche Reich die einzige gewesen, die ihre Militärausgaben im Jahre 1910 verringert hatte. Nimmt man hinzu, daß die Großmächte Frankreich, Rußland und England in festen, Deutschland einkreisenden und von Westen und Osten her in gleicher Weise bedrohenden Allianzen sich verbunden hatten, so erübrigt sich jedes weitere Wort. Lloyd George sagte in einem Aufsatz zum Neujahrstag 1911: „Die deutsche Armee ist eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für das Reich, sondern auch für die Existenz und Unabhängigkeit der Nation, da Deutschland von zwei Staaten flankiert ist, deren jeder eine fast ebenso starke Armee unterhält. Das Land wurde so oft von seinen Feinden besetzt, überrannt und zerstört, daß es sich keinen neuen, ähnlichen Gefahren aussetzen darf. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß, während wir eine Überlegenheit von 60 % über die Seestreitkräfte Deutschlands fordern, Deutschland selbst in militärischer Hinsicht nicht einmal Frankreich gegenüber eine solche Überlegenheit besitzt, und außerdem hat es doch auch mit Rußland zu rechnen. Deutschland aber macht keinen Anspruch auf einen Zweimächte-Standard."

Wenn die Sozialdemokratie nun anstelle des stehenden Heeres die sogenannte „Volkswehr" forderte, so verschwieg sie, daß dieses System in Wahrheit mehr Kosten verursachen würde als das stehende Heer, ohne seinen Zweck in gleicher Weise zu erfüllen. So hatte die Schweiz im Jahre 1907 Einnahmen in Höhe von 83 Millionen und Ausgaben in Höhe von 80 Millionen Franken aufzuweisen. Von diesen fielen 42 Millionen auf das Heer, also mehr als 50 Prozent. Angesichts dieser Zahlen hat auch Kautsky zugeben müssen,

daß „selbst in der Schweiz der Militarismus den Löwenanteil der Staatseinnahmen schlucke", wie er auch in seiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution" erklärt, daß „eine Miliz unter Umständen ebenso viel kosten kann wie ein stehendes Heer".

Vollends seines demagogischen Charakters wird der sozialdemokratische Einwand entkleidet, wenn man an jene Äußerung Bebels zurückdenkt, daß, „wenn Deutschland einen wirklichen Vorsprung vor den übrigen Staaten, insbesondere vor seinen künftigen Feinden haben wolle, nichts anderes übrig bleibe, als daß es den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in vollster Wirklichkeit zur Auswirkung bringe, indem es die allgemeine Volkswehr, die Volksbewaffnung Hand in Hand mit der militärischen Jugenderziehung durchführe". Julius Deutsch rundet dieses Bild wie folgt ab: „So wie die großen Führer der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich sprachen fast alle Repräsentanten des Sozialismus in Europa, am glanzvollsten Jean Jaurès in seinem geistvollen Werke ‚Die neue Armee'. Er legte dort dar, daß Frankreich so lange eine ungenügende Rüstung haben werde, solange es das System des stehenden Heeres beibehalte. Es müsse zur Miliz greifen, um besser gerüstet zu sein. Nicht als eine Abrüstung, sondern als eine Aufrüstung betrachtete er die Miliz."

Im übrigen hat der Beginn des ersten Weltkrieges deutlich gezeigt, daß Deutschland durch die Einführung eines Milizsystems militärisch von vornherein noch mehr ins Hintertreffen gekommen wäre. Die letzten Vorbereitungen für die Gesamtmobilmachung waren in Rußland am 26. Juli 1914 das Inkrafttreten der „Kriegsvorbereitungsperiode", in England das „Warnungstelegramm an Heer und Grenzschutz" am 30. Juli, in Österreich „Die Alarmierung gegen Rußland" am 30. Juli, in Deutschland „Der Zustand drohender Kriegsgefahr" am 31. Juli. Die offiziellen Mobilmachungen erfolgten:

in Rußland am 30. Juli, 6 Uhr abends
in Österreich/Ungarn am 31. Juli, 12.23 Uhr nachmittags
in Frankreich am 1. August, 4.40 Uhr nachmittags
in Deutschlands am 1. August, 5 Uhr nachmittags
in England: Flotte am 2. August, 2.25 Uhr morgens,
Landheer am 3. August, 12 Uhr mittags.

Die verspätete Mobilmachung des deutschen Heeres hatte im Osten zur unmittelbaren Folge, daß die russischen Armeen in Ostpreußen einbrachen, Städte und Dörfer brandschatzten und die Bevölkerung, soweit sie nicht fliehen konnte, größtenteils nach Sibirien verschleppten. Es ist keine Frage, daß ein Milizheer dem Ansturm dieser straff disziplinierten, langjährig ausgebildeten Soldaten der feindlichen stehenden Heere gegenüber nicht so widerstandsfähig gewesen wäre, wie es das deutsche Heer von 1914 her tatsächlich war, ganz abgesehen davon, daß die Mobilmachung wohl nicht so

reibungslos abgelaufen wäre. Vernünftige Sozialdemokraten haben sich solchen Einsichten auch nicht verschlossen: „Man konnte vernünftigerweise Deutschland nicht zumuten, angesichts der realen Machtverhältnisse, mit welchen es zu rechnen hatte, seinerseits zum Milizsystem überzugehen, solange die anderen kapitalistischen Großstaaten Europas stehende Heere unterhalten. Für den Politiker sind das eigentlich Selbstverständlichkeiten. Aber die Politik der Sozialdemokratie war so sehr von der revolutionären Ideologie und der dieser zugrunde liegenden Kladderadatschtheorie beeinflußt, daß sie nicht einmal dazu kommen konnte, aus ihrem eigenen politischen Aktionsprogramm die logischen taktischen Konsequenzen zu ziehen. Dabei gehört wahrhaftig keine geistige Herkulesarbeit dazu, um zu begreifen, daß der Übergang vom heutigen Heeressystem zum System der Volkswehr an politische und andere Voraussetzungen gebunden ist, die man nur allmählich herbei- und durchführen kann."

Das ist das Urteil des sozialdemokratischen Redakteurs und Landtagsabgeordneten Wilhelm Kolb, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Über diese militärischen Gesichtspunkte hinaus erhoben sich gegen die Forderung auf Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung eines Milizsystems, wie es die Sozialdemokratie damals verstand, auch schwerwiegende politische Bedenken, da dieses Wehrsystem in einer Zeit sozialer und revolutionärer Hochspannungen leicht dazu führen konnte, daß die politischen Gegensätze mit der Waffe in der Hand ausgefochten würden, wenn jeder Bürger, wie in der Schweiz, sein Gewehr zu Hause hatte. Jener Schweizer Milizoffizier hat wohl nicht ganz unrecht, wenn er in der Schweizer Miliz kein Exportprodukt sieht und diese Meinung wie folgt begründet: „Geben Sie Deutschen, Franzosen und Italienern Waffen und Munition mit nach Hause, dann werden die Franzosen auf die Jagd gehen, die Italiener werden alles an die Untergrundbewegung verkaufen und die Deutschen werden bei politischen Demonstrationen aufeinander schießen."

Angesichts so zahlreicher und überzeugender Gegenargumente überrascht es daher nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie nach dem Weltkrieg auf ihrem Heidelberger Parteitag im September 1925 die Forderung nach einer Miliz fallen ließ. „Dieser Frontwechsel vollzog sich, ohne daß er in der Öffentlichkeit viel beachtet worden wäre. Nicht einmal in den sozialistischen Kreisen erweckte dieser Teil der Programmänderung einen stärkeren Widerhall. Es mag schon sein, daß zu dieser Kühle, mit der eine alte Forderung der Sozialdemokratie fallen gelassen wurde, auch der Umstand beitrug, daß die Miliz — trotzdem sie im Programm stand — als eine Forderung der Massen nie recht populär war. Die pazifistischen Stimmungen, auf die wir bereits wiederholt hingewiesen haben, ließen den Wunsch nach Schaffung einer Miliz nicht so kräftig werden wie andere sozialdemokratische Forderungen. In den sozialdemokratischen Massen lebte trotz der gegenteiligen Programmforderung

eine Abneigung gegen jede Art militärischer Einrichtung, die sich bis zu einem gewissen Grad auch gegen die Miliz kehrte . . .

Wie denn überhaupt die Vorstellung, daß es allein das Wehrsystem sei, das den inneren Wert und Gehalt einer Wehrmacht bestimme, durchaus falsch ist. Ob Miliz oder stehendes Heer oder Söldnerheer — das ist gar nicht so wichtig, in dieser Beziehung sind die früheren Programme der sozialdemokratischen Parteien, die nur die Miliz gelten lassen wollten, in die Irre gegangen."

So weit die Ausführungen von Julius Deutsch, die einer weiteren Ergänzung nicht bedürfen.

Neben diesen sachlichen waren es vor allem ideologische und doktrinäre Gründe, die die Sozialdemokratie außerstande setzten, aus der richtigen Beurteilung der weltpolitischen Lage, in die das Deutsche Reich gestellt war, die sich aufdrängenden Folgerungen zu ziehen und realistische Politik zu betreiben. Dieses Unvermögen lag im Wesen der Partei selbst und fällt ihr daher in vollem Umfange zur Last.

Da haben wir vor allem die parteipolitische These: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" Sie geht auf das Parteiprogramm zurück, das bekanntlich Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der sogenannten Volkswehr verlangte. Vom parteipolitischen Interesse her gesehen, das ja bei der Sozialdemokratie für ihre politische Arbeit stets in besonderem Ausmaß bestimmend war, war dieser Standpunkt sehr geschickt gewählt. Man konnte den Gedanken der Wehrhaftigkeit grundsätzlich bejahen und so den Vorwurf antinationaler Gesinnung mit Entrüstung zurückweisen, gleichzeitig aber alle Mittel zum Ausbau und Unterhalt einer Heeresorganisation ablehnen. „Es ist nicht immer klar unterschieden worden zwischen ‚Militarismus' und der Verteidigung des Vaterlandes", wie Wolfgang Heine zugibt.

Dieser Zweigleisigkeit ist die Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges gefolgt. Ihre Politik lieferte populäre Agitationsparolen, sie eignete sich hervorragend, der Wählerschaft pazifistische Zukunftsbilder vorzugaukeln, und ging daher leicht in die Ohren der Massen ein. Sie wurde um so mehr geglaubt, als es ja eine Internationale gab, die jeden „Militarismus" überflüssig machte. Schließlich wurden die Funktionäre geistig nicht überfordert, wenn sie diese Parolen ihren Zuhörern zu entwickeln und zu begründen hatten. Kurzum, diese Art von Propaganda war sehr bequem und einträglich. Daß man infolgedessen von der programmatischen Forderung nach totaler Wehrhaftmachung und Wehrbereitschaft von Jahr zu Jahr weniger sprach, versteht sich von selbst. Der Kampfruf „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" wandelte sich unauffällig in den sozialistischen Leitsatz „Nieder mit dem Militarismus". So wurde die Anhängerschaft zum Pazifismus

erzogen, die Partei damit aber zur Gefangenen ihrer eigenen Agitation. Auch wenn die Parteileitung die Gefährlichkeit ihrer staatsnegierenden Haltung eingesehen und sich entschlossen hätte, das Steuer herumzureißen, es wäre ihr nicht mehr möglich gewesen. Die berechtigte Sorge, daß die irregeführten Anhänger der Partei den Rücken kehren könnten, ließ es ihr nach dem furchtbaren Wort von Otto Wels opportun erscheinen, „lieber mit den Massen zu irren, als die Massen gegen sich zu haben".

So ist also das Bild, das uns die sozialdemokratische Partei jener Jahre in ihrer Theorie und Praxis bietet, erschreckend. „Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis trat überall und in allen Fragen so offensichtlich zutage, daß man sich heute nur noch darüber wundern kann, wie eine große Partei ihn so lange ertragen konnte", meint Wilhelm Kolb mit Recht. Die demagogische Agitation, der Utopismus, die Widersprüche und die Unwirklichkeit ihrer Politik sind um so unbegreiflicher, als es in ihren Reihen durchaus einsichtige Männer gab, die der realpolitischen Situation wesentlich nüchterner und ohne Scheuklappen gegenüberstanden. Der Dank für die Gewissenhaftigkeit und Unbestechlichkeit ihrer politischen Meinung bestand allerdings darin, daß sie ausgeschlossen, kaltgestellt, verwarnt oder in anderer Weise gerügt wurden. Auf dem Parteitag zu Frankfurt 1894 erklärte der Abgeordnete Schippel: „Wir haben die Soldaten nicht bewilligt, aber sie sind einmal da. Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht zu schaffen. Das ist eine Tatsache, die uns sicherlich unangenehm ist, mit der wir aber rechnen müssen. Sollten wir nun, weil die bürgerlichen Parteien uns in dieser Beziehung nicht unseren Willen tun, die deutschen Arbeiter, gleichsam zur Strafe, vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blute den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? Das wäre widersinnig und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt."

In ähnlicher Weise sprach sich der Abgeordnete Gustav Noske in seiner berühmt gewordenen Jungfernrede im Reichstag aus: „Ich gehe als Sozialdemokrat mit dem Herrn Kriegsminister zusammen, wenn er erklärt hat, man habe ein Interesse daran, daß die deutschen Soldaten die besten Waffen haben. Wer so wie ich und Tausende von Männern jahrelang den Gestellungsbefehl für den ersten Mobilmachungstag in der Tasche getragen hat, der hat auch natürlich ein Interesse daran, daß er mit einem modernen Gewehr statt mit einer Heugabel ins Feld gestellt wird. Das ist doch so selbstverständlich wie nur irgend etwas."

Dennoch war es ebenso „selbstverständlich", daß die Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des Krieges mit nicht zu überbietender Sturheit und — man muß es sagen — Verantwortungslosigkeit „diesem System keinen Mann und keinen Groschen" bewilligte. Was half es, wenn Richard Calwer mahnte, „daß Deutschland sich stark machen müsse, weil es im Interesse seiner Industrie zu allen Fragen der Weltpolitik Stellung nehmen müsse. So wie die

realen Verhältnisse heute lägen, hänge das Ansehen eines Staates im Ausland von seiner Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande ab!"

Was nutzte es, daß derselbe an anderer Stelle bekannte: „Heute kann Deutschland nicht zugemutet werden, seine Rüstung dem Ausland gegenüber zu schwächen oder gar abzulegen, im Gegenteil, es muß, wenn es sich nicht preisgeben will, seine Waffen scharf halten, so schwer es auch an dieser Rüstung zu tragen hat."

Trotz dieser Erkenntnis fällt auch Richard Calwer jener unverständlichen Negation anheim, wenn er fortfährt, daß „dazu die Arbeiterpartei nicht Ja und Amen zu sagen brauche, solange man sie keine politische Verantwortung tragen lasse".

„Solange sie keine Verantwortung trägt ..."

Damit wird allerdings die Achillesferse sozialdemokratischen Wirrwarrs bloßgelegt. Das ist die Frage: Darf eine Partei, um mit Richard Calwer zu sprechen, auch Staatsnotwendigkeiten gegenüber sich ablehnend verhalten, solange sie an der Macht nicht beteiligt ist? Muß eine solche von nacktem Parteiegoismus geprägte Politik nicht schlechthin als verantwortungslos gekennzeichnet werden? Ist dieser harte Vorwurf nicht um so berechtigter, wenn in gleichem Atemzuge eingestanden wird, daß „es nicht zweifelhaft sei, daß die Arbeiterschaft genau so um die Wehrhaftigkeit des Staates besorgt wäre wie die bürgerlichen Parteien, wenn sie politische Verantwortung trage, daß sie also nicht in blindem Vertrauen abrüsten würde, solange sie mit der Eventualität zu rechnen hätte, daß dieses Entgegenkommen ihr unter Umständen die politische Autorität im Rate der Völker, ja sogar die politische Selbständigkeit kosten könnte"?

Die Zwiespältigkeit und Doppelzüngigkeit dieser Politik wird in vollem Umfange evident, wenn man sich erinnert, daß die Sozialdemokratie ihre Anhängerschaft bewußt zur Ablehnung jedes „Militarismus", d. h. zur Ablehnung des Militärs schlechthin, und zum Pazifismus erzog. Die Parallele zur Gegenwart ist augenfällig. Während die Parteispitze den OHNE-MICH-STANDPUNKT verwirft, wird in der politischen Agitation der Wehrwille und die Wehrbereitschaft der jungen Mannschaft untergraben. Die Sozialdemokratie bleibt dabei ihren Grundsätzen oder — genauer ausgedrückt — ihrer Grundsatzlosigkeit treu.

„Ich sage also, daß nach dem sozialdemokratischen Programm der Staat wehrhaft werden soll, allerdings nach dem ganzen Wortlaut nicht der heutige Staat, sondern erst der Volksstaat. Und aus dieser Fassung scheint mir nun auch die absolut ablehnende Stellungnahme der Sozialdemokratie gegen Militär- und Marinevorlagen zu resultieren", stellt Richard Calwer fest.

Das heißt damals wie heute nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie nur unter einer Bedingung für die praktische Verwirklichung des Wehrgedan-

kens eintritt: Das zu schaffende Heer muß ein sozialdemokratisch gefärbtes sein.

Wenn daher für irgendeine Partei, so gilt zutiefst für die deutsche Sozialdemokratie Bismarcks Wort: „Wir haben einen Fraktionspatriotismus, der alles außerhalb der eigenen Fraktion Liegende als Ausland betrachtet, dem man jeden Schaden zufügen kann, wenn nur die Fraktion Vorteile hat."

Die deutsche Armee von 1914 war die erste der Welt; aber die Wehrkraft des Reiches war nicht voll ausgenützt. Der französische General Buat rechnet uns vor, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, sechshunderttausend Mann der vordersten Linie mehr aufzustellen, wenn es dieselben Anstrengungen gemacht hätte wie Frankreich. Diese Zahl hätte bedeutet, daß im Jahre 1914 der Schlieffenplan auch mit den Abänderungen, die er durch den Generaloberſten von Moltke erlitt, noch hätte wirksam werden können. Vor allem wäre die Sorge um die Gefahr im Osten wesentlich geringer gewesen, wenn man statt 2 Millionen Streiter, die das Feldheer im August 1914 zählte, 2,6 Millionen Mann hätte an die Front stellen können. Tatsächlich wurden jedoch in Deutschland im Jahre 1908 nur 53,7 Prozent aller Gemusterten eingestellt, während Frankreich im gleichen Jahre unter wesentlicher Herabsetzung der Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit 83 Prozent der Wehrfähigen zum Heeresdienst heranzog.

Wolfgang Heine war einer der ersten, der sich für die Bewilligung von Rüstungsausgaben aussprach. Er wurde heftig kritisiert, als er anregte, sich zu militärischen und politischen Fragen klüger zu stellen: „Wenn wir unser Heer gut ausrüsten, so schützen wir uns selbst, unser Fleisch und Blut, unser deutsches Volk."

Seine Mahnung verhallte ungehört. Ähnlich erging es dem Abgeordneten Schippel, dem auf dem Parteitag zu Hannover 1899 eine schwere Abfuhr zuteil wurde, weil er die Haltung seiner Partei in einem Zeitungsartikel wie folgt glossiert hatte: „In ihrer allgemeinen Auffassung des ‚Militarismus' hat die Sozialdemokratie noch immer sehr viel Ähnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdeckt haben, daß anstelle des wilden, verrohenden Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Breinahrung die Menschen nicht bloß körperlich erhalten, sondern auch in jeder Beziehung veredeln müsse, die die alten Scheuel und Greuel in endlos rieselndem Wasser zu ersäufen trachten, die im Impfzwang den Ruin der Völker sehen und denen selbst Bacchus und Gambrinus nur giftmischerische Scheusale sind. Hier wie dort dieselbe verblüffende Kritiklosigkeit, aber auch derselbe heilige Eifer, halbwahre und halbverdaute Schlagworte sofort zu einem System auszubauen, das alle Wahrheit umschließt und alles Heil bringt und gegen das nur unverbesserliche Barbaren und Schwachköpfe ankämpfen können. Hier wie dort derselbe Glaube an die gravierenden ‚Fälle', mit denen alles Wissen und Können der Gegner ein für allemal vor dem höchsten Richterstuhl der

Vernunft und der Geschichte zermalmend verurteilt ist. Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgergardisten-Ideals vom militärischen Fachmann spricht, kann gewöhnlich kaum überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Überlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Scheusal von ärztlichem Fachmann in die Wolfsschlucht hinabschleudert."

„So die die ganze Partei beleidigende Einleitung des Artikels", wie es im offiziellen Protokoll heißt. Als Schippel zu seiner Verteidigung entgegnete, es sei nun einmal notwendig, das Parteiprogramm zu verbessern, und vorschlug, den Punkt 3 des Erfurter Programms „Volkswehr anstelle des stehenden Heeres" in „Umwandlung des stehenden Heeres zur Volkswehr" abzuändern, weil „die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht", erntete er — Gelächter.

Sein „Erfolg" ist ein Beweis mehr für die Interpretation Calwers, daß „nach dem ganzen Wortlaut des sozialdemokratischen Parteiprogrammes nicht der heutige Staat, sondern erst der Volksstaat wehrhaft sein solle". Es versteht sich, daß auf Antrag der Genossinnen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin und des Genossen Ledebour der Parteitag die Auffassung Schippels über den „Militarismus" zurückwies und in ihr einen Verstoß gegen die Grundsätze der Partei erblickte.

Für den gesunden Menschenverstand bleibt es einfach unfaßbar, was die Sozialdemokratie mit dieser Einstellung forderte: Erst Auflösung des stehenden Heeres, dann Neuaufbau einer sogenannten Volkswehr, eine Forderung, die, wie wir gesehen haben, später von ihr selbst als „irrig" erkannt wurde. Was bedeuten schon dieser allen weltpolitischen Gegebenheiten ins Gesicht schlagenden Auffassung gegenüber die Beteuerungen und Bekenntnisse zur Wehrhaftigkeit, zur Wehrhaftmachung auch des letzten Mannes? Ist es wirklich nur ideologische Verkrampfung, Borniertheit, politisches Unvermögen, oder gilt etwa doch für die Sozialdemokratie jenes böse Wort Kautskys: „Wie es ökonomische Gesetze gibt, die für jede Gesellschaftsform gelten, so gibt es auch sittliche Grundsätze, deren keiner entraten kann. Einer der wichtigsten ist die Pflicht zur Wahrhaftigkeit dem Genossen gegenüber. Dem Feind (d. h. dem Bürgertum) gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt"? Die weltpolitische Entwicklung und der in ihrem Schoß bereits verborgene erste Weltkrieg sprechen eine so deutliche Sprache, daß das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie in der Wehrfrage sich von selbst richtet.

Die europäische Situation aber konnte nicht besser skizziert werden als durch die Feststellung eines internationalen Genossen der deutschen Sozialdemokraten, des französischen Sozialisten Marcel Sembat, die er 1913 in einem von ihm herausgegebenen Buch über die russische Gefahr für den europäischen Frieden in folgender Weise aussprach: „Meiner Meinung nach drängt unser jetziges System der europäischen Bündnisse zum Kriege und nicht zum Frie-

den. Um das zu verstehen, muß man sich in die Haut eines Deutschen hineinversetzt denken. Der denkt: ‚Ich bin mir bewußt, daß ich vollständig erst mit dem deutschen Siege, seit der Einigung Deutschlands, existiere. Um keinen Preis in der Welt werde ich zugeben, daß an dieser meiner neuen Stellung gerührt wird. Sobald ich die deutsche Einheit in Gefahr glaube, erhebe ich mich, bereit, jedes Opfer zu bringen, bereit, mein Geld, wenn ich solches habe, und mein Leben zu geben. Ganz gleich, zu welcher Partei ich gehöre, ob ich Sozialist, Katholik, Liberaler oder ein Konservativer bin, sollte irgend jemand die deutsche Einheit bedrohen, so wird er es mit mir zu tun haben!'

Jeder Deutsche ist aufgewachsen unter der unaufhörlichen Bedrohung durch eine entsetzliche Lawine, die über seinem Haupte hängt, durch eine Lawine, die jeden Augenblick sich lösen und fallen und auf ihn rollen kann, durch eine Lawine, die aus unendlicher Wildheit, aus brutalen und barbarischen Horden besteht, die sich über sein deutsches Land ergießen und seine Zivilisation und seine Sitten begraben wird.

Man vergesse nicht, daß Deutschland engster Nachbar Asiens, der Kosaken, der Hunnen ist. Das französisch-russische Bündnis und die französisch-englisch-russische Entente muß daher den Deutschen als der Pakt zweier zivilisierter Völker mit dem Barbarentum erscheinen. Das Auge des Deutschen sieht die Zivilisation betrogen und, zugleich mit Deutschland, den Barbaren ausgeliefert."

Die offenkundige Bedrohung Deutschlands und die sich immer deutlicher abhebende Gefahr für ihr Vaterland hat die Sozialdemokratie aber nicht abgehalten, auf ihren Parteitagen Resolutionen anzunehmen, die sich selbst widersprechen. Wie konnte sie behaupten, daß „das herrschende Militärsystem eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens bilde", im gleichen Atemzuge aber erklären, daß „es nicht imstande sei, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Überfälle zu gewährleisten"?

Den deutschen Wählern wurde damit ein gerütteltes Maß an geistiger Beschränktheit unterstellt. So nimmt es schließlich nicht Wunder, daß Konrad Haußmann an Bebel schrieb: „Die Sozialdemokratie, die anderen Parteien ihre Widersprüche aufzudecken liebt, leidet selbst an tiefen Widersprüchen und richtet durch sie innerhalb und außerhalb der Mauern ihrer Partei einen politischen Schaden an, der proportionell der Größe der Partei entspricht."

Aber es wäre nicht loyal, die Feststellung zu unterlassen, daß die vielseitigen theoretischen, praktischen und taktischen Auffassungen innerhalb der Sozialdemokratie ihren Ausdruck in einem besonders seit den neunziger Jahren unausgesetzt wütenden „Richtungsstreit" fanden. Die Auseinandersetzungen wurden mit voller Rücksichtslosigkeit geführt, in den Zeitschriften sowohl wie in der Parteipresse, in den Parteiversammlungen wie auf den Parteitagen. Seit 1898 verging kaum ein Parteitag, der nicht seine Revisionistendebatte gehabt

hätte. So sicher war der Revisionismus in seiner Kritik der Theorien des Erfurter Programmes geworden, daß bereits 1905 ein Gewerkschaftsblatt schreiben konnte: „Die wichtigsten theoretischen Lehrsätze der Sozialdemokratie haben sich als unhaltbar bzw. zweifelhaft herausgestellt."

Der Umstand, daß sich „Revisionisten" und „Radikale" bekämpften, bedeutet jedoch keine Entschuldigung. Die Tatsache, die heute mehr denn je ihr innen- und außenpolitisches Gewicht hat, bleibt bestehen: Alle Bekenntnisse und Beschlüsse sozialdemokratischer Führer und Parteitage zur Wehrhaftigkeit, zur militärischen Jugenderziehung und zur Ausschöpfung auch der letzten Volkswehrkraft haben die Partei nicht gehindert, nicht nur in gleichbleibender Negation die Zustimmung zum Heeresetat zu verweigern, sondern gleichzeitig ihre Anhängerschaft zum Pazifismus zu erziehen. Immer wieder forderten ihre Parteitage von den parlamentarischen Vertretern der Partei, auch künftig keinerlei Mittel für das bestehende Militärsystem zu bewilligen. Der Haß der Sozialdemokratie gegen die Monarchie, an die man angesichts unserer heutigen Situation nur mit Wehmut zurückzudenken vermag, ließ sie ihre Pflicht als deutsche Partei vergessen, so zu handeln und sich in den Parlamenten und der Öffentlichkeit so zu verhalten, als ob das Schicksal des Reiches in ihre Hände gelegt wäre. Damals wie heute zeigen sich in dieser Partei in der Einstellung zum Wehrproblem immer wieder tiefe Gegensätze. Mit Recht erklärte der sozialdemokratische Schriftsteller Ernst Drahn: „Wer die Resolutionen der Internationale über Krieg, Frieden und Wehrmacht vom Lausanner Kongreß 1867 bis auf heute und die der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie einer Durchsicht unterzieht, wird die heillosen Widersprüche klar genug erkennen, die sie in allem, was militärische Fragen anlangt, enthalten. Es ist klar, daß es sich bei allen diesen Beschlüssen um Kompromisse zwischen den verschiedensten Strömungen in der Internationale sowohl wie in der deutschen Sozialdemokratie handelt. Ein wirkliches Verständnis militärischer Notwendigkeiten ohne utopistischen Beigeschmack vermißt man in allen solchen Beschlüssen."

Eine der Hauptstützen sozialdemokratischer Wehrpolitik war das Vertrauen auf die sozialistische Internationale. Fürwahr vernichtend ist ihr spätes offizielles Eingeständnis, daß „es unehrlich und unsinnig wäre, wollten wir leugnen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges in mehr als einem Punkte gewisse Anschauungen und Erwartungen Lügen gestraft haben, in die sich die große Mehrzahl unserer Parteigenossen hineingelebt hatte". Furchtbar für sie die Erkenntnis, daß sie „die Widerstandskraft des organisierten internationalen Proletariats dem Ausbruch eines Krieges gegenüber erheblich überschätzt hatte".

Wie diese Widerstandskraft in der Realität beschaffen war, zeigt mit aller Deutlichkeit das offenherzige Bekenntnis des französischen Sozialisten Gustav Hervé zu Beginn des Weltkrieges: „44 Jahre hat die Republik daran gearbeitet, uns ein modernes Heer zu geben, und trotz bedauerlicher Irrtümer und

beklagenswerter Mängel war es ihr gelungen, das furchtbare Werkzeug der Rache zu schmieden. 44 Jahre lang haben die Chauvinisten, die Nationalisten und die Patrioten mit Übertreibungen, die uns oft närrisch erschienen, das vaterländische Gefühl erhöht und die Verstümmelung nach Sedan und Metz ins Gedächtnis zurückgerufen. Dank ihnen war genug Haß im Herzen des Volkes, um in der Schicksalsstunde den Zorn und die Entrüstung auflodern zu lassen und die Kräfte zu verzehnfachen."

Das Gebäude der Illusionen und utopistischen Wünsche zerbrach. Aus bekenntnisfreudigen Anhängern der Internationale waren über Nacht Fanatiker des Nationalismus und Chauvinismus geworden.

„Zeigt man uns, daß die tatsächlichen Verhältnisse anders sind, als wir sie schildern, dann ist die Sozialdemokrate nichts, dann sind wir die Lügner, die Betrüger, als welche man uns hinstellt." Wilhelm Liebknecht war es, der diese selbstbewußten Worte gesprochen hatte.

Die deutschen Soldaten an der Front aber, ob Sozialdemokraten oder nicht, wußten, wie Wolfgang Heine richtig bemerkt, alsbald, „wieviel es darauf ankommt, die technische Überlegenheit und die nötige Ausrüstung zu besitzen".

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen"?

Der Beginn des Existenzkampfes der Nation stellte die Sozialdemokratie vor eine entscheidende Frage. Wie sollte sie sich verhalten?

Die Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg

Der vierte August

Am 4. August 1914 ging es trotz des heraufgezogenen Kriegsgewitters wie eine Erlösung durch Deutschland: Die deutsche Sozialdemokratie hatte „einstimmig" die Kriegskredite bewilligt! Der Abgeordnete Haase trug im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung vor: „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich ..."

Ein Gefühl, gemischt aus freudiger Überraschung, Dankbarkeit und Beschämung, daß man die „Arbeiterklasse" so verkannt und einen anderen Ausgang des schicksalsschweren Tages überhaupt für möglich gehalten habe, machte sich allenthalben bemerkbar. Das Wort des Kaisers, „ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", schien Wirklichkeit geworden zu sein. Die deutsche Sozialdemokratie, das internationalste Glied der sozialistischen Internationale, war auf einen Schlag einmütig an die Seite des bedrohten Vaterlandes getreten. „Wir waren einig", schreibt Paul Lensch, „zum ersten Male einig vom ersten bis zum letzten, zum allerletzten Mann! Und damit, das fühlte man, waren wir unbesiegbar. Es war die Stimmung, wie sie die Zeilen des alten trotzigen Lutherliedes atmen:

Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Und wollt' uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr,
Es muß uns doch gelingen.

Nur, was damals der einsame Kämpfer in seiner bitteren Herzensnot in religiöse Worte gekleidet hatte, das stieß jetzt, vierhundert Jahre später, ein Millionenvolk in furchtbarster Lebensgefahr als politischen und nationalen Massenschrei aus. Selten wohl deckten sich Lied und Wirklichkeit so vollkom-

men und selten griffen deshalb seine wuchtigen Akkorde so tief ans Herz, wie damals in den Tagen nationaler Einigung die Strophe des Liedes der Deutschen:

Deutschland, Deutschland über alles,
über alles in der Welt,
wenn es stets zu Schutz und Trutze
brüderlich zusammenhält."

Der gewaltige und zugleich gewaltsame Umschwung, der sich in jenen Augusttagen in der Stimmung der sozialdemokratischen Anhängerschaft vollzog und der am 4. August seinen klassischen Ausdruck in der Bewilligung des von der Regierung geforderten Kriegskredits von fünf Milliarden durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fand, kann nicht besser aufgezeigt werden als durch einen Artikel, den der westfälische Bergarbeiterführer Johann Leimpeters am 15. Februar 1916 in der Zeitschrift „Die Glocke" veröffentlichte. Hier heißt es: „Ich habe am zweiten Mobilmachungstag Söhne, Freunde und Bekannte, alles gute Parteigenossen, zu ihren Sammelstellen begleitet, und alle stellten an mich die bange Frage: Wie wird die Fraktion morgen stimmen? Wenn wir nur wüßten, daß sie die Kriegskredite bewilligte, könnten wir beruhigt hinausfahren; nicht unseretwegen, sondern euretwegen und wegen unserer Frauen und Kinder. Man bat mich, befreundete Abgeordnete noch schriftlich zu bitten, ja für die Kredite zu stimmen, und was damals fast einmütig von fast allen Genossen im Lande mit Sehnsucht gewünscht wurde, hat die Fraktion getan!"

So bot also die deutsche Sozialdemokratie zu Kriegsbeginn nach außen ein einheitliches, geschlossenes Bild: So gut wie restlos hatten sich ihre Wähler, ihre parlamentarischen Vertreter und ihre Wortführer in der Presse eingeordnet in die große Gemeinschaft des für seine Existenz und für seine Zukunft kämpfenden deutschen Volkes.

In seltener Übereinstimmung mit der Realistik des Augenblicks schrieben damals die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Zeitungen: „Und alle beherrscht jetzt nur eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet: Ja! Deshalb verteidigen wir in diesem Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt, gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind. Nicht mit Hurra und nicht mit Haß gegen den russischen Arbeiter. Nicht mit Gott für den König, aber für die deutsche Freiheit und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes werden unsere Genossen in den Kampf ziehen!"

So weit die „Chemnitzer Volksstimme", während die „Rheinische Volkszeitung" dem sozialdemokratischen Friedensziel wie folgt Ausdruck gab: „Auch die deutsche Arbeiterklasse kann einen Frieden nicht wünschen, der nichts anderes sein würde als bloßer Waffenstillstand. Die Unsicherheit Europas würde fortdauern, das Wettrüsten noch verschärft weitergeführt werden, die Staaten

würden gierig auf den Augenblick der endgültigen blutigen Abrechnung warten. Einen solchen Frieden kann niemand wünschen. Dem deutschen Volk hat bittere Notwendigkeit das Schwert in die Hand gedrückt. Aber das Blut unserer Volksgenossen wäre umsonst hingegeben worden und alle Opfer wären vergebens gebracht, wenn jetzt ein fauler Friede zustande käme. Solange das Moskowitertum nicht gefesselt am Boden liegt, darf ein Krieg nicht beendet werden, der Europa von Asien befreien, Rußland aus der europäischen Politik ausschalten soll und eine Annäherung der wirklichen Kulturstaaten anbahnen muß. Das Antlitz Europas muß gründlich verändert werden. Wenn Frankreich einen ehrlichen Frieden will, so wird Deutschland die dargebotene Hand um so weniger ausschlagen, als dem westlichen Kulturvolk dieser Krieg nur als Verbündetem Rußlands gilt. In die französischen Sozialisten innerhalb des Ministeriums, namentlich in einen Mann wie Marcel Sembat, setzen wir das Vertrauen, daß dort noch früh genug das erlösende Wort gefunden und wuchtig in die Waagschale geworfen wird."

So wird es verständlich, daß Paul Lensch in jenen Tagen das stolze Wort aussprechen konnte, daß „Klassenbewußtsein und Nationalbewußtsein sich zu unzerreißbarer Einheit verwoben hätten". Der große Krieg schien den nationalen und sozialistischen Gedanken in ein gemeinsames Strombett zu leiten.

Aber der Schein trog! So einheitlich das Bild von der Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie nach außen hin auch wirkte, so war doch damals nicht bekannt geworden, daß dem Beschlusse, die Kredite zu bewilligen, am 3. August im Schoße der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stundenlange heftige Auseinandersetzungen vorangegangen waren, und daß schließlich vierzehn Abgeordnete der Partei in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatten. Allein diese Tatsache macht schon deutlich, daß die Zustimmung zu den Kriegskrediten der Sozialdemokratie außerordentlich schwergefallen sein muß. In der Tat, war der 4. August für die bürgerlichen Parteien nur eine Episode, so bedeutete er für die Sozialdemokratie im wahrsten Sinne des Wortes Bruch mit der Vergangenheit und Einleitung eines neuen Entwicklungsabschnittes. Vor dem 4. August war die deutsche Öffentlichkeit sich einig in der Annahme, daß die deutsche Sozialdemokratie die Kriegskredite ablehnen würde. Die Bewilligung der Kredite wirkte daher mit der Kraft der Überraschung, und gerade deshalb wurde sie verständlicherweise mit großem Jubel, aber auch mit einer tiefen Beschämung aufgenommen, weil man an der nationalen Haltung dieser deutschen Partei Zweifel gehegt hatte. Es war wirklich höchst seltsam, daß die Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit so völlig falsch beurteilt worden sein sollte, daß man bei ihr das Gegenteil dessen als selbstverständlich annahm, was sie nachher ebenso „selbstverständlich" getan hat. Sollte die Partei es in Friedenszeiten wirklich nicht verstanden haben, über ihre Haltung bei Ausbruch eines Krieges so deutliche Erklärungen abzugeben, daß darüber im In- und Ausland Zweifel überhaupt nicht bestehen konnten, daß also erst tiefgründige Untersuchungen angestellt

werden mußten, um zu beweisen, daß die eingeschlagene Politik auch „die einzig mögliche" gewesen sei? Allein die Tatsache, daß an jenem denkwürdigen 4. August die ersten Risse im Gebälk des Parteigebäudes entstanden, zeigt schon, daß hier ein Problem vorhanden war. Damit ist zugleich gesagt, wie unzulänglich die Anschauung war, die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie sei „selbstverständlich" gewesen. Sie war deshalb schon nicht selbstverständlich, weil die Partei, wie gezeigt wurde, bis zum Ausbruch des Krieges den Militäretat ständig abgelehnt hatte. Die entscheidenden Worte in der Fraktionserklärung: „Da machen wir wahr, was wir immer gesagt haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich", besagten doch offenkundig, daß jeder, der die Kredite verweigerte, das Vaterland im Stich lasse. Daher ist diese Erklärung im Munde einer Partei, die anderthalb Menschenalter hindurch die Militärkredite verweigert hatte, ein erstaunliches Zugeständnis. Niemals hatte die Partei auch nur vermuten lassen, daß sie zwar im Frieden die Militärausgaben ablehnen, im Kriege sie aber bewilligen werde. Wenn sie das je gesagt hätte, dann hätte man sie mit ihrer jährlichen Ablehnung mit Recht ausgelacht. Mit einer solchen Politik hätte die deutsche Sozialdemokratie auch in der Internationale niemals das Ansehen und die Autorität erlangt, die sie sich erworben hatte. Man hätte sie nicht ernst genommen, überall wäre sie auf Mißtrauen gestoßen, wohl das Schlimmste, was einer Partei begegnen kann. So bleibt nur die Alternative: Entweder hatte die Sozialdemokratie durch Ablehnung der Militärkredite fünfundvierzig Jahre lang ihr Vaterland preisgegeben, oder aber ihre Zustimmung vom 4. August bedeutete einen Kurswechsel ihrer Politik, vielleicht sogar Aufgabe eines wesentlichen Bestandteiles ihrer Ideologie. Da sie die erste Deutung weit von sich wies und da sie von der Möglichkeit, die Kriegskredite abzulehnen, aber gleichzeitig ihre Mitglieder und Anhänger zur Verteidigung des Vaterlandes aufzurufen, keinen Gebrauch machte, sondern, um es einfach auszudrücken, Soldaten u n d Geld bewilligte, bleibt nur die andere Schlußfolgerung. Diese aber führt uns auf ihren Doppelcharakter als Partei der nationalen Volksgemeinschaft und der internationalen Klassenorganisation. Für die anderen deutschen Parteien dagegen gab es nur die nationale Bindung. Ihre Entscheidung war daher einfach und selbstverständlich. Bei der Sozialdemokratie jedoch war die Entscheidung offen. Jedermann wartete gespannt, welche ihrer beiden Naturen, die nationale oder die internationale, den Sieg davontragen würde.

Es siegte der nationale Gedanke. An dieser Tatsache änderte auch nichts der Umstand, daß ihre Erklärung vor dem Reichstag den mißglückten Versuch eines Kompromisses darstellte. Dieser Kompromiß konnte von Hause aus nichts anderes sein, als die mehr oder weniger geschickte Überbrückung eines Widerspruchs, dem die Partei auch nicht entgangen ist. Oder ist es etwa kein Widerspruch, die Verantwortung für den Krieg ausdrücklich abzulehnen, aber im gleichen Atemzuge die Kriegskredite zu bewilligen? Hatte sie nicht vorher stets die Verantwortung für den Militäretat und folglich auch seine Billigung

abgelehnt? Wie immer man auch mit dem Verstand die Situation jener schicksalschweren Tage analysieren mag: Die deutsche Sozialdemokratie konnte und durfte bei Gefahr ihres Bestandes am 4. August nicht anders handeln, wie sie tatsächlich gehandelt hat. An der Tatsache, daß es um Sein oder Nichtsein des Reiches, um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes und die Erhaltung oder Vernichtung deutscher Kultur ging, daß also die Güter auf dem Spiele standen, an deren Erhaltung und Schutz auch die deutsche Arbeiterschaft wie jeder andere Stand ureigenstes Lebensinteresse hatte, konnte sie nicht vorbeisehen. Sie durfte nicht vernichten lassen, was auch zum „Klasseninteresse" ihrer eigenen Anhängerschaft gehörte.

Der Krieg brachte mit elementarer Urkraft, alles Trennende hinwegfegend und das Gemeinsame um der gemeinsamen Not willen ins Bewußtsein rückend, die überfällige innere, psychische Änderung des Verhältnisses zwischen Staat und Arbeiter. Sie war mit einem Male da, so, als ob sie schon immer dagewesen wäre. Sie wurde jedenfalls viel weniger bemerkt als jene andere Strömung gewollter Staatsfeindschaft, gewollter Staatsnegation, wie sie in einem großen Teil der Presse und des parteipolitischen Alltags der Partei in den Friedensjahren herrschend gewesen war. Erst die große gemeinsame Not ließ die Arbeiter ihr Vaterland finden, wie auch die Stunden der Not erst das Vaterland seine Arbeiter finden ließ. Unübertrefflich hat damals der im Felde stehende deutsche Arbeiterdichter Karl Bröger, der zugleich Redakteur einer sozialdemokratischen Tageszeitung war, diesem neu erwachten Volksbewußtsein dichterischen Ausdruck gegeben:

„Immer haben wir eine Liebe zu Dir gekannt,
doch haben wir sie nie mit Namen genannt,
und erst deine allergrößte Gefahr
zeigte, daß dein ärmster Sohn auch dein treuester war —
denk' es, o Deutschland! —"

Konrad Haenisch schreibt hierzu: „Wie das Erwachen aus einem wüsten Traum war es in jenen Augusttagen. Wir schlugen die Augen auf und siehe da: wir hatten plötzlich, aus tiefster Not und aus höchster Gefahr geboren, ein deutsches Vaterland! Und dieses Vaterland hatte uns!"

Aber diese plötzlich mit so elementarer Gewalt hervorbrechende Liebe zu Deutschland hat manchen deutschen Sozialdemokraten in der Stunde, als er ihrer gewahr wurde, auch mit jähem Schrecken erfüllt. Er wurde urplötzlich in einen Wirbel des furchtbarsten Stimmungswiderstreites, ja noch mehr, in das Höllenfeuer der schwersten Gewissenskonflikte hineingestellt. Durfte er überhaupt deutsch empfinden, durfte er mit den Klassenfeinden von gestern, geeint im Leben und im Sterben, heute Schulter an Schulter zusammenstehen, zusammenstehen gegen die Klassen- und Kampfgenossen jenseits der Grenze, mit denen er wiederholt Gelöbnisse der Treue und der Solidarität ausgetauscht hatte? Das war der dem Nichtsozialisten wohl kaum ganz faßbare

fürchterliche innere Konflikt, mit dem sich am 4. August ehrliche Sozialisten nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England, Belgien und Italien auseinanderzusetzen hatten. Offenen Herzens bekennt Konrad Haenisch, daß „er um Alles in der Welt jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben möchte".

So erkennen wir, wo die Gründe für die endlosen Schwierigkeiten liegen, die der Sozialdemokratie aus der Politik des 4. August erwachsen sind: sie ergeben sich aus dem zweideutigen Charakter der Partei als einer nationalen und zugleich internationalen Organisation. Im Frieden war ihr dieser Doppelcharakter mannigfach zustatten gekommen. Ihr Ansehen in der Welt beruhte zum großen Teil gerade auf ihm. Im Kriege jedoch kam sie durch ihn in eine Sackgasse. Ihre Aufgabe mußte es daher sein, durch eine klare und vor allem einheitliche Haltung diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Was ihren Schwesterparteien im feindlichen Ausland gelang, blieb ihr versagt. Sie hat diese Aufgabe nicht zu erfüllen vermocht. Im Gegenteil, der 4. August wurde der Ausgangspunkt schwerster innerparteilicher Auseinandersetzungen. Die Politik des 4. August ließ von Jahr zu Jahr mehr die Heterogenität des sozialdemokratischen Parteikörpers deutlicher werden. Zum eigenen Nutzen und zum Vorteil Deutschlands hätte sie allen Schwierigkeiten und Spaltungen aus dem Wege gehen können, wenn sie von vornherein unmißverständliche Klarheit über ihr Verhältnis zur Internationale geschaffen hätte. Hier gab es nur ein unfehlbares Mittel: auszusprechen, was Tatsache war. „Spricht die deutsche Sozialdemokratie offen aus, daß die zweite Internationale aufgehört hat zu existieren, so gibt sie nur der geschichtlichen Wahrheit die Ehre", meinte Konrad Haenisch richtig.

Nur mühsam wurde an jenem Tage eine alte, schwärende, sich immer von neuem infizierende Wunde am Organismus des deutschen Volkskörpers verdeckt. Denn es war und ist bis auf den heutigen Tag die Tragik und das Verhängnis Deutschlands, daß sich die beiden stärksten Kräfte des Staates, die deutsche Armee und die deutsche Arbeiterbewegung, immer wieder in anscheinend unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen. Neben der Stellung zur Monarchie war es in erster Linie der internationale Gedanke von Marx, der eine Versöhnung dieser großen nationalen Kräftegefäße ausschloß. Die Entscheidung zwischen den beiden Weltanschauungen war offen geblieben. Siegte der internationale Gedanke, so schien für das Offizierkorps der deutschen monarchischen Armee kein Platz mehr zu sein. Unterlag er aber, und stellte sich die deutsche Sozialdemokratie voll und ganz mit dem eisernen Willen, das gemeinsame Schicksal gemeinsam zu meistern, auf den Boden des nationalen Staates, dann hätte aus dem taktischen Zusammenschluß der beiden gewaltigen Organisationen eine Kräftekonzentration entstehen können, der nichts auf der Welt gleichgekommen wäre. Die großartige Leistung des deutschen Volkes zu Beginn des ersten Weltkrieges ist ein eindeutiger Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Die Internationale war tot. Aber die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit wollte von dieser für sie sicherlich furchtbaren Tatsache keine Kenntnis nehmen. Je härter und opfervoller der Kampf wurde, um so schwächer wurde ihr Wille, das eingegangene Bündnis durchzuhalten. Je mehr es darauf ankam, alles der nationalen Existenzsicherung unterzuordnen, um so stärker wurden in ihren Reihen die Kräfte, die sich von der alten Internationale alles Heil erhofften, bis schließlich die Internationale der deutschen Kriegsgegner diese typisch deutsche Romantik in Versailles ihres utopistischen Gewandes entkleidete und, von nationalistischem Haß und chauvinistischer Rachsucht überschäumend, der Kette des Verderbens ein neues Glied einfügte: Die Ursache zum zweiten Weltkrieg.

Das Ende der Internationale

Der Umstand, daß die Arbeiter aller beteiligten Staaten im Augenblick des Kriegsausbruches sich mit einem Schlage ihres längst tot geglaubten Nationalgefühls in so eindrucksvoller Weise bewußt wurden, war eine der großen Überraschungen, die der Krieg den Sozialisten brachte. Es war nicht die einzige Überraschung. In engstem Zusammenhang nämlich mit jenem Bewußtwerden des Nationalgefühls und des Staatsgedankens in der sozialistischen Anhängerschaft stand die erschütternde Erkenntnis, daß man sich auch über das Gewicht, das die Arbeiter-Internationale gegen den Krieg in die Waagschale zu werfen haben würde, den abenteuerlichsten Hoffnungen hingegeben hatte. Liest man nach einer Zeit schwerster kriegerischer Heimsuchung noch einmal die Reden und Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse, so wird man sich auch heute noch freuen dürfen über die Begeisterung, die alle Teilnehmer durchglühte, wenn sie ihr Feldgeschrei erschallen ließen: Krieg dem Kriege! Zugleich aber kann man nur den Kopf schütteln über die grenzenlose Naivität, mit der die sozialistischen Führer die im Völkerleben wirksamen Kräfte und Gegenkräfte beurteilten und ihre Stärkeverhältnisse abschätzten. Was wurde auf internationalen Kongressen besonders von englischen und französischen Delegierten nicht alles zusammenphantasiert über die Möglichkeit, durch Massenstreiks internationalen Charakters, vornehmlich durch Streiks der Bergleute, der Transportarbeiter und der Arbeiter in Waffen- und Munitionsfabriken den Krieg zu verhindern! Und was ist aus allen diesen Illusionen in der rauhen Wirklichkeit geworden! Statt der erwarteten Aktionen gegen den Krieg sehen wir von dem Augenblick an, wo der Feind an den Grenzen stand, allüberall begeisterte Kundgebungen auch des sozialistischen Teils der Arbeiterschaft für die Verteidigung der eigenen Heimat. Statt der geplanten Arbeitsverweigerung massenhaft freiwillige Angebote für Überstun-

den-, Nacht- und Sonntagsarbeit! Statt der Dienstverweigerung die Meldung vieler Millionen von Kriegsfreiwilligen in allen Ländern! Statt der Internationale sangen die französischen Arbeiter Rouget de l'Isles unsterbliche Marleillaise, das große nationale Sturmlied gegen die „Horden der fremden Eroberer, deren Fuß nicht der Heimaterde heiligen Boden besudeln dürfe", und die deutschen Arbeiter sangen die „Wacht am Rhein" und „Deutschland über alles"! Die Internationale brach ausgerechnet in dem Augenblick zusammen, in dem sie zum ersten Male ihre Lebenskraft hätte beweisen müssen. Es zeigte sich, daß die Marx'schen Lehren vom Internationalismus der proletarischen Bewegung bei den Massen nur an der Oberfläche Wurzel gefaßt hatten. Man hatte zwar für diese Ideologie äußerlich Interesse gezeigt, jetzt aber, in der Not des Vaterlandes, versank das alles. Die Stimme der Natur siegte. Ohne Besinnen entschied sich die Masse, einem unwiderstehlichen Drange folgend, gegen den Internationalismus und für die Nation. Der Streit schien beendet. Die Fackel, die Marx mit dem kommunistischen Manifest in die Welt geschleudert hatte, lag verlöschend am Boden, wurde zertreten unter dem schweren Tritt der unzähligen sozialistischen Proletarier, die der Patriotismus zu den Fahnen trieb. So war es in Deutschland, so war es in Frankreich, so war es in England, so war es letzten Endes sogar in Rußland. Der Internationale war die Führung des Weltproletariats aus den Händen geglitten. Aber auch den Häuptern der Landesparteien drohte in diesem Augenblick das gleiche Schicksal. Sie wurden von dem Gefühlsausbruch der Massen vollkommen überrascht. Ein Teil von ihnen unterlag selbst der mächtigen suggestiven Wirkung der Volksbegeisterung. Alle theoretischen Überlegungen der Friedenszeit waren gegenstandslos geworden. Auch die Führer entgingen nicht der Notwendigkeit, innerlich Partei zu ergreifen für die Nation oder für die Internationale, für oder gegen den Krieg. Das Doppelspiel mit der nationalen und internationalen Kugel, das im Frieden möglich, für den äußeren Aufschwung des Sozialismus vielleicht sogar nützlich gewesen war, mußte aufhören. Für die Sozialisten in den vom Krieg betroffenen Ländern kam die Stunde der Bewährung, kam der geschichtliche Augenblick, Bekenntnis abzulegen.

In der französischen Sozialdemokratie standen sich unmittelbar vor Beginn des Weltkrieges in der nationalen Frage drei Richtungen gegenüber. Der syndikalistische Flügel unter Hervé hatte sich bedingungslos für die Internationale entschieden. Er lehnte den Begriff des Vaterlandes rundweg ab und verlangte, daß jeder Krieg, gleichgültig, ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, mit den Mitteln der Gewalt zu verhindern sei. Die marxistische Richtung unter Guesde, die dem linken deutschen Flügel nahestand, hielt eine derartig gewaltsame Lösung praktisch nicht für ausführbar, sondern war vielmehr bereit, das Vaterland gegen feindliche Angriffe zu verteidigen. Jedoch sollten auch im Kriege die Opposition gegen die Regierung und der Klassenkampf fortgesetzt werden. Aus diesem Kampfe sollte, als Frucht des Krieges, der Sieg des Proletariats hervorgehen. Die dritte Richtung personifizierte sich in der

hervorragenden Gestalt Jean Jaurès'. Nach seiner Auffassung sollte sich die Sozialdemokratie im Falle eines nationalen Verteidigungskrieges einen möglichst großen, ja entscheidenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse sichern, um so die Ziele des Krieges mitbestimmen und auf diese Weise den militaristischen und imperialistischen Strömungen im Lande die Waffe aus der Hand schlagen zu können. Zweifellos war Jaurès die markanteste Persönlichkeit im Bereich der französischen Sozialdemokratie. Um so bedeutungsvoller war daher auch für die sozialistische Internationale sein gewaltsamer Tod. Von diesem Augenblick an glitt die französische Sozialdemokratie schnell in das nationale Fahrwasser hinüber. Am schnellsten und radikalsten streckte Hervé die Waffen: „Zu allererst nationale Verteidigung. Jaurès, unser großer Jaurès ist tot. Seine Stimme spricht: Sie haben mich ermordet. Wollt ihr euch rächen, so mordet nicht das Vaterland. Sozialistische Freunde, syndikalistische Freunde, anarchistische Freunde, ihr seid nicht nur die hehren Vorkämpfer der Menschheit, ihr seid ebensosehr der Nerv und vertrauensvolle Stützpunkt der französischen Armee. Das Vaterland der Revolution ist in Gefahr. Was ist die Pflicht der Sozialisten? Wie ein Mann jetzt zur Grenze zu marschieren, indem wir unseren Nationalisten das gewaltige Beispiel der Tapferkeit und Disziplin geben."

So geschah es, daß an dem gleichen 4. August, an dem die deutsche Reichstagsfraktion zwar die Kredite bewilligte, aber die Verantwortung für den Krieg ablehnte, die französischen Sozialisten den Kriegskrediten zustimmten, ohne dabei irgendeine Erklärung abzugeben. Diese an sich schon sehr bezeichnende Verschiedenheit in der Haltung der beiden Parteien war aber nur ein Vorspiel. Der Einmarsch in Belgien sowie die deutschen Augustsiege warfen die Internationale nicht nur völlig über den Haufen, sondern verwandelten sie in ein deutschfeindliches Machtinstrument der ausländischen Regierungen.

Die englischen Sozialisten standen hinter ihren französischen Freunden nicht zurück. Dabei trat schon bei Kriegsbeginn eine auffallende Solidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern hervor. Als Beweis mag die im „Vorwärts" vom 1. November 1914 abgedruckte Aufforderung des Generalsekretärs des dem Internationalen Metallarbeiterbunde angeschlossenen Verbandes der englischen Eisen- und Stahlarbeiter, einer der größten gewerkschaftlichen Organisationen, dienen: „Die Pflicht unserer Mitglieder während des Krieges besteht darin, bei der Überwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet zu helfen. Die Unternehmer werfen sich schon in den großen Kampf, um den deutschen Handel zu erobern. Ohne unsere Anstrengungen wird deren Kampf nutzlos bleiben — wir müssen beide siegen."

Verständlicherweise schrieb daher der Bezirksvorstand der SPD der Provinz Brandenburg hierzu, daß „für die deutsche Arbeiterschaft ein englischer Sieg nach der wirtschaftlichen Erwürgung des Reiches von furchtbaren Folgen sein würde: Lohndruck, schlechte Arbeitsverhältnisse, erbärmliche Lebensbedingungen, Zerstörung der Früchte langjähriger gewerkschaftlicher Organisations-

arbeit. Die Haltung der deutschen Reichstagsfraktion sei daher gerechtfertigt". Sie war tatsächlich gerechtfertigt, und zwar aus einem Grunde, der mit aller nur denkbaren Brutalität die Morbidität und Wertlosigkeit der zweiten Internationale offenbarte.

Bis Mitte August hatte man im Ausland keine absolut sichere Kenntnis von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie. Wochenlang war keinerlei Nachricht aus Deutschland ins Ausland gelangt. So konnte es nicht ausbleiben, daß im Ausland, da die Meldungen eben „Deutschland" betrafen, die deutschfeindliche Propaganda schlagartig wahre Orgien feierte. Die Sensationsmeldungen überschlugen sich: Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland seien verboten, ihre Führer verhaftet bzw. füsiliert. Der Abgeordnete Liebknecht und „seine Braut Rosa Luxemburg" seien erschossen, ebenso hundert oder noch mehr sozialistische Reichstagsabgeordnete. Viele deutsche Offiziere und Soldaten hätten erklärt, daß sie Sozialisten seien und sich gefangennehmen ließen, um nicht für das verhaßte Deutschland kämpfen zu müssen. Von den zahllosen Greuellügen übelster Art sei hier geschwiegen.

Es ist daher nur zu verständlich, daß die ausländischen sozialdemokratischen Parteien wochenlang allen Ernstes nicht nur glaubten, daß die deutsche Sozialdemokratie die Kriegskredite abgelehnt, sondern daß sie auch die Revolution proklamiert habe. Welche Haltung aber nahmen nun, das ist die entscheidende Frage, die in solchem Glauben befangenen ausländischen Sozialisten ein? Entsprach sie den Anforderungen sozialistischer internationaler Solidarität? Jetzt war die Probe auf das internationale Exempel zu machen. Zunächst: Was taten die französischen Sozialisten?

Die Tatsachen sprechen eine beredte Sprache. Nicht nur, daß sie ohne ein Wort des Vorbehaltes den Krediten zugestimmt hatten, sie setzten sich mit an die Spitze der antideutschen Hetze. Ein besonders schlimmes Kapitel waren die Illustrationen in den sozialistischen Zeitungen, mit denen der Nationalhaß aufgepeitscht wurde. Davon nur ein Beispiel! Im Hintergrund eines Bildes liegt ein ermordetes Weib, dem man ansieht, daß es vergewaltigt worden ist. Im Vordergrund sind deutsche Soldaten zu erblicken, einer von ihnen hält triumphierend einen noch mit dem Ring geschmückten abgeschnittenen Finger der ermordeten Frau in der Hand, während er zu einem anderen sagt: „Da wird sich aber meine Braut freuen!"

Am 28. August 1914 schickten die französischen Sozialisten ihre Führer Guesde und Sembat, den der „Vorwärts" als die stärkste Stütze Jaurès' in dem Kampfe für die Verständigung mit Deutschland bezeichnete, in das neugegründete Ministerium, dessen einzige Aufgabe die Verteidigung des Landes sein sollte. Die sozialistische Partei begleitete diesen Entschluß mit einem von glühendstem Patriotismus erfüllten Aufruf: „Der Präsident der Französischen Republik wisse, daß zu allen Zeiten und in schwerer Stunde, 1793 und 1870, gerade jene Menschen, gerade jene Sozialisten, gerade jene Revolutionäre es

waren, in die die Nation ihr vollstes Vertrauen setzte. Ohne erst eine Kundgebung des Volkswillens abzuwarten, hat sich der Chef der Regierung an die sozialistische Partei gewandt, und diese hat geantwortet: Wir sind bereit! Die Anwesenheit unserer Freunde im Schoße der Regierung ist für alle eine Gewähr, daß die republikanische Demokratie bereit ist, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen."

Es ist zu verstehen, wenn Paul Lensch im Hinblick auf dieses Ereignis feststellt, daß „damit in Wahrheit die französische Sozialdemokratie aufgehört habe, ein Glied der Internationale zu sein". „Nicht etwa", so sagt er, „daß der Eintritt eines Sozialisten in ein Ministerium an sich unvereinbar gewesen wäre mit den Pflichten gegenüber der sozialistischen Partei. Wohl aber war es der Eintritt in ein derartiges Ministerium, das nichts anderes war als ein nichtswürdiger Vertrauensclub des Zaren. Wie sehr sich der Zarismus als Herr Frankreichs fühlte, bewies er durch die pünktliche Ermordung Jaurès', des geistigen Hauptes der französischen Sozialdemokratie, mitten in Paris, ohne daß das französische Kabinett bis zum heutigen Tage es hätte wagen dürfen, den Schleier von dieser zielbewußten Politik des Meuchelmordes zu reißen. Wenn über die Ermordung von Jaurès' noch heute ein mystisches Dunkel schwebt, so ist das nur möglich durch die Beihilfe der französischen Regierungs-Sozialisten, die gegen die Vertuschung niemals Protest erhoben, sondern sie schweigend billigten und mitmachten. Ein tragisches Verhängnis!"

Ein tragisches Verhängnis? Der internationale Sozialismus war sich von jeher einig gewesen in der Überzeugung, daß sein größter und hassenswertester Gegner der russische Zarismus ist. Der Reichstagsabgeordnete Dr. David schreibt 1915: „Für den oberflächlich nur die Tagesgeschichte Betrachtenden hat es etwas Unverständliches, wie die auf ihre demokratischen Errungenschaften so stolze französische Republik sich in ein so inniges Freundschaftsbündnis mit dem russischen Despotismus begeben, wie das Volk der großen Revolution sich dem brutalen Hüter aller europäischen Reaktion an den Hals werfen konnte. Vom Standpunkte der politischen Moral gab es dafür keine Erklärung und keine Entschuldigung. Es bietet ein klassisches Beispiel dafür, daß große reale Interessen in der Politik über moralische und ideologische Bedenken wegschreiten. Es wurde dem französischen Rentner als eine ‚patriotische Tat' angepriesen, seine Schätze dem Zaren zu Füßen zu legen. Im Hintergrund winkte als höherer Lohn die Wiedergewinnung der 1870 verlorenen Provinzen und womöglich der 1801—1815 besessenen übrigen Rheingebiete dazu. So schreckten diese honetten Republikaner nicht etwa davor zurück, das durch die Revolution von 1905 vorübergehend bankrotte Regiment des Despoten an der Newa mit ihren Milliarden wieder flott zu machen und ihm zu helfen, mit Kerker und Galgen furchtbare Rache zu nehmen an den russischen Freiheitskämpfern. Militärisch und finanziell auf Gedeih und Verderb an das Schicksal der zaristischen Macht gekettet, ist die französische Republik immer mehr in die willenlose Vasallenschaft ihres herrschsüchtigen Gläubigers geraten. Die

französischen wie die russischen Sozialisten haben das Schmähliche dieses Verhältnisses vor dem Kriege oft genug ausgesprochen. Auf dem Internationalen Kongreß zu Amsterdam 1904 rief ein führender russischer Delegierter in den Saal: ‚Ist es nicht eine Schande, daß sogar die Bourgeoisie einer sogenannten Republik als festeste Stütze des Despotismus den Henker aller Reußen mit ihrem Golde bezahlt?' Der Bericht verzeichnet dahinter: ‚Lauter Beifall, besonders bei den französischen Delegierten.' Der Sprecher aber hieß — Plechanoff. Derselbe Mann, der bei Ausbruch des Krieges der Koalition gegen Deutschland seinen Segen gab!"

Es war derselbe Plechanoff, der noch zur Zeit des russisch-japanischen Krieges den japanischen Sieg herbeiwünschte, weil ein Sieg Rußlands die Stärkung des Zarismus bedeuten würde. Und es war derselbe Plechanoff, der bei Kriegsausbruch erklärte, er wünsche den Sieg Rußlands, weil eine Niederlage seine gesellschaftliche Kraft durch Verringerung der Produktionskräfte schwächen würde.

So mußte die deutsche Sozialdemokratie auch erleben, daß die französischen Sozialisten sich mit Erfolg bemühten, ihre italienischen Freunde für einen Kampf an der Seite der Entente zu gewinnen. Der italienische Einwand, daß der Kampf an der Seite Rußlands mit den einstigen sozialistischen Grundsätzen doch schwer in Einklang zu bringen sei, wurde mit der Behauptung „widerlegt", daß man Rußland nicht schlechthin als reaktionäres Element ansehen könne. Die russische Politik werde durch den Krieg von selbst modernen Einflüssen zugänglich gemacht werden. Dasselbe versuchte Sembat in Dänemark und anderen neutralen Ländern.

Bei den englischen Sozialisten beobachten wir eine ähnliche Entwicklung. Zwar veröffentlichte die Unabhängige Arbeiterpartei, die der festländischen Sozialdemokratie am nächsten stand, ein Manifest, in dem sie die Politik der englischen Regierung scharf geißelte: „Es ist nicht die serbische Frage oder die belgische Frage, die unser Land in den fürchterlichen Kampf hineingezogen hat. Großbritannien führt nicht den Krieg wegen unterdrückter Nationen oder wegen der belgischen Neutralität. Auch wenn Deutschland die belgische Neutralität nicht unrechtmäßig gebrochen hätte, wären wir doch hineingezogen worden. Wer glaubt, daß, wenn Frankreich in Verletzung von vertragsmäßigen Rechten nach Belgien eingedrungen wäre, um nach Deutschland zu gelangen, wir gegen Frankreich die Feindseligkeiten begonnen hätten? England hat sich hinter Rußland gestellt, die reaktionärste, korrupteste und brutalste Macht in Europa!" Zwar erklärte in der historischen Unterhaussitzung vom 4. August 1914 der Parteiführer der Arbeiterfraktion Mac Donald: „Ich denke, daß Grey (der britische Außenminister) im Unrecht ist. Ich denke, daß die Regierung, für die er eintritt, im Unrecht ist. Ich denke, daß einstmals das Urteil der Geschichte ihnen Unrecht geben wird. Großbritannien muß neutral bleiben." Noch am folgenden Tag schlug der Vorstand der Labour-Party vor,

eine Erklärung abzugeben, in der es als die vornehmste Pflicht der Arbeiterpartei bezeichnet wurde, den Frieden so bald wie möglich wiederherzustellen, „und zwar unter solchen Bedingungen, die die Möglichkeit einer friedlichen Einigkeit des Gesamtproletariats Europas bieten". Es war für den beginnenden Stimmungsumschwung bezeichnend, daß die Fraktion die Verlesung dieser Erklärung im Unterhaus ablehnte. Immer deutlicher begann die suggestive Wirkung der patriotischen Begeisterung und des gleichzeitig einsetzenden und verhetzenden Verleumdungsfeldzuges gegen alle Deutsche ihre Früchte zu tragen. Selbst Mac Donald kam schließlich zu dem für jeden Engländer selbstverständlichen Ergebnis: „Was auch immer unsere Ansicht über den Ursprung des Krieges sein mag, jetzt müssen wir ihn durchkämpfen." Aber bereits am 15. Oktober gab die englische Arbeiterbewegung die Erklärung ab, daß die Schuld am Kriege einseitig Deutschland treffe und daß daher die Arbeiterbewegung an der Abwehr des deutschen Angriffes teilnehme. Auf die Solidarität der englischen Unternehmer und Arbeiter in dem großen Kampf, „den deutschen Handel zu erobern", ist bereits hingewiesen worden. Eine Aufforderung der englischen Arbeiterbewegung zur Rekrutierung folgte von nun an der anderen. Paul Lensch zog daher die Folgerung, daß für England der Krieg niemals etwas anderes gewesen sei als nackter Handelskrieg, in dessen Dienst sich die britische Arbeiterbewegung bedingungslos gestellt habe. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratie der Provinz Brandenburg stimmte dieser Auffassung zu, indem er feststellte, daß „dieser Krieg von deutscher Seite auch für das Recht seiner wirtschaftlichen Entwicklung geführt wird. Daß das aber notwendig ist, beweist der Umstand, daß der Krieg von England zur Verdrängung der deutschen Konkurrenz vom Weltmarkt geführt wird".

Auch in den neutralen Ländern brach die Internationale hoffnungslos zusammen. Solange man überall noch annahm, daß die deutsche Sozialdemokratie gegen die Kriegskredite gestimmt habe, wurde sie begeistert gefeiert. Man verglich ihre Haltung mit dem Todesritt der Dreihundert bei Balaklava im Krimkrieg, mit der Opferbereitschaft des Horatius Cocles aus der römischen Geschichte und dem Untergang des Leonidas und seiner Dreihundert. Als jedoch die Wahrheit bekannt wurde, daß sie sich erlaubt hatte, sich der gleichen Grundhaltung zu befleißigen wie die übrigen Sektionen der Internationale, überschüttete man sie mit den bittersten Schmähungen. Es gab schwerlich einen Schimpf, den man ihr nicht ins Gesicht schleuderte.

Diese Vorwürfe waren um so unbilliger, als die deutsche Sozialdemokratie sich gerade aus Rücksicht auf ihre internationalen Bindungen große Zurückhaltung und Mäßigung auferlegte. Während sie forderte, „daß, sobald das Ziel der Sicherung erreicht sei und die Feinde zum Frieden geneigt seien, ein Friede geschlossen werde, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermögliche", ertönte auf der Gegenseite der Ruf: Kampf ohne Gnade! Rache! Ein Verbrecher, der vom Frieden spricht!

„Es ist im höchsten Grade betrübend", schreibt der schon zitierte Bezirksvorstand, „wenn auf alle Versuche der deutschen Sozialdemokratie zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Internationale maßgebende Wortführer der französischen Sozialdemokratie wie Hervé erklären: ‚Wenn wir das deutsche Volk jetzt durchschlüpfen lassen, so würden sie sich alle einbilden, daß sie mit Ehren aus dem Kriege hervorgehen, mit einer militärisch günstigen Lage, daß sie uns eine große Gnade antuen, Polen, Frankreich und Belgien zu räumen, von wo wir sie in einigen Wochen mit Verderben und Getöse hinauswerfen werden.' ".

Bezeichnenderweise wurde in Frankreich sogar die Forderung ausgesprochen, daß die deutschen Arbeiter während des Krieges eine republikanische Freiheitsbewegung zur Unterstützung der feindlichen Waffen und des europäischen Friedens durchführen müßten, sonst „würde es Aufgabe der Waffen der Alliierten sein, der Waffen, die in den Dienst der gerechtesten, der größten und der vornehmsten Sache der modernen Zeit gestellt sind, Euch einen dauernden und vollständigen Frieden aufzuzwingen"! In der Deputiertenkammer gab der französische Ministerpräsident, der frühere Sozialist Viviani, am 22. Dezember 1914 über das französische Kriegsziel folgende Erklärung ab: „In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas. Um die gewaltigste Ruhmeslast, die das Volk tragen kann, zu erben, erklärt sich Frankreich im voraus zu allen Opfern bereit." Drei Tage später veröffentlichte die sozialistische Parteivertretung ein Manifest, in welchem sie „die Losung akzeptiert, die die verantwortliche Regierung formuliert hat".

So also sah die internationale Solidarität in der nüchternen Wirklichkeit aus. Auf Grund dieser eindeutigen Sachlage rang sich die deutsche Sozialdemokratie das Eingeständnis ab, daß dieser Krieg für Deutschland ein Kampf um seine Existenz sei, in dem es alle Kräfte anspannen müsse, um nicht niedergerungen zu werden: „Denn seine Niederlage bedeutet seine Zertrümmerung, unter der am meisten der stärkste Teil seiner Bevölkerung zu leiden hätte, die Arbeiterklasse."

Vor der harten Realität des Krieges hatte die Parole: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" jeden Sinn verloren. Mit Überzeugungskraft und Pathos verkündete Dr. David, daß „wir niemals die kriegerische Tüchtigkeit des Volkes mißachtet und die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht verkannt haben. Die Illusion war uns fern, daß wir innerhalb der heutigen wirtschaftlichen und weltpolitischen Verhältnisse uns l e d i g l i c h auf die ideellen Friedenswünsche und Bestrebungen verlassen könnten".

Das einheitliche Gesicht der Partei am 4. August, der Seifenblasencharakter der sozialistischen Internationale und das damit zusammenhängende Einschwenken der ausländischen, nunmehr feindlichen Gesinnungsfreunde in das nationalistische und chauvinistische Fahrwasser ließen die schon in Friedens-

zeiten in Frankreich aufgeklungene Hoffnung auf eine „Verbindung, ein politisch-militärisches Zusammenwirken der schwarzen Armee Afrikas mit der roten Armee Deutschlands" zunächst als ein Hirngespinst erscheinen. Dennoch war die äußerliche Geschlossenheit des sozialdemokratischen Auftretens für die Regierung eine Überraschung. Sie bedeutete in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine wesentliche Entlastung. Nichts war auch nötiger, denn der beginnende Existenzkampf stellte gewaltige Anforderungen an das gesamte deutsche Volk, wie sie bisher niemals gestellt worden waren. Aber dieses reibungslose Einschwenken der sozialdemokratischen Organisationen hatte auch eine bedenkliche Seite. Die Vorsicht und Wachsamkeit der Regierung und der Heeresleitung wurden eingeschläfert, so daß bei der Wendung des Kriegsglückes, als eine durch materielle, aber auch physische und psychische Umstände begünstigte, rücksichts- und schrankenlose Opposition einsetzte, kaum Vorbereitungen vorhanden waren, ihr zu begegnen. Man hatte vergessen oder sah einfach nicht, welche gegensätzlichen Strömungen in der Sozialdemokratie seit langem vorhanden waren, ununterbrochen miteinander rangen und sich mit der Zeit im Kriege zu bestimmten Gruppen herausbildeten.

Die Entwicklung der Weltkriegssozialdemokratie, insbesondere die Bedeutung der alsbald einsetzenden Spaltungserscheinungen, ist nur dann einer richtigen politischen und historischen Wertung und Beurteilung zugänglich, wenn man sie auf den Hintergrund des Zusammenbruchs der Internationale projiziert, d. h. wenn man sich stets der Tatsache bewußt bleibt, daß ihre Schwesterparteien sich ohne Ausnahme und mit äußerster Entschlossenheit in der Zielsetzung der Vernichtung Deutschlands einig waren. Was hatte die deutsche Sozialdemokratie, als Partei gesehen, diesem Vernichtungswillen an Widerstandskraft entgegenzusetzen? Ist sie der historischen Anforderung jenes vierjährigen erbitterten Völkerringens gerecht geworden?

Bis zur Spaltung

Das einheitliche Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie vom 4. August zu Nation und Staat, wie es durch die Bewilligung der Kriegskredite zum Ausdruck kam, bedeutete keine Unterbrechung des ständig in Fluß bleibenden Ringens um die Weiterentwicklung dieser sozialistischen Partei. Der Krieg, insbesondere die Jahre 1914/16, brachte einen Höhepunkt der Spannungen, die seit Marx und Lassalle nach einer Entscheidung drängten. Die Sozialdemokratie stand an einem Scheidewege ihrer inneren Entwicklung. Das Problem, um welches seit Jahrzehnten in ihren Reihen gerungen wurde: „Sozialrevolutionäre Sekte oder politische Partei", forderte gebieterisch seine Lösung. Es offenbarte sich in den Auseinandersetzungen über die Stellung zu Staat und Volk,

über Revolution und Evolution, über Parlamentarismus und Diktatur des Proletariats, Fragen, die sich jetzt unter dem furchtbaren Druck des Weltkrieges allmählich aus der Gebundenheit des reinen Ideenkampfes lösten und schließlich sogar das Gefüge der Partei sprengen sollten. Es war vor allem das nationale Problem, das der Sozialdemokratie letzte Entscheidungen abverlangte. Sollte der im Frieden auf nationaler und internationaler Ebene geführte Klassenkampf auch im Kriege fortgesetzt werden? Oder anders ausgedrückt: Wie weit sollte sich die Sozialdemokratie durch die nationale Schicksalsgemeinschaft aller Volksschichten innerhalb des Staates binden lassen? Die Antwort wäre sehr leicht gewesen, wenn sie sich die Haltung ihrer Schwesterparteien im nunmehr feindlichen Ausland zum Vorbild genommen hätte. In der Tat ging aus der Haltung der französischen wie der englischen Sozialisten deutlich hervor, daß sie nicht bloß wie ihre deutschen marxistischen Gesinnungsfreunde „in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich ließen", sondern daß sie sich darüber hinaus geistig und politisch vollständig mit den herrschenden „Klassen" ihrer Länder identifizierten. Von ihnen empfingen sie ihre Stichworte, die sie ihrerseits in die Gehirne der Massen hämmerten. Sie trieben für den Krieg eine direkte Agitation und führten sie mit der Intensität eines Wahlfeldzuges durch. Jede Verleumdung, jede Greuellüge war ihnen gerade recht, um den Gegner herunterzureißen und nationalistische Leidenschaften hochzuputschen. Das Gefühl nationaler Volkssolidarität hatte sich als unendlich stärker erwiesen als das sozialistischer Klassensolidarität. Der französische und englische Arbeiter fühlte sich mit dem englischen und französischen Bourgeois unvergleichlich enger verbunden als mit dem deutschen Arbeiter. Soweit hierüber in der deutschen Sektion der sozialistischen Internationale Illusionen bestanden, hätten sie zumindest durch den unbestreitbaren Zusammenbruch der Internationale erledigt sein müssen. Die Rückwirkung des totalen Versagens der zweiten Internationale hätte demnach nur in einem kompromißlosen Einsatz für das eigene Volk und für den eigenen Staat bestehen dürfen.

Dennoch fühlte sich die deutsche Partei erstaunlicherweise nicht frei von jeder Verantwortung für den internationalen Zusammenbruch. Sie hatte zwar formell und materiell keineswegs anders gehandelt als ihre französischen und englischen Schwesterparteien. Sie konnte keinen Stein erheben, der nicht auf sie selbst zurückgefallen wäre. In solcher Situation verzichtet man naturgemäß immer auf alle Vorwürfe. Man berief sich auf Franzosen und Engländer, stellte ihr Vorgehen als verständlich und sozialdemokratisch hin und verteidigte sich mit gekränkter Miene gegen die zahlreichen schmählichen Beschuldigungen mit dem Hinweis, daß man doch nur das gleiche getan habe wie die anderen. So ergab sich alsbald eine nur allzu naheliegende Konsequenz der allgemeinen Situation, daß man nicht nur den äußeren, sondern auch den inneren Zusammenbruch der Internationale bestritt und höchst unbefangen noch immer von „unseren französischen Freunden", vom „Genossen

Guesde" und „Genossen Hervé" sprach, obwohl diese Männer schon lange aufgehört hatten, Freunde und Genossen zu sein. Immer wieder fuhr man noch Holland und nach Belgien, immer wieder versuchte man, Anknüpfungen mit ausländischen Parteigenossen zu finden und die Internationale zu neuem Leben zu erwecken. Immer wieder vergebens! Die Lage wurde für die deutschen Sozialisten von Monat zu Monat peinlicher, und Politiker der Partei, die diese erfolglosen Bemühungen und, man darf es wohl sagen, Entwürdigungen auf sich nahmen, hatten wohl teilweise ein instinktives Gefühl für die Gefahr, sich damit selbst einer gewissen Zwielichtigkeit auszusetzen. Aber die Überzeugung, einer P f l i c h t zu genügen, ließ sie immer neue Versuche unternehmen.

„Deutsch sein, heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun!" Ein gutes und erhebendes Wort, das Vorzüge und Fehler unseres Volkes umschließt. Nimmt man seinen angeborenen Sinn für Romantik und Idealismus hinzu, dann vermag man sich kaum noch zu wundern, daß die Partei, sowohl die Mehrheit, aber vor allem die Minderheit, an der Illusion festhielt, die Internationale lebe und sei nur vorübergehend gehemmt. In einer merkwürdigen Verkettung der Umstände begegneten sich die Interessen beider Gruppen in dem Wunsche, den utopischen Glorienschein einer nur vorübergehend gelähmten, sicherlich aber bald wieder lebenskräftigen Internationale aufrechtzuerhalten. Das aber gerade war das Verhängnis. Denn dadurch brachte sich die deutsche Sozialdemokratie um die Möglichkeit, Klarheit über sich selbst und ihre historische Aufgabe zu gewinnen. Mangel an Klarheit und Wirklichkeitssinn und ein lebensfremder, unrealistischer Hang zur Illusion und schwärmerischen Phantasterei waren es schließlich, die die Partei, die am 4. August so selten einig schien, zur Spaltung und Schwächung führen sollten.

Drei Gruppen gewannen allmählich, auch parteipolitisch, feste Gestalt. Der rechte Flügel, der mit der Nation ging, der radikale linke Flügel, der von einer nationalen Bindung auch während des Krieges nichts wissen wollte, und die Mitte, die ein Kompromiß zwischen links und rechts suchte.
Auf dem rechten Flügel, der auf den Wogen der nationalen Erhebung mit einem Schlage zur Herrschaft gelangt war, standen die verfemten Männer des Revisionismus als Helden des Tages und Wortführer der Partei. Zu ihrer Prominenz gehörten Heine, David und Kolb. Zu diesen traten Radikale, die von ihrer Jugendzeit her vaterländische Empfindungen aus Familientradition besaßen, wie Haenisch, Cunow und Lensch, und, als maßgebliche Gruppe, die Mitglieder des Parteivorstandes und ihr Anhang. Es waren dies Männer wie Ebert, Scheidemann, Hermann Müller, Otto Braun, Redakteure wie Heilmann, Stampfer und Sollmann, die alle früher starke Stützen des marxistischen Zentrums gewesen waren. Ihnen folgten, zwar zögernd, um den Anschluß an die große Partei nicht zu verlieren, obgleich ihnen die Sache eigentlich gegen den Strich ging, Leute wie Paul Hirsch, der spätere preußische Ministerpräsident, Adolf Braun, Stücklen u. a. m. Ihnen allen zur Seite stand

damals eine größere Gruppe Gewerkschaftsführer wie Legien, Umbreit, Brömelburg und Schippel und Parteiredakteure, die aus dem Handwerkerstand hervorgegangen waren: Schöpflin, Poetsch und Auer. Auch die Vorstandsmitglieder Pfannkuch, Molkenbuhr und Gerisch sind dieser Gruppe zuzurechnen, welche der ganze zentrale Apparat der großen Organisationen der Gewerkschaften und ihre Publizistik unterstützte. Auf die Haltung des Großteils dieses rechten Flügels traf während des großen Krieges im wesentlichen jene Prophezeiung Jean Jaurès' zu, die er in einer großen Rede zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit am 17. Juni 1913 in der französischen Deputiertenkammer in bezug auf die deutschen Sozialisten aussprach: „Sie werden für Deutschland an dem Tage, an dem sie seine Unabhängigkeit werden verteidigen müssen, ebensowenig ein Faktor der Schwäche sein, wie wir französischen Sozialisten es für Frankreich sein werden an dem Tag, wo es gelten wird, ohne Herausforderung und ohne Abenteuer Frankreichs Freiheit zu verteidigen und Frankreichs Recht."

Die von den Erfordernissen des Krieges geprägte nationale Haltung dieses Teiles der deutschen Sozialdemokratie kam auch in der parlamentarischen Arbeit zum Ausdruck. Es mag gestattet sein, diese Feststellung an Hand einiger weniger Beispiele zu demonstrieren. Am 18. März 1915 erklärte Scheidemann im Reichstag: „Ein Wort über unsere Soldaten! Ihre Ausdauer, ihre Tapferkeit erregen die Bewunderung der ganzen Welt. Wir sind ihnen zu unermeßlicher Dankbarkeit verpflichtet . . ."

Am 20. August 1915 sprach Dr. David gleichfalls von dem „Herzensbedürfnis, allen denen, die ihre Kraft, ihre Gesundheit, ihr Leben fürs Vaterland eingesetzt haben, unseren heißen Dank auszusprechen". Zum Thema „Frieden" äußerte sich vor allem der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert. Am 21. Dezember 1915 führte er im Reichstag aus: „Die leitenden Männer der gegen uns Krieg führenden Staaten haben noch bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie jeden Gedanken an Frieden ablehnen, bevor nicht die deutsche Wehrmacht zerschmettert und die gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsziele erreicht sind. Gegenüber dieser Tatsache ist es unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und entschlossen zu erhalten und die zu dieser Abwehr erforderlichen Mittel bereitzustellen. Sie dienen dem Schutz von Haus und Herd, sie befähigen unsere Brüder und Söhne, die Wacht an den Fronten auch weiterhin zu halten . . ."

Am 23. Februar 1917 gab Ebert im Namen seiner politischen Freunde folgende Erklärung ab: „Durch die Ablehnung der von Deutschland und seinen Verbündeten angebotenen Friedensverhandlungen haben die Regierungen der feindlichen Mächte die schwere Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf sich geladen. Sie wollen ihre nunmehr unverhüllt ausgesprochenen Eroberungsziele durchsetzen, die die Zertrümmerung und dauernde Niederhaltung der Mittelmächte bedeuten würden. Angesichts dieser Sachlage erklärt

die deutsche Sozialdemokratie erneut ihre feste Entschlossenheit, auszuharren bis zur Erreichung eines die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichernden Friedens."

Zum gleichen Thema sprach Scheidemann am 26. Juni 1918: „Der Einwand, daß unsere Friedensbereitschaft als Zeichen der Schwäche gedeutet wurde, ist hinfällig. Denn wir fügen unseren Erklärungen dies hinzu: Die Gegner sollen nicht von uns erwarten, namentlich nicht von der deutschen Arbeiterschaft, daß sie das vollziehen werde, was die englischen und französischen Generale bisher nicht fertiggebracht haben."

Als Ebert am 13. Juli 1918 für die Sozialdemokratie die Zustimmung zu den Kriegskrediten erteilte, betonte er nochmals den Wunsch nach einem ehrenvollen Frieden für alle, zugleich aber auch die Entschlossenheit des deutschen Volkes, „auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen niemals einzugehen".

Gegenüber diesem klaren und eindeutigen Bekenntnis zum nationalen Selbstbehauptungswillen der mit letztem Einsatz kämpfenden Nation traten aber bald andere Kräfte in Erscheinung, die die Heterogenität des sozialdemokratischen Parteiorganismus sichtbar werden ließen. Die Gegenseite, die radikale Richtung, war an Zahl anfangs schwach. Aber dafür fehlte es ihr nicht an hervorragenden Köpfen von fanatischer Entschlossenheit. An ihrer Spitze stand der jüngere Liebknecht, zu dem alsbald eine Gruppe vornehmlich aus Polen bzw. Rußland stammender Radikaler stieß: Rosa Luxemburg, die durch eine Scheinheirat in Deutschland nationalisiert war, Radek (Sobelsohn), Karski-Marchlewski, Jogiches, Lerch-Rabinowitsch, Panekoek u. a. m.

Schon Ende August begann Karl Liebknecht mit bestimmten Forderungen an den Parteivorstand heranzutreten. Anfang September versandte er eine Information an sozialdemokratische Zeitungen, in der er um Veröffentlichung der Tatsache ersuchte, daß bei den Verhandlungen in der Fraktion heftige Kämpfe um die Kreditbewilligung stattgefunden hätten und daß der Beschluß, die Kredite zu bewilligen, durchaus nicht einmütig gefaßt sei. Am 10. September schickten Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin ein Schreiben an die neutrale sozialistische Presse des Inhalts, daß „sie und sicherlich viele andere deutsche Sozialdemokraten den Krieg, seine Ursachen, seinen Charakter sowie die Rolle der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Lage anders beurteilten als die Mehrheitler". Das waren die ersten Anzeichen eines beginnenden, offensichtlichen Zwiespalts in der Partei. Man begann Zirkulare zu versenden, Geheimzirkel zu gründen, in ihnen Reden gegen den Krieg, gegen die Regierung und die Parteileitung zu halten und die Bildungskurse und Jugendgruppen zum Feld der oppositionellen Tätigkeit zu machen. Bei der Neuberatung der Kriegskredite, Anfang Dezember 1914, traten die zunächst internen Auseinandersetzungen handgreiflicher vor die parlamentarische

Öffentlichkeit. Schon in der Fraktionssitzung war der Streit um die Kreditbewilligung von neuem entbrannt. Diesmal stimmten siebzehn Parteimitglieder gegen die Mehrheit. Am 2. Dezember kam es zu offener Rebellion Liebknechts gegen den Fraktionsbeschluß. Er lehnte im Plenum die Kredite mit einer schriftlichen Begründung ab, die nicht zu Protokoll genommen wurde. In ihr hieß es, daß „der Krieg kein deutscher Verteidigungskrieg sei. Es gelte für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit zu leisten. Unter Protest gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die Militärdiktatur und gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschworen habe, stimme er gegen die geforderten Kriegskredite". Die vollständige Erklärung war bald in der Auslandspresse zu lesen. Zu Ende des gleichen Monats sandten Liebknecht und eine Anzahl seiner Freunde, darunter auch Rosa Luxemburg, Briefe an die englische sozialistische Zeitung „Labour Leader". In diesen Briefen hieß es u. a., daß „das ungünstige Licht, in dem die deutsche Sozialdemokratie den Schwesterparteien erscheine, täusche. Was sich heute in ihr abspiele, habe sein Vorbild in dem ersten Jahre des Sozialistengesetzes, wo die Führer auch kopflos geworden seien, aber die Massen sich alsbald unter der Parole gesammelt hätten: Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben. In allen großen Parteizentren Deutschlands gäre es mächtig: in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, und der Tag sei nicht mehr fern, wo der Frieden und die Rückkehr zu den unerschütterlichen Grundsätzen der Internationale von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden würde mit der ungestümen Kraft eines Willens, den die Kämpfe eines halben Jahrhunderts gestählt hätten". Rosa Luxemburg sprach vom „heuchlerischen Aushängeschild des Vaterlandes", Liebknecht vom „trügerischen Flitter der Vaterlandsverteidigung" und davon, daß „jede sozialistische Partei ihren Feind im eigenen Land und dort zu bekämpfen habe".

Hinsichtlich der Stellungnahme zur Landesverteidigung war für die radikale Richtung ausschließlich der Gesichtspunkt des proletarischen Vorteils bestimmend. Die Phrase von der Pflicht der Landesverteidigung habe für das Proletariat keinen Sinn. Das einzige Interesse, das man am Kriege nehmen könne, sei, ihn zum Ausgangspunkt der Weltrevolution zu machen. Diesen Gedankengängen entsprach eine scharfe Kampfstellung gegen das Heer. Es zu schädigen und auf seine Beseitigung hinzuarbeiten, ohne Rücksicht auf die in Gang befindliche kriegerische Auseinandersetzung, wurde als die vornehmste Pflicht der sozialistischen Parteien bezeichnet. Erst die Vernichtung der nationalen Armeen mache den Weg für die internationalen Ziele frei.

Von echt marxistischem Geist beseelt, fand die radikale Richtung Mittel und Wege genug, ihre antinationale, auf Aushöhlung und Untergrabung der Widerstandskraft abzielende Propagandaarbeit aufzubauen und auszubreiten. Es würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, wollte man die revolutionäre und zersetzende Tätigkeit dieser Wegbereiter des Kommunismus

und Bolschewismus in allen Einzelheiten aufzeigen. Die Wirkung ihrer Tätigkeit begann sich nicht nur unter der Zivilbevölkerung zu zeigen. Schon 1915 kam „lose und unzusammenhängend" bei der Marine eine Bewegung gegen den Krieg in Fluß. Im März fand die erste Reichskonferenz der später so viel genannten Spartakusgruppe statt. In der gleichen Zeit ging Liebknecht mit seinen Freunden daran, in Abständen seine regelmäßigen politischen „Informationen" zu versenden, die von 1916 an eine weite Verbreitung unter dem Namen „Spartakusbriefe" erlangten. Eine Fülle von getarnten, anonymen und pseudonymen Flugschriften wurde auf die vielfältigste Weise ausgestreut. In einer dieser Schmähschriften, die sich gegen namhafte Mehrheitsführer richtete, hieß es: „Ist denn kein Arbeiter in Deutschland, um solche Verräter zu allen Teufeln zu jagen? Sind die Proletarier so aller Selbstachtung und Würde bar, daß sie sich solche Judasleistungen von ihren Führern auch nur einen Tag, nur eine Stunde noch gefallen lassen?"

Angesichts dieser hemmungs- und zügellosen, fanatischen Zersetzungstätigkeit des radikalsten Bestandteiles der Sozialdemokratie erhebt sich die Frage, wie die Partei als solche auf diesen Affront reagierte. Soll es eine Entschuldigung sein, wenn Conrad Haenisch, der dem rechten Flügel angehörte, meint, daß „an der Reinheit des Wollens und der aufrichtigen Hingabe an die Sache der Arbeiterklasse dieser zumeist aus dem Osten herübergekommenen Sozialisten Zweifel nicht erlaubt seien, obwohl sie deutsches Nationalgefühl und deutsche Staatsgesinnung nicht haben könnten"?

Die Erfahrung lehrt, daß im Kampfe eines Volkes auf Leben und Tod subjektive Faktoren keine Rolle spielen dürfen, wenn sie objektiv geeignet sind, die Widerstandskraft zu schwächen. Wilhelm Kolb traf sicherlich den Nagel auf den Kopf, als er seine unmißverständliche Auffassung wie folgt ausdrückte: „Über alle Gründe der politischen Vernunft sich hinwegsetzend, verlangt in Deutschland die ‚marxistische' Opposition nicht mehr und nicht weniger als eine politische Haltung, die geradezu ein Verbrechen an der deutschen Nation und damit auch an der deutschen Arbeiterklasse wäre. Die Seele dieser Opposition bilden jene wurzellosen, kosmopolitischen Emigranten und Literaten, die in der deutschen Sozialdemokratie, dank unserer an Unerschöpflichkeit grenzenden Geduld, sich einen unverhältnismäßig großen Einfluß verschaffen konnten. Wie wäre es auch sonst möglich gewesen, daß Männer wie Schippel und Calwer, die auf wichtigen politischen Gebieten eine autoritative Stellung einnehmen und welche der Sozialdemokratie und ihrer Politik die besten Dienste leisten könnten, politisch kaltgestellt, daß ein so grundehrlicher Mensch wie Hildenbrand aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen werden konnte, während Rosa Luxemburg, Radek, Panekoek u. a. m. ungestört ihre hirnverbrannten Theorien kolportieren und das große Wort führen konnten! Man komme nicht mit dem Einwand der sozialistischen Internationalität. Neben ihren internatonalen hat die Sozialdemokratie auch wichtige nationale Pflichten zu erfüllen. Wenn — wie dies in Deutschland geschieht —

der sozialdemokratischen Vertretung wegen ihrer nationalen Haltung beim Ausbruch des Krieges der Vorwurf des Verrats an den Prinzipien des Sozialismuß von Leuten gemacht wird, denen offenbar jedes nationale Empfinden völlig abgeht, während die französischen Genossen die tollsten chauvinistischen Orgien mitfeiern dürfen, dann muß endlich mit diesen Elementen Fraktur gesprochen werden. Auch die Geduld des sozialdemokratischen Michels hat ihre Grenzen."

Wie stand es mit diesen Grenzen?

Diese Grenzen waren sehr weit gezogen. Die unverständliche Toleranz, die die Partei den hintergründigen und, man muß es aussprechen, landesverräterischen Bestrebungen der radikalen Richtung entgegenbrachte, findet eine gewisse Erklärung in dem Umstand, daß es neben der Gruppe um Liebknecht noch eine zweite, zahlenmäßig und vor allem einfluß- und gewichtsmäßig weit stärkere Opposition innerhalb der Partei gab. Kautsky, Hilferding, Eckstein, Stein-Rubinstein u. a. waren ebenfalls Ausländer und stellten mathematisch kühle Berechnungen an, inwieweit das Proletariat aus Sieg oder Niederlage der Mittelmächte oder der Entente Nutzen ziehen könnte. Geistiger Führer dieser Mittelgruppe war der „strenggläubige" Theoretiker der Partei, Karl Kautsky. Sie ließ sich in ihrer Einstellung von der Überzeugung leiten, daß nur ein Ausgang des Krieges ohne Sieg und ohne Niederlage einer Seite dem „Proletariat" von Nutzen sei und daß man daher den Regierungen kein Vertrauensvotum geben dürfe. Das von der Mehrheit betonte Argument, Deutschland befinde sich in einem Verteidigungskrieg und müsse seine Grenzen gegen die Greuel der Invasion schützen, hielt sie für sehr fadenscheinig. Daß sie für die möglichst rasche Wiederherstellung der alten Internationale als Führerin des proletarischen Kampfes eintrat, verstand sich von selbst. Pazifistische, englandfreundliche, aber auch zionistische Gründe führten Haase, Rosenfeld, Stadthagen, Peyer, Wurm und Simon, den späteren preußischen Finanzminister, zur Opposition. Auch von einer anderen Gruppe, Ledebour, Herzfeld, Herz, Minster, zu denen während des Krieges auch Eichhorn, der Berliner Polizeipräsident der Revolution, trat, waren viele im Ausland gewesen und hatten in Organisationen und Redaktionen der dort zahlenmäßig geringen Sozialdemokratie gearbeitet und die ganze Schwere der dortigen wirtschaftlichen „Treibhausverhältnisse" kennengelernt. Ihr revolutionärer Radikalismus kam aus diesem Erlebnis. Diesen, bald unter der Oberfläche der Öffentlichkeit wirkenden, aber auch öffentlich sich radikal äußernden Oppositionellen standen Redakteure der Zeitungen in Leipzig, Bremen, Stuttgart, Duisburg und anderen Städten nahe, wie Dittmann und Crispien. Aus dem Kreise der Frauen ragte die schon genannte Clara Zetkin heraus. Der Mittelgruppe ist auch Salomon Grumbach zuzurechnen, der als Badener von der Schweiz aus, wohin er sich aus Gründen der Kriegsdienstverweigerung geflüchtet hatte, französische Zeitungen und die Entente über Deutschland und die Opposition in der Sozialdemokratie informierte.

Alle diese zunächst noch lockeren Einzelkreise arbeiteten vorerst in der gemeinsamen Organisation der sozialdemokratischen Partei und suchten in ihr und aus ihr heraus, immer aktiver werdend und sich von Monat zu Monat immer deutlicher von der Mehrheit absetzend, auf die Masse der alten Anhängerschaft Einfluß zu gewinnen, um sie zu sich herüberzuziehen. Sehr geschickt verstanden sie es lange Zeit hindurch, den Schutz oder wenigstens die Duldung, die die Partei wegen ihrer an sich positiven Haltung genoß, für ihre gegenteiligen Zwecke und Zielsetzungen auszunutzen. In den ersten zwei bis drei Kriegsmonaten war der Widerstand in der Partei gegen die Politik der Reichstagsfraktion und der Parteileitung nur sehr gering und nach außen hin fast überhaupt nicht erkennbar. Erst Mitte Oktober setzte in weiteren Parteikreisen allmählich ein Umschwung ein. Die Ereignisse in Frankreich, die der Schlacht an der Marne gefolgt waren, und die zeitweiligen Rückschläge in Russisch-Polen hatten die Hochstimmung und den Siegesrausch der ersten Kriegswochen verfliegen lassen. Sie hatten gezeigt, daß die einfache Übertragung des Schemas eines ununterbrochenen Siegeslaufes aus den Jahren 1870/71 auf die gigantischen Verhältnisse dieses Weltkrieges doch nicht angängig gewesen war. Eine lange Kriegsdauer wurde immer wahrscheinlicher. Alle diese und manche anderen Momente trugen dazu bei, den Boden vorzubereiten, auf dem eine stärkere Opposition gegen die Haltung der Partei wachsen konnte, in der ja die orthodoxen Utopisten sogar eine „Mitschuldige" an dem ganzen Kriegselend erblicken zu dürfen glaubten. Jetzt, als der Himmel grau wurde, wagten sich die unentwegten Anhänger des internationalen Gedankens wieder ans Tageslicht. Hier und dort tauchten sie im Lande auf, noch vorsichtig und behutsam und ohne rechte Verbindung miteinander, aber doch mit scharfer Witterung für die Zukunft. In Bremen, Stuttgart, Leipzig und Berlin, den alten Hochburgen des Radikalismus, bildeten sich die ersten oppositionellen Parteigruppen. Am 27. September 1914 unternahm der „Vorwärts", das Zentralorgan der Partei, den ersten Vorstoß: Das Ausland dürfe überzeugt sein, daß die deutschen Arbeiter ihr Vaterland zwar verteidigten, daß sie jedoch nie vergessen würden, daß ihre Interessen die gleichen seien wie die der Proletarier der anderen Länder, die ebenso wie sie selbst gegen ihren Willen in den Krieg gezwungen seien. In ähnlichem Sinne äußerten sich die „Leipziger Volkszeitung", die „Bremer Bürgerzeitung" und die „Schwäbische Tagwacht". Zum offenen Ausbruch des Konflikts kam es zuerst in Württemberg. Der Landesvorstand, der sich zu der Politik der Reichstagsfraktion bekannte, stand hier in unversöhnlichem Gegensatz zu dem führenden Parteiorgan des Landes, der „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart. Der Konflikt nahm schließlich im November 1914 so schroffe Formen an, daß der Landesvorstand sich zu einer Art Staatsstreich genötigt sah: Er entfernte die oppositionellen Redakteure Crispien, Hoernle und Walcher kurzerhand von ihrem Posten und besetzte die politische Redaktion mit Anhängern der Mehrheit. In dem hierüber entstehenden Streit bildete sich eine geschlossene oppositio-

nelle Parteigruppe unter Crispien und Clara Zetkin, die in den Ortsvereinen eine nicht unerhebliche Anhängerschaft fanden.

Während die öffentliche Ablehnung der Kriegskredite durch Liebknecht am 2. Dezember 1914 auch das Bestehen einer parlamentarischen Opposition im Reichstag sichtbar werden ließ, gab der Fraktionsvorsitzende im preußischen Abgeordnetenhaus, Paul Hirsch, am 9. Februar 1915 eine Erklärung ab, die in der Fraktion mit nur einer Stimme Mehrheit zustande gekommen war. Das Mitglied des Abgeordnetenhauses und Redakteur des „Vorwärts", Ströbel, scheute sich nicht, am 23. Februar 1915 zu erklären: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde."

Alle diese Ereignisse lösten begreiflicherweise heftige Debatten im Parteiausschuß und in der Fraktion aus. Aber es war schon keine Überraschung mehr, daß das extremistische Verhalten Liebknechts von Seiten der gemäßigten Opponenten nicht nur keinen Widerspruch, sondern sogar Beifall erzielte. Sie kümmerten sich nicht darum, „ob das schwer bedrängte Vaterland geschädigt, dagegen die Vernichtungsabsicht der Entente gegen Deutschland gestärkt wird", schreibt Ernst Drahn. So erklärte Eduard Bernstein, „er habe sich über das Verhalten Liebknechts geradezu gefreut". Haase meinte beschönigend, „Liebknecht glaubte, der Partei zu dienen! Mit vorsichtigem Geschick, aber bald, müsse eine Aktion der Proletarier aller Länder gemacht werden". Demgegenüber klang es aus der englisch-sozialistischen Presse herüber: Deutschland muß vernichtet werden, während die französischen sozialistischen Blätter ihre tapferen Verbündeten, die Russen, zum Vormarsch auf Berlin beglückwünschten. Vaillant, der ehemalige Befürworter des Generalstreiks bei Kriegsausbruch, begrüßte schon am 24. November 1914 in der „Humanité" die Opposition und den Parteistreit als Vorzeichen der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie und knüpfte daran die bezeichnende Bemerkung: „Diese Bewegung wird unseren Sieg erleichtern und vollständig machen! Wir müssen um jeden Preis siegen, und zwar vollständig!"

Vaillant war ein guter Prophet. Es ist geradezu unmöglich, für das Verhalten dieser sozialdemokratischen Kreise eine nur halbwegs annehmbare Entschuldigung zu finden. Je entschlossener und beharrlicher die sozialistischen Schwesterparteien sich in dem Willen zusammenfanden, das deutsche Reich, das auch das Vaterland und die Heimat der deutschen „Arbeiterklasse" war, zu vernichten, um so eifriger und von Monat zu Monat aktiver wurden die Bemühungen aller Oppositionskreise innerhalb der Partei, den Feinden, deren Sieg sie selbst in den Strudel der Niederlage herabreißen mußte, geradezu in die Hand zu arbeiten. Um die Mitte des Jahres 1915 wurden in ganz Deutschland in der sozialdemokratischen Partei Unterschriften zu einem „offenen Brief" an Parteileitung und Reichstagsfraktion gesammelt. In diesem „offenen Brief" wurde mit den schärfsten Worten der sofortige Bruch mit der Po-

litik des 4. August gefordert. Die Partei treibe heute „eine Hintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel".

Die Anerkennung des Burgfriedens sei „das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes" gewesen. Die Politik des Durchhaltens bedeute nichts anderes als das Gutheißen der „hemmungslosen Völkerzerfleischung". Dem „Parteiverderben müsse Einhalt geboten, der Burgfrieden aufgesagt und auf der ganzen Linie der Klassenkampf wieder eröffnet werden". Die Alternative laute schlechthin: „Parteirettung oder Parteizerstörung"! Der Brief fand als Flugblatt weite Verbreitung.

Deutlicher konnte es nicht mehr gesagt werden: Parteirettung oder Parteizerstörung! Die Partei, die Partei, und immer wieder die Partei! Was kümmerte es diese Internationalisten, daß sich das eigene Volk im größten Existenzkampf seiner Geschichte befand. Über alles die Partei! Über alles jene „Internationale", die nur noch ein Ziel kannte: Die Zerstörung des eigenen Vaterlandes! Es ist einfach nicht zu begreifen, wenn ein so nationaler Sozialist wie Conrad Haenisch, dessen politische Haltung sicherlich über jeden Zweifel erhaben ist, „Bemakelungen der oppositionellen Führer und sittliche Werturteile über ihren Charakter" ablehnte, wenn er meinte, da es sich hier „um Gegensätze der ökonomischen Erkenntnis und des politischen Urteils, um verschieden starke Aufnahmefähigkeit für neue Eindrücke und Erlebnisse, um Unterschiede im Fühlen und Empfinden handele". Das letztere ist sicherlich richtig. Wer nur für die Utopie einer Internationale fühlte und empfand, konnte nicht für Deutschland empfinden und fühlen. Daß das „politische Verhalten der Opposition die Interessen unseres Landes schwer schädigte", muß auch Conrad Haenisch zugeben. Das sei aber nur „eine objektive Wirkung, nicht aber eine subjektive Absicht". Wir haben in Deutschland bis auf den heutigen Tag wahrlich genug trübe Erfahrungen gesammelt, um politische Wertmaßstäbe anlegen zu können: Was nützen uns noch so gute subjektive Absichten, wenn Volk und Reich darüber zugrunde gehen!

„Die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Tatkraft und der Abwehr, der Wille zur Vaterlandsverteidigung, das ist die Voraussetzung unseres Sieges. Wer seine persönlichen Wünsche, politische oder sonstige, wer seine Parteiinteressen, seine theoretischen Rechthabereien über die Sicherheit des Vaterlandes, über die Zukunft Deutschlands stellt, wer nicht bei allem, was er tut und schreibt, daran denkt, was für Wirkung es nach außen und nach innen ausübt, von dem sage ich ohne weiteres: hic niger est, von dem rücke ich nicht nur ab, sondern gegen den sind mir auch allerhand scharfe Maßnahmen recht." So sprach Wolfgang Heine.

Was hatte also das deutsche Volk von einer Partei zu erwarten, die in der größten Krise seines geschichtlichen Daseins sich im Streit über die Hausfassade zerfleischte, während das deutsche Haus selbst schon brannte? Was hatte diese Partei der Nation zu bieten, die bei einer Niederlage wirtschaftlichen,

finanziellen und politschen Ruin zu erwarten hatte, wenn gewählte Vertreter des ganzen Volkes es wagen durften, in der Stunde der höchsten Not die „Wiedereröffnung des Klassenkampfes", d. h. den Kampf aller gegen alle, als höchste Aufgabe zu proklamieren? Eine Antwort erübrigt sich; das Urteil der Geschichte ist nicht ausgeblieben.

Jenem massenhaft im Lande verbreiteten „offenen Brief" folgte unmittelbar ein „Pronunciamento", wie es Haenisch nennt, der drei Parteiführer Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky mit dem sensationellen Titel: „Das Gebot der Stunde". Wenn auch weniger schroff in der Ausdrucksweise, so kam es doch in der Sache auf dasselbe hinaus wie der „offene Brief". Die Auseinandersetzungen in der Partei begannen sich nunmehr sehr rasch zuzuspitzen. Am 20. August 1915 bewilligte die Fraktion erneut die geforderten Kriegskredite. 29 Abgeordnete verließen vor der Abstimmung demonstrativ den Sitzungssaal, während in der Fraktion sich bereits 36 Abgeordnete gegen die Bewilligung ausgesprochen hatten. Bei der fünften Kreditvorlage, am 29. Dezember 1915, trat eine weitere Verschärfung ein, als sich von den nun 43 oppositionellen Fraktionsmitgliedern 20 entschlossen, dem Beispiel Liebknechts zu folgen und offen gegen die Kredite zu stimmen. In der nächstfolgenden Beratung über den Notetat, am 24. März 1916, erfolgte dann der öffentliche Bruch in der Fraktion, nachdem schon Ende 1915 Karl Kautsky in der „Neuen Zeit", dem „wissenschaftlichen" Wochenblatt der Partei, offen und ohne Umschweife zu einer parlamentarischen Sonderaktion der Minderheit aufgefordert hatte. Nicht mehr wie bisher solle die Minderheit sich dem Mehrheitsbeschlusse fügen oder etwa nur durch Verlassen des Saales gegen ihn stillschweigend protestieren, sondern sie müsse vielmehr durch gesonderte Erklärung und Abstimmung zu einer offenen Auflehnung gegen die Politik der Mehrheit übergehen. Am 24. März 1916 spaltete sich die sozialdemokratische Fraktion. Die Opposition gewann ihre völlige Freiheit. Durch letzte Rücksichten auf ihre Partei- und Fraktionskollegen nicht mehr gehemmt, setzte sie noch zügelloser und noch verblendeter ihren Amoklauf fort, auf dessen Konto ein nicht geringes Maß Schuld an der deutschen Niederlage, insbesondere ihren unwürdigen Formen, zu buchen ist. Mit verstärkter Zersetzungsarbeit in der Heimat und an der Front wurde „die Saat gestreut, die im Laufe der weiteren Kriegsjahre als geheime, wohlorganisierte revolutionäre Macht aufgehen sollte", stellt Ernst Drahn fest.

Was half demgegenüber auf dem rechten Flügel die Absage an „jene weichmütige Inkonsequenz, die zwar die Pflicht zur Vaterlandsverteidigung ‚prinzipiell' anerkenne, aber in der Praxis durch ihr parlamentarisches und außerparlamentariches Tun und Lassen die Vaterlandsverteidigung aufs äußerste erschwere und gefährde"? Die Sozialdemokratie als Partei bewies jedenfalls ihr Unvermögen, aus der richtigen Erkenntnis, „daß man nämlich mit halbem und lauem Herzen alles Mögliche auf der Welt tun, nur keinen siegreichen Krieg führen könne", rücksichtslose Konsequenzen zu ziehen. Was immer auch

von ihrer Seite zur Verteidigung und Entschuldigung entgegengehalten worden ist, die letzte Hauptschuldige für alle diese Auseinandersetzungen, deren Opfer nicht irgendeine Partei, sondern das deutsche Volk und sein Reich waren, ist bis auf den heutigen Tag jene Weltanschauung, die als letzte Ursache bis zur Gegenwart für die Friedlosigkeit der Welt mitverantwortlich zeichnet: der Marxismus. Sein legitimes Kind war auch die deutsche Sozialdemokratie. Wie breit auch immer die Angriffsflächen gewesen sein mögen, die die sozialen und gesellschaftlichen Zustände des alten deutschen Reiches boten, wie sehr man auch immer die Entstehung einer deutschen Arbeiterbewegung als eine natürliche Reaktion auf diese Zustände bejahen mag, jetzt war jedenfalls, um mit den Worten einer sozialdemokratischen Zeitung aus den Augusttagen zu sprechen, „das Volk selbst bedroht".

In Frankreich dagegen war es für den radikalen wie für den gemäßigten Sozialisten selbstverständlich, zuerst, zu allererst, national zu sein. Der französische Sozialist handelte nach dem Wort seines größten und geistvollen Vorkämpfers Jean Jaurès: „Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts; es stünde deshalb dem Proletariat schlecht an, die kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern." In Frankreich stand die Nation über der Internationale. In Deutschland aber gab es genügend Elemente, die nicht begriffen, daß die „Klasse" nur ein Teil des Ganzen ist, daß sie nur leben kann, wenn das Haus, in dem auch sie ihre Heimstätte hat, nicht zerstört wird.

„Der schlimmste Feind des Deutschen ist der Deutsche selbst!"

Von der Spaltung bis zur Revolution

Der äußere Anlaß, der die Trennung der feindlichen Brüder herbeiführte, war die am 24. März 1916 angesetzte Plenarsitzung des Reichstags über das Etat-Notgesetz. Ohne die Fraktion oder wenigstens den Fraktionsvorstand rechtzeitig von ihrer Absicht zu unterrichten, lehnte eine aus achtzehn Mann bestehende Minderheit der Reichstagsfraktion an jenem Tage das Etat-Notgesetz ab. Diese Ablehnung wurde allgemein als eine mit voller Absicht herbeigeführte Provokation empfunden, da das Notgesetz nach parlamentarischer Auffassung keinerlei politische, sondern ausschließlich formelle Bedeutung hatte und Ton und Inhalt der Rede Hugo Haases, der im Namen der achtzehn Dissidenten die Aktion begründete, einen Zweifel über Sinn und Zweck dieses Schrittes nicht mehr zuließen. Es kam zwischen Minderheit und Mehrheit, in deren Namen es Scheidemann an einer scharfen Zurückweisung nicht fehlen ließ, vor versammeltem Reichstag zu wüsten Lärmszenen, mit denen

der deutsche Reichstag auch in Zukunft noch in allzu reichlichem Maße beglückt werden sollte. In einer sehr deutlichen Resolution erklärte die Fraktionsmehrheit gegen den Widerspruch von fünfzehn zwar mit der Minderheit sympathisierenden, der alten Fraktion aber weiterhin angehörenden Mitgliedern Haase und seine Freunde nicht nur des Disziplin-, sondern auch des Treubruchs für schuldig und sprach ihnen alle Rechte ab, die aus der Fraktionsgemeinschaft erwachsen. Daraufhin traten die achtzehn Abgeordneten zu einer neuen Fraktion zusammen, die sich kurioserweise „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" nannte. Der Berliner Volkswitz aber hatte auf der Stelle für diese neue Fraktion einen anderen Namen gefunden: Fraktion Falscher Haase! Träger der neuen Parteibildung waren der „große" Theoretiker Karl Kautsky und Haase als praktischer Parteipolitiker und Organisator.

Obgleich die inneren Voraussetzungen für die Bildung von drei neuen Parteien nach Lage der Dinge schon jetzt gegeben waren, blieb es nur bei den zwei sozialistischen Parteien. Die dritte Gruppe, die sich im Reichstag in den Abgeordneten Liebknecht und Rühle personifizierte, fand während des Krieges die Kraft zur eigenen Parteibildung nicht mehr. Sie schloß sich äußerlich an die neugebildete Fraktion an, die bald die Bezeichnung „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands" annehmen sollte. Das gemeinsame Band, das beide Gruppen vornehmlich aus taktischen Erwägungen zusammenhielt, war der Kampf gegen die „verräterische Taktik der nationalsozialen Mehrheit". Die Entente beobachtete diese innerdeutschen Auseinandersetzungen mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Es war charakteristisch, daß die französische Zeitung „L'Oeuvre" den Schritt der Opposition wie folgt begrüßte: „Die letzte Reichstagssitzung kommt einem Siege unserer Waffen gleich. Wenn in Frankreich ein Abgeordneter ein Viertel von dem gesagt hätte, was Haase sagte, hätten ihn seine Kollegen unfehlbar gesteinigt."

In der Tat, so unglaublich und bitter auch die Feststellung ist, das Verhalten der Opposition war mehr als verantwortungslos, es kam dem Landesverrat gleich. Wenn Haase erklärte, daß „ein großer deutscher Sieg die ‚Reaktion' bringe und daß jedes Land am ehesten von den Auswüchsen der Reaktion verschont bliebe, wenn auch die anderen Länder nicht von einer entscheidenden Niederlage getroffen würden", so bestand der Erfolg dieser typisch marxistischen Phantasterei darin, daß jenseits des Rheins der „Genosse" Sembat schon im September 1915 zuversichtlich erklärte: „Jetzt hat sich die Situation geändert. Deutschland wird bald nicht mehr können, der Hunger nimmt zu und — die Opposition wächst. Nun müssen wir den Krieg in die Länge ziehen. Denn je länger er dauert, um so schlimmer wird die Lage Deutschlands, um so besser werden die Aussichten Frankreichs auf den endgültigen Sieg."

Treffend stellte Dr. David diesem verräterischen Treiben der Opposition gegenüber fest, daß „Haases Politik auf die Linie zwischen Sieg und Niederlage eingestellt sei, mit der Wirkung jedenfalls auf Förderung der Niederlage

Deutschlands. Spekulationen, die die französische und russische Regierung vor dem 4. August im Hinblick auf die deutsche Sozialdemokratie angestellt hätten, werden jetzt durch die Haltung der Opposition wieder belebt".

„Die Mehrheitssozialisten von damals mußten ihre Genossen von der Minderheit doch gewiß kennen, sonst wären nicht so deutliche Worte gefallen", sagte Ernst Drahn dazu.

Tatsächlich gingen bald nach diesen Ereignissen Angehörige der Opposition in die Schweiz, um mit den dort schon befindlichen Genossen an Verlagen und Zeitschriften mitzuarbeiten, die von der Entente ausgehalten wurden. Wie belastet das Gewissen der Opposition sich fühlte, erhellt daraus, daß sie die Entente-Regierungen bitten ließ, bei Veröffentlichungen auf Wiedergaben aus Reden und Publikationen der deutschen Opposition zu verzichten. Unter diesen Umständen konnte der Versuch der Gesamtpartei, auf der Reichskonferenz im September 1916 die zerbrochene Einheit der Partei noch einmal herzustellen, nur mit einem Mißerfolg enden. Der Abgeordnete Ströbel besaß die Stirn zu erklären, daß „es für die Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt gut sei, wenn die Illusionen der Mehrheit hinsichtlich eines deutschen Sieges nicht in Erfüllung gingen". Und Haase stellte die Bedingung: „Wir wollen die Einheit der Partei, aber nur als internationale Sozialisten." Käthe Dunker, die Sprecherin der „Gruppe Internationale" (Spartakus) ließ keinen Zweifel, wohin die Reise gehen sollte, wenn sie das Bekenntnis ablegte: „Das Fundament unserer Grundsätze ist der internationale Gedanke und der Gedanke des Klassenkampfes".

Am 7. Januar 1917 vereinigten sich Vertreter aller oppositionellen Gruppen in Berlin zu einer großen Tagung, um über die Möglichkeit einer gemeinsamen Taktik zu beraten. Von den 157 Teilnehmern gehörten 35 dem radikalen Flügel an. Die Konferenz zeigte, daß auch zwischen diesen Gruppen erhebliche Differenzen bestanden, die nur von dem gemeinsamen Willen zur Bekämpfung der rechtssozialistischen Mehrheit notdürftig überbrückt wurden. Der Plan der Opposition, „in der Partei zu bleiben, um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen", glückte nicht. Die Mehrheit holte zu einem Gegenschlag aus. Am 16. Januar 1917 erklärte der Parteiausschuß, daß die Reichskonferenz der Opposition als Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei aufzufassen sei und daß hierdurch die Trennung bedingt werde. Wollte die Opposition nicht in eine unhaltbare Lage geraten, so mußte sie schleunigst Gegenmaßnahmen ergreifen. Das konnte nur die Gründung eines neuen Parteikörpers sein. Seine Grundlagen wurden durch eine für den 6. April 1917 nach Gotha einberufene Konferenz geschaffen. Auf diesem Gründungsparteitag der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" setzten sich die Auseinandersetzungen zwischen der „Arbeitsgemeinschaft" und der „Spartakusgruppe" fort. Wie die Reden auf dem Parteitag zeigten, zeichnete sich auch innerhalb der neuen Partei bereits eine weitere Spaltung am Horizont ab. Zwei Lager standen sich

gegenüber: Eine vorsichtige Gruppe unter Führung von Haase/Dittmann, die zunächst eine Taktik des Abwartens betreiben wollte, bis die Zeit reif würde, und eine extremistische Gruppe unter Führung Ledebours, zu der die Mehrheit der Berliner Organisation, die „Revolutionären Obleute", der „Spartakusbund" und die „Revolutionäre Jugend" gehörten. Sie befürwortete die Taktik des Massenstreiks und verlangte als nächsten Schritt die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand mit Militärpropaganda und Waffenbeschaffung. Mit dem Januarstreik 1918 startete die USPD ihren ersten revolutionären Vorstoß. Die Vorbereitung ging von radikaler Seite aus, aber auch von der dem linken, Ledebour'schen Flügel der Unabhängigen nahestehenden gewerkschaftlichen Gruppe Richard Müller und Erwin Barth. Obwohl sie im wesentlichen nur aus Mundpropaganda und Weiterverbreitung der Streikparole durch Vertrauensmänner bestand, nahm der Streik einen sehr gefährlichen Umfang an. In Berlin allein stieg zwischen dem 28. und 30. Januar die Zahl der Streikenden auf mehrere hunderttausend Mann. Zahlreiche Betriebe der Rüstungsindustrie wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Angesichts dieses Umfanges tauchten bei den Mehrheitssozialisten Zweifel auf, ob man an der bisherigen ablehnenden Haltung noch weiterhin festhalten könne. Sie nahmen daher das Angebot, einige Vorstandsmitglieder als Vertreter in die Streikleitung zu entsenden, an. Zum ersten Male im Kriege fanden sich hier wieder die Führer aller Richtungen der sozialdemokratischen Partei zu einer gegen die Regierung und den Staat gerichteten Aktion zusammen. Scheidemann erklärte, „es sei die Pflicht der mehrheitssozialdemokratischen Partei gewesen, sich an der Bewegung zu beteiligen, um sie in geordnete Bahnen zu lenken". Obwohl der Streik durch entsprechende Maßnahmen des Staates eingedämmt und schließlich beendet werden konnte, war er doch als ein Erfolg der radikalen Kräfte zu werten. Ihr Mut stieg entsprechend. Immer schärfer und unverschämter wurde ihre Propaganda. Aus der Flut der dem deutschen Volke suggerierten Lockungen, Verheißungen und Versprechungen nur eine kleine Blütenlese: „Die Verständigung über den Frieden mit den Sozialdemokraten der anderen Nationen stößt auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten! Die internationale Solidarität des Proletariats wird einen Frieden durch Verständigung im Geiste des internationalen Sozialismus bringen! Friede und Freiheit allen Völkern! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht im eigenen Land und nicht an den Fronten! Die internationale Menschheit fordert, allen Klassenfreunden jenseits der Grenzen im Geiste die Hand zu reichen! Wenn die deutschen Arbeiter sich der Pflicht zur Revolution bewußt werden, werden es auch die Arbeiter anderer Länder! Der deutsche Arbeiter muß vorangehen, um von den französischen, englischen und italienischen Arbeitern Gleiches fordern und erwarten zu dürfen! Wir werden darauf nicht lange warten müssen! Nur die Volksrevolution und Volksrepublik in Deutschland wird imstande sein, den allgemeinen Frieden in kürzester Zeit herbeizuführen. Vor der deutschen Republik werden auch die jetzt von unserem Halbabsolutismus

und Imperialismus bedrohten Weststaaten unter dem Drucke ihrer Arbeiter sofort die Waffen strecken müssen. Die proletarische Revolution in Deutschland bedeutet die Arbeiterrevolution in der ganzen Welt! Ein demokratisches Deutschland hat in aller Welt Freunde. Siegt die Demokratie in Deutschland, so hat Deutschland einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen! Nicht gegen die Engländer und Franzosen jenseits der Schützengräben, sondern gegen die ‚Engländer und Franzosen' in unserem eigenen Haus, gegen die Junker, gegen die deutsche imperialistische Bourgeoisie und die deutsche Regierung gilt es zu kämpfen! Wenn nicht diese Interessenten des Völkermordens wären, hätten wir schon längst einen loyalen, demokratischen Frieden mit England und Frankreich!"

Schließlich stellten die Führer der Unabhängigen im Oktober 1918 die Wilson'sche Schicksalsfrage: „Krieg m i t den Hohenzollern oder Friede o h n e die Hohenzollern?"

So kam, was kommen mußte. Sicherlich wäre es falsch, die Schuld am Zusammenbruch vom November 1918 der radikalsozialistischen Propagandaflut und Wühlarbeit a l l e i n zuzuschreiben. Die unerhörten physischen und psychischen Belastungen des gesamten deutschen Volkes, die Wirkungen der grausamen Hungerblockade, die zahlenmäßige und materielle Überlegenheit der feindlichen Welt und ihre geschickte Kriegspropaganda haben jede für sich ihren Anteil am Untergang des monarchischen Deutschland, des Reiches Bismarcks. Was war unabwendbares Schicksal, was war Schuld? Die Tatsachen verbieten es, sich hinter dem „Schicksal" allein zu verstecken. Denn für die „Schuld" bleibt noch genug übrig. Den Einfluß abzuschätzen, den die radikalen Elemente während des Krieges auf den nationalen Sinn des Volkes und den kriegerischen Geist des Heeres ausgeübt haben, ist nicht leicht. Ledebour berichtete auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die revolutionäre Arbeit der USPD während des Krieges wie folgt: „Mindestens seit dem Jahre 1916 bestand bei einer Anzahl von Vorkämpfern der USPD der Entschluß und die Hoffnung, durch eine gewaltsame Revolution die deutsche Regierung zu stürzen. Wir alle haben, jeder an seinem Platze, u n s e r B e s t e s g e t a n , u m d i e R e v o l u t i o n v o r w ä r t s z u t r e i b e n. Nach dem Januarstreik reifte in allen Teilnehmern dieser Bewegung die Überzeugung: Wenn es jetzt wieder losgeht, bleibt es nicht beim Streik, dann gehen wir zum Kampf mit der Waffe über! Seit jener Zeit wurden die Vorbereitungen dafür getroffen, und besonders die Leute, die jetzt im Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte sitzen, ich meine meine Freunde Barth, Däumig, Eckert, Wegmann und Neuendorf, sind die hauptsächlichen Treiber für die revolutionäre Vorbereitung gewesen. Sie haben die Waffen geschaffen, sie haben die Leute geworben, und wir anderen haben in einer jahrelangen intensiven Arbeit im Parlament, in der Presse usw. auf unsere Arbeiter eingewirkt. Es handelte sich also nur um die Frage: Wann ist die Zeit gekommen, um losschlagen zu können? Wir saßen gewissermaßen am Ufer und be-

obachteten, wie das Wasser stieg. Monat für Monat haben wir Beratungen gepflogen. Als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgt war, sagten wir uns: Jetzt ist die allerletzte Zeit, jetzt müssen die letzten Vorbereitungen getroffen werden. Wir haben übrigens nicht nur in Berlin vorgearbeitet, sondern wir hatten mit allen Provinzen angeknüpft. Wir haben die Front bearbeitet. Da war die Regierung so gütig, ausgezeichnete Agitatoren für die Revolutionierung der Front hinauszuschicken. Wir wußten, daß eine ganze Anzahl Regimenter sofort übertreten würde."

Auch die Parteileitung der USPD verkündete am 7. Januar 1919 in der „Leipziger Volkszeitung": „Unsere Arbeit gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution."

Der Wunsch des „Vorwärts" vom 20. Oktober 1918 ging in Erfüllung: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben."

Und die Mehrheitssozialisten? Es ist festzustellen, daß sie an den revolutionären Vorbereitungen im unmittelbaren Sinne nicht mitgewirkt haben. Rechtssozialistische revolutionäre Organisationen sind nicht in Erscheinung getreten. Einzelne aus dem Rahmen herausfallende Äußerungen mehrheitssozialistischer Blätter und Abgeordneter ändern an dieser Feststellung nichts. Aber auch sie sind möglich gewesen. Daß die Sozialdemokratie den Siegeswillen breitester Volksschichten durch eine pazifistische Propaganda geschwächt, bei den Gegnern dadurch den Eindruck des Nachlassens der deutschen Kräfte verstärkt hat, daß sie in dem Wunsche, es mit den von radikaler Seite aufgehetzten Kreisen der Arbeiterschaft nicht zu verderben, den radikalen Strömungen allzu freie Bahn gelassen hat, ist eine Tatsache, wie ebenso nicht zu bestreiten ist, daß sie durch wiederholte Versuche, die zerrissenen Fäden der Internationale wieder anzuknüpfen, und durch vielerlei Halbheiten die Entstehung einer echten nationalen deutschen Arbeiterbewegung während des Krieges verhindert hat. Nur ein kleiner Kreis radikaler Führer hat sich offen zur Urheberschaft der Novemberrevolution bekannt. Die überwiegende Masse der deutschen Sozialdemokratie leugnete ihre Vaterschaft. Tatsächlich haben sich die Mehrheitssozialisten der Revolution erst im letzten Augenblick angeschlossen, um nicht aus der proletarischen Massenbewegung, die nunmehr zum Ausbruch kam, herausgedrängt zu werden. Diese Haltung entsprach ihrer ganzen Mentalität, sich in gewissen zentralen politischen Fragen nie verbindlich festzulegen, sondern sich den Weg des Opportunismus offenzuhalten. Wir können diese Beobachtung bis auf den heutigen Tag machen. Aus diesem Grunde hat sie während des ganzen Krieges immer die Möglichkeit zur Rückkehr in das internationale Fahrwasser im Auge behalten. Die Geschicklichkeit, mit der der Umschwung im letzten Augenblick vollzogen wurde, ist bemerkenswert. So schritten die Mehrheitssozialisten auf gewundener Bahn. „Als feststand, daß die Revolution unabwendbar kommen mußte, begaben sich die kaiserlichen Minister Ebert und Scheidemann zu der

Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie und boten an, gemeinsam mit den Unabhängigen Revolution gegen die kaiserliche Regierung zu machen, wenn ihnen in der Revolutionsregierung die Hälfte der Sitze eingeräumt werde", heißt es in einer sozialistischen Denkschrift aus dem Jahre 1919 über „Die deutsche Arbeiterrevolution".

Derselbe Herr Scheidemann, der so oft von dem Vernichtungswillen der Feinde und dem festen Entschluß gesprochen hatte, „den Glauben unserer Gegner an die Besiegbarkeit des deutschen Volkes zu zerstören", stand am 9. November 1918 auf den Stufen des Reichstagsgebäudes und proklamierte vor den revolutionären Massen die deutsche Republik: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt. Ebert bildet die neue Regierung. Alle sozialistischen Richtungen werden ihr angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen. Wir müssen stolz sein in alle Zukunft auf diesen Tag!"

Die Schwenkung, die die Mehrheitssozialisten am 9. November vornahmen, bedeutete keineswegs eine grundsätzliche Änderung ihrer Politik. Sie war vielmehr nur ein geschickter Versuch, sich der veränderten Lage taktisch anzupassen. Es bestand für sie gar nicht die Möglichkeit, in die nunmehr von Moskau beherrschte Internationale wieder einzutreten, selbst wenn Neigungen dazu vorhanden waren. Die Tür hatte sich vor den „Verrätern" geschlossen. Der neue russische Zar Lenin hatte den Bannstrahl geschleudert. Die Sozialdemokratie blieb also halb freiwillig, halb gezwungen im Rahmen der Nation. Sie sah sich aber, um ihr Leben zu retten, genötigt, den Beistand derselben nationalen Kreise zu erbitten, die sie vor dem Kriege heftig befehdet hatte und mit denen sie seit dem 4. August 1914 in einem kühlen Frieden lebte. Die „reaktionären" Soldaten, die schärfsten Gegner des Marxismus, entschieden die Schlacht. Auf der anderen Seite blieb auch dem Offizier- und Unteroffizierkorps mit dem ihnen ergebenen Teil des Heeres keine andere Wahl. Ein passives Verhalten, diejenigen die Suppe auslöffeln zu lassen, die sie sich letzten Endes selbst eingebrockt hatten, hätte lediglich dem Radikalismus genützt und das unter schwersten Erschütterungen erzitternde deutsche Reich dem von Osten drohenden Bolschewismus geöffnet. Es blieb daher nur übrig, sich mit der Mehrheitssozialdemokratie zu verbünden und gemeinsam die tödlichen Gefahren abzuwehren. Zum zweiten Male also zwang die nationale Not diese beiden Gegner in eine gemeinsame Abwehrfront. Auch sie war lediglich ein Bündnis für einen bestimmten Zweck, dem wiederum nur eine kurze Lebensdauer beschieden sein sollte.

Sucht man die Wirkungen des Kampfes zwischen dem nationalen und internationalen Gedanken auf den Ausgang des Weltkrieges zusammenzufassen, so wird man sagen dürfen, daß dieser Gegensatz wesentlich dazu beigetragen hat, die Kraft des Heeres und den kriegerischen Geist im Volke zu schwächen.

„Während sich beim Feinde trotz seiner Überlegenheit an lebendem und totem Material alle Parteien, alle Schichten der Bevölkerung in dem Willen zum Siege immer fester zusammenschlossen, und zwar um so mehr, je schwieriger ihre Lage wurde, machten sich bei uns, wo dieser Zusammenschluß bei unserer Unterlegenheit viel notwendiger war, Parteiinteressen breit, und diese Umstände führten sehr bald zu einer Spaltung und Lockerung des Siegeswillens. Die Geschichte wird über das, was ich hier nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil fällen. Damals hofften wir noch, daß der Wille zum Sieg alles andere beherrschen würde. Als wir unser Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Reihe von Anträgen, die den Zweck hatten, alle nationalen Kräfte zur schnellen und günstigen Kriegsentscheidung zusammenzufassen. Was aber schließlich, zum Teil wieder durch Einwirkung der Parteien, aus unseren Anträgen geworden ist, ist bekannt. Ich wollte kraftvolle und freudige Mitarbeit und bekam Versagen und Schwäche. Die Sorge, ob die Heimat festbliebe, hat uns von diesem Augenblick an nie mehr verlassen. In dieser Zeit setzte die heimliche, planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden, sie mußten die ganze Last des Kampfes tragen. Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und Gesetzgebung wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagte mit Recht: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden."

So die Aussagen des Zeugen Generalfeldmarschall von Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über die Ursachen des Zusammenbruchs am 18. November 1919.

Wie immer man auch über den Komplex „Dolchstoßlegende" denken mag, es ist jedenfalls keine Legende, daß der Zusammenbruch des deutschen Reiches durch den revolutionären Marxismus bewußt gefördert und beschleunigt worden ist, daß der Krieg unter seiner Einwirkung unter Formen geendet hat, die eines so tapferen Volkes nicht würdig waren, und daß die Warnung, die seltsamerweise dem „Vorwärts" zur „Last" fällt, in den Wind geschlagen wurde: „Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt!"

Man streitet noch heute darüber, ob das Heer ohne den Ausbruch der Revolution und ohne die vorausgegangene Unterhöhlung noch lange hätte weiterkämpfen oder gegen unerträgliche Friedensbedingungen sich hätte auflehnen können. Aber man wird unter keinen Umständen behaupten dürfen, daß das deutsche Volk im November 1918 einen würdigen Anblick bot, daß es von jenen gut beraten war, die erklärten, die Revolution „gemacht" zu haben, daß es klug war, sich der Waffen in einem Augenblick zu entledigen,

in dem die Friedensverhandlungen begannen. „Das steht jedenfalls fest: So schandbar, so schmählich, so vernichtend, so zermalmend hätte der Waffenstillstand und der Frieden niemals ausgesehen, wenn nicht gerade im kritischen Moment die Revolution im Rücken der Armee ausgebrochen wäre. Daß sie einmal erfolgte, hat die Sehenden und Hörenden nicht gewundert, aber daß sie in einem Moment erfolgte, der durch völligen Zusammensturz der in der Krise stehenden, zurückflutenden Armee für eine Generation das Reich in Elend und Unterwerfung versetzen mußte, das war das größte Verbrechen der Weltgeschichte, das die Urheber zu Fluchbeladenen für alle Zeiten stempeln muß." Soweit die Meinung eines wahren Demokraten (Dr. Ernst Müller-Meiningen in „Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit").

Auch die überzeugtesten Sozialdemokraten werden nicht leugnen können, daß auf der Geburtsstunde des Weimarer „Volksstaates" dunkle, sehr dunkle Schatten liegen. Ehrliche Sozialdemokraten haben sich auch nicht gescheut, trotz aller inneren Beschämung die Dinge beim Namen zu nennen. August Winnig, seinerzeit sozialdemokratischer Oberpräsident in Ostpreußen, bezeichnete damals in der sozialistischen Zeitschrift „Firn" die Revolution als ein furchtbares nationales Unglück. Sie habe nicht e i n e n großen erhebenden Zug. „Pflichtvergessenheit", so schreibt er, „fortgesetzt gesteigerte Ansprüche, Schmutz- und Schamlosigkeit, sittliche Verwilderung, wachsendes Verbrechertum gingen neben dem Zusammenbruch jedes nationalen Halts her. Die Sozialdemokratie kapitulierte vor den trüben Instinkten einer politisch ungeschulten Masse. Die Herabwürdigung alles dessen, was dem nationalen Gefühl wert und teuer ist, wurde gang und gäbe." Ein vernichtenderes Urteil ist wohl kaum möglich. Wie anders verkündete Jules Favre im Jahre 1870 die französische Republik: „Die Dynastie liegt am Boden. Das freie Frankreich steht auf. ... Wir werden weder einen Zoll von unserem Lande noch einen Stein von unseren Festungen abtreten."

Es ist eine alte natürliche Erfahrung bei allen Völkern der Geschichte: Die Suche nach dem Sündenbock, nach dem „Verräter", nach dem Schuldigen an der erlittenen Niederlage. Je größer die Dimensionen des Kampfes, je katastrophaler und unvermuteter der Zusammenbruch, desto erklärlicher die Abwälzung der Schuld auf einzelne, aus dem Strom der Ereignisse sich besonders abhebende Männer. Ein Mann, der sich gerühmt hat, die Revolution gemacht zu haben, war der schon genannte Emil Barth, der zusammen mit den Vorsitzenden der USPD, Hugo Haase und Wilhelm Dittmann, am 10. November 1918 in die Reichsregierung mit Ebert, Scheidemann und Landsberg delegiert wurde, wo er bis in die letzten Dezembertage 1918 hinein als einer der sechs sog. „Volksbeauftragten" gewirkt hat. Als Barth ungezogene Bemerkungen über seine Kollegen vom Rat der Volksbeauftragten in der Öffentlichkeit machte, wurde aus dem Verbrecheralbum Berlin-Neukölln, Band IV, Nummer 164, Kategorie: Sittlichkeitsverbrecher, eine Strafliste Barths veröffentlicht, wonach er fünfmal wegen Erregung öffentlichen

Ärgernisses zu Gefängnisstrafen verurteilt worden war. Der Mann konnte nach seinem Ausscheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten in der Unabhängigen Sozialdemokratie eine führende Rolle spielen. Bei der Verschmelzung der USDP mit der alten Partei im Jahre 1922 schlüpfte er in Berlin in die vereinigte Partei hinein. Er konnte dann Reichstagskandidat für eine sozialdemokratische Wahlliste werden, als in Berlin zornige Proteste dagegen erhoben wurden, daß Gustav Noske, der sich in den Wirren jener Jahre große Verdienste um die Einheit des Reiches erwerben sollte, als möglicher Kandidat der Partei genannt wurde. Keineswegs ein weltbewegendes Ereignis! Aber wie kaum ein anderes geeignet, ein Schlaglicht nicht nur auf die Qualitäten der Revolutionäre, sondern auch auf den politischen Wertgehalt jener Parteien zu werfen, die sich in den Revolutionsjahren zur Führung der Nation berufen fühlten, die, um mit Oswald Spengler zu sprechen, „das Reich bekrittelten, lähmten, unterwühlten, um endlich in Beschränktheit und Selbstsucht das Staatsschiff anzubohren in dem Glauben, damit für ein Regierungsideal nach ihrem Geschmack freie Bahn zu schaffen — nicht für Deutschland, sondern für eine Partei".

Das neue deutsche Staatsschiff aber drohte, kaum, daß das alte untergegangen war, sogleich an inneren und äußeren Klippen zu zerbersten. Es waren höchstens einige zehntausend Männer, dieselben, die im Oktober und Anfang November todverachtend dem Feind die Stirne geboten und bei sinkender Nacht den Rückzug gedeckt hatten, die jetzt, als bereits alles verloren war, in Kurland und Litauen, in Ost- und Westpreußen und in Schlesien noch einmal Leib und Leben zur Rettung deutschen Volkstums und deutschen Volksbodens einsetzten, die sich dem Marxismus im Innern des Reiches entgegenwarfen, während das Bürgertum auf den Knien lag und die Mehrheitssozialisten nach irgendeiner Kompromißformel suchten. In diesen unbesiegten Resten des alten deutschen Heeres lebte auch nach dem völligen Zusammenbruch des Reiches noch immer ein ungebrochener Kampfgeist, der sie, als alles versank, auch weiterhin befähiget, den Todfeinden des Reiches entgegenzutreten. Diese Soldaten vor allem haben entscheidenden und nicht fortzudiskutierenden Anteil an dem auch für Europa und für die gesamte freie Welt schicksalhaften Erfolg, daß damals, zum e r s t e n Male, das deutsche Volk vor der Herrschaft des radikalen Sozialismus, des Kommunismus und Bolschewismus bewahrt wurde.

In den Revolutionswirren

Riesige feindliche Übermacht, der Hunger und nicht zuletzt der „Revolutionskarneval", um mit einem Wort Max Webers zu sprechen, zwangen das deutsche Volk nieder. Unverzeihliche Fehler sind sicherlich von den früheren Herrschern in Deutschland begangen worden. Nicht nur, daß unausbleibliche Reformen zu spät kamen, sondern daß von den verantwortlichen Führern in der Regierung und in den Parlamenten keine Mittel gefunden, geschweige denn angesetzt wurden, um dem staatsgefährlichen Treiben und dem versteckten Hochverrat zu begegnen, ist vom nationalen Standpunkt aus betrachtet eine Schuld. Aber auch auf der Feindseite ist mit den schlimmsten Mitteln gewirkt worden. Unzählige Male war dem deutschen Volk von den feindlichen Staatsmännern versichert worden, nur den Hohenzollern, den Junkern und dem Militarismus gelte der Kampf, nicht dem deutschen Volk. Unzählige Menschen in Deutschland sind diesem Propagandaschwindel aufgesessen. In den ersten Novembertagen stürzten die Monarchien, fielen die alten Gewalten, zerbrach, was man in der Welt den deutschen „Militarismus" nannte. Zusammengebrochen, wie es kaum jemals zuvor in der Geschichte geschehen war, mußte das deutsche Volk sich Waffenstillstandsbedingungen diktieren lassen, die schmachvoller und drückender nicht gedacht werden konnten. Alle Hoffnungen, einer demokratischen Republik in Deutschland würden die Sieger versöhnt die Hand reichen, haben damals die gräßlichste Enttäuschung erfahren. Der Vertrag von Versailles sollte vollenden, was mit dem Waffenstillstand eingeleitet wurde: Die Zerstückelung, Aussaugung, die tiefste Demütigung Deutschlands.

Über Nacht kann man zwar, wie der November 1918 zeigte, alte Staaten und ihre rechtlichen Grundlage umstürzen. Wesentlich schwerer aber ist es, den Umsturz wieder in Ordnung zu kehren, d. h. ein neues, haltbares Staatswesen auf die Trümmer des alten, zerstörten zu setzen. Doppelt und dreifach schwer, wenn der Umsturz ohne organische Überleitung, revolutionär, unter Überspringung natürlicher Entwicklungsperioden geschieht. Der völlige Zusammenbruch brachte anstelle des Rechtes die Gewalt, anstelle der Überzeugung die Herrschaft der Massenhysterie, der Straße, die „Republik ohne Republikaner", d. h. die Diktatur einer ausgesprochenen Minderheit, die die Situation momentan zu meistern verstand. Über der Geburtsstunde der deut-

schen Republik stand das Motto: „Volksherrschaft? Glaube nicht daran, Du wirst betrogen! Nicht herrscht das Volk, es wird beherrscht von Demagogen!" Und an dem Revolutionschaos in Deutschland bewahrheitete sich einmal mehr die klassische Weisheit Goethes, daß nämlich „Gesetzgeber und Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, Phantasten oder Scharlatane seien".

Ehrliche sozialdemokratische Führer besaßen den Mut, ungeschminkt den völligen Bankrott dieser sog. Revolution zuzugestehen. So schrieb die „Sozialistische Korrespondenz" im Herbst 1920 u. a.: „In gigantischem Ausmaß, nur durch den Einfluß des langjährigen Krieges, brutaler, sinnloser, war die primitive Zeit der ersten Anfänge der Arbeiterbewegung wieder hereingebrochen. Die Kinderkrankheiten der Arbeiterbewegung rasten wie die schlimmsten Pestseuchen über die Menschheit hin."

Die Zeit unmittelbar nach dem 9. November 1918 erinnert lebhaft an ein köstliches Wort Martin Luthers: „Obrigkeit ändern und Obrigkeit bessern, sind zwei Dinge, so weit voneinander, als Himmel und Erde. Ändern mag leichtlich geschehen, bessern ist mißlich und gefährlich. Der tolle Pöbel aber fragt nicht viel, wie es besser werde, sondern nur, daß es anders werde. Wenn es dann ärger wird, so will er abermals ein anderes haben. So kriegt er denn Hummeln für Fliegen, und zuletzt Hornissen für Hummeln ..."

Es wurde tatsächlich anders in Deutschland. Aber dieses „anders" sah so aus, daß radikalsozialistische, kommunistische und spartakistische Umtriebe und bewaffnete Aufstände das Reich in seine einzelnen Bestandteile aufzulösen drohten. Die Hummeln und Hornissen begannen zu schwärmen. Sie kamen nicht nur aus ihren Schlupfwinkeln im Innern des Landes, auch von außen her begannen sie, über die Grenzen zu fliegen: Straßenkämpfe und Aufruhr in Berlin, bolschewistische Putsche von Spartakus in Bremen, Hamburg und Wilhelmshaven, Kommunistenaufstände in Baden, Braunschweig, Thüringen und Sachsen, Räterepublik in Bayern und Braunschweig, Generalstreik im Ruhrgebiet, Räterepublik im Vogtland, Rote Armee in Mitteldeutschland, Verlust von Posen und Westpreußen, Polenaufstände in Oberschlesien, von Moskau aus wurde mit dem Einmarsch bolschewistischer Armeen gedroht. Das deutsche Reich schien am Ende.

Wie stark sich die radikalen Elemente fühlten, geht daraus hervor, daß der Versuch gewagt werden durfte, im Kampfe gegen das Bürgertum, gegen das Offizierkorps und gegen die Mehrheitssozialisten die Diktatur des Proletariats zu errichten. Fast wäre der große Wurf geglückt, da die Revolutionsregierung, der Rat der Volksbeauftragten, selbst zur Hälfte aus radikalen Sozialisten bestehend, nicht über die geringste militärische Macht verfügte, um gegen den revolutionären Spuk vorzugehen. Noske berichtet, daß in den ersten Januartagen 1919 in der Stadt Berlin die Volksbeauftragten nicht über hundert Mann verfügten, auf die Verlaß war.

In dieser Stunde höchster Gefahr geschah es, daß die Mehrheitssozialdemokratie erneut ein Bündnis mit dem deutschen Soldatentum eingehen mußte. Gestützt auf einen Kern national gesinnter Unteroffiziere und Mannschaften, nahmen zahlreiche Offiziere, ohne auch nur einen Tag zu zögern, den Kampf gegen das bolschewistische Rätesystem auf und führten ihn zu erfolgreichem Ende. Noch im Fallen riß so das alte nationale Heer seinen gefährlichsten Gegner mit sich zu Boden. Der Mann aber, dem sich diese Soldaten willig unterordneten, war der Sozialdemokrat Gustav Noske.

Nach dem Rücktritt der drei Unabhängigen, der den wahnwitzigsten und verbrecherischsten Bruderkampf zur Folge hatte, wurde Gustav Noske in den Rat der Volksbeauftragten gewählt. Als in den Januartagen in Berlin das Schicksal der Regierung im wahrsten Sinne des Wortes nur an einem seidenen Faden hing, als den Revolutionären nur der Mann rascher Entschlußkraft und kühnen Handelns fehlte, kam man endlich zu der Überzeugung, daß man der Gewalt Gewalt entgegensetzen müsse. Noske selbst schildert die entscheidende Sitzung wie folgt: „In ziemlicher Aufregung stand man im Arbeitszimmer Eberts umher. Ich forderte, daß ein Entschluß gefaßt werde. Darauf sagte jemand: ‚Dann mach' Du doch die Sache!', worauf ich kurz entschlossen erwiderte: ‚Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!' "

Der „Bluthund" sollte ihm noch oft, nicht zuletzt auch aus den eigenen Reihen, vorgeworfen werden.

Mit der ihm angeborenen Tatkraft, Entschlußfreudigkeit, aber auch Rücksichtslosigkeit, sofern sie geboten schien, ging Noske an die Lösung der ihm übertragenen Aufgabe heran. Er faßte sie mit der klaren Erkenntnis an, daß es zunächst einmal notwendig sei, sich ein zuverlässiges militärisches Instrument zu schaffen, ohne das in dem damaligen chaotischen Zustand der Autoritätslosigkeit an eine Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nicht zu denken war. In Kiel, wohin er sich alsbald nach Ausbruch der Revolution als Sonderbeauftragter der Regierung begeben hatte, hatte er gewissermaßen am Ursprung der Revolution Erfahrung sammeln können, die ihm nunmehr zustatten kamen. In der Überzeugung von der Unzuverlässlichkeit und Gefährlichkeit einer „roten Truppe" hatte er sie dort nicht nur zu verzögern, sondern auch zu verhindern gewußt. „Es waren", so schreibt er selbst, „genügend Berufssoldaten vorhanden, die etwas leisten konnten." Schon damals sah er schwere Unruhen voraus, da die Regierung in Berlin kein zuverlässliches Machtmittel in der Hand hatte. In dieser weisen Voraussicht begann er bereits in Kiel mit der Aufstellung einer aus aktiven Leuten bestehenden Truppe, die nötigenfalls mit ihm nach Berlin gehen würde. Am 10. Januar 1919 konnte er vor den Toren Berlins die Kieler „Eiserne Garde" begrüßen, die „ihm", wie er bekennt, „treue Anhänglichkeit bewahrt und nie Schande gemacht hätte". Nach Übertragung des Oberbefehls begann er zunächst von Berlin-Dahlem aus mit der Aufstellung der Truppen. In seinem

Buche „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie" schreibt er hierzu: „Es bedeutet keine Verkleinerung der Leistungen der Soldaten, wenn festgestellt wird, daß kein Offizier in den folgenden Wochen und Monaten hätte Formationen bilden und zusammenhalten können, wenn er nicht dazu den von mir erteilten Auftrag nachweisen konnte."

Eine lapidare Aussage, die schlagartig zukunftsweisende Möglichkeiten aufzeigte. Beweist sie doch, daß, wieder einmal aus der Not und einem gemeinsamen Lebensinteresse geboren, eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den staatserhaltenden und staatsbejahenden Kräften der alten und, wenn man schon will, den Erstanfängen einer neuen Armee einerseits sowie den politischen Trägern des noch von schwersten Erschütterungen heimgesuchten neuen Staates andererseits eine reale Chance gehabt hat. Die Zukunft allerdings sollte zeigen, daß es wohl nur die Persönlichkeit Noskes, insbesondere sein nüchterner und realistischer Blick für die Erfordernisse der Stunde war, der dieses leider nur zeitbedingte Bündnis hoffnungsvolle Wirklichkeit werden ließ. Daß es schließlich scheiterte, ist, das soll hier mit allem Nachdruck festgestellt werden, nicht so sehr eine Schuld der Soldaten gewesen, sondern hat seine Ursache darin, daß „ein großer Teil der Führer des sozialdemokratischen Proletariats in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes versagte und sich der zu lösenden Aufgabe nicht gewachsen zeigte. Politische Borniertheit, die Phrase und wirtschaftliche Einsichtslosigkeit triumphierten gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des deutschen Volkes", stellt Gusav Noske an anderer Stelle fest.

Während so Noske in Dahlem die ersten Verbände des neuen Staates aufstellte, widersetzte er sich in Berlin gleichzeitig jedem Kompromiß, „weil die Auseinandersetzung zwischen revolutionärer Phraseologie und den realen Notwendigkeiten früher oder später doch hätte kommen müssen".

So bildeten sich in Berlin die Regimenter „Reichstag" und „Liebe", der Oberst Reinhardt zog Soldaten zusammen. Aus Potsdam kam Zuzug von zuverläßlichen Kräften. Am 11. Januar zog Gustav Noske an der Spitze von dreitausend gut bewaffneten, straffe Disziplin haltenden Soldaten in Berlin ein. Zugleich erging eine Proklamation an die Arbeiter, Soldaten und Bürger, in der es hieß: „Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik. Ihr kennt mich und meine Vergangenheit in der Partei. Ich bürge Euch dafür, daß kein unnützes Blut vergossen wird. Ich will säubern und nicht vernichten. Ich will Euch mit dem republikanischen Heere die Freiheit und den Frieden bringen."

Die geschichtliche Vorstufe der späteren Reichswehr war gegeben. Das Riesenheer der allgemeinen Wehrpflicht war zwar, nachdem es seine dynamisch gewaltigste Leistung soeben im Weltkriege vollbracht hatte, in sich zusammengebrochen, zerrüttet durch die Rückschläge der Revolution und der Niederlage. Dennoch enthielt es zahlreiche vaterlandstreue, patriotische Männer, die nach wie vor bereit waren, Blut und Leben für den Bestand des Reiches

gegen das marxistisch-bolschewistische Chaos einzusetzen. So war man von verschiedenen Gesichtspunkten aus schon im November und Dezember 1918 auf den Gedanken gekommen und begann ihn auszuführen, Freikorps aus Zeitfreiwilligen zu bilden und damit gewissermaßen den besten Saft des alten Heeres in neuen, kleineren Gefäßen zu sammeln. Es war daher ein geschichtlich denkwürdiger Augenblick, als der Mehrheitssozialist Gustav Noske die Zeitfreiwilligen aufrief, ohne die der neue Staat schon in seiner Geburtsstunde sang- und klanglos untergegangen wäre, wie es ebenso geschichtlich denkwürdig bleibt, daß sich diese alten und jungen Soldaten unter das Kommando des einstigen Tischlers stellten. Soldat und Arbeiter, Arbeiter und Soldat! Die Tragik wollte es, daß die Fundamente des ersten Versuchs dieser staatsnotwendigen Gemeinschaft zu schwach gebaut waren. War es Schuld der Arbeiter, der Soldaten, daß ihr Bündnis sich bald lösen, ja sich sogar in Mißtrauen und Feindschaft wandeln sollte?

„Alles in allem wurde in dieser Januarwoche die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Revolution erkämpft. Der gefährliche Nullpunkt um die Jahreswende 1918/19, wo man physisch wehrlos gegenüber dem Bolschewismus war, war jetzt überwunden, und das Mittel war geschaffen, das in immer neuer Anwendung in der starken Hand Noskes nach und nach die Flammen wieder austrat. Da, wo er durchgriff, hat er wiederholt auch den Widerstand eigener Genossen im Lande, die in Angst um die Solidarität des Proletariats und vor dem wiedererstehenden „Militarismus“ waren, gefunden. Noske, die Offiziere und Zeitfreiwilligen — keiner von ihnen hätte es allein damals schaffen können, nur durch ihr Bündnis gewannen sie die physische Macht und moralische Autorität, um mit der Zustimmung sowohl der rechtssozialistischen Arbeiterschaft wie des gesamten Bürgertums die soziale Ordnung und die nationale Einheit zugleich wirksam zu verteidigen.“

Allen Geschichtsklitterungen und allen Entstellungen der roten Ritter vom Federkiel zum Trotz beweist dieses Urteil des bekannten deutschen Historikers Friedrich Meinecke, daß die Soldaten der alten Armee und vor allem die besten Kräfte seines Offizierskorps dem neuen Staat wichtige, nicht wegzudenkende Geburtshilfe geleistet haben. Durch ihren opferbereiten Einsatz und nicht durch das giftspritzende Getöse demagogischer Schreiberlinge und Volkstribunen wurde der Staat von Weimar im wahrsten Sinne des Wortes erkämpft. Jhnen dankt es Europa gleichermaßen, daß die erste Angriffswelle des Bolschewismus im Herzen Europas gebrochen wurde. An diese geschichtsnotorische Tatsache sich zu erinnern, sollte gerade heute die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes sein. Man mag es als ein historisches Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie ansehen, daß sie, indem sie zuerst die Hand der Unabhängigen und dann die Hand der Soldaten ergriff, sehr kühne politische Manöver gewagt hat. In erster Linie war es aber ein verständlicher Selbsterhaltungstrieb, der sie zu einer Kooperation nicht nur mit den Offizieren, son-

dern auch den Beamten, der akademischen Jugend und den Unternehmern zwang. Die Konsequenzen, die sie aus dieser historisch gegebenen Lage gezogen hat, sprechen allerdings nicht für ihre politischen Fähigkeiten.

Der zweite Schlag, der der Regierung, insbesondere durch seine psychologischen Auswirkungen, ein weiteres Stück der verlorenen Autorität zurückgeben sollte, war das Vorgehen gegen Bremen. Der Rat der Volksbeauftragten, der sich in Bremen als Regierung aufgetan hatte, agierte besonders zügellos. Nachdem wiederholte Vorstellungen nichts gefruchtet hatten, schickte Noske das Detachement Gerstenberg, dem die Kieler Marinebrigade zugeteilt war, gegen Bremen vor. Obwohl von hier und auch von Hamburg aus wildeste Drohungen ausgestoßen wurden, man werde mit 50 000 Soldaten und bewaffneten Arbeitern den Regierungstruppen eine Schlacht liefern, ließ sich Noske nicht einschüchtern. Am Montag, dem 3. Februar, war Kampftag in Bremen. Der Erfolg der Truppen war ein durchschlagender. „Er war die Voraussetzung für die folgende Aufrichtung der Reichsgewalt in den übrigen Teilen Deutschlands", schreibt Gustav Noske.

Anfang März 1919 versuchten die Kommunisten, um die in Weimar tagende Nationalversammlung unter Druck zu setzen und sie schließlich zu beseitigen, eine neue Kraftprobe. In wahnwitzigster Weise wurde gegen die Regierung und die Nationalversammlung gehetzt und zum Generalstreik aufgerufen. Es kam zu Plünderungen in Berlin. Aus vereinzelten Schießereien entwikkelten sich tagelang dauernde Straßenkämpfe in Berlin, die viele Opfer forderten. Erst nach vier Kampftagen konnte der Aufstand in Berlin niedergeworfen werden. Die Regierung hatte von nun an die Macht in Berlin endgültig in der Hand. Wiederum gesteht der Sozialdemokrat Gustav Noske ehrlicherweise ein: „Daß sie allmählich sich im ganzen Reiche durchzusetzen vermochte, ist zu einem wesentlichen Teil neben der opferwilligen Bereitschaft der Männer, die mit den Waffen kämpften, dem Umstand zuzuschreiben, daß es niemals zu einer straff geleiteten Aktion der bolschewistischen Elemente im Reich gekommen ist."

Wer aber waren diese Männer, die mit den Waffen kämpften und Gesundheit und Leben riskierten, für wen riskierten? Wem gebührt also in erster Linie Dank für die Rettung des Reiches vor bolschewistischem Terror und spartakistischer Anarchie? Wer war es, der in allen Teilen des Reiches, in Nord und Süd, West und Ost, die Abwehrleistung, man muß es immer wieder aussprechen, mit dem Einsatz von Blut und Leben gegen die inneren Feinde trug? Wer meldete sich zur Stelle, als in Oberschlesien die Polenaufstände losbrachen, als die Tschechen die Grafschaft Glatz bedrohten, wer kämpfte an den Ostgrenzen, als in Moskau Aufrufe der Sowjetregierung verteilt wurden, in denen mit dem Krieg gegen Deutschland gedroht und der Sieg des Kommunismus in Deutschland mit Hilfe der roten Armeen in Aussicht gestellt wurde?

Die Vielzahl der Aufstände und Bürgerkriegsrevolten in allen Teilen des Reiches zeigte sehr bald, daß die Aufstellung der wenigen Verbände, die zunächst zur Niederwerfung der radikalsozialistischen und spartakistischen Umsturzversuche in Berlin geschaffen waren, nicht ausreichte. Wollte die Regierung im ganzen Reiche wieder die Regierungsgewalt ausüben, dann war die Aufstellung weiterer Verbände eine unbedingte Notwendigkeit.

In denselben Wochen, in denen die Monarchie die Todeswunde empfing und die marxistische Internationale nach der Palme des Sieges griff, hatte die Oberste Heeresleitung in nüchterner Beurteilung der entstandenen Lage sich auf den Boden der Tatsachen gestellt und ihre volle Bereitschaft erklärt, mit den neuen Herren in Deutschland zusammenzuarbeiten und in ihrem Namen für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung einzutreten. Ihrem Wunsche entsprechend ließ Generalfeldmarschall von Hindenburg die Aufstellung und Bewaffnung von Bürgerwehren in Angriff nehmen. Aufrufe zur Bildung von Freikorps und zum Grenzschutz für den Osten und Westen folgten. Er selbst gab bekannt, daß er mit seiner Person und der ganzen Autorität seines hohen Amtes hinter der Regierung des „Reichskanzlers Ebert" stehe. Am 17. Dezember 1918 gab die Oberste Heeresleitung an alle Freikorps eine „Treueverpflichtung" heraus, die folgenden Wortlaut hatte: „Ich gelobe durch eigenhändige Unterschrift, daß ich Treue halten will der vorläufigen Regierung des Reichskanzlers Ebert, bis durch die Nationalversammlung die neue Reichsverfassung bestimmt ist. Ich gelobe, als tapferer deutscher Soldat meine Pflichten treu und gewissenhaft zu erfüllen und meinen Truppenteil nicht ohne rechtzeitige Kündigung zu verlassen."

„Nicht ohne rechtzeitige Kündigung ..."! Der „demokratische" Charakter dieser Treueverpflichtung kann wirklich nicht bezweifelt werden. Die Führer der Freikorps gelobten der Regierung Ebert Treue, und sie forderten von ihr wiederum Treue: „Wir fordern von der Regierung Treue gegen Treue; wir fordern von ihr nicht nur den Willen zur Ordnung, sondern auch die Kraft, diesen Willen durchzusetzen." Wie sehr dieser Wille und diese Kraft ein Gebot der Stunde waren, mag aus einer Erklärung des Reichskanzlers Scheidemann am 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung ersichtlich werden: „Der Boden, auf dem wir stehen, schwankt. Er bricht vielleicht schon in kürzester Zeit zusammen, wenn es nicht gelingt, dem Wahnsinn und Verbrechen im Ruhrgebiet entschlossen ein Ende zu machen." So kam es, daß am 25. Februar 1919 in der Nationalversammlung, keine drei Wochen nach ihrem Zusammentritt im Schauspielhaus zu Weimar, das „Gesetz betreffend die Bildung einer vorläufigen Reichswehr" beraten wurde. Um nicht Zeit zu verlieren, hatten die drei Koalitionsparteien den Entwurf als Initiativantrag eingebracht. Seine wesentlichen Bestimmungen lauteten: „Der Reichspräsident wird ermächtigt, das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregie-

rung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht erhält. Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende Volkswehren und ähnliche Verbände können ihr angegliedert werden. Offiziere und Unteroffiziere aller Art und Beamtenpersonal des bestehenden Heeres sowie dessen Einrichtungen können in diese Reichswehr übernommen werden."

Redner aller Parteien betonten die Dringlichkeit der Schaffung einer gut disziplinierten Truppe unter der Leitung geschulter Offiziere, die im Besitze der Kommandogewalt sein müßten. Nur der Redner der Unabhängigen verfocht den Grundsatz, es sei verwerflich, wenn die Regierung der Gewalt seiner Freunde sowie der Spartakisten und Bolschewisten Gewalt entgegensetze. Bekanntlich war für die Unabhängigen nach einem Wort ihres Parteichefs Haase „Bolschewismus nur ein anderes Wort für Sozialismus". Schon damals setzte die Denunziation des eigenen Landes bei den Alliierten durch die Unabhängigen von der Tribüne der Nationalversammlung wegen unerlaubten militärischen Waffenbesitzes ein, die seitdem konsequent fortgesetzt wurde. „Kein anderes Parlament der Welt ließe sich ein solches Treiben gefallen", schreibt Gustav Noske.

Noskes Auftrag lautete: So rasch wie möglich eine Truppe zu schaffen. Sie konnte nur durch Werbung zusammengebracht werden. Ganze Seiten waren in den Zeitungen mit Werbeinseraten der verschiedenen Freikorps bedeckt. Bekannte Offiziere traten als Werber auf, wie es vielleicht zu Wallensteins Zeiten nicht viel anders gewesen sein mag. Diese Methoden waren aber unvermeidbar, weil ein brauchbarer anderer Apparat nicht vorhanden war. Wohl bestanden noch die alten Korpskommandos und Garnisonen. Dort kommandierten jedoch die Soldatenräte und verhinderten nach Möglichkeit die Aufstellung militärischer Verbände. Wie ernst die Situation damals für die Revolutionsregierung war, welche entscheidende Bedeutung sie selbst der Verfügbarkeit über Truppeneinheiten beilegte, mag an Hand weniger Beispiele belegt werden. Bereits am 31. Januar erschien ein von dem Oberbefehlshaber Noske und dem „Zentralrat der Sozialistischen Republik" unterzeichneter, beschwörender Aufruf, in dem es hieß: „Wehe Euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein. Wehe Euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen! Euch allen, die Ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzulenken. Meldet Euch bei den Freiwilligenverbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufstellt. Kommt nach Berlin zur Garde-Kavallerie-Schützendivision, zum Regiment Reinhardt, zum Landesjägerkorps, zum Landesschützenkorps, zum Freikorps Hülsen, zur deut-

schen Schützendivision. Meldet Euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligenverbänden und bei den Bezirkskommandos. Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden."

Die Parallele zur heutigen Wehrsituation der Bundesrepublik in Westdeutchland ist verblüffend. Leider ist sie jedoch insofern noch erheblich schwieriger geworden, als nach mehr als einem Vierteljahrhundert die (Spruchkammer-) Behörden „im Interesse der großen Sache" dafür gesorgt haben, daß die Freiwilligen von 1918/19 nicht nur nicht „keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erlitten", sondern daß „sie mit besonderer Sorgfalt geprüft" und als „Belastete" automatisch in bestimmter Weise kategorisiert und klassifiziert wurden, das heißt, daß sie „im Interesse der großen Sache" eine verschärfte Untersuchung und Bestrafung über sich ergehen lassen mußten. Es ist das „ehrenwerte" Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, den Dank an jene Männer, die auch sie retteten, mit besonderem „Schneid" abgestattet zu haben ...

Ein anderer Aufruf der Reichsregierung und der preußischen Regierung, der von den Sozialdemokraten Noske und Hirsch unterzeichnet war, lautete wie folgt: „Deutsche Brüder! Die Heimat ist in Gefahr! Ein Überfluten der bolschewistischen Welle über unsere östlichen Grenzen droht von Rußland, und im eigenen Land regen sich bolschewistische Kräfte der Zersetzung! Wenn dem nicht sofort ein kräftiger Damm entgegensetzt wird, ist unser Land der wirtschaftlichen Vernichtung und neuer Kriegsnot ausgesetzt. Freiwilligenkorps für den Schutz der Ostgrenzen, zum Schirm der deutschen Heimat haben sich gebildet! Aus allen Schichten der Bevölkerung melden sich Männer jeden Alters und Standes, die bereit sind, weiter ihr Leben für unser deutsches Vaterland und unsere bedrohten Brüder einzusetzen. Brüder! Wer seine Person für diese rein vaterländische Sache nicht einsetzen kann, der muß nach Kräften den Freiwilligen-Truppen für den Ostschutz Geldmittel zur Verfügung stellen, um ihnen die Durchführung ihrer schweren Aufgabe zu erleichtern und Not und Sorgen von ihnen fernzuhalten."

Wie groß muß die Not und die Sorge um die eigene Zukunft gewesen sein, wenn sogar der „Vorwärts" folgenden Aufruf veröffentlichte: „WIEDER wie vor hundert Jahren ist die Not des Vaterlandes aufs höchste gestiegen! Zu seinem Schutz gegen den Bolschewismus und polnische Anmaßung sind zuverlässige Truppen unter erprobten Führern unbedingt erforderlich. WIEDER ruft ein Lützow'sches Freikorps alle Wehrfähigen, die sich die alte Treue und Liebe zum deutschen Vaterlande bewahrt haben, als freiwillige Jäger in seine Reihen! WIEDER soll das Korps als Muster freudiger Hingabe an das Vaterland, freiwillig geleisteter straffer Disziplin und deutscher Gesittung gelten!"

Aus den „Militaristen", denen nach dem schmählichen Ende von 1918 bei ihrer Rückkehr die Achselstücke heruntergerissen worden waren, waren in wenigen Wochen wieder „Brüder" geworden, gut genug, für den Bestand einer sozialistischen Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wenn daher der langjährige sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete, der spätere Landesminister und letzte Präsident des württemberg-badischen Landtags, Wilhelm Keil, in seinen „Erlebnissen eines Sozialdemokraten" schreibt: „Auf die Freischärler, die Landsknechte, die entwurzelten Intellektuellen, die mit der kaiserlichen Armee ihre Zukunft zerschlagen sahen, war er (Noske) angewiesen. Im Baltikum, in Oberschlesien betrieben sie das Kriegshandwerk auf eigene Faust ...", dann richtet sich angesichts der tatsächlichen Gegebenheiten eine solch herabsetzende Betrachtungsweise von selbst. Man kann darüber, wie man so treffend sagt, zur Tagesordnung übergehen. Gustav Noske, der in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer „Oberbefehlshaber" sich wohl am ehesten ein Urteil über die Qualität, die sittliche und moralische Haltung jener opferbereiten Männer bilden konnte, ist denn auch einer wesentlich anderen Meinung. Zwar war in der Nationalversammlung auch die Eingliederung schon bestehender „Volkswehren" oder ähnlicher Organisationen gefordert worden. Das Unverständnis der Sozialdemokratie, um nicht kräftigere Ausdrücke zu gebrauchen, dem deutschen Soldatentum, seinen echten Vorzügen und seiner selbstlosen Einsatzbereitschaft gegenüber kann nicht besser bewiesen werden als durch das vorurteilslose Bekenntnis Gustav Noskes selbst: „Die republikanische Soldatenwehr, die in Berlin gebildet worden war, war eine schlechte Bürgerwehr aus Männern, die den Soldatenrock noch nicht ausziehen wollten, weil sie keine Arbeit fanden. Brauchbar für die Bildung einer neuen Truppe waren nur die Berufssoldaten, Unteroffiziere und Offiziere, zu denen sich Unteroffiziere und Offiziere der Reserve gesellten, die den Übergang zum Zivilberuf noch nicht finden konnten, und schließlich Männer, die aus heißer Vaterlandsliebe blieben oder kamen, als sie dazu gerufen wurden. Daraus entstanden die Freiwilligenverbände ... Die unter meiner Verantwortung gebildeten Truppenverbände haben das große Verdienst um die Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland."

„Landsknechte, Freischärler, entwurzelte Intellektuelle"? Die Geschmacklosigkeit solcher Anwürfe liegt nicht nur in der Selbstverständlichkeit, daß parteipolitische Intoleranz vor dem durch die Tat bewiesenen Einsatz dieser Männer schweigen sollte, sie wird noch besonders deutlich angesichts der Tatsache, daß sich aus den sozialistischen Reihen heraus kaum eine Hand rührte, dem eigenen Staat mit letzter Bereitschaft Hilfe zu leisten. „Gegen die Anwendung von Waffengewalt zur Wiederherstellung der Ordnung, die leider unvermeidlich war, bestand eine kaum zu überwindende Abneigung. Der Zulauf, den die Kommunisten und die Unabhängigen hatten, irritierte Gewerkschaftsführer und junge sozialdemokratische Redakteure", schreibt Gustav Nos-

ke, und Julius Deutsch äußert zur damaligen Situation, daß zwar „da und dort Versuche gemacht worden seien, die Arbeiter dazu zu bewegen, die Waffen zu ergreifen. Aber die Arbeitermassen seien viel zu kriegsmüde und militärfeindlich gewesen, um der an sie ergangenen Aufforderung Folge zu leisten. Die großen Arbeitermassen blieben zu Hause. Sie wollten vom Waffenhandwerk nun einmal nichts wissen". Mit Recht wehrte sich Noske dagegen, daß er beschimpft wurde, „weil er nicht das richtige Menschenmaterial herangezogen habe, die Mehrheitssozialisten, die Arbeiterschaft hätten völlig versagt. Die Räte wie die Gewerkschaften hetzten in unverantwortlicher Weise gegen die Freiwilligen, die sogenannten ‚Noskegarden' ".

Das entscheidende Verdienst Gustav Noskes ist ungeachtet der fehlenden Unterstützung aus den eigenen Reihen um so höher zu bewerten, als ihm auch die Arbeiter- und Soldatenräte heftigen Widerstand entgegensetzten. So publizierte der Korpssoldatenrat in Münster: „Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden. Jede Werbetätigkeit ist zu unterbinden. Die Abreise ist zu verhindern." Der Arbeiter- und Soldatenrat in Barmen und Elberfeld verfügte: „Die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein haben sich in mehreren Sitzungen einstimmig gegen den militärischen Grenzschutz gewandt. Wir werden der Werbung und dem Abtransport von Truppen mit allen Mitteln entgegentreten. Die Zeitungen werden nochmals verwarnt, weder im redaktionellen noch im Inseratenteil Aufrufe und Werbungen für die Bildung von Freiwilligenbataillonen für den Grenzschutz usw. zu bringen." Der Soldatenrat Cuxhaven telegrafierte: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit Entrüstung von dem Aufruf zur Bildung von Freikorps für den sogenannten Grenzschutz Kenntnis genommen. Wir werden in unserem Befehlsbereich alles tun, um solche gegenrevolutionären und volksfeindlichen Machenschaften zu unterbinden."

Solche und ähnliche Beschlüsse wurden in Halle, Leipzig und Dutzenden anderer Städte gefaßt, und allzu oft handelten die Soldatenräte nach diesen Richtlinien, bis ihnen Gustav Noske das Handwerk legte. Die Schärfe seiner Weisungen ließ nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: „Uns wird gemeldet, daß Soldatenrat Anwerbung für Ostschutz verhindert und Freiwilligenkorps auflösen will. Das wäre schlimmster L a n d e s v e r r a t und würde unnachsichtlich geahndet werden. Der von der Regierung eingeleitete Grenzschutz Ost, Oberost und West gilt lediglich dem Zwecke der Sicherung der jungen sozialistischen Republik."

Daß das Verhalten der Arbeiter- und Soldatenräte in der Tat glatter Landesverrat war, zeigten die Vorgänge in Posen. In der Provinzialhauptstadt Posen bildete sich am 10. November 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat, der sich als die neue Macht organisierte. Er stand zunächst unter deutscher Führung. Bald jedoch gewannen die polnischen Organisationen unter Führung der „Nationalen Arbeiterpartei" und des „Zentralbürgerkommitees" auf ihn einen kaum glaubhaften Einfluß. Die Arbeiter- und Soldatenräte ließen ihren Vor-

sitzenden im Stich, entsetzten ihn seines Amtes und öffneten den Polen die Tür zum Rat. Innerhalb weniger Tage waren alle Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen Werkzeuge der polnischen Politik. Dieser Vorgang zeigte mit erschreckender Eindringlichkeit, welche Geistesverfassung den revolutionären Räten zu eigen war. Das Polentum nützte diese verräterische Gesinnung sofort aus, indem es sich militärische Organisationen schuf, denen die deutschen Soldaten die Waffen lieferten. Als das langsam erwachende Bürgertum schließlich zu seinem Schutz Waffen verlangte, verwies man auf seinen „reaktionären Charakter" und verwahrte sich gegen solche „Förderung der Gegenrevolution". Im Auftrag der preußischen Regierung begab sich am 19. November der linksradikale Publizist H. v. Gerlach, der vorübergehend sogar „preußischer" Staatssekretär war, nach Posen, um die Zustände zu prüfen und der Regierung Unterlagen für ihre Maßnahmen zu beschaffen. Obwohl er feststellen mußte, daß die Polen gut bewaffnet und bereits die tatsächlichen Herren des Landes seien, dessen Abtrennung von Deutschland ihnen als vollzogene Tatsache gelte, sprach er sich gegen Schutzmaßnahmen aus. Als dann die Oberste Heeresleitung die Soldatenräte des Feldheeres aufforderte, Freiwillige für einen Grenzschutz im Osten zu werben und in Marsch zu setzen, rief dieser Aufruf vielstimmigen Widerspruch hervor. „Der Vollzugsausschuß der Berliner revolutionären Räte legte sein Veto gegen diesen Schritt ein, und die gesamte linksradikale Presse, einschließlich der meisten mehrheitssozialistischen Zeitungen, schloß sich diesem Widerspruch an" (August Winnig, Das Reich als Republik).

Als schließlich in Posen am 26. Dezember der polnische Aufstand losbrach und das am Tage zuvor aus dem Felde zurückgekehrte 6. Grenadierregiment infolge Aushungerung den Kampf aufgeben mußte, eilten wiederum einige „preußische" Regierungskommissare nach Posen. Sie empfingen die Erklärung der polnischen Führer, daß die Provinz Posen jetzt zum großpolnischen Staat gehöre, — und fuhren nach Berlin zurück. Beispiele ähnlicher Gesinnung und Haltung, wie sie bei den Ereignissen in Posen zutage traten, ließen sich auch für andere gefährdete Grenzmarken anführen.

Das innenpolitische Motiv für dieses erwiesenermaßen landesverräterische Verhalten der marxistischen Arbeiter- und Soldatenräte war die Furcht und die Besorgnis, daß alle diese militärischen Verbände, deren Aufgabe der Schutz der Grenzen und die Niederwerfung des inneren Aufruhrs war, sich in den Händen der „reaktionären Militaristen" zu Keimzellen und Instrumenten einer Gegenrevolution entwickeln könnten. Diese Furcht war berechtigt. Es ist allerdings eine sehr primitive und demagogische Darstellung, aus der sicherlich vorhandenen Antipathie des ehemaligen Offizierskorps gegen die Republik, insbesondere gegen ihre revolutionären, das Wohl des Reiches geradezu mißachtenden Erscheinungsformen, eine „historische Schuld" der ehemaligen Offiziere und der späteren Reichswehr konstruieren zu wollen. Darüber wird noch mehr zu sagen sein. Die historische Schuld an dem für Deutschland

so tragischen Mißtrauen zwischen Staatsführung und Wehrmacht liegt zu allererst bei jenen Kräften, die nicht nur vor dem Krieg, sondern auch vor allem während des Krieges, als das Reich seinen bis dahin größten Existenzkampf zu bestehen hatte, gerade das Instrument zu zerstören und auszuhöhlen suchten, das die Trägerin dieses Kampfes war: die Armee.

Vergleicht man nochmals die Haltung der sozialistischen Parteien des Auslandes mit der der deutschen Sozialdemokratie, so gehört gewiß wenig Phantasie dazu, sich in die Lage und das Empfinden aller nationalbewußten Soldaten zu versetzen, um zu verstehen, daß sie, ohne begreiflicherweise viel Unterschiede zu machen, im Marxismus und den auf ihn eingeschworenen Parteien Feinde des Reiches erblickten. Die Revolution und ihre Begleiterscheinungen, der sittliche und moralische Verfall auf allen Gebieten, „die Herabwürdigung alles dessen, was dem Nationalgefühl wert und teuer war", die Tatsache, daß Frontoffiziere, „denen die Achselstücke auf der Straße heruntergerissen wurden, diese Entehrung nicht verwinden konnten" (Gustav Noske), daß der völlige nationale Zusammenbruch von Sozialdemokraten als „ein glänzender und voller Sieg des deutschen Volkes" gefeiert wurde, nimmt man alles zusammen, was in diesen Zeilen nur bruchstückweise, aber doch als charakteristisch für die Geburtsstunde des neuen Staates aufgezeigt wurde, dann muß gerade heute der unberechtigte Haßgesang gegen das Soldatentum, ohne das auch der neue Staat nicht zu bestehen vermag, wie die Erfahrung lehrt, verstummen. Eine objektive Geschichtsschreibung, von der heute in Deutschland aus den verschiedensten Gründen noch nicht die Rede sein kann, wird ein gerechteres Urteil sprechen. Wie voreingenommen aber auch immer der einzelne Sozialdemokrat, von der marxistischen, „klassenbewußten" Einstellung beherrscht, diese Frage, die nach dem Zusammenbruch von 1945 zu unserem Schaden wiederum zu virulenten bürgerkriegsähnlichen Zuständen „neuer Art" geführt hat, für sich beantwortet, er wird bei nur einiger Objektivität nicht bestreiten können, daß es letztlich die anerzogene, nichtsdestoweniger selbstverständliche patriotische und nationale Haltung der besten Kräfte der alten Armee war, die damals Deutschland vor dem ersten Versuch der Bolschewisierung rettete und die Einheit des Reiches bewahrte. Daß jedenfalls den weitaus größten Teil von ihnen lautere politische Motive bewegten, daß diese Männer bereit waren, um des Vaterlandes willen sich jeder Regierung zur Verfügung zu stellen, die von einem Geiste beseelt war, der das Wohl des Reiches über alles stellte, haben sie durch die Tat bewiesen. Gustav Noske war der Mann, der in der Lage gewesen wäre, den eingetretenen Bruch, für den die Sozialdemokratie den größten Teil an Schuld trägt, rückgängig zu machen. Es widerlegt alle Märchen von einer unausrottbaren reaktionären Haltung und Gesinnung des Offizierkorps, wenn Offiziere des Wehrministeriums vorschlugen, diesen Sozialisten zum „Diktator auf Zeit" zu machen. Gustav Noske schreibt selbst hierzu:

„Die Sorge um das Geschick Deutschlands trieb nicht wenige Männer mit vermeintlichen Rettungsvorschlägen zu mir. Auch namhafte Sozialisten haben mir vorgetragen, daß sie damit einverstanden wären, wenn ich, gestützt auf die Truppen, mich zum Alleinherrn gemacht hätte. Offiziere des Wehrministeriums legten mir ein Heft „Betrachtungen zur Diktatur" auf den Arbeitstisch, in dem vorübergehende Abkehr von der Parlamentswirtschaft empfohlen und über ‚die Person' des Diktators geschrieben wurde: ‚Weder die außenpolitische noch die innerpolitische Lage läßt es möglich erscheinen, eine mit militärischem Range bekleidete Person in den Vordergrund zu stellen. Ein Diktator, dessen Endzweck es nicht sein darf, sich an der Macht zu halten, dessen Aufgabe vielmehr nur darin bestehen kann, zu retten, was noch zu retten ist, muß eine Persönlichkeit sein, die in weiten Kreisen Volkstümlichkeit genießt. Nur auf solcher Grundlage wird es dem in schwerer Stunde Berufenen möglich sein, festen Fuß zu fassen und die nötige Bewegungsfreiheit zu finden, die das erste Erfordernis für sein Handeln sein wird. Jedem, der unter den hervorstehenden Persönlichkeiten des Landes Umschau hält, drängt sich unwillkürlich ein Name auf: Noske. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der derzeitige Reichswehrminister, trotz oder gerade wegen der Anfeindungen, denen er ausgesetzt ist, zur Zeit volkstümlicher ist als irgendeine andere Person in Deutschland. Gerade die Hetze, die von radikaler Seite in Versammlungen, durch Flugblätter und in der Presse gegen ihn getrieben wird, hat dazu gedient, sein Ansehen nicht nur bei den ihm unterstellten Truppen, sondern auch bei allen ordnungsliebenden Elementen zu erhöhen. Er ist von allen Persönlichkeiten, die nicht der einst so glorreichen und in Trümmer gegangenen Armee angehört haben, die einzige, die seit viereinhalb Jahren Taten gezeigt hat. Inwieweit diese seiner eigenen Initiative entsprungen sind, ist gleichgültig, weil es gleichgültig sein muß. Die in der nächsten Gegenwart zu entwirrenden politischen Probleme sind, gerade weil sie, wie schon gesagt, dem gordischen Knoten gleichen, nicht an Hand von Doktrinen oder durch diplomatische Taschenspielerkünste zu lösen, sie erfordern vielmehr nichts als gesunden Menschenverstand und den Willen zur Tat, auf wirtschaftlichem Gebiet sachverständigen Beirat, der nicht durch selbstsüchtige Motive getrübt ist. Der gesunde Menschenverstand ist vorhanden und der Wille zur Tat wird es sein, wenn die geeignete Lage geschaffen wird!"

Die Sozialdemokratie hielt es jedoch für besser, diesen Politiker par excellence, dessen Qualität keinen engen parteipolitischen Horizont zuließ, in die Wüste zu schicken. Sie dankte zum zweitenmal politisch ab, als sie im Jahre 1932 ein weiteres Angebot eines führenden Soldaten, gemeinsam und verantwortlich auf einer neuen Grundlage den Weg in eine bessere Zukunft anzutreten, zurückwies. Deutschland ist zu einem nicht geringen Teil an den Folgen des marxistischen Doktrinarismus und ideologischer Borniertheit zugrundegegangen.

So war es letztlich auch nicht die Schuld der deutschen Arbeiterschaft, daß sie sich in jener Zeit dem Anruf zum bewaffneten Schutz des neuen Staates völlig versagte. Zwar ist es richtig, daß nicht nur die Arbeiter- und Soldatenräte, bis zur Blindheit und bis zum offenen Verrat hin, pazifistisch verseucht waren. Auch „in den anderen großen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft, nämlich in den politischen Parteien und in den Gewerkschaften, war die pazifistische Grundströmung nicht geringer, sondern noch erheblich stärker als in den Arbeiter- und Soldatenräten. Unsere Aufgabe besteht vielmehr lediglich darin, die tragische Tatsache festzustellen, daß just in dem Augenblick, in dem die Geschichte die deutsche Arbeiterklasse zu wehrhafter Tat rief, in ihren Reihen der einer solchen Tat ablehnend, ja geradezu feindselig gegenüberstehende Pazifismus am stärksten wirkend war", bekundet Julius Deutsch.

Tragische Tatsache? Die Verantwortung für diese sicherlich tragische Tatsache trifft in erster Linie die deutsche Sozialdemokratie, die trotz aller gegenteiligen Programmforderungen den Wehrwillen zersetzte und den Klassengedanken nicht nur einmal über das Interesse des eigenen Volkes gestellt hat. Wie keine andere rechtfertigt die Behandlung der Wehrfrage in Theorie und Praxis der Sozialdemokratie die Behauptung, daß sie stets eine Partei mit doppeltem Gesicht gewesen ist. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Mehrheitssozialdemokratie sich schließlich im Jahre 1922 mit der USPD wieder vereinigte und ihren Führern maßgeblichen Einfluß einräumte. Bis auf den heutigen Tag nimmt sie für sich in Anspruch, die allein berufene Partei des deutschen Arbeiters zu sein. Wenn das wahr sein soll, dann kann es mit ihren politischen Fähigkeiten, mit ihrer Überzeugungskraft und nicht zuletzt mit ihrer Führungsqualität allein schon deshalb nicht weit her sein, weil sich der deutsche Arbeiter 1914 spontan wie alle anderen Berufsschichten zum nationalen Gedanken bekannte, aber 1918/19, als „seine Partei" ihn zu den Waffen rief, die Gefolgschaft versagte. Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein.

So war also „Not am Mann", wie Gustav Noske berichtet. Zu vorübergehender Dienstleistung wurden daher sogar von der sozialdemokratischen Regierung „Studenten und ältere Schüler" aufgerufen. Am 13. März 1919 erließ der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen „Aufruf an die akademische Jugend Preußens", den zu anderer Zeit erlassen zu haben mit Sicherheit die Klassifizierung als „Militarist" bzw. als „Hauptschuldiger" oder „Belasteter" eingebracht hätte. In diesem Appell hieß es: „Noch einmal heißt es: Freiwillige vor! Die gereifte Jugend ergreift freiwillig die Waffen, weil sie den furchtbaren Ernst der Lage erkennt und weiß, was die Pflicht der Selbsterhaltung von ihr fordert. Die deutsche Wehrmacht liegt in Trümmern, die Flut des Bolschewismus droht unseren Grenzwall im Osten zu durchbrechen, die Hydra der Anarchie und des Bürgerkrieges erhebt im Innern ihr Haupt. Rette Dein Vaterland, deutsche Jugend! Der ganzen deutschen Jugend aller Stände gilt unser Ruf, auch auf diesem ernsten Wege füh-

rend voranzugehen. Schulter an Schulter mit euren Altersgenossen aus dem Arbeiterstande sollt ihr jungen Akademiker der Regierung helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten ..."

„Rette D e i n Vaterland, deutsche Jugend!" Nun, es war auch das Vaterland ungezählter sozialdemokratischer Funktionäre und Redakteure aller Ränge und Schattierungen, das zu retten war. Es wäre sicherlich von allgemeinem Interesse, eine Untersuchung darüber durchzuführen, inwieweit diese Patentdemokraten, die später noch oft über ihre Retter in unflätigster Weise herziehen sollten, sich selbst an der Abwehr der bolschewistischen Aggression beteiligten. Das war das Verwerfliche an der Sozialdemokratie, daß sie zwar innerlich einsah, daß sie ihre Herrlichkeit einzig und allein den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, den Studenten und Akademikern, den Bauern und Bürgern, den jungen Angestellten und Beamten verdankte, daß sie aber nicht den Mut und nicht die Ehrlichkeit hatte, aus dieser unbestreitbaren Tatsache politische Konsequenzen zu ziehen und ihr Verhältnis zu diesen Kräften sauber und anständig zu gestalten. Sie ertrug ihre Hilfe bis zum Blutvergießen auch für die eigene Sache. Von den unseligen Vorurteilen des Klassenbewußtseins, des Klassenkampfes, dem lähmenden Mißtrauen, das immer wieder die Zusammenarbeit vergiftete und in der Folge Volk und Reich so unendlich schadete, machte sie sich trotz schlechtester Erfahrung mit den eigenen „Genossen", die sie fast völlig verrieten, nicht los.

Die „Borniertheit", von der Noske und andere einsichtige Männer aus den eigenen Lagern gesprochen haben, ging leider bis in die führenden Kreise. Wurden ihnen Vorhaltungen über diesen Widerspruch zwischen Tatsachen und Schlagworten, Gefühlen und Erfahrungen gemacht, so kam die stereotype Antwort, daß die Unterstützung, die Rettung nicht des sozialistischen Regimes wegen erfolge, sondern wegen des Vorteils der „reaktionären und bürgerlichen Elemente", des sog. bürgerlichen „Kapitalismus". Gewiß, nicht der schönen Augen der Herren Scheidemann, Hirsch und Genossen wegen sprang die Jugend in Stadt und Land in die Bresche, sondern weil sie mit den „Errungenschaften der Revolution" zugleich auch den Bestand und die Einheit des Reiches retten wollte. Gustav Noske war damals den Kräften, die für den Staat als solchen eintraten, der Repräsentant der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit gegen sozialistisches Phrasentum und zersetzenden Klassenhaß. Es ist nur mit doktrinärer Inzucht zu erklären, daß die Führer der Sozialdemokratie alle diese Lehren der Revolution vergessen konnten. Indem sie im Falle Gustav Noske nach dem Prinzip handelten, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen, offenbarten sie nur erneut ihr von massenpsychologischen Rücksichten geformtes Janusgesicht und handelten einmal mehr nach dem schon genannten Grundsatz: Es ist besser, mit den Massen zu irren, als die Massen gegen sich zu haben. Nicht ohne Grund spricht Otto Braun, der spätere sozialdemokratische Ministerpräsident in Preußen, in seinen Erinnerungen „Von Weimar zu Hitler" von „dem wiederholten, ver-

hängnisvollen Schielen der Sozialdemokratie nach der kommunistischen Konkurrenz" und von „der Neigung der sozialdemokratischen Fraktion, durch die auf reinsten Stimmenfang eingestellte demagogische Politik der Kommunisten sich die Gesetze des Handelns vorschreiben zu lassen".

So bot die deutsche Sozialdemokratie auch in jenen Jahren ein Abbild unseres traurigen deutschen Parteiwesens, an dem das alte Reich vornehmlich zerschellt war und an dem auch das neue, die Republik und die Demokratie, zugrundegehen sollte. Kaum irgendwo in der Welt, mit Ausnahme von Rußland, gab und gibt es eine Partei, die so reich an traditionellen Schlagworten und krankhaftem Mißtrauen ist, wie die deutsche Sozialdemokratie. Zwei Völker bekämpften sich auf deutscher Erde, beseelt von unüberwindlicher Feindschaft und geradezu psychopathischem Fanatismus. Sie verstanden schließlich beide die gemeinsame Sprache nicht mehr, bis sie sich in Compiègne und Versailles wiedersahen. Während Erzberger am 5. März 1919 in der Nationalversammlung ausrief: „Wenn der deutsche Soldat gegen den Bolschewismus kämpft, dann kämpft er für Kultur und Menschlichkeit", begann die sozialdemokratische Presse immer lauter in das demagogische Geschrei gegen die „Noskegarden" einzustimmen.

Der erfolgreiche Kampf der „Noskegarden" aber, der nicht nur die Republik und die Demokratie vor dem Untergang rettete, sondern auch ihren Bestand als Partei und ihren Einfluß auf Wesen und Inhalt des neuen Staates erst möglich machte, gab nunmehr der deutschen Sozialdemokratie die Gelegenheit, dem deutschen Volke zu zeigen, was sich hinter ihrer Programmforderung: „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit" verbarg.

Der Versailler Vertrag

„Fürwahr, ist es auch Wahnsinn,
so hat es doch Methode ...“

Wenn ein ungeheures Unglück über einen Menschen hereinbricht, zeigt sich, wieviel Starkes und Gutes in ihm ist. Wenn das Schicksal ein Volk zermalmt, offenbart es seine innere Größe oder Kleinheit. Erst die äußerste Gefahr gestattet keinen Irrtum mehr über den geschichtlichen Rang einer Nation.

Dem deutschen Volk blieb in dem damals größten aller Kriege das Soldatenglück versagt. Dank seiner Energie, seiner Arbeitskraft und Organisationsgabe hatte es einen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt, wie er nur wenigen Völkern vergönnt und möglich war. Vier Jahre lang hatte es gekämpft und geduldet wie vielleicht überhaupt kein Volk zuvor, aber die Niederlage spülte plötzlich eine Erbärmlichkeit an die Oberfläche, die in der Weltgeschichte ohne Beispiele dastand. Hatte unser Volk diesen Niedergang wirklich verdient? War es etwa dorthin zurückgefallen, wohin der Richtpfeil seines Charakters zeigte? Prahlerisch im Glück, würdelos im Unglück, kriechend gegen die Mächtigen dieser Erde, schmutzig auf der Jagd nach Vorteilen, unzuverlässig, kleinlich, ohne sittliche Kraft, ohne echten Glauben an sich selbst, ohne Vergangenheit und ohne Zukunft — war es das wirklich?

Was für den Zusammenbruch von 1918 galt, gilt gleichermaßen für die Katastrophe von 1945: Das deutsche Volk kommt bei der Prüfung seiner moralischen und charakterlichen Haltung nicht allzu gut davon. Mit Urgewalt brachen die alten nationalen Erbübel wieder hervor. Haltlos schwankte es zwischen überkritischer Streitsucht, Rechthaberei wie Eigenbrödelei, Knechtseligkeit und blinder Anbetung. So taumelte es, als der Zusammenbruch eintrat und alle Werte wankten, zwischen völliger Autoritätslosigkeit, Verhöhnung aller Gewalten und Untergrabung jeglicher Ordnung und dem instinktmäßigen Suchen und Aufrichten neuer Götter und Halbgötter, die es anbeten könnte, hin und her. Zweimal wurde seine psychische und physische Leistungskraft überfordert. Immer aber hat es sich wieder gefangen, immer wieder hat es den Kampf mit einem unverdienten Schicksal aufgenommen, sich gegen den drohenden Untergang gestemmt und den Weg zu neuem Aufstieg gefunden.

Nur ein krankes, politisch völlig ungebildetes und relativ kleines Volk, das die größte Auseinandersetzung seiner Geschichte bis zum völligen Kräfteverfall ausgefochten hatte, konnte sich in einem Meer von Phrasen wie „Klassenkampf" und „Diktatur des Proletariats" selbst zerfleischen und den natürlichen Sinn für das Gebot der Stunde verlieren. Nur ein solches Volk konnte „das tollste Verbrechen der Nation", wie Dr. Ernst Müller-Meiningen sagt, „das die Urheber und Ausführer mit ewiger Schmach bedecken wird, die Auslieferung der Waffen an den Feind ohne überwältigende Not unmittelbar nach dem Waffenstillstand zur Ausführung bringen lassen".

Am 11. November 1918 wurde im Wald von Compiègne unter folgenden Bedingungen der Waffenstillstand in Aussicht gestellt:

1. Sofortige Räumung des besetzten Gebietes mit Einschluß von Elsaß-Lothringen in einem Zeitraum von 15 Tagen.
2. Räumung des linksrheinischen Gebietes, Besetzung der wichtigsten Rheinübergänge (Mainz, Koblenz, Köln) durch die Truppen der Alliierten.
3. Abgabe von 5000 Kanonen, 25 000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern und 1700 Jagd- und Bombenflugzeugen.
4. Auslieferung der deutschen Hochseeflotte.
5. Rückführung sämtlicher Kriegsgefangenen der Alliierten ohne Recht auf Gegenseitigkeit.

Die deutsche Kommission unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Erzberger beugte sich dem Diktat des französischen Marschalls Foch und — unterzeichnete. Damit waren den Alliierten alle machtpolitischen Voraussetzungen in die Hand gegeben, Deutschland zur Annahme eines Gewaltfriedens zu zwingen. Der deutsche Leidensweg, der in Compiègne begann, endete in Versailles. Die romantische Gutgläubigkeit der Deutschen erlitt erneut eine schwere, vielleicht die schwerste Enttäuschung.

Der Waffenstillstand war auf der Grundlage der sog. Vierzehn Punkte Wilsons geschlossen worden. Amerikas Präsident, Thomas Woodrow Wilson, hatte schon während des Krieges in zahlreichen Reden und ernstgemeinten Deklamationen ein eigenes Friedensprogramm entwickelt und es schließlich am 8. Januar 1918 in vierzehn Punkten zusammengefaßt. Die Geschichtsschreiber der letzten Jahrzehnte werden nicht um die Erkenntnis herumkommen, daß die Ursachen des zweiten Weltkrieges in dem sittenwidrigen und verantwortungslosen Diktatfrieden des ersten Weltkrieges zu finden sind. Es ist gerade heute außerordentlich lohnend, sich an die Vorschläge Wilsons zurückzuerinnern. Eine kurze, aber charakteristische Auslese aus seinen Reden nach der amerikanischen Kriegserklärung vom 6. April 1917 mag seine ehrlichen, aber, wie die Geschichte leider bewiesen hat, „professoralen" Gedankengänge illustrieren. In seiner Jahresbotschaft an den Kongreß vom 4. Dezember 1917 heißt es: „Das Unrecht, das entsetzliche Unrecht, das in diesem Kriege begangen worden ist, muß wiedergutgemacht werden. Das ist selbstverständlich.

Doch darf es nicht dadurch gutgemacht werden, daß gegen Deutschland und seine Verbündeten ähnliches Unrecht begangen wird. Die Welt wird das Begehen ähnlichen Unrechts als Mittel zur Wiedergutmachung und Neuregelung nicht dulden!"

Am 11. Februar 1918 nannte er vor dem Kongreß einige Punkte, die für die Friedensregelung bestimmend sein sollten: „Die anzuwendenden Grundsätze sind folgende: Daß Völker und Länder nicht von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden dürfen, als ob sie bloße Waren oder Steine in einem Spiele wären, sei es auch in dem großen Spiel des jetzt für immer verrufenen Gleichgewichts der Mächte, sondern daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene Gebietsfrage im Interesse und zum Nutzen der beteiligten Bevölkerung geregelt werden muß und nicht als ein Teil von irgendwelchem Ausgleich oder Kompromiß von Ansprüchen rivalisierender Staaten."

Am Jahrestag des Kriegseintritts Amerikas, am 6. April 1918, erklärte er: „Die Regelung aller Fragen, mögen sie Staatsgebiet, Oberhoheit, wirtschaftliche Abmachungen oder politische Beziehungen betreffen, muß erfolgen auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das unmittelbar betroffene Volk, nicht auf der Grundlage des materiellen Nutzens oder Vorteils irgendeiner anderen Nation, die eine andere Erledigung zu Gunsten ihres eigenen äußeren Einflusses, ihrer Herrschaft, wünschen könnte."

Die Waffenstillstandsbedingungen, die dem deutschen Volke auferlegt wurden, das soeben die Republik und Demokratie eingeführt hatte, hätten auch einem absolutistischen Regime nicht brutaler diktiert werden können. Für alle Sorgen und Gefahren, die sie in den vergangenen Jahren ausgestanden hatten, suchten sich die Sieger schadlos zu halten. Ein eisiger Schauer hätte dem letzten Deutschen über die Glieder fahren, nur noch der eine Gedanke das ganze Volk erfüllen müssen, wie das Reich vor dem Verderben zu bewahren sei, das ihm offensichtlich zugedacht war. Während der eine Teil des Volkes die Revolution weitertrieb und das Land in immer neue schwere Wirrnisse stürzte, während auf den deutschen Straßen in entsetzlichem Bruderkrieg Deutsche auf Deutsche schossen, während „in der Nationalversammlung eine Zank- und Skandaldebatte der anderen folgte", sprachen mit unübertrefflicher Leichtfertigkeit Optimisten in Deutschland zur gleichen Zeit davon, daß schließlich der Friedensvertrag nicht gar so furchtbar ausfallen werde. Während die Deutschen in ihren Städten Spruchbänder mit der Aufschrift spannten: „Seid willkommen, tapfere Streiter, Gott und Wilson helfen weiter", saßen in Paris Monat um Monat Männer voll glühender Rachsucht und ungezügelter Maßlosigkeit beieinander und brüteten über dem, was später „Friedensvertrag" genannt wurde.

Maynard Keynes schrieb 1919 mit Bezug auf den Waffenstillstand in seinem prophetischen Buch „Die wirtschaftlichen Konsequenzen" folgendes: „Die Natur des Vertrages zwischen Deutschland und den Alliierten ist klar und

unzweideutig. Die Friedensvertragsbestimmungen müssen mit den Reden des Präsidenten übereinstimmen, und der Zweck der Friedenskonferenz ist die ‚Erörterung der Einzelheiten ihrer Anwendung'. Die Begleitumstände des Vertrages trugen einen ungewöhnlichen, feierlichen und bindenden Charakter; denn eine seiner Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen zustimmen solle, die es in einen hilflosen Zustand versetzten. Die Ehre der Alliierten war demnach in besonderer Weise mit der Erfüllung ihres Teiles verknüpft, wozu auch gehörte, daß sie im Falle von Unklarheiten ihre Stellung nicht ausnutzen sollten, daraus Vorteile zu ziehen."

Grundsätzlich galten also die Vierzehn Punkte, wie auch die Antwort Wilsons vom Mai 1919 auf einen deutschen Protest gegen die Friedensbedingungen nochmals klar und deutlich bestätigt: „Die alliierten und assoziierten Mächte stimmen völlig mit der deutschen Delegation überein, wenn diese darauf besteht, daß die Grundlage der Verhandlungen über den Friedensvertrag in dem Notenwechsel zu finden ist, der der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November 1918 unmittelbar voranging."

Die Hoffnung weitsichtiger Politiker in Europa und Amerika, daß Wilsons Prinzipien zur Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens werden würden, ging nicht in Erfüllung. Die Kette alliierter Wort- und Vertragsbrüche ist beachtlich. Sie begann im wahrsten Sinne des Wortes mit einem absichtlichen und ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In einer Kongreßrede über die Waffenstillstandsbedingungen erklärte Präsident Wilson am 11. November 1918: „Die Vertreter der verbündeten Mächte im Obersten Kriegsrat in Versailles haben durch einstimmigen Beschluß die Völker der Mittelmächte versichert, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um sie mit Lebensmitteln zu versehen und ihre schreckliche Notlage zu mildern, welche in vielen Gegenden ihr Leben bedroht. Es müssen sofort Schritte getan werden, um diese Hilfsmaßnahmen in derselben methodischen Art zu organisieren, wie sie im Falle Belgiens organisiert wurden. Mittels des zur Zeit nicht verwendeten Schiffsraumes der Mittelmächte müßte es jetzt möglich sein, die Furcht vor dem Elend ihren Völkern zu nehmen und ihren Geist und ihre Energie für die große und gefährliche Aufgabe des politischen Wiederaufbaues freizumachen, die von allen Seiten sich vor ihnen erhebt. Der Hunger erzeugt keine Reformen. Er erzeugt den Wahnsinn und alle häßlichen Verwirrungen, welche ein geordnetes Leben unmöglich machen."

Nichtsdestoweniger wurde die Hungerblockade noch sechs lange Monate nach dem Waffenstillstand fortgesetzt, um die deutschen Demokraten, die die Regierung übernommen hatten, zur Unterzeichnung eines Diktatfriedens zu zwingen, was auf diese Weise, also mit den Mitteln der Gewalt und der Barbarei, auch glückte.

Die Kette des Verderbens, an deren vorläufigem Ende der drohende Untergang europäischer Kultur und Gesittung schlechthin steht, wurde mit der erbärmlichsten Lüge der Weltgeschichte fortgesetzt. Die moralische Grundlage des Versailler Diktats war die These von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des ersten Weltkrieges. Aber alle Welt wußte sehr bald, daß diese Konstruktion lediglich dazu diente, um den Titel auf Reparationen und Gebietsabtretungen zu begründen, bekannte doch Lloyd Georges auf der Londoner Konferenz am 3. März 1921: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit grundlegend. Sie ist die Grundlage, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn das Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig." So wird es begreiflich, warum es in der Mantelnote vom 16. Juni 1919 hieß: „Nach der Anschauung der alliierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 ausgebrochen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat." So wird es verständlich, daß Artikel 231 des Versailler Diktats schließlich lautete: „Die alliierten und assoziierten Mächte erklären und Deutschland erkennt an, daß es mit seinen Verbündeten für alle Verluste und Schäden als deren Urheber verantwortlich ist, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen durch den Krieg erlitten haben, den ihnen der deutsche Angriff aufgezwungen hat."

Die Kriegsschuldfrage war in ihrer bekannten Formulierung eine politische Frage. Politisch ist sie auf Grund ihrer Entstehung als Kriegsmittel, politisch war sie in ihrer völkerrechtlichen Versailler Prägung als Mittel eines „unsauberen Friedens", politisch wurde sie in ihrer nachkriegszeitlichen Anwendung und Auswertung. Während der Historiker nach den Ursachen, nach den Gründen eines geschichtlichen Ereignisses fragt, stellten in einem bisher nicht vorgekommenen Ausmaße in und nach dem Weltkrieg die Politiker die Grundsätze von Recht und Moral in den Dienst ihres Metiers. Wenn eine solche Katastrophe über die Welt hereinbrach, so lag die Suche nach einem „Schuldigen" besonders nahe. Entstanden aus der politischen Gesamtkonstellation, aus dem Mechanismus der Bündnisse, schon lange drohend aus den politischen Spannungen, war das Bedürfnis nach der moralischen Rechtfertigung des Weltkrieges um so größer, je schwieriger die Folgen waren, die er über die Menschheit brachte. Deutschland stand in diesem Kriege von vornherein auch geistig gegen eine Übermacht. Politisch und militärisch eingekreist, wurde es sofort in den Zustand des moralisch Angeklagten versetzt. Die Umstände des Kriegsausbruches, die von deutscher Seite ausgegangenen Kriegserklärungen und der Einmarsch in Belgien erleichterten es geschickter Darstellung, Deutschland die Schuld des Angreifers zuzuschieben. Besonders der Einmarsch in Belgien diente der feindlichen Kriegspropaganda zu der Behauptung, daß dieses Ereignis wie kein zweites die Aggressivität des deutschen „Militarismus" beweise. Dieses Argument hat auch in der deutschen Innenpolitik

eine wesentliche Rolle gespielt. In der Rolle des Selbstanklägers gefiel sich vor allem die deutsche Sozialdemokratie. Wer sich auch nur etwas für das deutsche Parteileben interessiert, wird die Erfahrung bestätigen, daß bis zur Stunde in sozialdemokratischen Versammlungen und Reden die Selbstbefleckung und Selbstanklage immer wieder durchbricht und mit selbstmörderischer Beharrlichkeit immer neue Auferstehung feiert. Als der Reichskanzler Bethmann-Hollweg in seiner ersten Kriegsrede die Verletzung der belgischen „Neutralität" begründete, hätte er sich nach Gustav Noske „die Begründung für den Einmarsch in Belgien bei einem Sozialdemokraten, dem Militärtheoretiker Friedrichs Engels, holen können. In der Abhandlung ‚Po und Rhein' ist zu lesen: ‚Am Vorabend eines Krieges wie im Kriege selbst besetzt man jede benutzbare Stellung, von der man den Feind bedrohen und ihm schaden kann, ohne moralische Reflektionen darüber anzustellen, ob dies mit der ewigen Gerechtigkeit und dem Nationalitätsprinzip vereinbar ist. Man wehrt sich eben seiner Haut!' "

Die Kriegsschuldfrage entstand unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges und wurde sofort in den Reden der Ententestaatsmänner, in der Propaganda behandelt, jedoch nicht als Frage, sondern als feststehende Tatsache. Es wurde als erwiesen und als beantwortet hingestellt, wer der Urheber des Krieges war: Deutschland. Der britische Ministerpräsident Asquith äußerte sich schon im September 1914 wie folgt: „Wer ist verantwortlich für die unermeßlichen Leiden, denen die Welt entgegengeht? Eine Macht ist verantwortlich, eine allein, und diese Macht ist Deutschland."

In den gleichen Reden aber wurde der Krieg der Entente in den Dienst der höchsten Ideale, der Grundsätze von Moral und Recht gestellt. Die „Gerechtigkeit" der Sache der Entente wurde nicht nur aus dem angeblichen „Angriff" Deutschlands hergeleitet; sie wurde darüber hinaus in einen Prinzipienstreit gestellt, in einen Kampf des „Guten" mit dem „Bösen". Deutschland wurde in diesem geistigen Kampf das „böse" Prinzip der „Gewalt" zugesprochen. Die Entente dagegen vertrat in der Kriegspropaganda das „gute" Prinzip des „Rechts". Sie war nicht in den Krieg eingetreten um selbstsüchtiger Ziele willen, sondern zum Kampf um diese hohen moralischen Grundsätze. Mit solchen Gedankengängen wurde insbesondere die amerikanische Volksseele vergiftet und gegen Deutschland aufgewiegelt. Deutschland wurde als Verächter von Freiheit, Recht und Gerechtigkeit hingestellt. Der Krieg wurde dem amerikanischen Volk als Kreuzzug gepredigt, die Deutschen als „Barbaren" und „Hunnen", ihre politischen Einrichtungen als rückständig, ihre Moralität als minderwertig, ihre kulturellen Leistungen als geringfügig und nicht eigenständig bezeichnet. Ihre Kriegführung wurde als grausam und verbrecherisch gebrandmarkt. Die Kriegsschuldfrage wurde so die wichtigste politische Waffe des Krieges. Sie war es, die ein ganzes und später den Krieg entscheidendes Volk, die Amerikaner, in den Weltbrand hineintrieb. Sie wurde aber auch die politische Waffe der Gegner für den Friedensschluß. Der Gedanke eines Friedens

auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit wurde als erhabenstes Ziel mit allen Mitteln der Propaganda hingestellt. Die möglichst gründliche Niederlage und die „Bestrafung" Deutschlands galt als die Voraussetzung eines „Friedens der Gerechtigkeit". Wurde daher die These von der Kriegsschuld Deutschlands erschüttert, so mußte automatisch das moralische Fundament des nicht auf Recht, sondern auf Gewalt aufgebauten Friedensvertrages ins Wanken geraten. Und es geriet ins Wanken. Nur weniger Jahre bedurfte es, um den geschickt geworfenen Schleier zu zerreißen, ein Beweis mehr für die alte Erfahrung, daß sich die Wahrheit auf die Dauer nicht unterbinden läßt. Langsam begannen sich die Archive zu öffnen. In Deutschland war es eine der ersten „Taten" der Revolutionsregierung, die Archive des Auswärtigen Amtes zu öffnen und seine Dokumente der Geschichtsforschung zugänglich zu machen. In Rußland geschah auf Grund der bolschewistischen Revolution das gleiche. So kam es, daß Lloyd Georges in seiner bekannten Rede vom 23. Dezember 1920 erklärte, daß „der Krieg, vielleicht ohne daß eine Regierung ihn tatsächlich gewünscht hätte, plötzlich ausgebrochen sei. Alle seien gewissermaßen in ihn hineingetaumelt". So mußte der ehemalige italienische Ministerpräsident, Francesco Nitti, eingestehen: „Ich kann also nicht erklären, daß Deutschland und seine Verbündeten die einzig Verantwortlichen für den Krieg sind, der Europa in einen Trümmerhaufen verwandelte und die Hölle auf die Erde losließ. Diese Behauptung, die wir alle während des Krieges aufstellten, war eine Kriegswaffe, aber kein Mensch kann sie nach dem Kriege als ernsthaftes Argument anführen."

Das sagten Politiker, die bei der Gestaltung des Versailler Diktats als aktive Staatsmänner entscheidend mitgewirkt hatten. Für die Geschichtsforschung mag die Feststellung Gustav Stolpers gelten: „Nicht e i n international angesehener Historiker, von welcher Nationalität auch immer, hat in den zwanziger und anfangs der dreißiger Jahre die These von der deutschen Alleinschuld aufrechterhalten. Wohl aber sind verschiedene hervorragende Historiker, besonders Engländer und Amerikaner, in der Feststellung sehr weit gegangen, daß D e u t s c h l a n d v e r h ä l t n i s m ä ß i g u n s c h u l d i g war."

Diese Erkenntnisse kamen leider zu spät, obwohl ein Zweifel an der Auffassung kaum möglich ist, daß sich die Väter des „Friedensvertrages" sehr wohl der tatsächlichen Rollenverteilung des politischen Welttheaters der entscheidenden Hochsommertage vom Juli/August 1914 bewußt gewesen sind. Der „schwarze Mann", der deutsche „Militarismus", mußte herhalten, damit ein angeblich im Namen des Rechtes geführter und gewonnener Krieg im Zeichen schreienden Unrechts liquidiert werden, damit zum Zwecke der Ausschaltung des sog. deutschen „Nationalismus" der Hypernationalismus der anderen sich hemmungslos austoben konnte. Trösten wir uns mit der Tatsache, daß es gerade amerikanische Historiker sind, die uns sogar nach dem zweiten Weltkrieg bestätigt haben, daß Deutschland einschließlich der „Urzelle des Mili-

tarismus", nämlich Preußen, die wenigsten Kriege geführt habe, trösten wir uns auch mit dem schwachen Trost, daß uns Freda Utley in ihrem bekannten Buch „Die kostspielige Rache" bescheinigt, „daß Deutschland erst dann eine soldatische Nation geworden sei, als Jahrhunderte französischer Angriffe von den Tagen Richelieus bis zu den Eroberungen Napoleons eine Reaktion hervorgerufen hätten, die Preußen instandsetzte, aus dem uneinigen und machtlosen Haufen von Königreichen, Fürstentümern und Freien Städten, die vor der französischen Revolution die ‚Deutschländer' bildeten, den modernen deutschen Staat zu schmieden". Haß, Rache und Gewinnsucht sind schlechte Ratgeber, wenn man sich berufen fühlt, „einen gerechten und dauerhaften Frieden" zu schaffen. Seit Jahrzehnten geistert dieses Wortspiel bis auf die Stunde durch zahlreiche internationale Abkommen und Verträge. Seit Jahrzehnten aber ist der Friede weder gerecht, geschweige denn dauerhaft. Im Gegenteil, das Gebaren und Verhalten der „Friedensmacher" kann nur als im höchsten Grade verantwortungslos und skrupellos charakterisiert werden. Man bedenke: Zwei Tage vor der Aushändigung des Versailler Vertrages an die deutsche Delegation schrieb Amerikas Präsident Wilson in sein Tagebuch: „Den Vertrag hat noch niemand in seiner vollständigen Form gesehen, denn er existiert nicht. Sowohl Bonar Law als auch Smuts, die sich um vollständige Exemplare bemüht hatten, sagten mir, daß sie keine erhalten hätten und daß die ganze Angelegenheit hoffnungslos verfahren sei. Wir werden den Deutschen Bedingungen stellen, die wir selbst noch nicht gelesen haben. Ich glaube nicht, daß in der ganzen Weltgeschichte sich ein ähnliches Beispiel findet."

Am 7. Mai 1919 fügte Wilson hinzu, daß „die Friedensbedingungen übergeben worden seien, ohne daß einer von uns sie zur Gänze gelesen hätte".

Aber dieses Verfahren blieb nicht das einzige, das die Frivolität der Versailler Atmosphäre enthüllte. Deutschland wurden mündliche Verhandlungen über den Friedensvertrag verweigert, wohl gleichfalls ein einzigartiger Fall in der Weltgeschichte, daß ein großes und tapferes Volk von übermütigen Siegern derart niederträchtig behandelt wurde. Die deutsche Delegation wurde sogar hinter Stacheldraht gesetzt. Der Inhalt des Diktats war daher eine einzige Offenbarung von Haß und Rachsucht. Man vergaß, daß Verträge als Ergebnisse von Diktaten niemals das Recht schaffen konnten, als Quellen zwischenstaatlicher Gesittung angerufen zu werden, und so weit sie als solche zeitweilig anerkannt worden sind, dann nur aus der Not des einen Partners heraus, aus der der andere, der Sieger, seine Tugend ableitet. Das ist die Kurzgeschichte der Versailler Verträge. Der Sieger schöpfte das Recht aus der Macht und nicht aus den sittlichen Imperativen des Völkerlebens, nicht aus der Überlegenheit geistiger Moralität. Die vorgenommenen Regelungen waren nicht das Ergebnis einer wohlerwogenen und weitsichtigen Lebenspolitik, eines Ausgleiches von berechtigten Interessen, sondern taktische Züge eines Machiavellismus aus den Zeiten, da sich die Völker noch im Zustande

des Kampfes aller gegen alle befanden. Aus der sittlichen Polarität einer solchen Staatskunst konnten nur Ruinen entstehen. Das Selbstbestimmungsrecht, dessen Erhebung zum Leitgedanken jeder territorialen Neuordnung Wilson so stark gefordert hatte, wurde zugunsten der Sieger nach Kräften ausgeweitet, den Besiegten aber beschnitten oder verweigert, wie im Falle Österreichs, das sich der deutschen Republik anschließen wollte, der Sudetendeutschen, die die Herrschaft der Tschechen schärfstens ablehnten, in Oberschlesien, wo man sich über das Abstimmungsergebnis einfach hinwegsetzte, im sogenannten „polnischen" Korridor, im Memelland, in Eupen und Malmedy, in Südtirol und im Saargebiet, wo überhaupt keine Abstimmungen stattfanden. Wie Hohn und Spott muten heute angesichts der vorausgesehenen, inzwischen eingetretenen Entwicklung die „Erwägungen für die Friedenskonferenz, ehe sie ihre Bedingungen endgültig festsetzt", an, die Lloyd Georges am 25. März 1919 in einem Memorandum niederlegte: „Ich kann mir keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als daß das deutsche Volk, das sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Nationen umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine stabile Regierung aufgestellt haben, aber jeder breite Massen von Deutschen einschließt, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Millionen Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen ..."

„Es war ganz unvermeidlich", schreibt Freda Utley, „daß der zweite Weltkrieg dem ersten nach einer Zeitspanne von nur zwanzig Jahren folgte ..."

Die wahnsinnige Politik der Clemenceau, Poincaré, Foch und Genossen war die Totengräberin der deutschen Demokratie, die treueste Helferin und Förderin aller nationalistischen und völkischen Bewegungen, die sich zwangsläufig und naturnotwendig in Deutschland entwickeln mußten. Wenn Frankreich und England das Ziel verfolgten, auch die Demokratie in Deutschland unmöglich zu machen, das Chaos zu schaffen, um das Herzland Europas aufzulösen, so hatten sie sich mit dem Diktat von Versailles mit bewundernswerter Virtuosität und beneidenswerter Energie ein Instrument geschaffen, dessen politische, territoriale, wirtschaftliche, aber vor allem auch militärische Bestimmungen wie ein ausgeklügeltes Antreibersystem anmuten, um in der angezeigten Richtung zu wirken.

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 schrieb Deutschland einen ganz bestimmten Umfang seiner Rüstung vor. Der V. Teil des sehr weitläufigen Vertragsinstrumentes handelte von den Bestimmungen über die Land-, See-

und Luftstreitkräfte. In der Einleitung heißt es: „Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland zur genauen Befolgung nachstehender Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte ...“

Die nachfolgenden Bestimmungen legten im wesentlichen fest: Die völlige Entmilitarisierung des linken und rechten Rheinufers, die Herabsetzung der gesamten Iststärke des deutschen Heeres auf nicht mehr als einhunderttausend Mann, wobei entehrenderweise ausdrücklich bemerkt wurde, daß das Heer nur für die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt sei, die Auflösung des deutschen Großen Generalstabes, das Verbot chemischer Waffen, das Verbot der Herstellung und Einfuhr von Panzerwagen, die Abrüstung der Kriegsmarine auf eine Kopfstärke von 15 000 Mann, das Verbot des U-Boot-Baues, das Verbot jeglicher Luftstreitkräfte, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, kein Deutscher darf die Reichsgrenze überschreiten, um in einer fremden Wehrmacht zu dienen, jedoch bleibt das Recht Frankreichs, Rekruten für die Fremdenlegion anzuwerben, unberührt. Die Reihe der Verbote, Beschränkungen und Zerstörungen ließe sich noch beliebig fortsetzen. Aber es genügt, es genügt, um festzustellen, daß diese Bestimmungen ihrem materiellen Inhalt wie auch dem Geiste nach die schwersten Beleidigungen und Entehrungen enthielten, die man einem großen Volk überhaupt nur antun konnte. Am 18. Januar 1919 tagte die Friedenskonferenz zum ersten Male. Die Rüstungsfragen wurden einer Kommission überwiesen, die über den Artikel der Wilson'schen Vierzehn Punkte beraten sollte, der die Gründung des Völkerbundes zum Ziele hatte. Präsident Wilson führte in dieser Kommission selbst den Vorsitz. Von der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die er gefordert hatte, wurde bald nicht mehr gesprochen. Im Gegenteil, der französische Wortführer in der Kommission, Léon Bourgeois, bezeichnete die allgemeine Wehrpflicht als „eine Lebensfrage der Demokratie“, selbstverständlich nur für Frankreich, nicht auch für die von der Entente gewünschte und während des Krieges propagierte deutsche Demokratie. Der Untergang der Weimarer Republik hat die Richtigkeit der französischen Auffassung von der Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht als einer Lebensfrage der Demokratie vollauf bestätigt. So enthielt der Versailler Vertrag, wie er schließlich Deutschland aufgezwungen wurde, kaum noch eine Spur der Vierzehn Punkte Wilsons, die die Grundlage der Friedensvertragsverhandlungen bilden sollten. Spötter schlugen vor, Wilson nicht den Friedens-, sondern den wissenschaftlichen Nobelpreis zu verleihen, weil er das mathematische Wunder 14 gleich 0 vollbracht habe. Die letzte und größte Enttäuschung erlebte Wilson, der in Paris einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, als der amerikanische Senat den Versailler Vertrag und damit die in ihn eingebaute Völkerbundssatzung ablehnte. Die Vereinigten Staaten traten der Genfer Liga nicht bei.

So wurde die Demokratie in den Augen der Deutschen schon in ihrer Geburtsstunde diskreditiert, indem die Sieger sie mit gebrochenen Versprechungen und Verträgen, nationaler Erniedrigung und wirtschaftlichem Elend verknüpften. „Statt die Welt ‚reif für Demokratie' zu machen, wurde der Boden für Kommunismus und Faschismus bereitet. Im Jahre 1933 hätten wahrscheinlich die meisten Amerikaner sich zu dem bekannt, was William A. White damals schrieb: ‚Heute vor fünfzehn Jahren wurde der Waffenstillstand geschlossen, und wir alle glaubten, eine neue Welt würde entstehen. Sie ist auch entstanden. Aber sie ist viel schlimmer, als es früher die Welt war. Zehn Millionen Menschen wurden getötet und viel mehr wurden verstümmelt. Güter im Werte von 50 Milliarden Dollar wurden vernichtet, und die Welt ist mit Schulden belastet. Und wofür das alles? Wäre es schlimmer gewesen, wenn Deutschland gesiegt hätte? Legt Euch selbst aufrichtig die Antwort vor. Niemand weiß die Antwort. Ist diese alte Welt so reif zur Demokratie, als sie es vor dem Verlust so vieler Menschen war?' " (W. H. Chamberlin, Amerikas zweiter Kreuzzug).

Amerika mußte erst einen zweiten „Kreuzzug" führen, mußte ein zweites Mal den Krieg gewinnen und wiederum durch eigene Blindheit den Frieden verlieren, um erst in jüngster Zeit zu leider nur langsam dämmernden Erkenntnissen zu kommen, wie sie anläßlich der Unterzeichnung des japanischen Friedensvertrages ausgesprochen wurden. Während der frühere Außenminister Acheson „von den tragischen und bitteren Kosten aus dem Geist der Rache geborener Friedensbedingungen" sprach, wies der neue Außenminister J. F. Dulles ausdrücklich auf die Fehler des Versailler „Vertrages" hin. „Der Versailler Vertrag war ein Fehlschlag, weil er eine Mischung widerspruchsvoller und unversöhnlicher Philosophien darstellt." Er fuhr fort: „In einem gewissen Grade spiegelt er die hoffnungsvollen Visionen Wilsons, zu einem gewissen Grade den unversöhnlichen Haß und die Furcht Clemenceaus wieder. Das Ergebnis war, daß die Nazis die Macht an sich reißen konnten, um das auszumerzen, was für die Deutschen Erniedrigung und Ungerechtigkeit bedeutete."

Wenden wir uns wieder unserem Thema zu, zu dessen historischem Hintergrund auch das Versailler Diktat gehört, so müssen wir nunmehr fragen, welche Haltung die Sozialdemokratie innen- und außenpolitisch zu diesem Schanddiktat einnahm. Um mit den Worten des neuen amerikanischen Außenministers Dulles zu sprechen: Was hat die Sozialdemokratie zu ihrem Teil beigetragen, „um das auszumerzen, was für die Deutschen Erniedrigung und Ungerechtigkeit bedeutete"?

Zwar warnte der Volksbeauftragte Friedrich Ebert schon in der ersten Sitzung der Nationalversammlung davor, „uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach zu stellen. Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese, müsse daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung".

Zwar sprach derselbe Philipp Scheidemann, der am 9. November 1918 den „glänzenden Sieg des deutschen Volkes" verkündet hatte, am 12. Mai 1919 in einer leidenschaftlichen Rede vor der Nationalversammlung in der Berliner Universitäts-Aula „von diesem schauerlichsten und mörderischen Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zu erbarmungsloser Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden solle, von der Hand, die verdorren müßte, die sich und uns in diese Fessel legte".

Zwar beschwor er die Mitglieder der Nationalversammlung mit den Worten: „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!"

Zwar fand am Ende seiner Rede die unglaubhafte Unwirklichkeit menschlicher Kleinheit und Unvernunft beredten Ausdruck: „Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den gleichen Hügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung. Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grauen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern!"

Zwar verkündeten die Unabhängigen Sozialdemokraten am 11. Mai 1919 nur den völligen Bankrott ihrer verräterischen Politik, wenn sie erklärten: „Der Frieden, den die Entente dem deutschen Volke zumutet, ist ein Gewaltfrieden schlimmster Art. Rein deutsche Bevölkerungsteile, die in staatlicher Gemeinschaft mit dem deutschen Volke leben wollen, werden von ihm gegen ihren Willen losgetrennt. Die Absicht auf die Annexion des Saarbeckens wird kaum noch verhüllt. Der nordöstliche Streifen Ostpreußens mit einer Bevölkerung, die sich eins fühlt mit dem deutschen Volke, wird von ihm losgerissen. Ganz Ostpreußen wird vom deutschen Reiche abgeschnürt. Danzig wird zum Schein in einen selbständigen Staat umgewandelt, in Wahrheit gegen den Willen der Bevölkerung dem polnischen Staat ausgeliefert. Auch sonst wird, so in West- und Ostpreußen, Posen und Schlesien, das Selbstbestimmungsrecht mißachtet, dessen Anwendung wir für alle Gebiete fordern. Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wird erwürgt, das Proletariat versklavt, die Grundlage neuer Völkerkonflikte geschaffen. Alle pazifistischen Ideologien sind an dem brutalen Geist des Imperialismus zerschellt."

Die Kundgebung endete mit der Forderung, daß der Vertrag unter allen Umständen unterzeichnet werden müsse. „Die Alliierten wußten also", schreibt Gustav Noske, „daß ein Widerstand des ganzen deutschen Volkes gegen den Vertrag von ihnen nicht befürchtet zu werden brauchte."

Am 10. Januar 1920 trat das Versailler Diktat in Kraft. Der Kampf der Sozialdemokraten gegen Versailles begann mit einer typisch „sozialdemokratischen" Erklärung auf der Genfer Tagung der zweiten Internationale im

Juli 1920, die sich, abgesehen von der historischen Entstellung, als ein sonderbares, schwammiges Gemisch überwiegend die deutsche Schuld bejahender und selbstanklagender Redewendungen darstellt. In dieser Erklärung heißt es u. a.: „Ein dolus eventualis (den Krieg herbeizuführen) war auf seiten der deutschen Machthaber vorhanden, als sie ihre österreichischen Bundesgenossen zum schärfsten Vorgehen gegen Serbien ermutigten, auch auf die Gefahr hin, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könnte ... Die Gefahr, die in der Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstags und damit auch der Sozialdemokraten lag, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen."

Von Versailles bis Hitler

Das geistige Bild Deutschlands zur Zeit der Revolutionswirren und der außenpolitischen Vergewaltigung glich einem Antlitz, dessen eine Hälfte, die Träger der alten Idee, in Schmerz und Verbitterung erstarrt und versteinert war, während die andere Hälfte, von marxistischen und bolschewistischen Ideen geschüttelt, wild und konvulsivisch zuckte. Ein furchtbares Schicksal hatte einen von Haus aus kräftigen und gesunden Volksgeist verwirrt und in tragische Konflikte gestürzt. Sein besseres Selbst war verdunkelt und dafür alles Schlechte, was in ihm schlummerte, zutage getreten. „Für Hunderte und Tausende", schreibt Noske, „war die Revolution nur eine Gelegenheit zum Stehlen. Leute, die nie den Mund aufgemacht haben, solange der Schützengraben ihnen drohte, haben nach der Revolution in den Fabriken an Terrorismus, Niederträchtigkeit und Vergewaltigung anderer Meinungen die schlimmsten Sünden der vergangenen Machthaber tausendfach übertroffen." So mußte der innenpolitische Hader, die Zerstörung eines einheitlichen und geschlossenen Selbstbehauptungswillens zwangsläufig den schon in Compiègne und dann in Versailles so deutlich gewordenen Vernichtungstendenzen der Entente in die Hände arbeiten. Um so eher hätte daher diese furchtbare Ausgangslage die neuen Träger der politischen Verantwortung dazu drängen müssen, ihre Zuflucht bei den schöpferischen Quellen aller nationalen Lebensformen zu suchen und auf den Lebenswillen einer nicht sterben wollenden Nation zu vertrauen. Der Leitsatz, daß „es besser sei, mit den Massen zu irren, als sie gegen sich zu haben", war allerdings angesichts des vollständigen nationalen Zerfalls für eine Lösung der gestellten Aufgabe mehr als ungeeignet. Diese bestand in allererster Linie darin, eine neue feste Form des nationalen Staates zu schaffen, die das Volk nicht trennte, sondern angesichts der gemeinsamen Not zusammenführte. „Die deutsche Demokratie muß national sein, oder sie wird in Bälde nicht mehr sein!", schrieb in jenen Tagen ein angesehener Demokrat. In der Tat, es ist der unsterbliche Sinn des nationalen Gedankens, daß er sich in immer neuen Gestaltungen offenbaren will und muß und in allen diesen Metamorphosen, die der Wandel der Dinge erfordert, doch seine innere geistige Kontinuität zu erhalten vermag. Das erste Gebot der Stunde hätte der Wille sein müssen, offenen und ehrlichen Herzens die großen sittlichen, wirklich lebendigen und unvergänglichen Werte der

Vergangenheit in die neuen Formen hinüberströmen zu lassen und „den ersten und unentbehrlichsten dieser Werte, die nationale Einheit der Volksgemeinschaft, voller und zugleich tiefer zu verwirklichen; denn der nationale Gedanke in seiner höchsten Äußerung fordert die soziale Versöhnung der Volksgenossen miteinander und duldet nicht, daß die Nation sich in zwei miteinander hadernde Völker spaltet", schreibt Friedrich Meinecke in jenen Tagen. Gleichermaßen gefährlich für das Werden des neuen Staates wurde die moralische Entwaffnung durch pazifistische Phraseologie von falschverstandener „Demokratie". Demokratie ist Selbstbestimmung des Schicksals der Nation durch die eigenen, verantwortlichen Volksgenossen. Eine wahre Demokratie besitzt daher nationalen Macht- und Selbstbehauptungswillen oder sie ist nur eine Filiale feindlichen Willens zur Täuschung der Massen eines politisch unfähigen Volkes. Ohne Wehrfähigkeit und Volkswehrkraft ist und bleibt die Demokratie eine betrügerische Attrappe für politische Kinder. Nichts war daher auf die Dauer für die Weimarer Republik gefährlicher als die Verbindung der eigenen Demokratie mit den katastrophalen Ereignissen auf dem Gebiet der äußeren Politik, d. h. eine grundsatz- und uferlose Nachgiebigkeit gegenüber den Rechts- und Vertragsbrüchen der Entente. Eine Politik des Ausweichens und der Zeitgewinnung um jeden Preis, um, wie das schöne Schlagwort hieß, „das Ärgste zu vermeiden", mußte je länger, je mehr den Widerstandswillen eines freien Volkes erregen. Mit Recht sagte Friedrich Meinecke an anderer Stelle: „Können wir nicht mehr Heere und Flotten aufstellen, um unser Dasein zu schützen, so können wir doch den Geist der allgemeinen Wehrpflicht erhalten und in neuen, unserer Lage angemessenen Formen pflegen, damit die Welt spüre, daß wir uns nicht dauernd vergewaltigen lassen." Es ist die geschichtliche Schuld der deutschen Sozialdemokratie, in dieser entscheidenden Frage vollständig versagt zu haben. Ein Land wehrlos zu machen oder dauernd zu lassen, wie es die edlen Demokratien des Westens mit geradezu unglaublicher Kurzsichtigkeit und in selbstbetrügerischer Außerachtlassung jeder politischer Vernunft mit Deutschland machten, war sowohl ein politisches Verbrechen derjenigen Staaten, die an einer ruhigen, friedlichen und demokratischen Entwicklung Deutschlands ein hohes Interesse hätten haben müssen, als auch der eigenen Regierung. Sie alle sind die eigentlich Verantwortlichen, die Paten und Protektoren der deutschen ultranationalistischen Strömungen und Bewegungen. Nicht das deutsche Volk ist schuldig an der später eingetretenen Entwicklung, sondern mit Vorrang jene Politiker des In- und Auslandes, die entweder die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes zu weich oder zu kraftlos vertraten oder sie aus eigenen nationalistischen und chauvinistischen Motiven nicht erfüllten. Eine so vorbelastete Demokratie mußte zwangsläufig und geschichtsnotwendig bei dem eigenen Volke in Mißkredit geraten. Der offenkundige Mangel an äußerer Festigkeit, nicht nur begründet in der aufgezwungenen Wehrlosigkeit, sondern auch in dem Fehlen eines konzentrierten Volkswillens, mußte eine die Massen abstoßende Stim-

mung erzeugen und diese überhaupt lähmen. Stimmung aber ist die Würze des staatlichen Lebens, vor allem im Volksstaat, in der Demokratie. Mangels solcher Stimmung mußte das moralisch-politische Gleichgewicht fehlen, das mit Recht als die Vorbedingung der Freiheit des Handelns bezeichnet worden ist. Eine Demokratie schwächlicher Geduld und Entsagung, der fortgesetzten Verleugnung des zuerst selbst Vertretenen, der ausschließlichen Erfüllung unerfüllbarer Forderungen erschien von Jahr zu Jahr mehr immer breiteren Volksschichten als Ausdruck und Sinnbild der Unfähigkeit oder Jämmerlichkeit, die die Autorität zernagte. Autorität wiederum ist aber die Summe des durch eigenes selbständiges Handeln erzeugten Vertrauens beim Volke. Wie ein schlechter Marktschreier hatte die Revolution das Evangelium einer neuen sozialen Weltordnung, einer Zeit „der Schönheit und der Würde", einem müden, abgestumpften, verhungerten und krankhaft fanatisierten Volk verkündet. Dieses Ideal, wenn es überhaupt ein klares war, war jedenfalls nicht zur Wirklichkeit geworden, war nur Schein, Theorie und Phrase geblieben. Materialismus, Mammonismus, rücksichtsloses Wuchertum und Schlemmerleben zehntausender Drohnen von sog. Neu-Reichen, verächtliches Sykophantentum, Spionage und Selbstverrat, ekelhafte Selbstbeschmutzung gegenüber dem Ausland, wie z. B. das Prämiensystem auf Auslieferung der eigenen Waffen, irrsinniger Bruderhaß, Arbeitsscheu und völlige Autoritätslosigkeit beherrschten das Feld. Selbst die höchste menschliche Schmach, die „schwarze" Not an Rhein und Ruhr und das Sterbenlassen unschuldiger deutscher Kinder durch die verbrecherische Verlängerung der Blockade, brachten das Volk und die Träger der politischen Willensbildung nicht zur Besinnung. Auf internationale Garantien, auf Bürgschaften oder auch nur auf die Institution des Völkerbundes als solche, hinter denen lediglich imperialistische Gewalt und diplomatische Heuchelei zur fortwährenden Unterdrückung der Besiegten lauerte, die Zukunft des deutschen Volkes aufzubauen, mußte jedem Verständigen so lange als unbegreifliche Torheit erscheinen, als die Sieger die vertragsmäßige Pflicht der Abrüstung mit Hohn und Spott behandelten und auch in ihrer sonstigen Politik offen bloße Macht an die Stelle des Rechtes setzten. Lansing, der ehemalige Mitarbeiter Wilsons, erklärt in seinen Erinnerungen, daß der Völkerbund wegen des Zusammenhangs des Primats der Hauptmächte mit dem System der Sanktionen „zwischen Kriegs- und Friedenszustand keinen Unterschied mache", eine treffende Kennzeichnung des Genfer Systems. Nicht weniger anschaulich nennt Lansing den Völkerbund „eine neue Allianz, umgeben mit einem Heiligenschein, um dem Idealismus des Moralisten etwas zu bieten". Lansing verzeichnet weiter das Wort eines von ihm nicht mit Namen genannten „Führers politischen Denkens in Großbritannien": „Der einzig erkennbare Zweck des Völkerbundes scheint zu sein, einer Reihe ungerechter Bestimmungen, die aufgezwungen wurden, dauerndes Leben zu verleihen."

War es überhaupt denkbar, daß der Status von 1919 in aller Ewigkeit aufrechterhalten werden konnte? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Nie-

mand wird heute behaupten, daß die Friedensschlüsse jenes Jahres die Verkörperung menschlicher Gerechtigkeit, Weisheit und Mäßigung darstellten. Niemand wird den Gedanken vertreten, daß sie auch nur den Vergleich mit dem Werk des Wiener Kongresses aushalten. Aber selbst wenn das der Fall wäre, hätten sie sich so oder so dem Gesetz der geschichtlichen Entwicklung nicht entziehen können. Selbst dann wären Änderungen etwas Unvermeidliches, und selbst dann müßte zugestanden werden, daß Maßnahmen, die eine solche berechtigte Änderung nötigenfalls mit Waffengewalt verhindern wollten, eine Bedrohung des Friedens bedeuteten. Das ist um so augenscheinlicher, als sogar die Pariser Friedenskonferenz, die unter dem Einfluß der Kriegspsychose stand und erfüllt war von dem Willen zu rächen und zu strafen, doch dunkel die Notwendigkeit erkannte, der geschichtlichen Entwicklung ein Ventil zu öffnen. Freilich vermochte sie sich nur zu einer sehr unvollkommenen und unzulänglichen Maßnahme in dieser Richtung zu entschließen. Sie schuf den Artikel 19 der Völkerbundsatzung, der die Möglichkeit einer Revision von Verträgen und einer Abänderung solcher internationalen Verhältnisse vorsah, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte. Aber sie unterließ es, Wege zu zeigen, auf denen die Revision durchzuführen und die Abänderung zu verwirklichen wäre. Statt eines konstruktiven Gedankens für die praktische Durchführung friedlicher Revision und für die Beseitigung der Kriegsursachen sehen wir ein gegen jede Auflockerung verschanztes System „kollektiver Sicherheit" durch Gewalt und Krieg, das sich auf die Hegemonie der führenden alliierten Hauptmächte, als den Grundpfeiler dieses Regimes der Macht, zu stützen suchte. Mit diesem revisionsfeindlichen und hegemonialen System „kollektiver Sicherheit" zur Verewigung des status quo, das die europäische Politik, d. h. die Politik der Weltkriegssieger beherrschte, war aber zugleich der deutschen Politik Richtung und Zielsetzung vorgezeigt. Auf der außenpolitischen Ebene bedeutete es Kampf gegen Versailles mit allen Mitteln, innenpolitisch schuf es für die Demokratie automatisch die Pflicht, alles zu tun, um von der frühesten Jugend auf, wie es sogar den Vätern der Sozialdemokratie vorschwebte, ein wehrwilliges, wehrhaftes und wehrkräftiges Volk heranzuziehen, das imstande und willens war, aus eigener Kraft das Reich gegen seine Feinde nach außen und nach innen zu verteidigen. Verletzte sie diese Pflicht, die Vorbereitung und Schaffung eines Volksheeres, so mußte sie über kurz oder lang ihre Daseinsberechtigung verlieren. Der Mehrheit des Volkes, vor allem der Kriegsgeneration, deren Sympathie die Demokratie durch eigene Schuld nicht zu gewinnen vermochte, mußte der Parlamentarismus nur als ein System unnützer Kräftevergeudung in nichtigen Reden und Beschlüssen erscheinen, statt der verantwortungsvollsten und würdigsten Form der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung eines selbst- und staatsbewußten Volkes, das entschlossen war, seine Geschicke in der Zukunft wieder selbst in die Hand zu nehmen und ein Faktor in der staatlichen und kulturellen Entwicklung Europas und der Welt zu werden, der seiner Geschichte und Kultur

angemessen war. Je mehr führende deutsche Politiker vom Ausland als die guten, wohlgesinnten Männer „de bonne volonté" gelobt wurden, um so schneller mußte unter den obwaltenden Umständen das Ansehen dieser Männer schwinden. Ein Lob schlimmer als der schlimmste Tadel! Freilich war so lange nicht an eine gründliche Revision des Pariser Gewaltfriedens zu denken, als das deutsche Volk sich waffen- und wehrlos jedem alliierten „NJET" beugen mußte. Auf die militärische Gleichberechtigung mußte daher mit Energie und tatbereiter Entschlossenheit in erster Linie hingearbeitet werden.

Als das französische Kaiserreich zusammenbrach, als Frankreich ebenfalls eine bittere Niederlage hinnehmen mußte und aus einer der deutschen von 1918 vergleichbaren Situation heraus die republikanische Demokratie einführte, sprach Gambetta, der selbst die dritte Republik ausgerufen hatte, am 26. Juni 1871 in einer von echter patriotischer Leidenschaft getragenen Rede seine Landsleute wie folgt an: „Die minderwertige nationale Erziehung hat Frankreich ins Unglück geführt. Unser Vorgehen muß zwiefach sein: sich auf die Entwicklung des Geistes und des Körpers beziehen und uns in jedem einzelnen einen Geist schaffen, dem der Körper wahrhaft dient. Ich will nicht nur, daß dieser einzelne denke, lese und urteile, sondern ich will, daß er handeln und kämpfen könne. Überall muß an die Seite des Erziehers der Turnlehrer treten, damit unsere Kinder, unsere Mitbürger alle fähig sind, lange Märsche zu machen, die Nächte unter freiem Himmel zu verbringen und alle Strapazen fürs Vaterland zu ertragen. Diese beiden Erziehungen müssen nebeneinander hergehen. Wenn nicht, so wird ihre Leistung die des Literaten, nicht die des Patrioten sein. Mit einem Wort: Seien wir wieder wehrhaft und alle Welt wisse, daß, wenn in Frankreich ein Bürger geboren wird, ein Soldat geboren wird, und daß, wer sich dieser doppelten Pflicht entzieht, unbarmherzig seiner Rechte als Bürger und Wähler beraubt wird. Erfüllen wir die Seele der jetzigen und künftigen Generationen mit dem Gedanken, daß jeder, der in einer demokratischen Gesellschaft nicht fähig ist, an ihren Leiden und Prüfungen teilzunehmen, auch nicht würdig ist, teilzuhaben an ihrer Regierung."

So sprach ein wahrer Demokrat, der Vertreter einer soeben unterlegenen Republik. Ein Vergleich mit der Haltung der deutschen Sozialdemokratie, ganz besonders aber mit der situationsgleichen Rede des Herrn Scheidemann vom 9. November 1918, bewirkt geradezu körperliches Unwohlsein. Daß ein Staat in seinem Ringen um Gleichberechtigung, um Befreiung aus unwürdigen Sklavenketten und um sein Dasein schlechthin sich „in guter Verfassung befindet, nicht, ob er eine Verfassung hat, entscheidet über seine Zukunft", um ein Wort von Oswald Spengler zu zitieren.

Zum letzten Male sprach Eduard Bernstein im März 1919 in seiner Schrift „Was die Sozialdemokratie will" von der „Organisation und Verfassung einer demokratischen Volkswehr, von der Ausbildung des Volkes von Jugend

auf zur Wehrhaftigkeit und von der Ausbildung der in das Alter der vollen Wehrfähigkeit Gelangten in den Besonderheiten bestimmter Waffen und Funktionen". Dann jedoch wurde es in der Sozialdemokratie nicht nur still, sehr still, sondern — dunkel. Das Versailler Diktat ließ nur eine „Grenzpolizei" zu, die Reparationslasten waren so ungeheuerlich, daß ihre Aufbringung von vornherein utopisch schien, warum also noch unnötiges Geld für den „Militarismus" ausgeben? „International gesicherter Frieden heißt überflüssig gewordener Militarismus", wie Philipp Scheidemann im Juni 1924 einmal sagte, wobei die Feststellung interessant ist, daß hier der Begriff „Militarismus" dem Begriff „Militär" einfach gleichgesetzt wurde. Dieser Illusion stand allerdings die haßerfüllte, nichtsdestoweniger bezeichnende Erklärung Clemenceaus im französischen Senat gegenüber: „Der Abgeordnete Lefèvre hat gesagt, wenn Deutschland von Polen angegriffen würde, so wäre der Völkerbund verpflichtet, Ordnung zu stiften. Ich habe erklärt, und ich wiederhole es, daß ich mich nicht imstande sehen würde, auch nur einen einzigen Soldaten abzusenden, um Deutschland gegen Polen in Schutz zu nehmen." Vorher hatte Clemenceau triumphierend festgestellt, daß Deutschland 100 000 Soldaten erhalten werde, denen in Polen 550 000 gutausgerüstete Soldaten und 400 000 Mann Reserve gegenüberstehen würden.

Es wäre jedoch nicht loyal, die Feststellung zu unterlassen, daß es auch nüchtern denkende Sozialdemokraten gab, die die erste Voraussetzung jeder deutschen, auf die Notwendigkeit der Beseitigung des Versailler Friedensdiktats ausgerichteten Politik klar erkannten: Die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und die damit unlösbar verbundene militärische Gleichberechtigung Deutschlands. So gibt Otto Braun, ehemaliger preußischer Ministerpräsident, zu, daß die militärischen „Bestimmungen des Versailler Diktats angesichts der bis an die Zähne bewaffneten Umwelt Deutschlands von weiten, auch antimilitaristischen Kreisen als entwürdigend und empörend empfunden wurden". Beachtlich ist gleichfalls seine Erkenntnis, daß „die nationalen Gefühlswerte im Leben der Völker gewaltige Bedeutung haben und daß es auch für den pazifistischen und sozialistischen Politiker wichtig ist, diesem gesunden nationalen Fühlen in seinem öffentlichen Wirken die gebührende Resonanz einzuräumen". „Hierin hat die deutsche Sozialdemokratie oft gefehlt", schreibt er in seinen Erinnerungen „Von Weimar zu Hitler". Und er fährt fort: „Habe ich es doch erleben müssen, daß, wenn ich im Parlament oder bei sonstigen öffentlichen Anlässen als Vertreter der Regierung durchaus ehrlich empfundene nationale Töne mitklingen ließ, selbst im Zentralorgan meiner Partei bei der Wiedergabe der Reden diese Passagen abgeschwächt oder mitunter ganz gestrichen wurden. Manche Redakteure fühlten sich gar zu sehr als Parteigouvernanten, die auf den richtigen Ton zu achten hatten. Das gereichte der Propaganda der Partei um so mehr zum Nachteil, als man mitunter diese Zensur dort vermißte, wo sie eher am Platze gewesen wäre. Jener Ausspruch eines sozialdemokratischen Politikers (Parteivorstandsmitglied

Crispien im Jahre 1922! D. V.): ‚Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt' hat der Partei mehr geschadet als manche falsche Stellungnahme auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und hätte eine viel unmißverständlichere Zurückweisung erheischt, als ihm zuteil geworden ist."

Der Wunsch nach „Nie wieder Krieg", der durch die Jahrtausende immer von denen, die ihn kämpfend mitgemacht hatten, am lautesten ausgesprochen wurde, wurde von sozialistischen und pazifistischen Ideologen mit einer törichten und unwirklichen antimilitaristischen Propaganda verquickt, die in der übrigen waffenstarrenden Welt keinen Widerhall fand, vor allem aber die Staatsleiter der siegreichen Länder nicht bewog, der Deutschland aufgezwungenen Abrüstung den Abbau des Kriegsapparates ihrer Länder folgen zu lassen. Während auf deutschem Boden französische Armeen exerzierten, brachten in Deutschland sozialdemokratische Zeitungen aller Schattierungen, von kommunistischen ganz zu schweigen, am laufenden Band Ausfälle gegen die Reichswehr und entrüsteten sich zur Weihnachtszeit, daß Spielwarengeschäfte Zinnsoldaten und Kindersäbel verkaufen wollten, wodurch der Kriegsgeist neu belebt würde. Zeitungen der Sozialdemokratie, die nach dem erzwungenen Rücktritt Noskes es abgelehnt hatten, das Wehrministerium erneut mit einem „Genossen" zu besetzen, zeterten täglich, daß den aktiven Offiziere die Männer der Wehrverbände sympathischer waren als die Antimilitaristen und Pazifisten. Die Reichswehr wie auch ihre Vorgänger, die Zeitfreiwilligen und die Freikorps, hatten sich alsbald den Haß der Sozialdemokratie zugezogen. Gustav Noske, der am Aufbau der neuen „Wehrmacht" entscheidenden und hervorragenden Anteil hatte, stand bald unter dem publizistischen Trommelfeuer auch der eigenen Parteipresse. „Noske hatte sich mit Eifer und Tatkraft dem Aufbau der neuen Wehrmacht gewidmet, die in erster Linie ein Instrument zum Schutze der Republik sein sollte. Er mußte die gleiche Erfahrung machen, die bei Errichtung der Einwohnerwehren gemacht wurde. K a m p f b e r e i t e R e p u b l i k a n e r s t e l l t e n s i c h n u r i n g e r i n g e r Z a h l z u r V e r f ü g u n g", schreibt Wilhelm Keil. Die Schuld an diesem Umstand trifft wiederum die Sozialdemokratie selbst, insonderheit ihre Presse, die sich nicht genug tun konnte, gegen die Reichswehr zu hetzen, nachdem sie diese, mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe, zunächst so lange auch publizistisch unterstützt hatte, wie die Gefahr eines gewaltsamen radikalistischen Umsturzes bestand. Als diese Gefahr jedoch beseitigt war, fiel sie sofort wieder in ihre alte militärfeindliche Obstruktionspolitik zurück. Die Haltlosigkeit und demagogische Inkonsequenz ihrer Politik feierte neue Triumphe. Nicht nur deshalb, weil ihr zweckgebundenes, vorübergehendes Wohlwollen sich alsbald in den alten Haß zurückverwandelte, sondern weil sie auch dem aus ihren Reihen stammenden und von ihr selbst herausgestellten ersten Reichswehrminister in seiner Arbeit in den Rücken fiel und ihn, nachdem er erwartungsgemäß „den Bluthund gespielt" hatte, nach relativ kurzer Zeit aus Angst, große Teile ihrer Wähler an die extremistische Konkurrenz

zu verlieren, als Oberpräsidenten nach Hannover in die politische Wüste schickte. Nach der bekannten „Haltet den Dieb"-Methode wusch sie sich unschuldsvoll den Pelz und beschuldigte ihren eigenen Minister, die Reichswehr zu einem „Hort der Reaktion" gemacht zu haben. Vergessen war ihr totales Versagen, aus den eigenen Reihen geeignete Kräfte zu mobilisieren, vergessen war ihr Kampf gegen das System der Zeitfreiwilligen und die Freikorps, denen sie den eigenen Fortbestand mitverdankte, vergessen war, daß Gustav Noske gar nicht anders handeln konnte, als er tatsächlich gehandelt hatte, nämlich ohne Zögern, weil keine Zeit zu verlieren war, aus denjenigen Kreisen und Volksschichten die republikanischen Streitkräfte aufzubauen, die über ihr eigenes Interesse hinaus bereit und willens waren, für die neue staatliche Ordnung zwar nicht aus Liebe, aber aus realistischer Erkenntnis der gegebenen Lage einzustehen. Ihr Beitrag war immerhin die Tat und nicht ränkevolle und opportunistische Parteitaktik. Ein Aufgebot von Zeitfreiwilligen ist wiederholt von Noske in verschiedenen Teilen des Reiches angeordnet worden. „Es verstanden sich nur wenige Arbeiter dazu, als Zeitfreiwillige eine Waffe zu führen. Es stellten sich Studenten, frühere Offiziere, Angestellte und Beamte usw. zur Verfügung, fast ausschließlich Angehörige der nicht handarbeitenden Kreise, die meist politisch nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie standen. Fast die gesamte Sozialdemokratie kämpfte im Laufe der Zeit gegen das System der Zeitfreiwilligen an", schreibt Gustav Noske.

Die gleiche Situation ergab sich für den Aufbau der Reichswehr. Die Form des neuen Heeres war von den Siegern bis zum letzten Mann und der kleinsten Waffe vorgeschrieben. Die Reichswehr war nach dem Willen der Sieger ein Söldnerheer. Es war daher selbstverständlich, daß nur Freiwillige genommen werden konnten. Ebenso selbstverständlich war es, daß man in erster Linie auf diejenigen Offiziere zurückgriff, die in den Januar- und Märzkämpfen ihren Mann gestanden hatten, wobei auch Vorsorge getroffen wurde, daß verdiente Reserveoffiziere bleiben konnten. Ein natürlicher Gesichtspunkt waren fernerhin die Verdienste, die sich die Offiziere während des Krieges erworben hatten. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß unbemittelte Offiziere bemittelten vorgezogen wurden. Es lag also entscheidend an der Sozialdemokratie selbst, wie sich das Verhältnis zwischen den neuen politischen Willensträgern und dem neuen Heer gestalten würde. Das Heer der Republik hätte durchaus ein anderes Gesicht erhalten können, wenn die Sozialdemokratie in der Lage gewesen wäre, aus ihrem Funktionär- und Redakteurstab derart beschaffenes und qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen. Sie war es nicht. Ihre nach wie vor antiquierte, wankelmütige, zweifelhafte und von Grund auf antimilitärische Halttung tat ein übriges, Mißtrauen auf beiden Seiten zu säen und eine wenigstens gutnachbarliche Zusammenarbeit von vornherein in Frage zu stellen. Für die Zukunft mußte es demnach entscheidend sein, wie sich die Sozialdemokratie zur Frage des Wehrgedankens, zur Wehrhaftmachung und Wehrbereitschaft stellte.

Otto Braun bekennt sich in seinen Erinnerungen zu dem gleichen Standpunkt, den gegen Ende der zwanziger Jahre Generaloberst von Seeckt vertreten hat. Der Schöpfer der Reichswehr meinte: „Wettrüsten und Rüstungsbeschränkungen sind beide politische Fragen trotz ihrer militärischen Form. Man kann es dem Soldaten nicht verübeln, wenn er für die von ihm verantwortlich vertretenen Interessen hohe Forderungen stellt. Sie im Rahmen der allgemeinen Politik zu halten, ist Sache des Staatsmannes." Wie die „allgemeine Politik" der Sozialdemokratie in der Wehrfrage ausgesehen hat, wird noch zu zeigen sein. Zugleich wird dabei deutlich werden, wie groß der historische Schuldanteil der deutschen Sozialdemokratie an der Entstehung und dem Aufstieg des Nationalsozialismus ist. Um so erschreckender muß dann schließlich die Erkenntnis werden, daß für diese Partei auch für die Zeit nach dem zweiten Zusammenbruch das sprichwörtliche Urteil gilt: Nichts vergessen und nichts hinzugelernt!

Die Reaktion auf die von sozialistisch-marxistischer Seite geschürte Haßpsychose gegen den „Militarismus", insbesondere gegen die Offiziere, mit deren Hilfe sich der neue Staat soeben behauptet hatte, mußte daher über kurz oder lang wie ein naturhaftes Unwetter kommen. Der Kapp-Putsch war nicht zuletzt die Antwort auf die turbulenten Zustände im damaligen Deutschland und auf die unentschlossene, weichliche Haltung der neuen Herrscher in allen nationalen Lebensfragen. Eines seiner wesentlichsten Anliegen war das Ziel, unter allen Umständen die Verkleinerung des Heeres auf einhunderttausend Mann zu verhindern. Es ist immer wieder erstaunlich, die Leichtfertigkeit beobachten zu müssen, mit der politische Bewegungen klassifiziert und abgetan werden, ohne daß man sich der objektiven Prüfung unterzieht, wie sehr vielleicht eigenes Verhalten und eigenes Versagen politische Ursachen zu ihrer Entstehung und Auslösung gesetzt haben. So war der Kapp-Putsch nicht zuletzt auch ein Aufbäumen des alten Offizierskorps gegen die schmähliche und erbärmliche Behandlung, die ihm von marxistischer Seite widerfahren ist. Es ist daher nur eine Anerkennung der politischen Besonnenheit und Reife des Offizierskorps der Reichswehr, wenn der weitaus überwiegende Teil sich nicht infizieren ließ und der Regierung die Treue hielt. Wie anders hätte sich zum Wohle unseres Volkes das innenpolitische Klima in Deutschland entwickeln können, wenn die Sozialdemokratie sich zu dem selbstverständlichen Attribut jeder Staatssouveränität, der Forderung nach Wehrhoheit, positiv eingestellt hätte, wie anders hätte sich ihr Verhältnis zur neuen Reichswehr gestalten können, wenn sie die gleiche Fairneß und Objektivität aufgebracht hätte, mit der Gustav Noske in der Nationalversammlung Angriffe und Vorwürfe gegen die Offiziere abwehrte: „Vor mir selber müßte ich mich schämen, wenn ich nicht auch von dieser Stelle aus versichern würde, daß diese Männer opfervoll mit einem außerordentlich hohen Maß an Selbstüberwindung dem Reiche und dem deutschen Volke loyal und pflichtgetreu gedient haben." Mit wel-

chem Erfolg hätte sie der auf ihre eigene Haltung zurückzuführenden Sympathie des Offizierskorps für alle wehrfreudigen Parteien und Verbände entgegenwirken können, wenn sie sich so unvoreingenommen und so objektiv den Offizieren gegenüber eingestellt hätte, wie es Otto Braun für seine Person tat. Indem er den Vorwurf der Feindschaft gegenüber der Reichswehr zurückweist, erklärt der ehemalige preußische Ministerpräsident: „Ich hegte nie Feindschaft gegen die Armee, viel eher hatte ich eine gewisse Sympathie für sie und ihren Offiziersstand, der von seinen Angehörigen bei richtiger idealer Auffassung ihres Berufs sehr viel Selbstlosigkeit und Hingabe erheischte und wenig Aussicht auf materielle Vorteile bot. Der äußere Glanz mußte viel innere Not verdecken; in mancher armen Offiziersfamilie wurde viel mehr gehungert als in den Haushalten vieler Kleinbürger, ja gutbezahlter Angestellter und Arbeiter ... Wer sich indes das Bild des preußischen Offiziers vornehmlich nach Witzblatt-Karikaturen gestaltet, der wird nicht nur den zahlreichen, ihrem ideellen Beruf der Landesverteidigung in ernster Arbeit dienenden Berufsoffizieren nicht gerecht, sondern der wird sich auch nie erklären können, wie die deutsche Armee über vier Weltkriegsjahre den zahlreichen, numerisch und materiell weit überlegenen Gegnern standhalten konnte. Ich weiß, daß das nicht zum wenigsten auf das intellektuell hochstehende Volksheer zurückzuführen ist, wie ich andererseits auch nicht übersehe, daß die Auswüchse in den Kreisen der Offiziere, besonders der durch Schnellbleiche für diesen verantwortungsvollen Beruf herangebildeten, viel dazu beigetragen haben, die durch immer fühlbarer gewordenen Mangel an Nahrungs- und Kampfmitteln stark geschwächte physische und psychische Widerstandskraft der deutschen Armee zu brechen. Aber das alles kann mich nicht abhalten, den gesunden Kern anzuerkennen, der dem von einer ideellen Berufsauffassung erfüllten Offizierkorps innewohnt."

Zu dieser Objektivität und Anständigkeit hat sich die Sozialdemokratie ebensowenig durchringen können, wie zu einer tatkräftigen deutschen Politik der Beseitigung aller die deutsche Staatssouveränität und Staatshoheit einengenden Fesseln des Versailler Diktats. „Nur unglaubliche politische Kurzsichtigkeit konnte annehmen, daß ein großes, kulturell hochstehendes, stark militant eingestelltes Volk wie das deutsche sich diese ihm aufgezwungene Wehrlosigkeit auf die Dauer würde gefallen lassen. Diese wehrpolitische Degradation mußte ihm und vor allem den Reichswehrangehörigen um so ungerechter und entwürdigender erscheinen, als die Siegerstaaten kaum Miene machten, zu einer ernstlichen Abrüstung zu schreiten", meint Otto Braun, allerdings erst im Jahre 1938. Zu spät kommt oft die Reue! Man kann nur dankbar sein, daß ein so führender und einflußreicher sozialdemokratischer Politiker dieses historische Urteil gesprochen hat. Denn der Vorwurf der „unglaublichen politischen Kurzsichtigkeit" trifft in erster Linie die Sozialdemokratie selbst. Wie dem gesamten deutschen Volk,

so mußten auch der Reichswehr von Jahr zu Jahr mehr die Träger des politischen Willens der Nation als völlig ungeeignet und unfähig erscheinen, die sich nicht nur willen- und kraftlos mit dem durch das Versailler Diktat vorgeschriebenen Wehrstatus Deutschlands abfanden, sondern in deren Reihen beachtliche Kräfte sogar für eine weitere Abrüstung und für die Abschaffung des Heeres überhaupt eintraten. Es ist die unbestreitbare historische Schuld der Sozialdemokratie, die Vertretung der Wehrinteressen des deutschen Volkes bewußt vernachlässigt zu haben. Daß ihr Versagen im Bereich der Wehrpolitik innenpolitische Konsequenzen und vor allem Reaktionen auslösen mußte, entspricht nur dem Gesetz von Ursache und Wirkung. Wie weit ihre Haltung in der Wehrfrage zur Förderung des Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus beigetragen hat, läßt sich erklärlicherweise nicht in Prozenten ausdrücken. Daß sie jedenfalls wesentliche Geburts- und Wachstumshilfe geleistet hat, wird kein ehrlicher Betrachter der damaligen Zeit leugnen können. Gustav Noske schreibt: „Über Wehrfragen gab es in den Jahren 1926 und 1927 lange Auseinandersetzungen in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse. Zwischen der Reichswehr und dem Linksliberalismus und erst recht der sozialdemokratischen Fraktion dehnte sich die schon vorhandene Kluft immer weiter aus. Bei nachdrücklichem Eintreten für die Wehrhaftigkeit in Wort und Schrift war die Reichswehr, d.h. die höhere Führung, mit jeder Partei zufrieden. Statt dessen hörte nicht nur das Herumquengeln an Kleinigkeiten nicht auf, sondern dem Heer und der Marine wurden die notwendigsten Mittel für ihre Modernisierung stark beschnitten oder gar völlig verweigert.“ Diese mutige, vom Willen zur Wahrheit und Objektivität getragene Äußerung des besten Fachkenners der damaligen wehrpolitischen Situation und der sie beherrschenden Kräfte zerreißt schlagartig den trüben Schleier der Unwahrhaftigkeit, der bewußten Lüge und Diffamierung und des politischen und parteitaktischen Intrigenspiels, der aus parteiegoistischen Absichten seit 1945 über jene Zeit von 1918 bis 1933 auf tausend Wegen und durch unzählige Kanäle über das deutsche Volk geworfen worden ist, um den historischen Hinter- und Untergrund zu verdunkeln und zu verdecken, aus dem der 30. Januar 1933 wie unter den Strahlen der Frühlingssonne hervorwachsen mußte. Wie billig und empörend wäre es, wenn ehemalige Größen des tausendjährigen Reiches erklären wollten, sie fühlten sich in jeder Beziehung schuldlos und erhaben über alle Vorwürfe, die gegen sie angesichts des vor aller Augen liegenden Scherbenhaufens erhoben würden! Gleichermaßen empörend aber ist es, wenn Otto Braun, im Widerspruch zu seinen Eingeständnissen, die historische Schuld an der Entstehung des dritten Reiches auf die Schultern des eigenen Volkes abwälzt, indem er schreibt: „Bei dem deutschen Volke bewahrheitete sich wieder einmal, was Kant in seinem Traktat ‚Über die Aufklärung‘ niedergeschrieben hat: ‚Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum

ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Bevormundung freigesprochen, dennoch gern zeitlebens unmündig bleiben ... Es ist so bequem, unmündig zu sein.' "

Diese Beleidigung des deutschen Volkes verdient schärfste Zurückweisung. Der Vorwurf der „Faulheit und Feigheit" erledigt sich von selbst und fällt mit voller Wucht auf den abgedankten und emigrierten Schreiber wie auch auf seine Partei zurück. Gerade weil das deutsche Volk nicht zeitlebens, mit der Schlinge des Versailler Diktats am Halse, unmündig bleiben wollte, erteilte es mit Einschluß der deutschen Arbeiterschaft auch der Sozialdemokratie die Absage. Entstehung und Aufstieg des Nationalsozialismus zeugen entscheidend gegen die Sozialdemokratie. Die Geschichte hat über ihre Haltung und Politik das Urteil sehr gründlich gesprochen.

Das erste Warnungszeichen erhielt die Partei durch die Reichstagswahlen von 1924. Diese Wahlen bedeuteten für sie eine schwere Niederlage. Bei der Wahl zur Nationalversammlung erhielten die beiden Fraktionen der gespaltenen Sozialdmokratie von 30,4 Millionen abgegebenen Stimmen 13,8 Millionen, das waren 45,5 Prozent. Bei der ersten Reichstagswahl vom Jahre 1920 vereinigten sie 39,5 Prozent aller Stimmen auf sich. Im Jahre 1924 erhielten die beiden nun wiedervereinigten Parteien nur noch Stimmen von 19,6 Prozent der zur Urne gehenden Männer und Frauen. Damit hatte die Partei einen Stand erreicht, der prozentual hinter dem vom Jahre 1907 zurückblieb. Dieser aufsehenerregende, aber verständliche Rückgang war vornehmlich auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einmal hatte die Sozialdemokratie durch ihre Politik und ihre Gesamthaltung bewiesen, daß sie nicht die notwendige Qualifikation besaß, in allen Lebensfragen des deutschen Volkes mit dem Wort und mit der Tat die Führung zu übernehmen. Zum anderen war sie bereits im Jahre 1922 erneut die Ehe mit den radikalen Elementen der „Unabhängigen" eingegangen, d. h. mit jenen Kräften, die sich offen zur Urheberschaft der Revolution bekannt hatten und für die Bürgerkriegsunruhen mit ihren schändlichen und häßlichen Begleiterscheinungen hauptverantwortlich waren. Die Wiedervereinigung mit der USPD mußte daher mit vollem Recht als eine Sanktionierung und Tolerierung ihrer Untaten erscheinen. Das charakterliche Bild und das Ansehen der Gesamtpartei mußte um so mehr durch den Zusammenschluß leiden, als die Gegensätze und die offene Feindschaft der beiden marxistischen Brüder für unüberbrückbar angesehen wurden. Waren die Auseinandersetzungen nur Spiegelfechterei gewesen? Enthüllte die Sozialdemokratie nicht jetzt ihr eigentliches, wahres Gesicht? Diese Fragen waren ganz besonders deshalb berechtigt, weil den maßgeblichen Führern der Unabhängigen durch mehrere Sitze im Parteivorstand sofort entscheidender Einfluß eingeräumt wurde. In ihn wurde außer dem unmöglichen Crispien Dittmann, der ehemalige Volksbeauftragte, hereingenommen. In einem Artikel, mit dem Wilhelm Dittmann seinen Anhängern erklärte, warum nach fünfjährigem Bestehen die Partei wieder verschwinden müsse, wurde nach der selbstverständlichen Anprange-

rung des „Noske-Kurses" der alten Partei zum Schluß versichert, der Geist der Unabhängigen Sozialdemokratische Partei werde „in der vereinigten Sozialdemokratischen Partei weiterleben und die Politik und Taktik der deutschen Sozialdemokratie befruchten und lenken zur Eroberung der politischen Macht". Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, allerdings mit dem beachtlichen Unterschied, daß eine andere Partei auf dem so vorbereiteten Acker eine reichhaltige und rasche Ernte halten konnte. Diese Gesellschaft, die die Axt an die Wurzel der Demokratie und Republik gelegt hatte, wagte es noch im letzten Augenblick vor dem Untertauchen in der SPD, sich als die „Gerechten und die Verteidiger der Republik" aufzuspielen. Sie konnte dabei auf die Schafsgeduld und die politische Instinktlosigkeit der Sozialdemokratie rechnen, die um des sog. lieben Friedens oder auch des eigenen Untergangs willen, wie man wohl heute sagen darf, zu dieser Spiegelfechterei schwieg. „Verblendet nahm die alte Partei den Haufen bankrotter politischer Stänker in leitende Stellen auf. Der ganze Parteiapparat wurde mit USPD-Leuten verseucht. Bei allen Aktionen wurde auf die Erhaltung der neuen Parteieinheit geachtet, d. h. auf die gute Laune der ständig zu Krakeel geneigten USPD-Leute. Das bedeutete, soweit der frühere Maulradikalismus mancher Männer nicht allmählich verblaßte, daß die alte Sozialdemokratie nunmehr oft die Politik der Unabhängigen betrieb. Vom Tage der Vereinigung ab hat es in der Partei zwei oder drei Richtungen gegeben", berichtet Gustav Noske. Das sollte sich sehr bald und sehr deutlich besonders auf dem Gebiet der Wehrpolitik zeigen.

Das neue Programm, das der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im September 1925 in Heidelberg beschloß, faßte die Forderungen auf dem Gebiete des Heerwesens in folgende Sätze zusammen: „Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik."

Gegenüber den bisherigen programmatischen Äußerungen zur Wehrfrage ist der Unterschied in die Augen springend. Die Forderung nach einer Miliz ist fallengelassen worden, von einer allgemeinen Volksbewaffnung ist keine Rede mehr. Die tiefste Ursache hierfür ist wohl in der allgemeinen pazifistischen und trotz aller bösen Erfahrungen illusionistischen antimilitärischen Grundhaltung weitaus überwiegender unterer und oberer Funktionärkreise zu finden. Daß das Heidelberger Programm alle monarchistischen und militaristischen Bestrebungen ablehnte, verstand sich für ein sozialistisches Programm von selbst. Indem es allerdings die „Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik" forderte, brachte es den für eine sozialdemokratische Politik entscheidenden Gesichtspunkt zur Geltung. „Nachdem die deutsche Reichswehr als ein Machtmittel der äußeren Politik ohnehin nicht viel in Frage kommt und die Sozialdemokratie vorerst auch gar nicht untersuchen will, welches Wehrsystem imstande ist, das Land gegen äußere Angriffe am besten zu schützen, bleibt nur die Betrachtung

der Wehrfrage vom Standpunkt der Innenpolitik übrig", schreibt Julius Deutsch in jenen Jahren. Dieser Satz umreißt knapp, aber treffend die Einstellung der Sozialdemokratie zum Wehrproblem. Richtig wird in ihm zum Ausdruck gebracht, daß die Reichswehr eben keine „Wehr des Reiches" war. Diese Tatsache hat der Sozialdemokratie nie ernsthafte Sorgen oder gar Kopfschmerzen bereitet. Internationalismus, Völkerversöhnung und Pazifismus waren für sie ausreichende „Garantien" für die Sicherheit des Reiches. Endlich war die heißersehnte, einmalige Gelegenheit gegeben, den von ihr beherrschten Massen zu zeigen, daß eine fortschrittliche demokratische Politik und vor allem außenpolitische Erfolge auch ohne das Fundament jeglicher Politik, nämlich „Macht", möglich seien. Mit ihren antiquierten, durch die Ereignisse von 1918/19 zwar widerlegten Thesen wäre die Forderung nach „Macht", d. h. nach gleichberechtigtem und angemessenem militärischen Potential, unvereinbar gewesen. Deshalb „wollte" sie auch gar nicht untersuchen, welches Wehrsystem geeignet war, Volk und Reich gegen äußere Angriffe zu schützen. Ihr Gesicht war daher nicht nach außen auf die Beseitigung der militärischen Fesseln von Versailles gerichtet, sondern nach wie vor auf den „Feind" im Innern. Nur unter diesem Blickwinkel war für sie die Frage der Heeresverfassung interessant. Wie sollte das Heer der Republik ausschauen? Das Heidelberger Programm begnügte sich mit einer Antwort, die das zu erstrebende Ziel angibt, ohne sich jedoch auf Einzelheiten einzulassen: Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik. Wie dieses Ziel zu erreichen sei, darüber schweigt sich das Heidelberger Programm aus. Die Politik einer deutschen Partei, die sich die Aufgabe stellte, mit dem bestehenden Heer in einen engeren Kontakt zu kommen und seine Sympathie zu gewinnen, hätte, ausgehend von einer nur dem gesunden Menschenverstand unterworfenen Analyse der Lage Deutschlands, an die Spitze ihres Programms die Forderung auf unbeschränkte Wiederherstellung der deutschen Souveränität, d. h. vor allem die Forderung auf Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit stellen müssen.

Wie die Gewerkschaften für sich in Anspruch nahmen, die berechtigten Vertreter der Arbeiterinteressen zu sein, so war es das selbstverständliche Recht der Reichswehr, für die Wahrung der ihr übertragenen Interessen einzutreten, zumal sie die letzte Instanz war, in deren Händen die Unversehrtheit des Reiches lag. Wie sehr die Sicherheit und die friedliche Entwicklung des Reiches gefährdet war, hatte nicht nur der Ruhreinbruch der Franzosen allzu fühlbar gezeigt. Es mag in diesem Zusammenhang genügen, Otto Braun zu zitieren, der am 23. März 1926 als preußischer Ministerpräsident im preußischen Landtag „von den politischen Aspirationen der Polen" sprach, „die dahin gehen — und sie äußern sich in Polen leider nicht nur in ausgesprochen nationalistisch-extremen Blättern und seitens solcher Politiker, sondern auch von sehr offizieller Seite —, weitere deutsche Gebiete unter polnische Herrschaft zu bringen". Es war daher nicht nur das Recht, sondern auch

die Pflicht der Armee als der verantwortlichen Trägerin des bewaffneten Schutzes der demokratischen Republik, an die Reichsleitung entsprechende Forderungen und Wünsche heranzutragen. Wenn sozialdemokratische Zeitungen nach dem zweiten Zusammenbruch die Ursache für die tragische Entwicklung der Weimarer Republik in der Tatsache suchen, daß die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats nicht eingehalten wurden und daß die Wiederentstehung einer deutschen Armee eine Bedrohung der deutschen Demokratie und des Friedens bedeuten mußte, so ist eine derartige Behauptung nicht nur ein geschichtswidriger Angriff auf das deutsche Soldatentum, sondern verrät ein solches Maß an politischer und psychologischer Instinkt- und Einsichtslosigkeit, daß eine solche Partei sich damit selbst abqualifiziert. „Nur unglaubliche Kurzsichtigkeit konnte annehmen, daß ein großes, kulturell hochstehendes, stark militant eingestelltes Volk wie das deutsche sich diese ihm aufgezwungene Wehrlosigkeit auf die Dauer würde gefallen lassen. Die wehrpolitische Degradation mußte ihm und vor allem den Reichswehrangehörigen um so ungerechter und entwürdigender erscheinen, als die Siegerstaaten kaum Miene machten, zu einer ernstlichen Abrüstung zu schreiten. Das mußte zur Umgehung dieser als ungerecht empfundenen Friedensvorschriften geradezu anreizen und jedes konspirative Treiben begünstigen, das zur Bildung illegaler Wehrverbände führte, die unter mannigfaltiger Tarnung, mehr oder weniger aus den Fonds der Reichswehr gespeist, ihr Wesen trieben." Dieses Eingeständnis eines der sozialdemokratischen Hauptakteure, des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, sei ausdrücklich wiederholt, während Wilhelm Keil in seinen „Erlebnissen eines Sozialdemokraten" schreibt: „Das Bild wäre jedoch nicht vollständig, würde ich verschweigen, daß auch meiner Partei Züge anhafteten, die sich mit einer führenden Stellung im Staate schwer vereinbaren ließen und den Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien verschärften. Wohl der wichtigste dieser Züge betraf ihr Verhältnis zur Reichswehr und zur Wehrpolitik. Weite Kreise meiner Partei hatten sich nicht freizumachen vermocht von der grundsätzlichen Negationspolitik gegenüber dem stehenden Heere. So berechtigt diese Haltung im Kaiserstaat gewesen war, so hinderlich wurde sie in der Republik der Bildung einer neuen demokratischen Heeresorganisation." Diesen Äußerungen sicherlich unverdächtiger Zeugen ist wohl kaum noch etwas hinzuzufügen. Leider kamen ihre Selbstanklagen zu spät, oder sie selbst waren zu schwach, um sich im Rahmen ihrer in verkrampften Doktrinarismus und weltanschauliche Borniertheit verstrickten Partei durchzusetzen. Dabei ist die Feststellung von besonderem Interesse, daß die deutsche Arbeiterschaft selbstverständlich vernünftigen und nüchternen Argumenten durchaus zugänglich war. Als Gustav Noske vom Parteisekretariat in Harburg zur Reichstagskandidatur aufgefordert wurde, als er in seinen Reden den Völkerbund eine kleine Internationale der Siegerstaaten

nannte, als er von der Notwendigkeit sprach, einen vaterländischen Ton anzuschlagen, als er die Schaffung eines neuen Wehrgeistes forderte und, wie er selbst sagt, „in seiner Kandidatenrede ein nationales und sozialistisches Programm aufstellte", da schrieb die „Rote Fahne", das Blatt der Kommunisten: „Statt den Kerl mit Schimpf und Schande davonzujagen, jubelten ihm die Arbeiter in jeder Versammlung zu, in der er erschien." Die eigene Partei begann sofort ein Kesseltreiben gegen ihn. Es bedeutete nichts mehr, daß die Harburger kräftig ihr Recht betonten, sich einen Kandidaten nach eigener Wahl suchen zu können. Der Parteivorstand entschied, daß von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen sei. Die über die Vergewaltigung entrüsteten Harburger wurden von oben her nach dieser „demokratischen" Entscheidung der letzten Instanz der Partei belehrt, Eigenmächtigkeit würde für sie härteste organisatorische Folgen haben. Wiederum zeugt es von dem hohen Grad politischer und persönlicher Integrität Gustav Noskes, wenn er im August 1927 schmerzlich und verbittert feststellt: „Solange Leute im Vorstand der Partei sitzen, die erklären dürfen, daß sie kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, ist nicht darauf zu rechnen, daß sich die Partei auf eine starke Betonung ihres deutschen Nationalgefühls einstellt." Es ist schon an anderer Stelle hervorgehoben worden, daß Gustav Noske und Julius Deutsch die eigentlichen „Militärexperten" der deutschen Sozialdemokraten waren. Bezeichnend bleibt die Tatsache, daß diese beiden Männer, die dem Wehrgedanken durchaus positiv gegenüberstanden, sich innerhalb ihrer Partei nicht durchsetzen konnten. Ihre vergeblichen Bemühungen, die eigene Partei zu einer vernünftigeren und illusionsfreien Haltung in der Wehrpolitik zu bestimmen, beweisen die militär- und wehrfeindliche Ausrichtung der gesamten Politik der deutschen Sozialdemokratie nur um so eindrucksvoller. So wirkt die Feststellung von Julius Deutsch, „daß die tatkräftigsten Elemente in jedem Volk immer wieder nach militärischer Betätigung drängen werden, solange eine allgemeine internationale Abrüstung nicht durchgeführt ist", wie ein abschließender Urteilsspruch über die sozialdemokratische Wehrpoltik der Jahre 1918 bis 1933 und darüber hinaus. „Die Jugend zu ertüchtigen, ist ein Gebot wehrhafter Demokratie. Eine engere Verbindung zwischen Heer und Volk erfordert ein auf diese Verbindung Bedacht nehmendes Erziehungssystem. Schon bei der Erziehung der Jugend müßte mit der Pflege wehrhafter Eigenschaften begonnen werden. Weder für die Jugend noch für die Erwachsenen sollte unter den heutigen Verhältnissen der Grundsatz gelten, daß die Massen des Volkes sich für militärische Angelegenheiten nicht zu interessieren brauchten. Überließe ein Volk die Waffengewalt einfach einer Anzahl Söldner und bliebe es in seiner großen Masse selber wehrlos, dann wären die Tage seiner Freiheit gezählt. Dagegen ist es gewiß, daß ein ertüchtigtes Volk, wehrhaft und kampfentschlossen, seine Freiheit liebend und die Unterdrückung verabscheuend, imstande ist, unter jedem Wehrsystem seine innere und äußere Unabhängigkeit zu ver-

teidigen. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich mit der, wenn auch sehr betrüblichen, so doch leider nicht wegzudenkenden Tatsache abzufinden, daß die Welt in Waffen starrt, daß das Wettrüsten in größtem Stile weitergeht und nirgends eine begründete Hoffnung winkt, in absehbarer Zeit zu friedlicheren Aussichten zu gelangen. Was sollen in dieser Situation die sozialdemokratischen Parteien tun? Die Sozialdemokratie hat in jedem Lande die Pflicht, sich nationalistischen und imperialistischen Kriegen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu widersetzen. Aber eines kann und darf sie nicht: das eigene Land wehrlos machen. So eifrig die organisierte Arbeiterschaft für den Frieden zu werben hat, so kräftig sie ihn als ein volles Gut verteidigen muß, kann sie sich doch nicht der Tatsache verschließen, daß vorerst für die meisten Staaten eine einseitige Abrüstung nicht ohne Gefahr für das abrüstende Land ist. Untersuchen wir nach diesen Überlegungen unsere Stellung zum Heere, dann ergibt sich, daß eine bloße schematische Negation nicht möglich ist. Die Sozialdemokratie muß dem Staate, für den sie mitverantwortlich ist, das zu seiner Verteidigung notwendige Rüstzeug geben." So weit wiederum der Militärsachverständige Julius Deutsch.

An dieser Stelle mag es notwendig sein, ein Wort der Entschuldigung zu sagen, daß der Verfasser es für richtig erachtet hat, einzelne prominente Sozialdemokraten in so ausführlicher Weise zu Worte kommen zu lassen. Nochmals darf er seiner Meinung Ausdruck geben, daß nur auf diese Weise Klarheit und Wahrheit geschaffen werden kann über jene noch in politische und historische Dunkelheit getauchte Zeit, in der die eine ganze Welt erschütternde Bewegung des Nationalsozialismus geboren wurde und in raschem Anlauf zum weitaus stärksten und beherrschenden Faktor im Parteigetriebe der Weimarer Republik werden konnte. Wer trägt die Schuld, daß alles so gekommen ist, wie es heute vor aller Augen sichtbar geworden ist? Ist es der Nationalsozialismus allein? Geschichte ist die Politik von gestern, und die Politik von heute wird die Geschichte von morgen sein. Pflicht des Staatsbürgers, besonders des deutschen, der so furchtbar vom Schicksal geschlagen wurde, muß es sein, sich aus dem Studium authentischer Quellen ein möglichst objektives Bild von allen politischen und geschichtlichen Kräften und Strömungen zu verschaffen, das ihn befähigt, aus den Lehren der Politik von gestern zu lernen und heute besser zu machen, was damals schlecht gemacht wurde, um es einfach zu sagen. An der Spitze dieser geschichtlichen Quellen stehen für die Geschichtswissenschaft wie auch für die Politik die Berichte, Erzählungen, Erinnerungen und Tagebücher von Zeitgenossen, die mit der Absicht geschrieben wurden, der Mit- und Nachwelt die Kunde des Geschehenen zu übermitteln und es der praktischen Auswertung, d. h. für die Politik von heute, nutzbar zu machen. Die Erinnerungen, Schriften und Reden maßgeblicher sozialdemokratischer Führer und Politiker zu dem hier interessierenden Fragenbereich möglichst ausgiebig selbst sprechen zu lassen, soll schließlich auch ein Bekennt-

nis zur Objektivität sein. Weit davon entfernt, mit dieser durchaus politischen Schrift etwa der Geschichtsschreibung vorgreifen zu wollen, muß es jedoch ein echtes politisches Anliegen des um sein eigenes und seines Volkes Schicksal besorgten Staatsbürgers sein, sich mit der zeitlichen und ursächlichen Aufeinanderfolge und Erforschung der politischen Begebenheiten zu beschäftigen und den bewegenden Kräften nachzuspüren. Insoweit berühren sich Politik und Geschichtswissenschaft. Sache der Geschichtswissenschaft wie auch der Politik ist die Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhanges der Ereignisse, ihre psychologische Begründung als Äußerungen des menschlichen Geistes und das Begreifen ihrer Rückwirkung auf diesen. Der Wert der Geschichte in seiner Reflektion auf die Politik besteht in der Heranbildung eines sicheren Urteils über alle menschlichen, besonders staatlichen, Angelegenheiten, endlich der Erkenntnis der ewigen und unerbittlichen Gesetze, welche die Wirklichkeit beherrschen. Damit kehren wir zum Thema zurück. Eines der ewigen und unerbittlichen Gesetze, welche die Wirklichkeit, d. h. das Leben der einzelnen wie der Völker, beherrschen, ist das Recht — und für den normalen Menschen — die Pflicht zur Notwehr und Selbstverteidigung. „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit!" Dieser Satz stand einmal in einem sozialdemokratischen Parteiprogramm: Erfurt 1891. „So entschlossen die Sozialdemokratie gegen alle militaristischen Bestrebungen kämpfen muß, so falsch wäre es, wenn sie einem Volke zumuten wollte, nicht militant, nicht wehrhaft zu sein", schreibt Julius Deutsch im Jahre 1927. Worte, nicht als Worte! Mit den Taten hätte sich die deutsche Sozialdemokratie zu ihren Worten bekennen müssen. Obwohl die demokratische Republik ihr in mehr als reichlichem Maße hierzu Gelegenheit bot, fand sie in dieser Zeit nicht einmal die gleichen Worte. Die Macht und die Möglichkeit, das Volk wenigstens mit wehrfreudigem Geist zu erfüllen und mit Energie und Entschlossenheit die berechtigte Forderung auf Deutschlands militärische Gleichberechtigung zu vertreten, war in ihre Hand gegeben. Mit Stolz und Selbstbewußtsein verkündete Wilhelm Dittmann auf dem Parteitag zu Magdeburg 1929: „Der preußische Militärstaat hat sich im Weltkrieg selber umgebracht. Heute ist die Sozialdemokratie Subjekt nicht nur der Gesetzgebung, sondern auch der Exekutive, der Regierungsgewalt." Statt dessen zog es der Reichskanzler Genosse Hermann Müller vor, noch im Jahre 1929 im Parteiausschuß zu erklären, daß „es für die Führung der Parteigeschäfte völlig gleichgültig sei, ob die Partei jetzt Richtlinien zur Wehrpolitik aufstelle oder nicht".

Mit Carl von Clausewitz' Bekenntnisdenkschrift aus dem Jahre 1812 ist man, selbstverständlich in zeitgemäßer Abwandlung, geneigt zu sagen: „Man glaubt also an die Notwendigkeit einer Allianz ohne Bedingungen, einer Unterwerfung auf Gnade und Ungnade, endlich einer Entsagung auf den Vorzug eines eigenen Fürstenhauses. Man gibt diese Gradation der Übel mit Achselzucken zu und errötet höchstens, indem man die Augen niederschlägt.

Dies ist die öffentliche Meinung mit wenig Ausnahmen. Die Art, sie zu bekennen, ihr nachzuleben, unterscheidet die verschiedenen Stände und in den Ständen die Individuen. Hof- und Staatsbeamte sind die Verderbtesten. Sie wünschen nicht bloß wie die anderen Ruhe und Sicherheit, sie sind nicht bloß des Gedankens entwöhnt, unter Gefahren ihre Pflicht zu erfüllen, sondern sie verfolgen auch jeden mit unversöhnlichem Haß, der nicht verzweifelt. Das beständige Einwirken der Weichlinge, Lasterhaften und Pflichtvergessenen auf diese Meinung ist die Ursache der öffentlichen Meinung. Von dieser Meinung und Stimmung, womit man sich bei uns schmückt, als sei sie aus dem reinen Gefühle für das Wohl aller entsprungen oder eins mit demselben, sage ich mich feierlich los: ... von der kindischen Hoffnung, den Zorn des Tyrannen durch freiwillige Entwaffnung zu beschwören, durch niedrige Untertänigkeit und Schmeichelei sein Vertrauen zu gewinnen ...“

Von dieser kindischen Hoffnung sagte sich die Sozialdemokratie allerdings nicht los. „In verhängnisvoller Weise wirkte sich ihre antiquierte Stellungnahme in der sog. Panzerkreuzeraffäre aus“, berichtet Wilhelm Keil.

Laut Artikel 181 des Versailler Diktates war es Deutschland gestattet, Ersatzbauten für die durch das Diktat zugelassenen und in Dienst befindlichen sechs Schlachtschiffe durchzuführen. Diese Ersatzbauten durften keine größere Wasserverdrängung als zehntausend Tonnen haben. Die Neubauten liefen unter der Typenbezeichnung „Panzerkreuzer“. Für das Panzerschiff A, das erste seiner Art, war die erste Rate im Etat für 1928 vorgesehen und vom Reichstag gebilligt worden, selbstverständlich ohne die Stimmen der Sozialdemokratie. Der Reichsrat hatte gleichfalls zugestimmt mit dem Vorbehalt, daß vor Baubeginn zu prüfen sei, ob der Bauaufwand im Laufe der kommenden Jahre gedeckt werden könne. Der mit dieser Klausel versehene Etat für 1928 war bereits in Kraft getreten, als die Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller zustande kam. In einer Kabinettssitzung bejahte die neue Regierung die Deckungsfrage und gab damit den Bau des Panzerkreuzers frei. Wilhelm Keil schreibt dazu in seinen „Erlebnissen“: „Die Angelegenheit hätte damit ihre Erledigung finden können, wenn nicht der Panzerkreuzerbeschluß des vorigen Reichstags von meiner Partei im Wahlkampf in fast noch heftigerer Weise agitatorisch angegriffen worden wäre, wie im kaiserlichen Deutschland große Rüstungsaufwendungen bekämpft wurden. Da die gleiche frühere Reichstagsmehrheit eine zur Speisung armer Kinder vorgesehene kleine Etatposition abgelehnt hatte, war im Wahlkampf das Schlagwort geprägt worden: Für Kinderspeisung, gegen Panzerkreuzer! Das war eine Formel, die auch der bescheidenste Agitator sich leicht zu eigen machen konnte. Diese Stimmungen wurden in weiten Kreisen der Partei wieder wachgerufen, als die Reichsregierung am 11. August 1928 bekanntgab, daß sie, nachdem die Frage der Deckungsmöglichkeit bejaht worden sei, die Inangriffnahme des Kreuzers genehmigt habe. Der größere Teil der Partei-

presse schlug sofort Lärm. Ich lehnte es ab, dabei mitzumachen. Mir drängte sich neben der verfassungsrechtlichen auch die politische Frage auf, ob das gesunde Nationalgefühl es ertragen könne, auf einen Teil der uns in Versailles belassenen schwachen Rüstung zu verzichten, solange die Umwelt in Waffen starrte."

Mit dem gesunden Nationalgefühl der Sozialdemokratie, wie es damals Wilhelm Keil verstand, war es eben nicht weit her. Treffend kennzeichnete Gustav Noske schon damals ihre Haltung: „Mit ihrer Auffassung von der Wehrfrage kann die deutsche Sozialdemokratie keine praktische Politik treiben. Mit pazifistischen und schönen moralphilosophischen Gedanken kann man in einer Volksversammlung und besonders bei Leuten, die noch unter den Nachwirkungen des letzten Krieges leiden, Augenblickserfolge und Beifallsstürme erzielen, praktische Politik kann man damit nicht machen. Was sie will, ist nicht Pazifismus, sondern das Bekenntnis vor aller Welt, daß jede Nation, die nicht abrüstet, mit deutschen wirtschaftlichen und politischen Interessen Schindluder treiben kann." Das ist das Urteil einsichtiger Sozialdemokraten über die Politik ihrer eigenen Partei. Wer will bestreiten, daß dieses Urteil auch heute noch seine volle Berechtigung und Gültigkeit hat!

Die Auseinandersetzungen über die Panzerkreuzeraffäre hatten zur Folge, daß nunmehr eine Klärung der grundsätzlichen Haltung der Partei zur Wehrfrage als dringend notwendig erachtet wurde. Der Parteitag von Magdeburg bot dazu ausgiebige Gelegenheit. In aller Breite und Ausführlichkeit sollte das Problem, das der Sozialdemokratie bis auf den Tag so viel Kopfzerbrechen verursacht, diskutiert werden. Der Parteitag fand vom 26. bis 31. Mai 1929 statt. Nur dreißig Tage trennten ihn also von jenem verhängnisvollen 28. Juni, an dem vor 10 Jahren dem deutschen Volk unter Drohung und Gewalt in Versailles der Diktatfrieden aufgezwungen worden war. Wiederum prallten in der Partei die verschiedensten Meinungen und Standpunkte hart aufeinander, wiederum blieb es nur bei dem kümmerlichen Versuch, wie der Parteivorstand selbst mitteilen ließ, „die Klärung des Wehrproblems in der Partei einzuleiten". Ins Auge gefaßt wurde von vornherein nur die Behandlung des „historischen Teils" des Problems, um die Verständigung über den „aktuellen Teil" zu erleichtern. Dieser und mit ihm das ganze Wehrproblem sollte erst auf einem späteren Parteitag zum Abschluß gebracht werden. Eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission erhielt den Auftrag, Richtlinien für die Wehrpolitik der Partei aufzustellen. Es zeigte sich sehr bald, daß ein einheitliches Votum nicht zu erzielen war. So kam ein Mehrheits- und ein Minderheitsentwurf zustande. Noch einmal trat die Heterogenität des sozialdemokratischen Parteiorganismus mit aller Schärfe an das Tageslicht. Noch einmal wurde deutlich, daß diese Partei als Vertreterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes freiwillig abgedankt hatte. Noch einmal wurde sichtbar, daß die deutsche Sozialdemokratie aus den bitteren

Erfahrungen und Enttäuschungen des deutschen Volkes seit dem Waffenstillstand und seit Versailles nichts gelernt hatte. Die dummdreiste Sturheit besonders ihres radikalen Flügels, dem sie durch die Aufnahme der Unabhängigen wieder gewichtigen Einfluß eingeräumt hatte, überschlug sich in Haß, Blindheit und einfältiger Selbstentmannung. Mit Recht geriet die Partei bei immer stärkeren Volkskreisen in Mißkredit. Ihre utopistische Politik mußte von Jahr zu Jahr mehr die Wähler abstoßen und sie für den Radikalismus von links und rechts reif machen. Das Minderheitsgutachten „lehnt jeden Krieg ab, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden. Die Sozialdemokratie lehnt darum die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Beseitigung dieser Wehrmacht. Ohne von dieser prinzipiellen Stellung der Reichswehr gegenüber abzugehen, fordert die Sozialdemokratie für die Gegenwart Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat, Abschaffung der Kriegsflotte, Verbot der Wehrverbände, Beseitigung aller strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen". Wiederum wurde auf Beschlüsse der Sozialistischen Internationale, des Internationalen Gewerkschaftskongresses und der Sozialistischen Arbeiterinternationale Bezug genommen und die Fordererung erhoben, bei drohender Kriegsgefahr den Generalstreik auszurufen, die internationale Solidarität siegen zu lassen und den Grundsatz der Landesverteidigung abzulehnen. „Weder Demokratisierung der Heeresorganisation noch demokratische Kontrolle des Heerwesens können ernsthaft als Friedenssicherungen angesprochen werden. Der revolutionäre Sozialismus löst das Wehrproblem — wie vor dem Kriege — mit der Parole, die für die ganze Epoche der kapitalistischen Klassengesellschaft gilt: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen."

Auch hier gilt das Wort: Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode! Vergessen waren die Erfahrungen vom August 1914, vom November 1918, wo die internationale Solidarität der Sozialistischen Internationale so jämmerlich versagt hatte, vergessen war die Tatsache, daß man der deutschen Demokratie statt des in Aussicht gestellten Friedens der Versöhnung das Joch eines Sklavendaseins aufgebürdet hatte, daß für das deutsche Volk der Frieden lediglich die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bedeutete, vergessen war die Verpflichtung der Sieger, der beinahe totalen deutschen Abrüstung die eigene alsbald folgen zu lassen. Wenn man die Reden und Schriften dieser unbelehrbaren Phantasten liest, wird man das Gefühl nicht los, es mit einem Haufen von Unzurechnungsfähigen zu tun zu haben. Von besonderem Interesse im Hinblick auf die Gesamtpartei sind die Begründungen, wie sie in der großen Debatte des Parteitags aus dem Munde nicht weniger Redner aufklangen. „Die Wehrpolitik der Sozialdemokratie sei von jeher darauf gerichtet gewesen, dem bürgerlichen Staat die Mittel zur Führung eines Krieges zu nehmen. Deshalb habe die Sozialdemokratie auch zu allen Zeiten die Mittel für die sogenannten technischen Verbesserungen der bestehenden Wehr-

organisation abgelehnt, so für die Einführung des Rohrrücklaufgeschützes und des Maschinengewehrs. Denn die Vertretung des deutschen Proletariats habe es für ihre Pflicht gehalten, dieses Herrschaftsinstrument der Gegner nicht zu verbessern, sondern abzustumpfen. Der Vorwurf des Landesverrats sei nichts gegenüber einer Partei, die keine Pflichten gegenüber Land und Nation, die Pflichten lediglich gegenüber der Klasse des Proletariats habe. Die Sozialdemokratie dürfe nicht an Symtomen herumkurieren wollen. Sie müsse den entschlossenen Willen besitzen, die Ursachen zu erkennen und sie zu beseitigen. Das aber bedeute: Kampf gegen die Reichswehr, Abbau der Reichswehr mit dem Ziel ihrer gänzlichen Beseitigung. Die beste Außenpolitik, die Deutschland treiben könne, sei ein konsequenter und radikaler Pazifismus. Reichswehr und Flotte seien außenpolitisch wertlos, innenpolitisch eine Gefahr, also weg damit! Niemand werde behaupten wollen, daß die Reichswehr in der Lage sei, den bis an die Zähne gerüsteten Ländern, die Deutschland umgeben, ein Paroli zu bieten. Wir sollten nicht warten, bis die anderen vorangehen, sondern mit Stolz die historische Mission, die Deutschland zugefallen sei, erfüllen und mit der Kriegsrüstung Schluß machen Das würde Deutschland innen- und außenpolitisch von Belastungen befreien Dieses Beispiel würde in der ganzen Welt die Abrüstung und die Friedenspolitik gewaltig vorwärts treiben. Ein hochqualifiziertes kleines Heer von Technikern des Massenmordens habe unter den heutigen Verhältnissen eine viel gefährlichere, auch politisch gefährlichere, Bedeutung als die früheren Heere."

Diese kleine, aber typische Kostprobe „politischer und staatsmännischer Weisheit" mag genügen. Es ist kein Wort darüber zu verlieren. Zustimmen kann man allerdings jenem Redner, der alle Unlogik und allen Widersinn der Argumentationen seiner politischen Freunde gewissermaßen mit einer Handbewegung wegwischen zu können glaubte, indem er richtig feststellte: „Über diese Frage wird in der Partei doch niemals eine Einigkeit erzielt werden können."

In der Tat, die Gegensätzlichkeit der Auffassungen, die Uneinigkeit der Partei wird sofort ersichtlich, wenn wir uns den Einwendungen und Gegenargumenten der Mehrheit zuwenden. Sie sind einleuchtend und überzeugend, weil sie selbstverständlich sind und eigentlich außerhalb jeder Debatte hätten stehen müssen. Das gilt besonders von der richtigen Feststellung, daß „Deutschland und Österreich zwar nicht auf eigene Initiative, aber auf Grund des Versailler Diktats auf dem Gebiet der Abrüstung schon etwas (? D.V.) vorangegangen seien".

Der Delegierte aus Karlsruhe fragte: „Wer von Ihnen in der Opposition hat den Mut zu sagen, die neun Millionen sozialistischer Wähler seien wie Sie oppositionell zur Wehrmacht eingestellt? Und glauben Sie, daß sich von den anderen 31 Millionen Wählern in Deutschland viele zu ihrem Standpunkt

bekennen? Wenn es zu einem Volksentscheid oder einer einfachen Abstimmung über die Frage käme: Wollen wir einseitig jede Wehrmacht und jeden Landesschutz beseitigen, unbekümmert um das, was die anderen tun, dann würden Sie Ihr blaues Wunder erleben, welche Antwort Ihnen die Massen geben würden." Am 16. März 1935 wurde in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, als die Sozialdemokratie nicht mehr bestand. Der Nationalsozialismus aber feierte einen seiner größten innen- und außenpolitischen Triumphe.

Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über das Verhältnis zwischen Heer und Arbeiterschaft ein. Zu diesem Thema machte der Lübecker Delegierte laut Protokoll folgende Ausführungen: „Die Spannung zwischen der Wehrmacht der Republik auf der einen, der Arbeiterschaft auf der anderen Seite, ist ein gewaltiger Passivposten der Republik (sehr wahr!), sie ist aber auch ein Passivsaldo der deutschen Sozialdemokratischen Partei. (Sehr gut!). Denken Sie darüber nach und ziehen Sie daraus Ihre Konsequenzen. Und zum Schlusse möchte ich jetzt die Frage aufwerfen: Ist an dieser Spannung zwischen Wehrmacht und Arbeiterklasse die Wehrmacht allein schuld? (Lebhafte Rufe: Nein!) Derjenige, der diese Frage mit einem glatten Ja zu beantworten wagt, muß ein sehr hartes Gewissen haben. (Lebhafter Beifall.)" Dieses Eingeständnis unterstrich der preußische Innenminister Severing, als er dem Redner wie folgt zustimmte: „Genosse Leber hat recht, wenn er bei der Untersuchung der Schuldfrage nicht wie ein Pharisäer auf die Reichswehr zeigt und sagt, die Reichswehr allein sei schuld, sondern erklärt: Wir haben an unsere Brust zu schlagen und zu sagen: Mea culpa. (Sehr wahr!)"

Der Begriff der „Demokratisierung" der Reichswehr wurde von den Rednern der Mehrheit bald abgetan. Der Delegierte aus Dessau meinte, daß „die Forderung nach Demokratisierung der Wehrmacht eine Illusion sei, weil der demokratische Gedanke der Funktion eines militärischen Körpers widerspreche. Über ein Heer könne nur kommandiert werden, über militärische Entscheidungen könne es keine demokratischen Diskussionen geben, ganz gleich, ob es sich um ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht oder um ein Berufsheer handele". Severing pflichtete bei, indem er erklärte: „Die Demokratie ist mit dem Charakter einer soldatischen Gruppe einfach unvereinbar. Das müssen wir aussprechen, wenn wir uns nicht selbst täuschen wollen."

Um so mehr wurde von der „Republikanisierung" der Reichswehr gesprochen. Auch hier gibt es mehr Selbstanklagen als Vorwürfe gegen das Objekt der allgemeinen Auseinandersetzung. Severing führte aus: „Sofern wir von der Reichswehr verlangen, daß sie sich als verfassungsmäßiges Organ der republikanischen Regierung fühlt und aufführt, so muß die Republik alles das, was für die Reichswehr erforderlich ist, auch bewilligen, nicht nur Gelder, sondern auch moralischen Kredit. (Lebhafte Zustimmung.) Wer seine Aufgabe

als Sozialist darin erblickt, nur ständig die Reichswehr zu bekritteln und nicht nur das, was wirklich an der Reichswehr noch tadelnswert ist, wer es nicht fertig bringt, auch anzuerkennen, was gelegentlich die Reichswehr nach unserer Auffassung Gutes vollbringt, wird eine Republikanisierung der Reichswehr nicht durchsetzen. So gute Psychologen sollten auch die Genossen von der Opposition sein, daß sie erkennen, daß Menschen einer Einrichtung, die man täglich herunterputzt, manchmal auch ungerecht angreift, mit diesen Kritikern nicht gut Freund werden und sich nicht gerade bemüßigt fühlen, die politische und staatsbürgerliche Auffassung jener gutzufinden, die sich in diesen Herabsetzungen gefallen." Der Karlsruher Delegierte vertrat die gleiche Ansicht, wenn er die psychologisch richtige Bemerkung machte, daß „die Reichswehr mit der Regierung und mit der Regierungsgewalt gehen werde, die fest konsolidiert sei. Sie werde absolut zuverlässig einer sozialistischen Regierung sein, wenn sie diese Macht auszuüben verstehe". Leider gab es damals in Deutschland keine fest konsolidierten Regierungen, und der Begriff „Macht" war aus dem sozialistischen Wörterbuch gestrichen. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, sich an folgende Bekundung Otto Brauns über seine Volksvertreterkollegen zu erinnern: „Es gab Abgeordnete in der Fraktion, für die Mißtrauensanträge stellen und Minister stürzen der Inbegriff des Parlamentarismus war."

Dem ehemaligen Unabhängigen und jetzigen Parteivorsitzenden Crispien war vor allem die Pflege der Traditionen in der Reichswehr ein Dorn im Auge. „Ich will nur erinnern an die üble Einrichtung, daß Traditionen in der Reichswehr gepflegt werden. Die Republik hat keine Traditionen aus der kaiserlichen Zeit zu pflegen, auch nicht in ihrer Wehrmacht. Mit der Republik beginnt eine neue Epoche, und sie soll eine neue Tradition auch für die Reichswehr begründen", verkündete er großsprecherisch. Welche „neue" Tradition allerdings mit der Republik beginnen sollte, vergaß der ehemalige Radikalistenführer hinzuzufügen. Sollte es die der Revolte „der befreiten Sträflinge, Literaten und Deserteure vom November 1918 sein, die brüllend und stehlend, von ihrer Wichtigkeit und dem Mangel an Gefahr trunken, umherzogen, absetzten, regierten und prügelten", wie Oswald Spengler sagt? Denn es war damals ja nicht das Volk, nicht einmal die sozialistisch erzogene Masse, die revoltierte. Es war das Pack mit dem Literatengeschmeiß an der Spitze, das in Aktion getreten war, während der echte Sozialismus im letzten Ringen an der Front stand oder in den Massengräbern von halb Europa lag, welcher im August 1914 aufgestanden war und den man hier verriet. Sollte es die Tradition jenes Aufstandes sein, der aus Soldaten, die vier Jahre lang unter der schwarz-weiß-roten Fahne treu und tapfer gekämpft hatten, Pseudorevolutionäre machte, die unter der roten nichts gewollt, nichts gewagt und nichts geleistet haben? Sollte es die Tradition der Republik ohne wehrhafte Republikaner sein? Denn nach Severing „besteht die geschichtliche Wahrheit in nichts anderem als darin, daß im Jahre 1919 nicht nur Noske, sondern

auch andere vergeblich versucht haben, Republikaner in die Reichswehr hineinzubekommen".

Der Höhepunkt der Debatte über das Wehrproblem war jedoch ohne Zweifel die bereits mehrfach zitierte eindrucksvolle, ja man darf sogar sagen, prophetische Rede Carl Severings. Auf die Kernfrage des Ja oder Nein eingehend, sagte er: „Die Sozialdemokratie im kapitalistischen Staat kann die Landesverteidigung nicht ablehnen. 1920 sind Arbeiterdeputationen aus Oberschlesien zu mir nach Berlin gekommen mit der kategorischen Forderung, sie zu bewaffnen, um dem Terror und dem Raub der polnischen Insurgenten entgegentreten zu können. Wir konnten 1920 — vor dem Entwaffnungsgesetz — froh sein, daß wir in Ostpreußen noch Waffen besaßen, die wir den Arbeitern und Bauern in die Hand gaben. Glauben Sie, daß, wenn wir diese Landesverteidigung ablehnen, wir damit dem Lande und der Arbeiterschaft einen Dienst erweisen? Die Ablehnung einer solchen Verteidigung der deutschen Grenzen würde einen Faschismus hochziehen, dessen Berechtigung wir nicht einmal bestreiten können."

Der Magdeburger Parteitag brachte die Wehrdebatte in der Partei zum Abschluß, indem er das Mehrheitsgutachten mit großer Mehrheit zum Beschluß erhob und ihm nach Wilhelm Keil den Charakter eines Wehrprogramms der Sozialdemokratie verlieh. War der Groschen endlich gefallen? War die Sozialdemokratie endlich fähig, ja war sie wirklich willens, nunmehr energisch und zielbewußt mit Wort und Tat in die Hand zu nehmen, was Wilhelm Keil damals in der „Tagwacht" gewissermaßen für alle Deutschen als Grundhaltung und vor allem als Grundforderung herausstellte: „Die grundsätzliche Kriegsgegnerschaft und die Forderung einer allgemeinen Abrüstung darf selbstverständlich die Sozialdemokratie, die stärkste Partei Deutschlands, nicht blind machen gegenüber den waffenstarrenden Ländern Europas und der übrigen Welt. Die deutsche Republik kann, solange Kriegsgefahren bestehen oder entstehen können, auf eine Wehrmacht zum Schutze des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes nicht verzichten. Sie hat stets eine auf Sicherung des Friedens gerichtete Politik der Verständigung zu betreiben, sie hat aber auch Vorsorge zu treffen für den Schutz ihres Landes und Volkes, solange noch mit Gefahren für Volk und Vaterland zu rechnen ist"?

Die Reichswehr war laut Versailles kein Instrument zum Schutz der deutschen Grenzen; ihre Stärke und Bewaffnung war absichtlich so lächerlich gering gehalten, daß sie „für den Schutz ihres Landes und Volkes" eben nicht gerüstet war, sie war, wie auf dem Parteitag mit Recht festgestellt wurde, „außenpolitisch wertlos". Das Mehrheitsgutachten, das den Charakter eines Wehrprogramms erhalten hatte, hätte logischerweise die theoretischen und praktischen Konsequenzen aus der gegebenen Sachlage ziehen und Auskunft geben müssen, wie sich die größte Partei Deutschlands zehn

Jahre nach Versailles, nach zehn Jahren vergeblichen Wartens auf die vertraglich zugesicherte Abrüstung der Weltkriegssieger, die „Vorsorge für den Schutz ihres Landes und Volkes" in der Realität vorstellte. Wilhelm Keil schrieb hierzu: „Das Mehrheitsgutachten hält sich frei von einem Pazifismus, der die Realitäten des Lebens außer acht läßt. Es bekennt sich nicht zu einem Pazifismus der grauen Theorie, sondern zu einem ehrlichen Friedenswillen, der gepaart ist mit der Entschlossenheit, das eigene Land unbedingt gegen Gefahren zu schützen, wo immer sie auftauchen mögen."

Der rosarote Optimismus des letzten württembergisch-badischen Landtagspräsidenten und damaligen Reichstagsabgeordneten in allen Ehren! Aber gerade für diese Untersuchung gilt das Wort des Schülers: „Denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen!" Die „Richtlinien zur Wehrpolitik, beschlossen auf dem Parteitag 1929 zu Magdeburg" lauten:

... Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkriegs durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen Rüstungsbeschränkungen nicht überschreitet und nicht durch Versuche, sie zu umgehen oder zu verletzen, anderen Mächten Grund oder Vorwand zur Ablehnung internationaler Abrüstungsübereinkommen und zu noch stärkeren Rüstungen liefert.

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an.

Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eigenem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse."

So bleibt zum Thema „Magdeburg" nur noch zu sagen, daß Wilhelm Dittmann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter der Wehrkommission schon zu Beginn der Beratungen von dem Bemühen sprach, „Verständnis dafür zu erwecken, daß wir aus eigenem Willen unsere Abrüstung unter das Maß von Versailles herabsetzen können und müssen, um als Vorkämpfer der Abrüstung auftreten zu können".

Statt eines aus Wiederholungsgründen überflüssigen Kommentars nur ein Wort aus der Offb. 3, 16—17: „Ich weiß Deine Werke, daß Du weder kalt noch warm bist. Ach, daß Du kalt oder warm wärest! Weil Du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich Dich ausspeien aus meinem Munde."

Die innenpolitische Reaktion auf diese mehr als „laue" Haltung der Sozialdemokratie konnte nicht ausbleiben. Hatten die Nationalsozialisten im Mai 1928 nur 809 541 Stimmen erhalten, so schnellte bei der nächsten Reichstagswahl am 14. September 1930 die Zahl ihrer Wähler auf rund 6,4 Millionen und die ihrer Abgeordneten von 12 auf 107. Dieser in der deutschen Parlamentsgeschichte wohl einmalige Aufstieg war in erster Linie auf die erfolgreichen Kampfparolen gegen das Versailler Diktat zurückzuführen, das von weitesten Schichten nicht nur als ein Schlag gegen die Würde und die Ehre der Nation empfunden, sondern wegen seiner unerschwinglichen Reparationslasten mit Recht für das sich immer weiter ausbreitende wirtschaftliche Elend verantwortlich gemacht wurde. Dieser erste Sieg der NSDAP war der Aufschrei Millionen Verzweifelter, deren Lebensexistenz tödlich bedroht war, insbesondere einer Jugend, die sich ihrer Zukunftsaussichten beraubt sah. Lassen wir wieder einen Sozialdemokraten, den schon zitierten preußischen Ministerpräsidenten, sprechen: „Im Reiche schleiften inzwischen die Zügel. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands gestaltete sich um die Jahreswende 1931/32 immer kritischer. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte mit 6 031 000 am 31. März 1932 ihren höchsten Stand. Fast vier Milliarden Mark hatten Reich, Staat und Gemeinden im Jahr für die Unterstützung der Erwerbslosen aufzuwenden; und das bei sinkenden Einnahmen. Das Parlament versagte vollends; keine Partei wollte die Verantwortung für die nun einmal unerläßlichen, unpopulären Maßnahmen auf sich nehmen, jede schob sie der anderen zu und alle zusammen der Regierung. Die Worte, die Brüning im Jahre 1931 in einer Versammlung in Schlesien sprach: ‚Die Parteien müßten den Mut haben, dem Volke die Wahrheit zu sagen', verhallten ungehört, ebenso seine im gleichen Monat in Köln ausgesprochene Mahnung: ‚Der Reichstag kann viel besser als die Regierung die Demokratie retten, nämlich dann, wenn er sich freiwillig eine Selbstbeschränkung in Agitationsmanövern auferlegt'. Vergebens, das Parlament blieb bei seinem selbstmörderischen Treiben, das nicht nur das parlamentarische Regime gefährdete, sondern auch die Demokratie beim Volke in Mißkredit brachte. Denn die Demokratie kann nur bestehen und auf die Dauer fruchtbar wirken, wenn die zur politischen Willensbildung und Betätigung unerläßlichen politischen Parteien sich bestreben, die wahlberechtigten Staatsbürger nicht nur durch Schlagworte einzufangen, sondern durch aufklärende, sachliche Argumente zu überzeugen und zu gewinnen. Davon war damals in der politischen Atmosphäre Deutschlands wenig zu merken, so daß in der Tat von einer Krisis des Parlamentarismus und der Demokratie gesprochen werden konnte."

Diese Schilderung der politischen Situation der „Jahre der Entscheidung" in der Weimarer Republik aus dem Munde eines so einflußreichen Sozialdemokraten spricht allein schon Bände. Dennoch mag es gestattet sein, zur Abrundung des Bildes Hjalmar Schacht zu zitieren: „Von 1918 bis 1931 einschließlich hatten die sog. demokratischen Parteien, Sozialdemokratie, Staatspartei, Zentrum und die kleinen Splitterparteien in jedem Reichstag die Mehrheit. Bevor Brüning Kanzler wurde, beherrschten sie alle Regierungen. Sie konnten unbehindert alle Maßnahmen zur Besserung der wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Lage treffen. Ihre außenpolitische Behinderung war nicht größer als unter dem Nachfolger Hitler. Aber was sie am Ende hinterließen, war der Zusammenbruch der deutschen Währung im Jahre 1931 gegenüber dem internationalen Zahlungsverkehr und 6,5 Millionen Arbeitslose. Sie hatten die Entwicklung nicht zu meistern vermocht. Sie hatten weder Mut gezeigt, den Mächten von Versailles gegenüberzutreten, noch hatten sie eine konstruktive Idee produziert, um das Wirtschaftselend zu ändern. Das Resultat der sogenannten demokratischen Parteiherrschaft war katastrophal: Die Währung außer Funktion, Devisenzwangswirtschaft, Steuerüberhöhung, Herabsetzung von Löhnen und Gehältern, Passivität des Außenhandels, mangelnde Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr und 6,5 Millionen Arbeitslose. Das war das Fazit der Demokratie." Die Anklage in Nürnberg hat dieses Urteil bestätigt: „Anfang 1933 war Deutschland tatsächlich am Boden, mit schwindenden Steuereinnahmen und offensichtlich nicht in der Lage zur Aufnahme inländischer oder ausländischer Anleihen." Prägnanter konnte das Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzpolitik der vorangegangenen Regierungen kaum gekennzeichnet werden.

Es mag vielleicht nicht opportun sein, einen so umstrittenen Zeugen wie Hjalmar Schacht zur Bekundung politischer Tatbestände anzurufen. Aber die alles heilende Zeit hat manches wieder in das rechte Licht gerückt, und der Name „Hjalmar Schacht" hat dank der Fähigkeiten und ungebrochenen Vitalität dieses Mannes wieder Klang bekommen. Vor dem Richterstuhl der Geschichte wird die Lauheit, Unentschlossenheit und Ideenlosigkeit, kurzum die Unfähigkeit und lethargische Passivität sozialdemokratischer Politik auf jeden Fall eine größere Verantwortung für die Machtergreifung Adolf Hitlers tragen als die Person Hjalmar Schachts. Die Behandlung des Wehrproblems durch die Sozialdemokratie rechtfertigt allein schon diese Behauptung. Bis zu ihrem wenig ruhmvollen Abgang von der politischen Bühne kam es nur noch einmal zu einer lebhafteren Diskussion über die Wehrfrage, von der Wilhelm Keil berichtet. Sie kam zu spät und endete, wie alle Debatten über dieses Thema, ergebnislos. Während einer Fraktionssitzung zur Zeit der Papen-Regierung hielt der Abgeordnete Sollmann eine Rede über die Haltung der Partei zum Wehrproblem. Er wandte sich dabei scharf gegen die doktrinär-pazifistische Auffassung gewisser Kreise der Partei. Als Staatspartei müsse die Sozialdemokratie eine starke Staatsmacht wollen, dazu gehöre aber eine ent-

sprechende Wehrmacht. Deutschland müsse in der Rüstungsfrage seine prinzipielle Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten wieder durchsetzen. Diese geradezu als „mutig" zu bezeichnende Rede wurde, wie Wilhelm Keil bemerkt, von einem großen Teil der Fraktion als „nationalistisch" abgelehnt. Sie bedeutete aber für den Verfasser der „Erlebnisse eines Sozialdemokraten" Anlaß genug, selbst das Wort — es sollte zum letzten Male in der Fraktion sein — zu ergreifen: „Vor allem dürfen wir uns nicht in Gegensatz befinden zu dem gesunden nationalen Bewußtsein dieser Volkskreise und keine verknöcherte antimilitaristische Haltung einnehmen. Wir wissen, wie wir als Entwaffnete und Besiegte behandelt worden sind. In den Stimmungen der jungen aktiven Generation findet die Reaktion gegen diese Mißhandlung ihren Ausdruck. Als Partei werden wir abgelehnt, weil diese Stimmungen bei uns nicht das erwartete starke Echo finden. Haben wir nicht seit 1918 eine andede Stellung im Staat bezogen? Ergibt sich daraus nicht notwendig eine andere Stellung auch zur Wehrfrage? Wir dürfen den Kontakt mit dem gesunden Sinn der Massen nicht verlieren. In einer öffentlichen Kundgebung dürfen wir uns nicht nur mit platonischen Wendungen zur ‚Gleichberechtigung' bekennen, die an der bestehenden einseitigen Entrechtung Deutschlands nichts ändern. Auf die Forderung, daß die Rüstungsgleichheit endlich durch internationale Abrüstung herzustellen sei, wollen wir nicht verzichten. Wir müssen uns aber klar sein, daß wir auf diesem Wege nicht zum Ziel kommen. Beschränken wir uns auf diese Forderung, so erwecken wir im Volke den Eindruck, als wollten wir die Verwirklichung der Gleichberechtigung auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben. Wenn wir eine Erklärung veröffentlichen, so muß sie beginnen mit der scharf formulierten Feststellung, daß die Gegner die im Versailler Vertrag versprochene Abrüstung bis zu dieser Stunde verweigert haben. Weiter muß ausgesprochen werden, daß der Zustand der Ungleichheit und der Bevormundung des entwaffneten Deutschlands durch hochgerüstete Staaten mit der Souveränität Deutschlands unvereinbar und nicht weiter zu ertragen ist. Wenn aber die bevorstehende Abrüstungskonferenz an diesem Zustand nichts zu ändern vermag, dann allerdings muß sich Deutschland selbst das Recht nehmen, seine Wehrmacht nach seinen Bedürfnissen zu gestalten. Wie das dann zu geschehen hat, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit."

Diese Rede bedeutete erklärlicherweise ein kleine Sensation. Sie wurde sogar am Schluß, wie Wilhelm Keil sagt, „mit dem sonst nicht üblichen Händeklatschen aufgenommen". Die Fraktionsführung aber nahm zu den aufgeworfenen Fragen keine Stellung.

Die einzige Folge dieser Debatte war lediglich die Anberaumung einer erweiterten Vorstandssitzung, zu der die in Wehrfragen versierten Fraktionsmitglieder hinzugezogen wurden. Wiederum machte der Abgeordnete Sollmann geltend, daß „die Sozialdemokratie mit ihrer Hoffnung auf die Abrü-

stung bei unserem Volke in eine unhaltbare Lage käme, nachdem die Gegner nach vierzehnjähriger Dauer des Versailler Vertrages den guten Willen nicht gezeigt hätten. Man solle nicht lediglich auf die Stimme des Parteifunktionärs hören. Im Rheinland und in Ostpreußen, wo man die feindliche Invasion erlebt habe, stehe die Bevölkerung zur Sicherheitsfrage anders als in Berlin-Ost. Wir müßten die Reichswehr für uns gewinnen, statt uns ihr gegenüber ablehnend zu verhalten." Der Abgeordnete Dr. Leber, der den Weltkrieg als Offizier mitgemacht hatte, zog ebenfalls aus den Erfahrungen der vergangenen vierzehn Jahre die praktische Folgerung, wenn er meinte, daß Gleichberechtigung durch Abrüstung eine Phrase und auf diesem Wege nicht zu erreichen sei.

Das Ergebnis dieser Aussprache, die erneut entgegengesetzte Auffassungen zum Wehrproblem offenbart hatte, sollte von einer kleinen Kommission zusammengefaßt und in einer Erklärung veröffentlicht werden. Sie kam nicht mehr zustande. Das Verhalten der Fraktionsführung zeigt zweifelsfrei, wie wohl der Inhalt einer solchen Erklärung grundsätzlich ausgesehen hätte: ein theoretisches Bekenntnis zur deutschen Gleichberechtigung, aber als praktische Konsequenz die Weiterverfolgung der fehlgeschlagenen Politik der Abrüstung, d. h. die Vertagung der realen Durchführung der Gleichberechtigung auf den „Sankt-Nimmerleinstag". Im übrigen standen auch über diesen Erkenntnissen realistisch denkender Sozialdemokraten die gleichen Worte wie über der verfehlten Deutschlandpolitik der Entente: Zu spät! Für die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie gilt die gleiche bittere Erkenntnis, der Gustav Stresemann kurz vor seinem Tode wie folgt Ausdruck gab: „Ich habe aufrichtig für den Frieden und die Versöhnung gearbeitet. Ich habe mich für eine englisch-französisch-deutsche Verständigung eingesetzt. Ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten. Es ist jetzt fünf Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur ein Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Auch heute könnte ich es noch. Aber sie haben nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie gemacht haben, kamen immer zu spät. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihr Verbrechen."

Zu spät kamen auch ihre innenpolitischen Schuldbekenntnisse. Erst in der Emigration kam dem ehemaligen Chefredakteur des „Vorwärts", Friedrich Stampfer, die Erkenntnis, daß „die ultrapazifistischen Schwärmereien" innerhalb der Partei wesentlich dazu beitrugen, daß es nicht gelang, die Reichswehr mit republikanischem Geist zu erfüllen, so daß eine tiefe Kluft zwischen der Armee, die im äußersten Falle zur Verteidigung der Verfassung berufen war, und den politischen Verteidigern der Verfassung, den Sozialdemokraten, bestand. Erst nach dem Sieg des Nationalsozialismus wird es Arthur Rosenberg bewußt, daß „die republikanischen Parteien, vor allem die Sozialde-

mokratie, nicht die richtige Einstellung zu den nationalen Problemen gefunden hätten, die unter der Herrschaft des Versailler Vertrages in Deutschland immer wichtiger geworden seien, daß die Partei nicht imstande gewesen sei, die Führung der in Deutschland sich neu bildenden nationalen Opposition gegen die Entente an sich zu reißen". Weil aber weder die Sozialdemokratie noch die anderen republikanischen Parteien eine klare Linie in diesen Fragen finden konnten, „ging die Führung der nationalen Opposition an die Rechtsparteien über". Zu spät, nämlich im Juni 1934, kommt Viktor Schiff in der „Zeitschrift für Sozialismus" zu der Erkenntnis, daß Hitler seinen Aufstieg den arbeitslosen Proletariern, der zukunftslosen akademischen Jugend, den zum Bankrott treibenden mittelständlerischen Kaufleuten und Handwerkern und den durch landwirtschaftlichen Preissturz arg bedrohten Bauern verdanke. „In dieser Hinsicht", schreibt er wörtlich, „haben wir in der Tat alle versagt. Wir waren nicht in der Lage, den Massen mehr zu bieten als sozialistische Redensarten." Die Meinung von Otto Wels: „Wir waren getrieben durch den Zwang der Verhältnisse in einem stärkeren Maße als die Parteien irgendeines beliebigen anderen Landes; wir waren wirklich nur Objekt der Entwicklung", erledigt sich damit von selbst. Denn eine Partei, die sich stets als die Säule, als die eigentliche Staatspartei der Demokratie bezeichnet hat und sich heute wieder bezeichnet, ihre Verantwortung aber mit der faulen Ausrede entschuldigt, „wirklich nur Objekt der Entwicklung" gewesen zu sein, dankt mit einer solchen unziemlichen Wehleidigkeit jedenfalls als politische und geschichtsgestaltende Kraft ab. Sie erklärt ihr Unvermögen, Gestalterin der Entwicklung, d. h. Subjekt der Politik von morgen werden zu können. Es ist ein Zeugnis persönlicher Anständigkeit und Ehrlichkeit, wenn Arthur Rosenberg in diesem Zusammenhang bekennt, daß „der Faschismus nach 1918 vor seinen Gegnern den außerordentlichen Vorsprung hatte, daß er als einzige politische Kraft wirklich im Namen der ganzen Nation zu sprechen schien. Gegenüber all den zersplitterten Gruppen und Grüppchen vertrat er die eine machtvolle und bezaubernde Zusammenfassung, nämlich die Einheit und Größe der Nation. Die sog. Marxisten waren eine Berufspartei der Industriearbeiter geworden." So nahm die Entwicklung einen geradezu voraussehbaren Verlauf. Noch einmal bot sich eine Gelegenheit, die legale Machtergreifung durch Adolf Hitler, den Führer der damals stärksten Partei des deutschen Reichstages, zu verhindern. Der Reichskanzler von Papen hatte versucht, den Reichspräsidenten von Hindenburg zur Ausrufung des Staatsnotstandes zu gewinnen und, auf die Reichswehr gestützt, ein autoritäres Regime als Zwischenlösung zur Beseitigung der unlösbaren Parlamentskrise aufzurichten. Dieser Versuch scheiterte, als der damalige Reichswehrminister von Schleicher durch ein Generalstabsgutachten darlegen ließ, daß die Reichswehr kraftmäßig nicht in der Lage sei, gegebenenfalls den Ausnahmezustand durchzuführen. Die Regierung von Papen, deren „Popularität" nach den Wor-

ten des Abgeordneten Hilferding in einer sozialdemokratischen Fraktionssitzung „ständig im Wachsen war", trat zurück und eine neue Präsidialregierung unter dem General von Schleicher wurde gebildet. Seine Regierung bedeutete die letzte Möglichkeit, die braune Sturmflut kurz vor Erreichung des Zieles abzufangen. Gustav Noske schreibt: „Eine letzte Chance, über die innerpolitischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, bot sich, als von Schleicher Reichskanzler Papen ablöste, um einen Kurs der Versöhnung zwischen den Klassen zu steuern. Einige Male hatte ich in den letzten Jahren mit Schleicher gesprochen. Er hatte die furchtbaren Schwierigkeiten in den Jahren nach 1918 tätig im Reichswehrministerium mit erlebt und sie nicht vergessen, sondern daran gelernt. Daß er keine schroffen Experimente gegen die Arbeiterschaft machen würde, war mir bekannt. Er hätte, wie er sagte, gern mit mir zusammengearbeitet, aber bei den Berliner Sozialdemokraten nur Ablehnung gefunden, wenn er die Frage aufgeworfen habe, warum ich nicht in Berlin sei. Als wieder Gerüchte auftauchten, ich solle aus dem Amt in Hannover weggeschickt werden, ließ die Reichsregierung erklären: ‚Eine solche Absicht besteht nicht, und es liegt auch keinerlei Anlaß dazu vor.' Schleicher hätte manches tun müssen, was mit der bisherigen sozialdemokratischen Agitation nicht übereinstimmte, aber er hätte doch die Partei, ihre Presse, die Gewerkschaften und andere Institutionen bestehen lassen, wenn man ihm vorerst freie Hand gelassen und dazu einem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hätte. Er hat versucht, sich besonders mit den Gewerkschaften zu verständigen. In einer Verranntheit, wie sie in der Geschichte aller Parteien mir sonst nicht bekannt geworden ist, widersetzten sich Leute, die sich einbildeten, Führer zu sein, der letzten Möglichkeit, sich und ihre Einrichtungen vor der drohenden Vernichtung zu bewahren. Man klammerte sich an den Ausspruch Schleichers, daß man nicht dauernd auf Bajonetten sitzen könne, vergaß aber, daß so manche Diktatur von Dauer gewesen ist und Zeit hatte, Dinge zu tun, die nie wieder ungeschehen gemacht werden konnten. Nie ist eine politische Situation gründlicher verkannt worden. Schleicher hatte den Führer der Gewerkschaften, Leipart, zu einer Aussprache über eine Zusammenarbeit mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft gebeten. Im Vorstand der sozialdemokratischen Partei hatte man davon gehört. Leipart wurde aufgefordert, vor dem Gespräch mit Schleicher in das Parteibüro zu kommen. Dort wurde ihm von Breitscheid eröffnet, daß die Parteileitung jede Zusammenarbeit mit dem Reaktionär Schleicher ablehne und dieselbe Haltung von ihm erwarte. Leipart, der mir diese Unterhaltung geschildert hat, fügte sich dem Parteigebot. General Schleicher war gewiß nicht das Ideal eines Staatsmannes. An seiner Entschlossenheit, unter einem Ermächtigungsgesetz den Nationalsozialisten Halt zu gebieten, hege ich nach dem Gesräch, das ich in jenen Tagen mit ihm hatte, keinen Zweifler. Er mußte als Reichskanzler abtreten. Dann kam Hitler! Namhafte

sozialdemokratische Führer versicherten seelenruhig, das bedeute keine große Gefahr für die Zukunft, denn dieser Kanzler werde niemals die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstage für eine Änderung der Weimarer Verfassung erhalten. Man löse sich vorübergehend vom Feind, um neue Kraft zum erfolgversprechenden Vormarsch zu sammeln."

Dieser Bericht des Sachkenners Noske fordert nach zwei Richtungen hin unsere Aufmerksamkeit heraus. Er widerlegt an einem einmaligen, schicksalhaften Beispiel die These von der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften: „Leipart fügte sich dem Parteigebot". Diese Feststellung ist allein schon bedeutsam genug. Aber noch erregender ist die andere Erkenntnis: Es ist das agitatorische Anliegen der Sozialdemokratie nach 1945 gewesen, dem deutschen Volk einzureden, daß die Reichswehr, insbesondere die Generalität, Hitler in den Sattel gehoben habe. Die Offiziere, die Generale, die „Militaristen" seien wieder einmal an allem schuld. Der Bericht Noskes beweist nun mit schlagender Deutlichkeit, daß sich in der Person des Reichskanzlers von Schleicher ein Soldat und General zugleich der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geradezu an den Hals warf, um den letzten Versuch einer — wenn auch kaum parlamentarischen — Lösung der entstandenen Krise zu unternehmen, für die weder der Reichspräsident, die Reichskanzler von Papen und von Schleicher noch die Reichswehr verantwortlich waren. Die historische Schuld, daß auch diese letzte Chance der Demokratie verpaßt wurde, trifft wiederum diejenigen, die diesen dritten Versuch einer Zusammenarbeit, eines Bündnisses zwischen Soldaten und Arbeitern an ihrer doktrinären Dummheit und politischen Instinktlosigkeit scheitern ließen, wie es vor allem auch ihre Schuld ist, daß nach dem Versagen des parteipolitischen Durcheinanders und Gegeneinanders der Reichspräsident aus dem Zwange einer langjährigen Erfahrung und des Unvermögens des Parlaments heraus, eine parlamentarische Regierung zu bilden, sich schließlich entschloß, es mit Präsidialkabinetten zu versuchen und so nach dem Ausfall der Politiker auch einen Soldaten mit der Führung der Regierungsgeschäfte zu betrauen. Das muß einmal allen historischen Verdrehungskünsten gegenüber festgestellt werden. Zwanzig deutsche Kabinette in der Zeit von Mitte 1919 bis zum Januar 1933, durchschnittliche Lebensdauer eines Kabinetts also etwa 8 Monate — damit ist alles gesagt. Kabinettsbildung, Kabinettssturz, Kabinettsneubildung, Kabinettsumbildung, alle paar Monate mit der Sicherheit eines Uhrwerks kommend, jede Stunde drohend und schon dadurch die Kraft der Regierungen lähmend: Das ist es, was den Weimarer Staat ruiniert hat, zugleich aber auch dasjenige, was dem deutschen Staatsbürger in der Seele am meisten zuwider war. Wie sagte doch Otto Braun:„ Es gab Abgeordnete in der Fraktion, für die Mißtrauensanträge stellen und Minister stürzen der Inbegriff des Parlamentarismus war." Es ist eine nicht mehr steigerungsfähige Heuchelei und Unverschämtheit, wenn namhafte Sozialdemokraten nach dem zweiten Zusammenbruch die Behauptung gewagt haben, das deutsche Volk habe zu wenig Verantwortungsbewußtsein

gehabt und sei für eine parlamentarische Demokratie nicht reif gewesen. Im Gegenteil! Es war — nach einem Wort Oto Brauns — die „rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln-Politik" der marxistischen Volksvertreter, die die Millionen schließlich für die Agitation reifgemacht hat, daß alles besser sei als diese Art von Regierung. Wer will es daher dem Soldaten von Hindenburg verübeln, daß er schließlich den Soldaten von Schleicher ins Rennen schickte! Zwar hätte dieser sich den Weg zur Sozialdemokratie und den Gewerkschaften sparen können, da die Sozialdemokratie seit jeher ihre Weltanschauung höher schätzte als politische Vernunft, zwar war sie für die Zukunft kein Bundesgenosse mehr, da die Vergangenheit gegen sie zeugte, aber Tatsache bleibt, daß ausgerechnet ein „Reaktionär", ein „Militarist" und „preußischer Junker" den ernsthaften Versuch einer Zusammenarbeit zum Zwecke der Abwehr der Diktatur unternahm, wie es ebenso Tatsache bleibt, daß die sozialdemokratische Parteileitung prinzipiell diese Zusammenarbeit mit dem Reaktionär von Schleicher ablehnte.

So scheiterte auch die Regierung des Generals von Schleicher. Am 28. Januar 1933 erklärte sie ihren Rücktritt, als der General vom Reichspräsidenten verlangte, den Staatsnotstand zu erklären und eine Militärdiktatur zu errichten. Der Reichspräsident mußte ablehnen, weil es gerade der General von Schleicher gewesen war, der die Durchführung eines ähnlichen Planes der Regierung von Papen mit der Behauptung versagt hatte, daß die Reichswehr einer solchen Aufgabe nicht gewachsen sei. Es mag dahingestellt bleiben, ob der General mit seiner wandelbaren Auffassung von der Machtposition der Reichswehr eine eigene, ehrgeizige Taktik verfolgt hat. Mit seiner Beurteilung des Faktors „Reichswehr" befand er sich jedenfalls in Übereinstimmung mit der Meinung des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Severing, der bei der Beratung des Republikschutzgesetzes im Reichstag am 13. März 1930 erklärt hatte: „Heute allerdings verfügt die Regierung über eine Reichswehr mit vorzüglicher Disziplin und eine Schutzpolizei, Machtmittel, die jeden Anschlag auf die Reichsverfassung im Keime ersticken könnten."

Indem die deutsche Sozialdemokratie die ausgestreckte Hand des Generals zurückstieß, beendete sie eine Politik der Unentschlossenheit, ideologischer Verkrampfung, politischer Instinktlosigkeit und pazifistischer Schwärmerei. Hitler ist an ihren Fehlern und Unterlassungen gewachsen. Was bei ihr pathetische Schaumschlägerei blieb, wurde in seiner Hand unkomplizierte und effektvolle Politik der geschaffenen Tatsachen. Hatte man sich redlich und gutwillig, aber vergebens um die Anerkennung und Realisierung der deutschen Gleichberechtigung, insbesondere der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit, auf dem Wege einer vertraglich zugesicherten allgemeinen Abrüstung bemüht, so schuf er sie, indem er sie sich einfach nahm. Nachdem die Erringung der außenpolitischen Gleichberechtigung durch erneute Ablehnung der allgemeinen Abrüstung seitens des Auslandes im Herbst 1933 mißglückt war,

konnte eine Gleichberechtigung nur durch die deutsche Wiederaufrüstung herbeigeführt werden. Sie entsprach dem Wunsche aller Parteien. Daß Deutschland wieder aufrüsten werde und dazu das Recht habe, wenn die Abrüstung der anderen Mächte nicht erfolgt, ist von zahlreichen führenden Staatsmännern der verschiedensten Nationen lange vor 1933 ausgesprochen worden. Auch die Anklage im großen Nürnberger Prozeß hat das deutsche Recht zur Aufrüstung anerkannt, sofern sie nicht einem Angriffskrieg dienen sollte. Davon aber war zu jener Zeit keine Rede. Eine defensive Wehrmacht haben alle demokratischen Parteien jederzeit verlangt. Als Hitler die Alternative der Abrüstung oder Aufrüstung in seiner außenpolitischen Rede vom 17. Mai 1933 im Reichstag stellte, gab ihm der Reichstag einstimmig, also mit Einschluß der Sozialdemokratie, das Vertrauensvotum. Das geschah, nachdem am 2. Mai die Gewerkschaften aufgelöst und am 10. Mai das Parteivermögen der Sozialdemokratie beschlagnahmt worden war. Man muß sich diese Tatsache vor Augen halten, wenn man den sozialdemokratischen Reichsinnenminister Severing im Nürnberger Prozeß zwölf Jahre später sagen hört, ihm sei es schon am 30. Januar 1933 klar gewesen, daß die Herrschaft Hitlers den Krieg bedeute.

Die Politik der Weichheit und Nachgiebigkeit bereitete Hitler das Feld, seine Politik der harten, völlig undiplomatischen Konsequenzen gab Deutschland ohne ernsthaften Widerstand der Versailler Mächte die Gleichberechtigung und Wehrhoheit zurück, seine Maßlosigkeit und seine bis zum verbrecherischen Leichtsinn gesteigerte Ungeduld und Unduldsamkeit aber leiteten schon nach wenigen Jahren das deutsche Drama ein. Die Aufhebung des Versailler Vertrages war kein Sonderziel des Nationalsozialismus oder der deutschen Generalität. Der gewiß unverdächtige Reichskanzler Brüning stellte am 15. Februar 1932 fest: „Die Forderung nach Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit wird vom ganzen deutschen Volke geteilt. Jede deutsche Regierung wird diese Forderung vertreten müssen."

Gemessen an dieser Erklärung des Altreichskanzlers kann die Weltfremdheit und Unwirklichkeit der sozialdemokratischen Außenpolitik nicht besser und überzeugender bestätigt werden, als durch das blamable Eingeständnis eines ihrer führenden Köpfe nach 1945, des jetzigen Vorstandsmitgliedes und stellvertretenden Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Dr. Veith, das er in der zweiten Sitzung der verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden vom 18. Juni 1946 unter Bezugnahme auf die Erfolge des Nationalsozialismus in Deutschland machte: „Hinzu kam, daß dem Nationalsozialismus außenpolitische Erfolge gestattet worden sind, die die Welt dem demokratischen Deutschland nie konzediert hätte." Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle den Zuruf: „Sehr wahr!"

Der Demokrat Max Weber, von dem man sagt, daß er der Sozialdemokratie zumindest nahe gestanden habe, hat die deutsche Entwicklung klar vorausgesehen. Aber auch für ihn gilt der Satz, daß der Prophet in seinem Vaterlande

nicht gehört wird. Im Gegensatz zu dem Pazifismus weiter Teile gerade der Sozialdemokratie bejahte er die Stellung des Staates nach außen als Macht und leugnete niemals die Tatsache, daß sich der moderne Staat nur als Machtfaktor anderen Staaten gegenüber behaupten kann. Völlig prophetisch klingt der Satz: „Daß die deutsche Demokratie, wenn sie nicht ihre Zukunft verscherzen will, keinen schlechten Frieden schließt, wissen die Feinde oder sie werden es erfahren." Und keine schärfere Kritik des unbedingten Pazifismus gibt es, als die im Jahre 1919 geschriebenen Sätze Max Webers, die die Entwicklung der nächsten Jahre förmlich vorwegnehmen und deshalb unverkürzt hier Platz finden sollen: „Nicht von uns allein hängt es ab, ob nationaler Pazifismus unsere dauernde Gesinnung bleiben kann. Werden, wie vor 1870, unserer Einigung (wenn und soweit die Deutschen, insbesondere die Österreicher sie selbst wollen) Hindernisse bereitet, werden uns außer dem Elsaß, über dessen staatliches Schicksal wir diesen Frieden als Schlußurteil eines langen Prozesses ehrlich akzeptieren wollen, deutsche Gebiete im Westen oder gar im Osten abgenommen, werden uns über die Entschädigung Belgiens hinaus unter dem Vorwand von Schäden, welche aus der Tatsache des Krieges als solcher und aus beiderseitigen Handlungen herrühren, Fron- und Schuldpflichten auferlegt, dann wird, nach einer Epoche von bloßem Ermüdungspazifismus, jeder letzte Arbeiter, der das spürt, Chauvinist werden! Der Völkerhaß ist in Permanenz und die deutsche Irredenta mit allen dabei üblichen revolutionären Mitteln der Selbstbestimmung flammt auf. Gegen die Fremdherrschaft sind auch die Mittel der Spartakusleute recht, und die deutsche studierende Jugend hätte eine Aufgabe. Der Völkerbund wäre innerlich tot, daran könnten keine ‚Garantien' etwas ändern. Die englische Politik hätte sich einen Todfeind geschaffen und Präsident Wilson wäre nicht der Friedensstifter der Welt, sondern der Stifter unendlicher Kämpfe."

Es ist erstaunlich, daß die damals regierende Sozialdemokratie diese Äußerung des Demokraten Max Weber nicht als wildesten Nationalismus gebrandmarkt hat. Gab sie ihm innerlich recht? Das ist wohl kaum anzunehmen. Denn unter ihrer tatkräftigen Mitwirkung entwickelte sich die Weimarer Republik nach Geist und Substanz nur zum blutlosen Schatten, ja zu einer Karikatur einer wirklichen Demokratie. Bundespräsident Theodor Heuß fixierte bei den Beratungen des parlamentarischen Rates zum Grundgesetz die geschichtsnotorische Tatsache, daß die allgemeine Wehrpflicht ein Kind der Demokratie sei. Das Ende des ersten mißglückten Versuches einer deutschen Demokratie hat zum Schaden unseres Volkes die Richtigkeit dieses Satzes erhärtet. Wie gezeigt wurde, haben die Gründer der deutschen Sozialdemokratie, haben ihre Programme, haben namhafte Männer aus ihren Reihen die Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit und die Wehrhoheit gefordert, hat sie selbst als Partei sogar unter Hitler die Alternative Abrüstung oder Aufrüstung bejaht. Typisch

für sie, weil ihrem politischen Opportunismus entsprechend, ist daher ihre Haltung in der Wehrfrage, die selbstverständlich völlig unabhängig von den jeweils herrschenden politischen Zuständen im Staate ist, in der Emigrationszeit. Die Resolution der „Vereinigung deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" vom Dezember 1941 spricht für sich selbst: „Wir sehen in der vollkommenen militärischen Abrüstung Deutschlands, die der militärischen Niederlage folgen und alle Wehrorganisationen umfassen muß, einen ersten notwendigen Schritt zur Befriedung Europas."

Die deutsche Sozialdemokratie hatte wiederum nichts vergessen und nichts hinzugelernt. Die Fehldiagnose der wirklich weltbewegenden und weltbedrohenden Kräfte, die aus der Resolution spricht, die politische Impotenz, die hier erneut die Form eines pazifistischen und utopistischen Bekenntnisses gefunden hat, die freiwillige nationale Entwürdigung, die hier zum Prinzip erhoben wird, sind zwar erschütternd und erschreckend zugleich, aber sie sind letzten Endes nur ein weiteres Glied in der schier endlosen Kette sozialdemokratischen Wirrwarrs in der Wehrfrage. Ihr Opportunismus und ihre Grundsatzlosigkeit, ihre Zwiespältigkeit und Doppelgesichtigkeit in der Frage der Wehrhaftmachung der Nation und der Gerechtigkeit gegenüber dem deutschen Soldatentum bedeuten auch heute wieder eine gefährliche Untergrabung des allgemeinen Vertrauens zu den politischen Willensträgern des heutigen Staates schlechthin. Für die deutsche Bundesrepublik, die die Keimzelle eines größeren, alle Deutschen umfassenden Vaterlandes werden muß, gilt noch mehr als für die so wenig ruhmvoll untergegangene Weimarer Demokratie das Wort, das ein führender Politiker ausgesprochen hat: „Die deutsche Demokratie wird militant oder sie wird nicht sein."

Nach dem Zusammenbruch

„Ihr naht Euch wieder, schwankende Gestalten,
die früh sich einst dem trüben Blick gezeigt."

Die geschichtlichen und politischen Erfahrungen der Weimarer Politik, die Bedeutung des Wehrproblems für den Aufstieg des Nationalsozialismus, seine richtige politische Wertung des Faktors „Macht" als Grundvoraussetzung aktiver Außenpolitik, wobei hier keineswegs ihrem Mißbrauch das Wort geredet werden soll, haben die deutsche Sozialdemokratie nicht gehindert, wiederum in ihre alte, abgestandene und von den Tatsachen längst widerlegte Phraseologie zurückzufallen, verstaubte Weltanschauungsbegriffe marxistischer Lebensfremdheit aus der rasch auf Hochglanz polierten Mottenkiste abgetakelter Doktrinen an das Tageslicht zu befördern und, aufbauend auf einer falschen Beurteilung der geschichtlichen Zusammenhänge, antiquierten Vorstellungen in ihrem politischen Tageskampf Raum zu geben.

Unmittelbar nach der Lizenzerteilung durch die Besatzungsmächte begann sie sich in der Rolle des selbstgerechten Pharisäers zu gefallen: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere — Parteien!" Bereits auf dem ersten Nachkriegs-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Hannover 1946 richtete Dr. Kurt Schumacher gegen die anderen Parteien heftige Angriffe, die die Sozialdemokratie selbst mit voller Wucht treffen. Dr. Schumacher erklärte: „Die Führer der wiedererstehenden Parteien leben noch ganz in der Vorstellungswelt vor 1932. Sie haben noch gar keine Ahnung, daß eine Welt zusammengestürzt ist und eine neue sich aus ihr herausarbeitet. Sie merken noch nicht, daß ihre Ambitionen auf Herrschaft und Führung gegenstandslos und im Effekt für das deutsche Volk auch ganz uninteressant sind. Die Art der politischen Praxis von damals hat sich im Eiskeller der Diktaturperiode leider nur zu gut erhalten. Es wäre besser gewesen, die vergilbten Manuskripte dieser Menschen wären verbrannt und nicht die wertvolle sozialistische Literatur. Sie wollen den Faden da weiterspinnen, wo sie 1932 haben aufhören müssen." Wir werden zu untersuchen haben, wer zuallererst in der Vorstellungswelt von 1932 lebt und wer die Fäden weiterspinnen will, die 1932 so jäh abgerissen wurden. Gleichzeitig aber werden wir erkennen, wessen Ambitionen auf Herrschaft und Führung gegenstandslos und im Effekt für das deutsche

Volk ganz uninteressant sind. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß derselbe Redner in der gleichen Rede feststellte, daß „der Marxismus in seinen wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes, nichts Überaltertes und kein Ballast sei". Was nun die politische Praxis betrifft, die sich im Eiskeller der Diktaturperiode leider nur zu gut erhalten habe, so hat Dr. Kurt Schumacher ebenfalls auf dem ersten Nachkriegs-Parteitag in der schon zitierten Rede als Parteivorsitzender seine eigene Partei selbst diskreditiert, wenn er meinte, daß „heute alle Parteien, die irgendwo von einer Militärregierung zugelassen werden, nicht so sehr aus eigenem Wunsch und Willen zusammenarbeiten, sondern daß die effektive Souveränität und Machtausübung, die bei den Militärregierungen liegt, diese Zusammenarbeit anordnet".

Allein diese wenigen Beispiele aus einer Rede ihres verewigten Parteivorsitzenden, dessen persönliches Schicksal den Lebenden eine stetige Mahnung sein möge, deuten bereits an, daß wir auch nach dem zweiten Zusammenbruch in der Sozialdemokratie eine Fortsetzung ihrer alten Politik der Widersprüche und Zwielichtigkeit, der ideologischen Verkrampfung und des Auseinanderklaffens von Theorie und Praxis zu erwarten haben. Dabei wurden in der Theorie manche guten Erkenntnisse produziert, die zwar durchaus nicht neu sind, aber für die parteipolitische Arbeit der Sozialdemokratie hoffen ließen. So etwa, wenn es heißt, daß „man dem Leben nicht mit dem Dogma befehlen könne", daß „man die Lehren aus dem Leben nehmen müsse", daß „man einen sittlich fundierten Wunsch haben könne, aber sich stets mit den Realitäten auseinanersetzen müsse". In diesem Zusammenhang ist die Erklärung des Parteivorstandes nicht uninteressant, daß „Dr. Schumacher sich bemühe, die Sozialdemokratie von den Vorstellungen der Vergangenheit hinwegzuführen und nach den Problemen der Gegenwart und Zukunft zu orientieren".

Zustimmen kann man auch der Feststellung, daß „Leute, die allein von den Situationen des Tages bestimmt werden, verhängnisvolle Fehler machen können und schon dabei sind, es zu tun". Mit besonderer Genugtuung aber wird die deutsche Jugend den Gedanken Dr. Schumachers beipflichten, die er in seiner Schrift „Nach dem Zusammenbruch" niedergelegt hat: „Man kann ein neues Deutschland nicht errichten, wenn man nur an die Generationen denkt, die heute älter oder bestenfalls mittleren Alters sind. In Wahrheit steht und fällt die positive Beantwortung dieser Frage damit, ob es diesen Menschen gelingt, die Jugend für sich zu erobern. Die Jugend ist gutwillig und bereit, zumindest gilt das für ihren überwältigend größten Teil. Aber die meisten jungen Menschen in diesem Lande warten mit Sehnsucht auf den Tag, an dem einmal die Welt erkannt hat, daß sie nicht aus eigenem Verschulden, sondern aus dem der älteren Generationen sich im Nazismus verstrickt haben."

Wiederum ist es die Wehrfrage, deren Behandlung durch die Sozialdemokratie uns zeigt, was wir auch heute von den Worten dieser Partei zu halten

und von ihren Taten zu erwarten haben. „Die deutsche Sozialdemokratie will sich auszeichnen durch die Richtigkeit ihrer Erkenntnisse, durch die Klarheit ihrer Politik und durch die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen", so steht es in den „Grundsätzen sozialistischer Politik".

Mit der Fragestellung nach der Haltung und Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Komplexen „Wehrhaftigkeit" und „Soldatentum" betreten wir zugleich das Gebiet des zur Zeit aktuellsten Problems der deutschen Außenpolitik, der Leistung eines deutschen Wehrbeitrages zur Verteidigung Europas. Ausdrücklich sei bemerkt, daß es nicht das Anliegen des Verfassers ist, zu dieser konkreten Frage in diesem Zusammenhang Stellung zu nehmen. Hier geht es lediglich um die grundsätzliche Frage nach der Stellung und Haltung der Sozialdemokratie zum Wehrproblem schlechthin. Soweit daher die Behandlung des Themas vor allem begriffliche Berührungen mit aktuellen politischen Problemen unvermeidbar macht, geschieht es nur deshalb, um die Widersprüche, Ungereimtheiten und Inkonsequenzen sozialdemokratischer Wehrpolitik im innen- und außenpolitischen Bereich aufzuzeigen. Drei wichtige Erkenntnisse müssen zunächst vorausgeschickt werden. Sie muß man ständig vor Augen haben, wenn man sich ein sachliches Urteil über die politische Haltung der deutschen Sozialdemokratie bilden will. Zwei von ihnen lassen sich in einigen wenigen Sätzen umreißen.

Da ist an erster Stelle daran zu erinnern, daß das Recht und die Pflicht zur Landesverteidigung unveräußerlicher Bestandteil der Souveränität ist, genau so wie Staatsvolk, Staatsgebiet und was sonst noch von den Staatsrechtlern aller Zeiten dazugezählt wird. Wer die Souveränität will, muß auch die Landesverteidigung wollen. Vor dieser ersten Frage gibt es kein Ausweichen. Sie muß an jeden gestellt werden und von jedem beantwortet werden, der heute — aber nicht nur heute — in dem sich immer mehr zuspitzenden Meinungsstreit um die Verteidigung sein Urteil oder seine Forderungen beisteuern und politischen Einfluß geltend machen will. Das gilt besonders für jede politische Partei. Das Hoheitsrecht der Selbstverteidigung ist ein Naturrecht des Staates. Es ist unverlierbar. Wenn der Staat es nicht hätte oder nicht in Anspruch nehmen würde, hätte er überhaupt keine Staatsqualität und könnte sie auch niemals aus einem unabdingbaren Recht heraus gewinnen. Dem Recht des Staates auf Schutz seiner Integrität entspricht die zwingende Pflicht eines jeden Staatsbürgers, um mit den Worten des deutschen Bundeskanzlers zu sprechen, „seine Heimat und seine Freiheit zu verteidigen". Als der parlamentarische Rat über einen Zusatzantrag der sozialdemokratischen Partei, daß niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden könne, diskutierte, erklärte der damalige Abgeordnete und heutige Bundespräsident Dr. Theodor Heuß: „Wir sind jetzt dabei, ein Werk der Demokratie zu schaffen. Die all-

gemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie, seine Wiege stand in Frankreich. Mir scheint es unmöglich zu sein, daß wir in diesem Augenblick, in welchem wir eine neue Fundamentierung des Staates vornehmen wollen, mit einer solchen Deklaration kommen. Wenn man schon Demokratie machen will, muß man auch das Funktionelle der Demokratie anerkennen und den Mut haben, es auszusprechen."

Es besteht also kein Zweifel: Das Recht und die Pflicht zur Verteidigung von Volk und Staat, von Haus und Hof, gehört zu den historischen Requisiten einer wahren Demokratie. Die „levée en masse" ist in der Marseillaise-Zeit entstanden, als sich ein Volk im Kampfe gegen die Tyrannei zur allgemeinen Wehrpflicht bekannte. Wer historisch denkt, kann nicht übersehen, daß auch in Preußen-Deutschland die „allgemeine Wehrpflicht" ein demokratischer Gedanke gewesen ist, der das Volk in seiner Gesamtheit erfaßt hat. Bekannte und einflußreiche Sozialdemokraten haben sich diesen Einsichten nicht verschlossen. So bekundete auch Wilhelm Keil, allerdings im Jahre 1932, daß „die Wehrhoheit ein wesentlicher Bestandteil der Staatssouveränität ist".

Als zweite wichtige Erkenntnis darf festgehalten werden, daß der Negationspolitik der Sozialdemokratie in der Wehrfrage entscheidender Anteil an der Entstehung und dem Aufstieg des Nationalsozialismus zuzumessen ist. „Wir wissen", sagte der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil, „wie wir als Entwaffnete und Besiegte behandelt worden sind. In den Stimmungen der jungen aktiven Generation findet die Reaktion gegen diese Mißhandlung ihren Ausdruck. Als Partei werden wir abgelehnt, weil diese Stimmungen bei uns nicht das erwartete starke Echo finden..."

Die dritte Erkenntnis nun führt uns in die Problematik der heutigen Weltsituation. Es ist eine Binsenwahrheit, aber nichtsdestoweniger muß sie auch hier ausgesprochen werden: Die Ursachen der heutigen Unsicherheit in aller Welt sind zutiefst begründet in dem revolutionären und panslavistischen Expansionsdrang des russischen Bolschewismus. Bereits unmittelbar nach der bolschewistischen Revolution in Rußland wurde der Drang der neuen Herrscher im Kreml, den Bolschewismus nach Europa hineinzutragen, spürbar. Dieser Wille äußert sich nicht nur in dem Versuch, mit den üblichen revolutionären Mitteln in den einzelnen europäischen und außereuropäischen Staaten Fuß zu fassen und von innen heraus ihren gewaltsamen Umsturz vorzubereiten, der Bolschewismus zögerte nicht, auch durch kriegerische Unternehmungen seinen Herrschafts- und Einflußbereich alsbald nach Westen auszudehnen. Die Kämpfe im Baltikum und in Polen legen von dieser Absicht beredtes Zeugnis ab. In den nachfolgenden zwei Jahrzehnten beschränkte er sich auf die üblichen Unterwühlungs- und Unterwanderungsmethoden, da er selbst noch zu sehr mit seinen eigenen Problemen, mit der Festigung der eroberten Macht, dem Aufbau einer möglichst autarken Wirtschaft und einer starken roten Armee beschäftigt war. Die Situation änderte sich, als die Drachensaat des

Versailler Gewaltfriedens ihre Früchte zu tragen begann. Als das „Dritte Reich" den Entschluß faßte, die Frage des „polnischen Korridors" und der deutschen Stadt Danzig so oder so zu lösen, als die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit eines europäischen, „kapitalistischen" Krieges dank der politischen Fehlspekulationen eines die Kunst des Möglichen nicht mehr beherrschenden, in der Wahl seiner Mittel immer hemmungsloser werdenden Adolf Hitler sich von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag deutlicher abhob, da war für den Bolschewismus die Stunde gekommen, skrupellos die Rolle des politischen und militärischen Leichenfledderers zu spielen. Die Verträge vom 23. August und 28. September 1939 brachten ihm ohne jede Gegenleistung die ersten territorialen Erwerbungen ein. Die Westukraine und Weißrußland fielen der Sowjetunion nach der Niederwerfung Polens fast ohne Schwertstreich zu. Finnland, Estland und Lettland wurden als ihre Interessengebiete anerkannt. Aber alles das genügte ihr nicht. Noch während des polnischen Krieges verlangte sie, daß Litauen in ihre Einflußsphäre einbezogen würde. Auch die Erfüllung dieses Wunsches wurde aus der deutschen Zwangssituation heraus möglich. Dann wandte sie sich gegen Finnland mit der Behauptung, von diesem Land mit kaum vier Millionen Einwohnern bedroht zu sein. Finnland setzte sich tapfer zur Wehr, mußte aber im Frieden von Moskau vom 12. März 1940 in die bolschewistischen Forderungen einwilligen. Als dann Deutschland mitten in der Auseinandersetzung mit Frankreich stand, ergriff die Sowjetunion die Gelegenheit, um allen Verpflichtungen zuwider sich die baltischen Staaten vollends einzuverleiben und zu bolschewisieren. Der bolschewistische Bär hatte Appetit bekommen. Die Sowjetunion forderte und erhielt von Rumänien Bessarabien und die Nordbukowina. Doch nun erschien eine Klarstellung notwendig. Als Außenminister Molotow im November 1940 in Berlin erschien, ergab sich aus den Besprechungen der ganze Umfang der bolschewistischen Pläne. Gegen Finnland, gegen Rumänien und nunmehr auch gegen Bulgarien wurden neue Forderungen erhoben. Allen drei Ländern war offensichtlich dasselbe Schicksal zugedacht wie den baltischen Staaten. Schließlich richteten sich Moskaus Absichten auch gegen die Türkei, die Stützpunkte an den Dardanellen und am Bosporus einräumen sollte, Forderungen, die die Sowjetisierung des Balkans bedeuteten. Deutschland lehnte ab. Wer sich über das Wesen des Bolschewismus Täuschungen nicht hingab, mußte sich sagen, daß Moskau nach wie vor sein Ziel in der Weltrevolution sah und daß es dieses Ziel vor allem durch einen großen Krieg zu erreichen hoffte. Dieser Gesichtspunkt hat sicherlich seine Stellungnahme gegenüber England einerseits und Deutschland andererseits bestimmt. Wenn es das von England und Frankreich bis zur Selbstverleugnung angestrebte Bündnis abgeschlossen hätte, wäre es denkbar gewesen, daß Deutschland angesichts einer solchen Wiederholung der Koalition des Weltkrieges die Lösung des Danziger und des Korridor-Problems auf einen günstigeren Zeitpunkt verschob. Dazu kam natürlich die Aussicht auf die unmittelbaren Vorteile, die eine Verständigung

mit Deutschland bot, und die Erwartung, die durch einen europäischen Krieg geschaffene Lage ausnutzen zu können, um die angrenzenden kleineren Staaten zu unterwerfen und zu bolschewisieren. Darüber hinaus aber rechnete die Sowjetregierung ohne Zweifel mit der Möglichkeit, daß Deutschland im Kampfe gegen die Westmächte erlahmen und dann dem Bolschewismus zur Beute fallen würde, so wie sie schon 1918 damit gerechnet hatte. Mit Sicherheit aber faßte sie auch den entgegengesetzten Fall ins Auge, daß Deutschland die Oberhand behalten und daß es dann in einem neuen Europa keine Zukunft mehr für den Bolschewismus geben würde. Für diesen Plan bestand zweifellos von vornherein der Plan, Deutschland rechtzeitig in den Arm zu fallen und seinen Endsieg zu verhindern. Denn es stand wohl auf beiden Seiten fest, daß ein „Nebeneinander" von „Nationalsozialismus" und „Bolschewismus" aus den verschiedensten Gründen nicht möglich war. Der Bolschewismus durfte bei Gefahr seiner Existenz nicht zuwarten, bis Deutschland, im Rücken frei, sich gegen ihn wandte. Die Konsequenz dieser bolschewistischen Erkenntnis wurde deutlich sichtbar, als die Sowjetunion ihren Freundschaftspakt mit der jugoslawischen Regierung am 5. April 1941 abschloß. So kam es zu jener großen militärischen Auseinandersetzung, die am 21. Juni 1941 begann, die deutsche Niederlage einleitete und den Bolschewismus bis an die Elbe heranführte. Wer trotz dieser mit geradezu raffiniertem Geschick betriebenen Expansionspolitik noch immer nicht erkannte, daß hier die ungeheuerlichste Bedrohung heranwuchs, der sich jemals die abendländische Kultur gegenübersah, dem mußte die Aggressionspolitik der Sowjets nach dem Kriege vollends die letzten Illusionen rauben. Sowjetrußland hat sich seit 1939 ein ungeheures Gebiet unterworfen, zum Teil durch direkte Einverleibung, zum Teil durch Umwandlung der betreffenden Länder in ihm hörige Satellitenstaaten. Die Sowjetunion ist dabei immer nach dem gleichen Rezept vorgegangen: zunächst Schaffung einer Fünften Kolonne in dem betreffenden Land von ihm blind gehorchenden, zu jeder Gewalttat fähigen Personen, gleichzeitig Einschüchterung und Lähmung der ihm ablehnend gegenüberstehenden Kreise durch jede Art von Terror, Wahlen auf Grund von Einheitslisten, Bildung einer Sowjetrußland hörigen Regierung durch das auf Grund der sogenannten Einheitswahlen zustandegekommene Parlament. Auf diese Weise hat es sich als Satellitenstaaten unterworfen: 1944/45 Albanien, 1944 bis 1949 Bulgarien, 1944/45 Jugoslawien, 1944 bis 1949 Polen, 1944 bis 1948 Rumänien, 1944 bis 1949 Ungarn, 1944 bis 1949 die Tschechoslowakei, 1945 bis 1950 die Mandschurei, 1945 bis 1948 Nordkorea. Die deutsche Sowjetzone, China, Indochina und die sonstigen bolschewistischen Wühlereien in allen Ländern unserer so friedlos gewordenen Erde vervollständigen diese schier endlos gewordene Kette bolschewistischer Aggressionsakte.

Die dritte Erkenntnis, die hier als Grundlage zur Beurteilung der sozialdemokratischen Wehrpolitik herausgestellt werden soll, ist also die jedem auch nur einigermaßen vernünftigen Betrachter erkennbare Tatsache, daß der

Bolschewismus nicht nur revolutionär, sondern in höchstem Maße auch aggressiv ist. Wer diese Erkenntnis nicht hat, sollte aufhören, sich Politiker zu nennen. Wer in seiner Politik dem militanten Charakter des Bolschewismus nicht Rechnung trägt und aus Dummheit oder frevelhaftem Leichtsinn nicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen bereit ist, mag ebenfalls von der politischen Bühne abtreten. Daher darf festgestellt werden, daß es ein tödlicher Irrtum ist zu glauben, für die Abwehr des Bolschewismus genüge es, wirtschaftliche und soziale Zustände zu schaffen, die eine Infizierung durch die kommunistische Ideologie unmöglich machten. Die Abwehr gegen den Bolschewismus ist auf allen Gebieten zu führen. Neben die Schaffung gesunder wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse muß der Aufbau einer militärischen Abwehrfront treten, wobei nicht zu vergessen ist, daß der Bolschewismus heute nicht etwa an den Grenzen des ehemaligen deutschen Reiches, sondern seit 1945 im Herzen unseres Vaterlandes, an der Elbe, steht. Wie immer schon, aber seit 1945 ganz besonders, mußte jede politische Tätigkeit in Deutschland sich dieser bis zum Höchstmaß gesteigerten Bedrohung bewußt bleiben und trotz aller von außen uns auferlegten Behinderungen den Geist der Abwehr, den Geist der Wehrhaftigkeit, stärken und neu beleben, zumindest aber dieses Problem aus dem politischen Tageskampf ausklammern, wenn schon der Zustand der militärischen Besetzung und die innige Verbrüderung zwischen West und Ost eine objektive und vernunftbedingte Behandlung dieser Fragen ausschloß. Von jedem Politiker, der als Deutscher zum deutschen Volk sprach, mußte man so viel an profunder Kenntnis des Bolschewismus voraussetzen, daß seine Zurückdrängung aus Deutschland und damit die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes nicht durch gutes Zureden und nicht durch Selbstentmannung und Verächtlichmachung des aktivsten Volksteils zu erreichen sein würde, sondern vor allem durch die Herstellung einer militärischen Abwehrfront, die in ihrer Stärke und Qualität den bolschewistischen Armeen nicht nachsteht. Wer Deutschland aufbauen und seine Teile wieder zusammenführen wollte, d. h. wer die Einheit und Freiheit Gesamtdeutschlands in Frieden und Sicherheit als Programm auf seine Fahne schrieb, mußte von allem Anfang an grundsätzlich wissen, daß Verhandlungen zur Regelung internationaler Fragen mit dem totalitären Regime des Bolschewismus nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnten, wenn der- oder diejenigen, die diese Verhandlungen zu führen haben, ebenso stark, wenn nicht noch stärker sind als der militante Bolschewismus.

Wer nun geglaubt hatte, daß diese Erkenntnisse nach 1945 in der deutschen Sozialdemokratie sich durchsetzen und ihren theoretischen und praktischen Niederschlag in ihrer politischen Arbeit finden würden, sah sich zutiefst enttäuscht. Wieder war ein Krieg geführt und verloren worden! Die Frage nach der Schuld war für sie einfach zu beantworten: Der „Militarismus"! Wie einst im Mai erklangen die abgespielten Platten sozialdemokratischer Propa-

gandaparolen. Politische Erfahrungen und Weisheiten werden leider nicht vererbt. Die Geschichte lehrt — nach dem berühmten Wort Jakob Burckhardts — nur, daß sie nichts lehrt. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man in allen Einzelheiten den Kampf um die „Befreiung vom Militarismus", den Hexensabbath der Selbstentwürdigung und Selbstvernichtung in allen seinen Äußerungen aufzeigen. Was das deutsche Soldatentum besonders in den ersten Jahren nach dem „gerechten und dauerhaften Frieden" von Potsdam erleiden und erdulden mußte, würde Bände ausfüllen, wollte man die bis in die feinsten Überlegungen hinein ausgedachte Methodik schildern, mit der der sogenannte deutsche „Militarismus" ein für allemal aus der geistigen und realen Welt der Deutschen ausgelöscht werden sollte, wobei man nur mit Sarkasmus feststellen kann, daß es mindestens ebensoviele politische Phraseologen wie Meinungen über den „Militarismus" gibt. Dafür nur ein Beispiel! Der gewiß einer militaristischen Gesinnung nicht verdächtige amerikanische Kommentator am Berliner Rundfunk, Alfred Boerner, definierte den Begriff des „Militarismus" dahingehend, daß für ihn Krieg oder Kriegsdrohung das wichtigste Mittel der Politik darstelle und daß die friedliche, aber starke, vorwärtsdrängende und militante Demokratie das Gegenteil des Militarismus sei. Niemand wird dieser Auffassung widersprechen. Aber was hat dann „Militarismus" mit dem Begriff „Soldatentum" zu tun? Wir glauben mit Alfred Boerner, daß derjenige ein Militarist ist, der sich auf der Ebene der großen Politik der Mittel der Gewalt bedient, um Machtansprüche um jeden Preis, auch mit dem Einsatz von Blut und Leben, durchzusetzen. Wenn wir uns unter diesem Gesichtspunkt die preußisch-deutsche Heeresgeschichte ansehen, dann werden wir keinen Soldaten finden, der eine militaristische Politik gemacht hat: Der deutsche Soldat hatte nämlich bei politischen Entscheidungen und Fragen nicht einmal mitzureden. Das ist der Tatbestand! Was aber die Soldaten der letzten deutschen Wehrmacht betrifft, so sollte der Umstand wirklich genügen, daß sogar das Siegertribunal von Nürnberg, dessen mehr als fragwürdige Rechtsprechung auch von den höchsten Instanzen der Bundesrepublik Westdeutschland nicht anerkannt wird, die deutsche Generalität von der Vorbereitung eines Angriffskrieges freigesprochen hat. Das taten unter dem Eindruck der Tatsachen jene Mächte, die ihre einmalige Chance zur Schaffung eines weltgerichtlichen Urteils über den deutschen Militarismus bis zur Willkür wahrlich erschöpfend genutzt haben, die Hunderttausende deutscher Soldaten in ihren Lagern verhungern ließen und ebensoviele Hunderttausende als menschliche Arbeitssklaven ihren östlichen Freunden unter der Fahne der Gerechtigkeit und Menschlichkeit ohne jede moralische Anwandlung opferten. Wenn die Propagandathese vom „Militarismus" des deutschen Soldatentums mit Erfolg erschüttert worden ist, dann geschah es ausgerechnet in Nürnberg. Die politische Praxis der Alliierten wie auch der von ihnen inthronisierten deutschen Sozialdemokratie hat diesem Urteil allerdings keine Gerechtigkeit widerfahren lassen. Der Grund für dieses

sonderbare Verhalten ist offensichtlich: Den fremden und den deutschen „Antimilitaristen" ging es nicht nur um die Auslöschung des „Militarismus", sondern gleichermaßen um die endgültige Beseitigung und Ausradierung dessen, was nur irgendwie mit dem Wertbegriff des deutschen Soldatentums zusammenhing. Noch am 16. Dezember 1949 erließ die alliierte Hochkommission ein Gesetz über die Ausschaltung des Militarismus, das den „Militarismus" mit dem Begriff „Militär" einfach gleichsetzte. Verboten wurde jede Tätigkeit, die unmittelbar oder mittelbar darauf abzielt, auf irgendwelche kriegerische Betätigung vorzubereiten oder das Wiederaufleben des Militarismus zu fördern, verboten wurden militärische, militärähnliche und alle Organisationen, in denen verlangt wird, daß irgendein Mitglied ehemaliger Kriegsteilnehmer sein muß. Und die Sozialdemokratie? In zahllosen Reden und Aufsätzen ergoß sich über die deutschen Soldaten, besonders über die Generäle, eine Flut von Verleumdungen, Ehrabschneidungen, Gehässigkeiten und Diffamierungen verschiedenster Art, die übelkeitserregend wirkt. Das begann mit der Feststellung, daß „die Unterscheidung von Militarismus und Soldatentum Wortklauberei und daher ohne Kommentar in die unterste Schublade zu legen sei. So aufrichtig und anständig der einzelne auch über soldatische Tugenden und Soldatentum schlechthin denken möge, wenn er sich von diesen Dingen nicht konsequent trenne, werde er zum Helfer von Kräften, die alles andere als aufrichtig oder anständig seien". Das wurde fortgesetzt mit der Behauptung, daß die Militaristen ungerecht und unmenschlich gewesen seien, auf dem Kasernenhof und an der Front: „Doch wo sind heute diese Herren und Helden und Ritter vergangener Tage? Viele sind gefallen und bezahlten Fehl und Schuld — ihre eigene und die ihrer Führer!" So sah die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie aus, die sie den lebenden und — den toten Soldaten entgegenbrachte. Zehn-, ja Hunderttausende wissen ein Lied davon zu singen, wie sie, nachdem man ihnen ihre berechtigten Versorgungsansprüche aberkannt hatte, auf Arbeitsämtern und von Betriebsräten behandelt worden sind. Denn „Deutsche, die ihre vaterländische Pflicht, die Fahne zu verlassen, nicht erfüllt hatten", waren „Militaristen". Für sie gab es keine Arbeit, zumal, wenn sie zur „Offiziersclique" gehörten. „Hat nicht gerade diese Clique unter der Republik jahrelang als Staat im Staate nicht nur die politische Struktur der Demokratie unterhöhlt, sondern von allem Anfang an auf die Wiederaufrüstung Deutschlands und auf einen neuen Waffengang hingearbeitet?" Die Schreiberlinge solcher und ähnlicher Geschichtsverdrehungen vergaßen, allerdings aus guten Gründen, hinzuzufügen, daß eigene Genossen sich ebenfalls zu der Notwendigkeit dieser Aufrüstung nicht nur bekannt hatten, sondern daß der ehemalige Reichsinnenminister Severing im Nürnberger Prozeß einräumen mußte, daß die ersten Verletzungen des Versailler Diktats in Rüstungsfragen schon lange vor 1933 und mit Billigung sozialdemokratischer Regierungen erfolgt waren. Der Haß machte sogar vor den jungen Soldaten nicht halt, die aus

idealistischen Motiven sich den Soldatenberuf erwählt hatten: „Der aktive Offizier hat in den meisten Fällen diesen Beruf aus Neigung erwählt. Damit hat er seine positive Haltung zum Militarismus zum Ausdruck gebracht. Wird ein solcher Mann die innere Kraft aufbringen, sich wirklich von Grund auf aus einem Militaristen in einen Pazifisten verwandeln zu können?" Die Folge dieser tiefschürfenden politischen Erkenntnis war die Forderung, daß bei ehemaligen Soldaten, die studieren wollten, neben der Prüfung der wissenschaftlichen Eignung auch zugleich eine strenge Auslese nach politischen Gesichtspunkten erfolgen müsse. Folgerichtig erhob der sozialistische deutsche Studentenbund die echt demokratische Forderung, daß kein ehemaliger aktiver Offizier zum Studium zugelassen werden dürfe. Die Animosität gegen das soldatische Element ging sogar so weit, daß gegen uniformierte Polizeikapellen, die Promenadenkonzerte gaben, Sturm gelaufen wurde. Die Sozialdemokratie war es auch, die als treibende Kraft bei der Inszenierung und pseudogerichtlichen Tätigkeit der Spruchkammern entscheidende Hilfe leistete, von deren Arbeit sie sich nicht nur mit Unterstützung der Besatzungsmächte eine kalte Sozialisierung der Wirtschaft, die Möglichkeit zur Einschleusung zahlreicher alter und neuer Parteifreunde in Staat, Gemeinden und Wirtschaft, sondern vor allem auch die Ausmerzung der „Militaristen" erhoffte. Ihre dogmatische Haltung und ihr Radikalismus trugen maßgeblich dazu bei, daß diese undemokratische, ja geradezu „neonazistische" Neuauflage mittelalterlicher Inquisitionsgerichte und moderner Gesinnungsschnüffelei sich sehr gut neben den Konzentrationslagern und Sondergerichten der Nazis, den Arbeitslagern und Volksgerichten der Bolschewisten, den Interniertenlagern und Gerichten der Alliierten sehen lassen konnte. Denn der Unterschied zwischen diesen Institutionen ist kein grundsätzlicher, sondern nur ein gradueller. Mit Eifer und Zielstrebigkeit beteiligte sie sich an dieser neuen Form des Kalten Bürgerkrieges, obwohl sie noch am 11. Mai 1946 in einer „Kundgebung" auf ihrem Parteitag in Hannover — offenbar aus propagandistischen Gründen — sich dahingehend festgelegt hatte, daß „es keine Ausnahmegerichte geben dürfe". Heute liegt der Erfolg dieses nach der Zahl der betroffenen Personen größten Massenprozesses aller Zeiten vor unseren Augen. Heute lesen wir sogar in dem Aktionsprogramm des letzten Parteitages von Dortmund 1952, daß „die Nachwirkungen von Kollektivschuldbegriffen im Interesse der Menschlichkeit wiedergutgemacht werden müssen". Offensichtlich handelt es sich wiederum um ein typisches Wahlversprechen, dessen Lebensdauer spätestens am Tage der nächsten Wahlen ablaufen dürfte. Auch hier dürfte das Dichterwort Geltung haben: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!" Doch schließen wir diesen wenig erfreulichen Ausflug in die geistigen Niederungen des sozialdemokratischen Antimilitarismus mit einem kleinen Gedicht, das besser und eindringlicher als hundert Zitate die Einstellung dieser Partei zum deutschen Soldatentum charakterisiert. Der „Neue Vorwärts" veröffentlichte es am 18. Sep-

tember 1948 unter dem Titel: „Das ist der Ruhm der Soldaten". Darin heißt es u. a.:

„Sie standen in Frankreich und Polen,
Sie standen an Wolga und Don,
Sie haben geraubt und gestohlen
Und wissen jetzt gar nichts davon.
Das ist der Ruhm der Soldaten,
Helden in Saus und Braus,
Und alles, was sie taten,
Löffeln wir jetzt aus."

Ein solches Pamphlet wagte das offizielle Organ dieser großen deutschen Partei deutschen Lesern vorzusetzen, deren Väter, Söhne, Brüder Soldaten gewesen waren. Mit Beschämung nimmt man zur Kenntnis, daß der ehemalige Gegner aus dem letzten Kriege eine anständigere Meinung von seinen Feinden, den deutschen Soldaten, hatte als dieses führende Publikationsorgan der deutschen Sozialdemokratie, als dessen Lizenzträger — Dr. Kurt Schumacher zeichnete. Die englischen Soldaten, die bei der Invasion in der Normandie im Sommer 1944 mit dabei waren, erhielten von der britischen Heeresleitung eine kleine „Tornisterschrift" mit auf den Weg, die den Titel führte: „France". In dieser Schrift hieß es u. a.: „Fast bestimmt wird es das erste Mal sein, daß Sie ein Land sehen, das mehrere Jahre deutscher Besatzung unterworfen war. Das müssen Sie sich fest einprägen. In der Tat hat sich, im ganzen genommen, der einzelne deutsche Soldat in Frankreich bemerkenswert korrekt verhalten. Er hatte den Befehl, sich so zu verhalten . . ."

Trösten wir uns mit einem Zitat, das sinnigerweise in einer sozialdemokratischen Zeitung Abdruck fand: „Die Gemeinheit streckt dich nieder, denn sie zielt so gut versteckt, und sie zielt, zielt immer wieder, bis sie an sich selbst verreckt."

Zeigte sich schon im politischen Tageskampf, daß die Sozialdemokratie sich völlig in den Gedanken verbissen hatte, endgültig mit der „Soldatenspielerei" in Deutschland Schluß zu machen, so beseitigte in dieser Hinsicht ihre gesetzgeberische Tätigkeit in den Verfassunggebenden Landesversammlungen der deutschen Länder, in den Landtagen wie auch bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates zum Bonner Grundgesetz auch die letzten Zweifel. Denn obwohl die Landesverteidigung ihrem Wesen nach eine Angelegenheit des Reiches bzw. des Bundes ist, haben insbesondere die süddeutschen Länder sich in ihren Verfassungen und Gesetzen zur Frage des Krieges und des Kriegsdienstes geäußert.

Die Beratende Versammlung des Landes Baden hatte zunächst mit dem Art. 69 a eine Verfassungsbestimmung vorgesehen, nach der „kein badischer Staatsbürger zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden dürfe".

Als dieser Artikel — aus formalen Gründen — gestrichen werden sollte, erhob die Fraktion der Sozialdemokratie sofort Widerspruch, da sie in dieser Streichung eine Förderung des „Militarismus" erblickte. „Das deutsche Volk hat von dem Militarismus wahrlich genug", erklärte ihr Sprecher, indem er bewußt den Begriff „Militarismus" mit dem Begriff „Militär" identifizierte. Der Artikel 69 a wurde schließlich aus der Verfassung herausgenommen, aber es blieb bei der Bestimmung, daß „jede Handlung, die geeignet sei, die Führung eines Krieges vorzubereiten, verfassungswidrig und verboten sei".

Gleichlautende Bestimmungen wurden dank der betont wehrfeindlichen Einstellung der Sozialdemokratie auch in die Länderverfassungen von Südwürttemberg-Hohenzollern und Hessen aufgenommen: „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."

Das große Vorbild für diese Regelungen, die später einmal in eine Reichs- oder Bundesverfassung aufgenommen werden sollten und den Verzicht auf jede Art der Landesverteidigung aussprachen, waren die Beratungen der Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden. Diese hatte zu ihrem staatsrechtlichen Berater den derzeitigen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, das Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, Prof. Carlo Schmid, erkoren, der infolgedessen als der Vater dieser Verfassungsbestimmungen anzusprechen ist. Seine Ausführungen vor dem Verfassungsausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden vom 1. August 1946 lassen die klare Tendenz erkennen, eine Unterscheidung zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg nicht anzuerkennen, d. h., auf das Recht der Selbstverteidigung von vornherein freiwillig zu verzichten. Denn „es solle in dieser Verfassung, die gedacht sei in diesen Dingen als Muster oder wenigstens als Hinweis, als Lockmittel für eine künftige Reichsverfassung, auch zum Ausdruck gebracht werden, daß man bei uns in Deutschland den Krieg nicht mehr zu den Mitteln der Politik rechne, daß wir resolut und aus freiem Willen nichts mehr mit dem Krieg zu tun haben wollten. Er glaube, daß auch hier das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit, und zwar das schranken- und vorbehaltlose, sich auf die Dauer bezahlt machen und auch bei den anderen Wirkungen hervorrufen werde, die es uns möglich machen würden, draußen mit dieser Gewaltlosigkeit unter den anderen Staaten und Völkern zu leben. Er glaube, daß für uns die Gewaltlosigkeit das einzige Mittel wäre, überhaupt Politik zu machen. Es gebe so etwas wie einen Sog, der von solchen Dingen ausgehe, wenn sie ernstgenommen würden. Er erinnere an Gandhi, der die Politik der Gewaltlosigkeit zum obersten Prinzip des indischen Volkes gemacht habe. Das indische Volk habe damit Erfolge erzielt. Daraus ergebe sich, daß jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen werde, die Führung eines Krieges vorzubereiten, verfassungswidrig sei. Damit

werde von vornherein festgestellt, daß alles, was auf die Schaffung einer Wehrmacht hinauslaufe oder im weitesten Sinne des Wortes der Ermöglichung des Kriegführens diene, rechtswidrig sei. Das habe seine Berechtigung auf dem Gebiete der Erziehung, auf dem Gebiete des Sportes, aber auch auf dem Gebiete der Industrie. Der Einwand, daß das nichts nütze, solange die anderen Staaten nicht ebenso dächten, schlage nicht durch gegenüber dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit", ereiferte sich Prof. Carlo Schmid vor dem Verfassungsausschuß. So kam auch in die württemberg-badische Verfassung die „beispielhafte" Bestimmung hinein, daß „jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, die Führung eines Krieges vorzubereiten, verfassungswidrig ist". Diese Verfassungsvorschrift aber genügte den pazifistischen Grundanschauungen der Sozialdemokratie noch nicht. Die wachsenden und immer deutlicher sich abhebenden Gegensätze zwischen Ost und West, insbesondere die sich auch für den einfältigsten Pazifisten von Jahr zu Jahr, ja von Monat zu Monat, schärfer abhebende Bedrohung durch den militanten Bolschewismus hinderte die sozialdemokratische Fraktion im württemberg-badischen Landtag nicht, einen Initiativgesetzentwurf einzubringen, der das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich verankern sollte. Am 22. April 1948 beschloß der württemberg-badische Landtag das Gesetz Nr. 1007, dessen einziger Artikel lautet: „Niemand darf zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden." Es ist erheiternd, in diesem Zusammenhang von der moralischen Entrüstung über die Zuschrift eines jungen Mannes an die „Neue Zeitung" zu lesen, der sich dort, wie es heißt, „aufgeregt habe, daß solche trottelhaften Parlamentarier sich überhaupt mit dem Gedanken eines solchen Kriegsdienstverweigerungsgesetzes befassen, weil nämlich die Tatsachen in Wirklichkeit einmal doch über diese Menschen hinweggehen werden".

In der Tat, die Wirklichkeit begann sehr rasch die Illusionen pazifistischer Träumereien zu zerstören. Kaum war ein halbes Jahr vergangen, da wurden bereits die ersten Stimmen im Ausland laut, die die Frage nach einem deutschen Wehrbeitrag, wenn auch noch reichlich zaghaft und hypothetisch, zur Diskussion stellten. Als es bei der Debatte über eine große Anfrage wegen eines in einer württembergischen Zeitung erschienenen, den Gedanken einer gemeinsamen europäischen Verteidigung bejahenden Artikels zu lebhaften Auseinandersetzungen kam, hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Zimmermann als Sprecher seiner Fraktion eine Rede, die aus verschiedenen Gründen Beachtung verdient, nicht nur, weil sie ein typisches Erzeugnis sozialdemokratischer Romantik darstellt, sondern weil sie zugleich auch eine demagogische Unsachlichkeit zeigt, die für die Sozialdemokratie so bezeichnend ist. Der Abgeordnete führte u. a. aus: „Es scheint ein deutsches Charakterübel zu sein, daß, wenn es irgendwo möglich ist, über militärische Dinge oder über den Krieg zu reden, der Deutsche sich in Begeisterung auflöst, sich der

Begeisterung hingibt (Zuruf: sehr gut!) und in einen Taumel kommt wie nach meiner Auffassung nach kein anderes Volk in Europa. Goethe hat nicht ganz unrecht, wenn er uns charakterisierend sagt: ‚Nichts Bessres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen.' Es scheint, daß wir dies tatsächlich auch heute noch mit uns herumschleppen. Es kann, so scheint es, für uns keine schönere Diskussion geben, als über den Krieg und diese Dinge zu reden ... Wir wünschen keine Armee mehr! Wir wünschen ein befriedetes Europa und ganz besonders ein befriedetes und entmilitarisiertes, auch geistig entmilitarisiertes Deutschland. Infolgedessen müssen wir an einer anderen Stelle anfassen, wenn wir den militanten Geist in Deutschland ausrotten wollen. Wir dürfen keine Diskussionen darüber führen, daß unsere jungen Menschen wiederum in Kasernen gebracht und mit militärischem Drill wieder für ein Kriegshandwerk vorbereitet werden sollen, das wir verachten müssen, wenn wir das Recht der Nation zur Selbsterhaltung bejahen wollen. Weil der Krieg kein Mittel der Politik ist, deshalb wollen wir doch diese Diskussionen über Remilitarisierung und Wehrhaftmachung unserer jüngeren Jahrgänge endlich in die Rumpelkammer, in die Mottenkiste werfen, wo sie hingehören."

Es versteht sich von selbst, daß der Abgeordnete diese passende Gelegenheit nicht ausließ, einmal mehr mit den „vielen Menschen" ins Gericht zu gehen, die sich „scheinbar nur im Kriegshandwerk wohlfühlten". Daß er daher im gleichen Atemzuge die Ausrottung der „Landsknechte" verlangte, sei nur am Rande vermerkt.

„Toren hätten wir wohl, wir hätten Fratzen die Menge; leider helfen sie selbst zur Komödie nichts", sagt Schiller. An dieses gute Wort wird man hier unwillkürlich erinnert, wenn man der Wahrheit die Ehre gibt und feststellt, daß es so etwas wie kriegerischen Begeisterungstaumel mindestens seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr gegeben hat. Eine derartige Behauptung aber sogar noch für die Zeit nach 1945 aufstellen zu wollen, dazu noch als Vertreter des Volkes, ist mit Torheit allein nicht mehr zu erklären. Ebenso darf um der gleichen historischen Wahrheit festgehalten werden, daß es nicht die „Landsknechte" waren, von denen der Ruf nach deutschen Soldaten ausgegangen ist. Wie schnell sich doch die Zeiten und mit ihnen die — Ansichten ändern! Im Dezember 1948 konnte ein sozialdemokratischer Abgeordneter allerdings nicht ahnen, daß sein Parteichef keine zwei Jahre später erklären würde, daß es „kaum einen Kriegsdienstverweigerer geben werde, wenn unter den von der Sozialdemokratie geforderten Voraussetzungen eine Wehrverfassung zustandekomme", und daß nach knapp vier Jahren ein Parteitag der eigenen Partei in Stuttgart eine Resolution gegen die Aufstellung einer nationalen Armee mit allen gegen zwei Stimmen ablehnen würde.

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem! *) Der Abgeordnete hatte zu allem Überfluß leider auch das Ende — des Goethe'schen Zitats nicht bedacht. Der Name Goethes hinderte ihn nicht, durch willkürliche Fortlassung des wichtigsten Teiles der angezogenen Stelle dem größten Dichter und Geist unseres Vaterlandes eine Meinung zu unterstellen, die nicht in seinem Sinn gelegen hat. Das Gegenteil ist richtig! Denn so lautet das Zitat in seinem Zusammenhang: „Nichts Bessres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten. Dann kehrt man abends froh nach Haus und segnet Fried' und Friedenszeiten."

„Herr Nachbar, ja! So laß ich's auch geschehen: Sie mögen sich die Köpfe spalten, mag alles durcheinandergehen. Doch nur zu Hause bleibt's beim alten."

Das Goethe-Zitat ist heute ebenso aktuell wie damals, als sich der weitschauende Dichter über das kurzsichtige und einfältige deutsche Bürgertum lustig machte. „Ohne mich" gab es also schon im dichterischen Denken Goethes. Aber dieser große, sicherlich nicht nationalistische Weltgeist hat mit seinem Spott nicht zurückgehalten. Nicht ein kriegsbegeisterter Taumel, sondern die spießbürgerliche Schlafmützigkeit des deutschen Michel wird hier als für uns typisch und charakteristisch herausgestellt. Si tacuisses! *)

Einen tiefen Einblick in die wehrpolitische Mentaliät der Sozialdemokratie von besonderer Eindringlichkeit gestatten die Vorgänge im bayerischen Landtag anläßlich der Beratung eines sozialdemokratischen Gesetzentwurfs über die Straffreiheit bei Kriegsdienstverweigerung. Einwendungen, die aus den Kreisen der Abgeordneten laut wurden, daß man doch wohl vernünftigerweise zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen unterscheiden müsse, wurden aus den Reihen der Sozialdemokratie mit Zwischenrufen wie etwa: „Da darf gemordet werden! Das Recht auf Leben! Zweierlei Mord!" quittiert. Die Bemerkung, daß ein Volk, wenn es nicht untergehen wolle, sich gegen einen Angreifer wehren müsse und jeder wehrfähige Mann für die Verteidigung der Heimat, von Haus und Hof, einzutreten habe, erhielt von ihren Bänken den Zuruf: „Noch viel gemeiner! Was ist das anderes als Massenmord!"

Die Unwirklichkeit und Verantwortungslosigkeit ihrer Argumentationen können kaum überboten werden. So meinte der Abgeordnete Haas, daß „man auf Grund der Erfahrungen, die das deutsche Volk in der Vergangenheit gemacht habe, nicht mit dem Gedanken spielen dürfe, sich verteidigen zu

*) Was Du tust, tue es klug und bedenke das Ende!
*) O, daß du geschwiegen hättest!

müssen. In der Ostzone würden bereits Registrierungen der früher waffendienstfähigen Männer durchgeführt. Dieser Gesetzentwurf müsse daher unter allen Umständen Gesetz werden".

Sein Parteifreund Hansheinz hielt es gerade bei den jetzigen Kriegsgerüchten für angezeigt, durch ein Antikriegsgesetz dem Staatsbürger Schutz zu gewähren. Andere Genossen betonten, daß dieses Gesetz als Bekenntnis zum Pazifismus eine unbedingte Notwendigkeit sei. Der Abgeordnete Dr. Beck sprach von der ernsthaften Aufgabe der Umerziehung der heutigen Jugend zu wirklichen Demokraten und Pazifisten, zu Pazifisten nicht der Prägung, wie sie vor 1933 eine Spielart eines gewissen Teils des Bürgertums gewesen sei, auch nicht zu einem Pazifismus aus Feigheit, sondern zu einem Pazifismus aus ernster, ehrlicher, sittlicher Überzeugung für das Lebensrecht jedes einzelnen. In den letzten siebzig Jahren unserer Geschichte habe eine deutsche Regierung dreimal leichtsinnig und frevelhaft einen solchen Krieg herbeigeführt. Die entlassenen Offiziere, die Hauptleute und Majore, warteten nur darauf, daß ihre Zeit wiederkomme. Sie hielten den Geist der Jugend lebendig, um morgen als Landsknechte, sei es Amerikas oder Rußlands, einen neuen Krieg führen zu können. Denn ihnen ginge es ja in diesem Krieg gut. Das alles habe nichts mit Vaterlandsliebe zu tun, sondern sei einfach Landsknechttum in gemeinster, niedrigster Form, und dies auszurotten, dazu solle auch dieses Gesetz dienen.

Nun, sich heute noch mit der Forderung nach Umerziehung der deutschen Jugend zu wirklichen Pazifisten auseinanderzusetzen, wäre unnütze Zeitverschwendung, da zwischenzeitlich Dr. Kurt Schumacher festgestellt hat, daß es niemals eine pazifistische Theorie der Sozialdemokratie gegeben habe, und da zur Zeit jedenfalls die sozialdemokratische Partei mit gewohnter Anpassungsfähigkeit und zeitgemäßem Opportunismus die Wehrhaftmachung derselben deutschen Jugend bis zur Schaffung einer Nationalarmee hin bejaht. Die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands an den letzten drei Kriegen klassifiziert den Sprecher bzw. seine Partei von selbst. Mit aller Schärfe aber muß an dieser Stelle erneut die Verunglimpfung des Soldatenberufes zurückgewiesen werden. Zu behaupten, daß die ehemaligen Hauptleute und Majore, um mit den Worten dieses sozialdemokratischen Abgeordneten zu sprechen, den Geist der Jugend lebendig halten, um morgen als Landsknechte Amerikas oder Rußlands einen neuen Krieg führen zu können, in dem es ihnen ja gut ginge, ist eine derart abgrundtief gemeine Beleidigung, daß hier nur eine Erwiderung möglich wäre: Ein kommendes Wehrgesetz sollte in der Tat die Ausschließung aller ehemaligen Offiziersränge kategorisch verankern und den Aufbau einer neuen Verteidigungsmacht in die Hände sozialdemokratischer Hetzer und Demagogen legen. Warum soll es nicht auch diesen Herren in einem neuen Kriege, den der Herrgott uns ersparen möge, endlich einmal „gut" gehen!

Den Vogel in diesem Wettbewerb zwischen Dummheit, die verzeihbar wäre, verantwortungslosem Utopismus und politischer Quacksalberei, die es nicht sind, schoß jedoch der sozialdemokratische „Volksvertreter" Dr. Hille ab. Seine Ausführungen verdienen es ganz besonders, auszugsweise festgehalten zu werden. Er erklärte: „Zwei Abgeordnete sagten im Ausschuß sinngemäß: Wenn die Horden aus dem Osten kommen, dann werden wir uns erheben. (Zuruf: Lassen Sie sich totschlagen von diesen Horden?) Ich will nicht über das Für und das Wider hier diskutieren. Ich halte nur die Vorlage für so wichtig, gerade vom Standpunkt der sozialistischen Denkweise, daß ich eine solche Gesinnung, wie sie dort vorgetragen wurde, noch einmal hier festnageln wollte. Gegen diese Gesinnung habe ich mich im Ausschuß zur Wehr gesetzt und setze ich mich auch hier zur Wehr: Wenn wir eine innere Bereitschaft herstellen dadurch, daß wir mit dem Gedanken des Verteidigungskrieges spielen, dann haben wir bereits wieder die Grundlage geschaffen, um diesen Geist militaristischer Gesinnung überhaupt aufkommen zu lassen, gegen den wir uns mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen."

Der Fraktionsführer, der Abgeordnete Stock, konnte verständlicherweise hinter seinem Fraktionskollegen nicht zurückstehen: „Krieg ist genau so Mord, wie ein persönlicher Mord auch Mord ist. Es gibt auch Gründe der Ethik, der Religion, die mich davon abhalten, daß ich mich an einem Krieg beteilige, nebenbei selbstverständlich auch noch wegen meiner pazifistischen Einstellung. Ich habe es am eigenen Leibe verspürt, 1917, als ich mich gegen den Massenmord wandte, da ein solches Gesetz nicht bestand, was jetzt mit mir geschah: daß ich verhaftet wurde. Damals hatten wir das Gesetz nicht, aber wenn wir jetzt das Gesetz annehmen, dann kann ich mich später darauf berufen." Das ist klar und deutlich. So wird es auch begreiflich, daß die Feststellung, nach der Formulierung des Gesetzes bestehe das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, auch dann, wenn es sich um einen Verteidigungskrieg handele, mit dem sozialdemokratischen Zuruf unterstrichen wurde: „Jawohl, auch dann!" Die Frage, ob die Sozialdemokratie die Pflicht zum Kriegsdienst auch in der Notwehr ablehne, wurde unmißverständlich mit dem Hinweis beantwortet, daß „in Schweden kein Mann ein Gewehr genommen habe; die seien alle in Arbeitsbataillone gegangen". Die weitere Frage, ob sie sich nur auf die Freiwilligkeit des Betreffenden stützen und die Entscheidung dem freien Ermessen eines jeden überlassen wolle, wurde ebenfalls sehr deutlich bejaht. Ergänzend fügte der Abgeordnete Behrisch hinzu, daß „es uns Sozialdemokraten nicht um den Pazifismus schlechthin gehe. Die Sozialdemokratie sei nicht nur pazifistisch. Sie wolle denjenigen, die gegen den Krieg seien, den Start erleichtern, ihre moralische Position und ihre rechtliche Legitimation sichern. Das sei nur etwas, was man in jedem wahrhaft demokratischen Land finden würde". Ist die letzte Behauptung eine grobe Unwahrheit und mit dem Gedanken einer wirklichen Demokratie völlig

unvereinbar, so ist die sozialdemokratische Feststellung von einer moralischen Position derjenigen, die auch im Falle der Notwehr den Dienst mit der Waffen verweigern, äußerst aufschlußreich. Bei der Beratung der Berliner Verfassung, nach der ebenfalls „jedermann das Recht hat, Kriegsdienste zu verweigern, ohne daß ihm Nachteile entstehen dürfen", präzisierte unter dem Beifall ihrer Fraktion die Genossin Lucht-Perske, daß Kriegsdienstverweigerer „als Menschen höheren Ranges angesehen werden" müßten. Die Verfassung für Groß-Berlin wurde im übrigen am 1. September 1950, d. h. nach Korea, angenommen. Der höhere Rang derjenigen, die für sich die Ablehnung jeglichen Dienstes mit der Waffe beanspruchen, ist moralisch wohl darin begründet, daß sie andere Mitbürger im Interesse der Volksgemeinschaft ihre Haut zu Markte tragen lassen. Denn das Gebot, daß „kein Staatsbürger zum Militärdienst oder zur Teilnahme an Kriegshandlungen gezwungen werden könne", schließt den freiwillig geleisteten Militär- oder Kriegsdienst nicht aus. Der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtags schien die Führung eines Verteidigungskrieges auf der Basis der Freiwilligkeit, der freien Ermessensentscheidung des einzelnen Staatsbürgers, im Zeitalter der totalen Kriege und totalitären Mächte durchaus möglich, ja allein möglich und vertretbar zu sein. Nichts war wehrpolitisch unsinnig genug, um nicht ausgesprochen zu werden. So sah sie auch in ihrer Erwartung, daß die jungen Menschen zu den Fahnen eilen würden, wenn sie das Gefühl hätten, hier handele es sich um das Vaterland, keinen Widerspruch zu dem von ihr eingebrachten, im wahrsten Sinne des Wortes wehrfeindlichen Gesetzentwurf, der sich in seiner Tendenz, zumal wenn man die Begründung untersucht, gegen die Leistung jeglichen Militärdienstes wendet. Was hier an sinnlosen, auch nicht von der bescheidensten Sachkenntnis getrübten Schwätzereien der Duldsamkeit des Staatsbürgers zugemutet wurde, übersteigt geradezu die Grenzen des Erträglichen. Daß man zunächst eine Fahne besitzen, ein Gewehr haben und an diesem Gewehr und an den sonstigen, zahlreichen modernen Kampfmitteln ausgebildet sein müßte, daß das alles also doch einen Militärdienst zur Voraussetzung hat, daß schließlich das ganze Volk bei Gefahr seines Bestandes mit dem Geist der Verteidigungsbereitschaft erfüllt und dementsprechend erzogen werden müßte, daß fernerhin eine Parlaments- oder Volksabstimmung über die Gegebenheit oder Nicht-Gegebenheit eines Verteidigungskrieges im Augenblick des Ernstfalles gegenstandslos wäre, weil der präsumtive Gegner infolge Fehlens jeder militärisch organisierten Abwehrkraft innerhalb von nicht einmal vierundzwanzig Stunden die debattierenden Herren Abgeordneten freundlichst zu einer Besichtigungsfahrt in seine modernen Umerziehungslager nach Sibirien einladen würde, ist diesen erleuchteten „Politikern" nicht aufgegangen, obwohl ihnen noch die jüngste Vergangenheit besten Anschauungsunterricht erteilt hatte. So beschloß auch der bayerische Landtag ein Gesetz, das wie folgt lautet: „Niemand kann zum Militärdienst oder zur Teilnahme an Kriegshandlungen gezwungen werden. Aus der Geltendmachung dieses Rechtes

darf ihm kein Nachteil erwachsen." Immerhin erreichte es eine starke Opposition, daß diesem Gesetz eine Präambel vorgesetzt wurde, die ein Bekenntnis zum Völkerrecht ablegt. Ausdrücklich wurde dabei betont, daß das Völkerrecht das Recht jeder Nation zur Selbstverteidigung bejahe. Wenige Jahre später dagegen — am 7. Februar 1952 — erklärte Erich Ollenhauer, der derzeitige Parteivorsitzende der SPD, im deutschen Bundestag: „Die Anhänger einer pazifistischen Idee müssen sich darüber klar sein, daß sie die Freiheit, nach ihren pazifistischen Grundsätzen zu leben, nur so lange haben werden, wie es gelingt, die Freiheit der Demokratie zu erhalten. Die Alternative sind die Konzentrationslager der totalitären Systeme. Der Ohne-mich-Standpunkt löst keines der menschlichen Probleme seiner Anhänger. Im Falle einer Aggression der Totalitären ist ihnen die Uniform auf alle Fälle sicher." Um die gleiche Zeit sprach der bayerische SPD-Vorsitzende von Knoeringen im Zusammenhang mit der „Remilitarisierung" von der Pflicht aller überzeugten Demokraten, mit den ehemaligen Berufssoldaten zu diskutieren.

Tiefsinnig und ahnungsvoll zugleich aber schloß damals im bayerischen Landtag der letzte Redner der Sozialdemokratie, an die Gegner des Gesetzentwurfes gewandt, mit folgenden klassischen Worten seine geistvollen Ausführungen: „Ich möchte zum Schluß kommen. Der Schluß ist ein Wort von unserem Goethe. Goethe sagt: ‚Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, vermehrt das Übel und breitet es weiter und weiter.' Ihre Haltung von heute morgen war ein Beispiel zur Wahrheit dieses Goethe-Wortes." In der Tat, die Haltung der Sozialdemokratie von gestern und heute ist wirklich nur ein Beispiel für diese Lebenswahrheit.

Dieses treffliche Wort gilt seltsamerweise auch für den sich in diesen Fragen mit der Sozialdemokratie völlig identifizierenden Linksliberalismus. So führte der Abgeordnete Otto Bezold im bayerischen Landtag u. a. aus: „Als dieses Gesetz eingebracht und über dieses Gesetz gesprochen wurde, handelte es sich darum, eine Weltauffassung auszusprechen, nämlich der Auffassung vom Pazifismus zum Wort zu verhelfen. Wir sind, politisch betrachtet, der Auffassung, daß wir Deutsche uns weder vom Westen noch vom Osten, noch irgendwie jemals in Kriegsdienste und in Kriegshandlungen einspannen lassen. Wir haben im Ausschuß das Gesetz ausdrücklich so formuliert, daß es jedem freisteht, dann, wenn das Vaterland ruft, wenn er es vor sich selbst verantworten kann, nur als Verteidiger zum Gewehr zu greifen. Aber wir wünschen um der Freiheit der Menschen willen nicht, daß ihm das aufgezwungen wird und aufgezwungen werden kann und daß er auf die alte Formel vereidigt wird: Dieser Krieg ist ein Verteidigungskrieg!"

Noch schärfer und deutlicher sprach sich seine Parteifreundin, Frau Dr. Barowski, in der Verfassunggebenden Stadtverordnetenversammlung von Berlin (1948) aus, als sie als Sprecherin der liberal-de-

mokratischen Fraktion erklärte: „Auf unserem Parteitag sind es die liberal-demokratischen Frauen gewesen, die sich sehr energisch für einen solchen Kriegsächtungsartikel in der Berliner Verfassung eingesetzt haben, und wir haben zu unserer Freude fesgestellt, daß alle unsere männlichen Parteifreunde sich vorbehaltlos dieser Forderung der Frauen angeschlossen haben. Wir sind bereit, Ihnen den Antrag in der vorliegenden Fassung vorzuschlagen: ‚Jedermann hat das Recht, Kriegsdienste zu verweigern, ohne daß ihm Nachteile entstehen dürfen.' Ein solcher Artikel entspricht unserer grundsätzlichen pazifistischen Einstellung. Wir sind der Auffassung, daß eine solche pazifistische Einstellung, die von der moralischen Auffassung des einzelnen ausgeht, letzten Endes die einzige wirkliche Realpolitik in der Welt darstellt."

Was würden alle diese „Volksvertreter" wohl heute sagen, wenn die deutsche Jugend sich an diese Lehren ihrer deutschen Umerzieher zurückerinnern würde und den letzten Funken von Idealismus in einem weltfremden Pazifismus, der die einzige wirkliche Realpolitik sein soll, verbrauchen würde? Die einzige wirkliche Realpolitik in Deutschland kann nur darin bestehen, uns schleunigst dieser Phantasten zu entledigen und dem gesunden Menschenverstand endlich eine Gasse zu bahnen. Es scheint unser Fatum zu sein, von einem Extrem in das andere zu fallen. Wenn diese Utopisten es als den tiefsten Sinn aller dieser Gesetze erklärten, „Freiheit und Demokratie für jeden einzelnen innerhalb der Verfassungen zu gewährleisten", so ist diesen träumerischen Schwärmern einfach nicht aufgegangen, daß eine solche schrankenlose und ungebundene Freiheit in der nüchternen Welt der Tatsachen nur die Auslöschung von Freiheit und Demokratie für ihr Volk, damit aber auch für jeden einzelnen, bedeuten würde. Man braucht sich dabei nur, gewissermaßen als Anschauungsunterricht, den Artikel 133 der bolschewistischen Verfassung vor Augen zu halten: „Die Verteidigung des Vaterlandes ist heilige Pflicht eines jeden Bürgers der UdSSR. Vaterlandsverrat, Verletzung des Fahneneides, Überlaufen zum Feind, Schädigung der militärischen Macht des Staates, Spionage, wird als schwerste Freveltat mit aller Strenge des Gesetzes geahndet." So wirkt es wie eine Selbstverspottung ohnegleichen, wenn der sozialdemokratische Innenminister des größten deutschen Landes zu sagen wagte, daß „die heutige Situation Deutschlands in sehr vielem eine auffallende und merkwürdige Parallelität zu jenen Jahren der preußischen Geschichte zeigt, die zwischen 1806 und 1820 liegt".

Die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder des Parlamentarischen Rates zur Wehrfrage bedeutete die konsequente Fortführung der offensichtlich damals parteieinheitlichen Linie, wie sie in den verfassunggebenden Landesversammlungen und in den Länderparlamenten in Erscheinung trat. Ihre Anträge und Vorschläge waren von dem gleichen Geist der Negation, d. h. der Ablehnung jedes Gedankens an die Notwendigkeit einer eigenen

Landesverteidigung, beherrscht. Die Formulierungen zeigen kaum irgendwelche Unterschiede. Dafür nur einige Beispiele.

Wiederum war es Prof. Carlo Schmid, der den Standpunkt der Sozialdemokratie vortrug. In der 20. Sitzung des Grundsatzausschusses vom 10. November 1948 setzte er sich für ein absolutes Waffenherstellungsverbot ein und schlug eine Festlegung vor, aus der sich ergeben müsse, „daß in Deutschland überhaupt keine Kanonen mehr gebaut werden", d. h. also auch nicht mit Zustimmung der Bundesregierung. Im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates schlug er dieselbe Formulierung vor, die auf seine Anregung hin bereits in den süddeutschen Verfassungen Eingang gefunden hatte, wonach „Handlungen, die geeignet seien, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Krieges vorzubereiten, und die in dieser Absicht vorgenommen würden, verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen seien". Wörtlich führte er dazu in der 6. Sitzung des Hauptausschusses vom 19. November 1948 aus: „W i r sollten auch hier ein Stück weiter gehen, als m a n bisher üblicherweise gegangen ist, und sollten in unserem Lande schlechthin untersagen, die Führung von Kriegen vorzubereiten. Wir sollten damit unsere Meinung zum Ausdruck bringen, daß, wenn schon Ge w a l t geübt werden muß, diese Gewalt nicht als nationaler Souveränitätsakt ausgeübt werden soll, sondern als A k t d e s k o l l e k t i v e n S e l b s t s c h u t z e s a l l e r N a t i o n e n, die dafür sorgen, daß auf der ganzen Welt der Friede erhalten bleibt und es Angreifern unmöglich gemacht wird, den Frieden zu stören. Wenn wir sagen: ‚... einen A n g r i f f s krieg vorzubereiten ...', wird man uns schlicht entgegenhalten, daß noch niemand in dieser Welt je behauptet hat, er treibe Kriegsrüstungen, um einen Angriffskrieg vorzubereiten. Letzten Endes ist der Unterschied zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg weitgehend zu einer Flause geworden. Deswegen meine ich, wir sollten hier nicht von A n g r i f f s krieg schlechthin sprechen."

Diese Ausführungen sind gleichermaßen unklar und widerspruchsvoll wie sie typisch für die sozialdemokratische Mentalität sind, Politik zu machen. Da wird im gleichen Satz zwar die reichlich anfechtbare Hypothese, daß „alle Nationen" für die Erhaltung des Friedens sorgen würden, als Tatsache, als Wirklichkeit dargestellt, aber die Möglichkeit, daß Gewalt ausgeübt werden müsse, nicht ausgeschlossen. Da wird gesagt, daß diese Gewalt nicht als nationaler Souveränitätsakt, sondern nur als Akt des kollektiven Selbstschutzes a l l e r Nationen ausgeübt werden solle. Zugleich aber wird die Beteiligung des eigenen Volkes an diesem System „kollektiven Selbstschutzes" dadurch vereitelt, daß Handlungen, die die Vorbereitung eines Verteidigungskrieges zum Ziele haben, für verfassungswidrig und unter Strafe gestellt werden sollen, als ob die Ausübung von Gewalt zur Abwehr eines Angriffs nicht die Vorbereitung einer solchen „Gewalt", d. h. den Aufbau einer militärischen Verteidigungskraft im nationalen oder internationalen Rahmen, zur Voraussetzung hat. Nimmt man noch hinzu, daß h e u t e auch die Sozialdemokratie für eine Beteiligung

Deutschlands an einer militärischen Abwehrfront in einem bis zur Stunde noch immer nicht klar definierten „System kollektiver Sicherheit" eintritt, zugleich aber einem solchen System kollektiver Sicherheit, nämlich der sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, den kompromißlosen Kampf ansagt, dann vermag man allerdings nur noch den Kopf zu schütteln und an der Urteilskraft jener Wähler zu verzweifeln, die sich derartige Widersprüche und ein derartiges Durcheinander gefallen lassen. Leider sind das alles keine leeren Behauptungen. Denn am 5. Januar 1949 führte derselbe Vertreter der Sozialdemokratie im Hauptausschuß aus: „Es sind durchaus Handlungen denkbar, die in dem Augenblick, in dem sie geschehen, nicht geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker wirksam zu stören, und trotzdem in ihrer Tendenz darauf angelegt sind, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Man kann dabei an das Verschiedenste denken. Man kann dabei an einen als Wanderklub getarnten Verein für Wehrhaftmachung — wie man so schön zu sagen pflegt — der deutschen Jugend oder etwas Ähnliches denken. Man sollte alle diese Möglichkeiten in unserer Formulierung klar aussprechen und sie unter die Rechtsfolge dieses Artikels stellen." Als Prof. Schmid gefragt wurde, ob er behaupten wolle, daß mit dieser Fassung die Bildung eines Heeres für Westdeutschland abgelehnt werden solle, gab er die klare Antwort: „Die Fassung geht noch weiter. Sogar sogenannte Wehrsportvereine sind damit abgelehnt." Kein Wunder, daß folgerichtigerweise auch die Einfügung eines Verfassungsartikels über die Kriegsdienstverweigerung verlangt wurde.

Vergebens warnte Prof. Dr. Heuß, hier einfach das Gewissen als bestimmenden Faktor für die Entscheidung des einzelnen einzusetzen. Denn damit „werden wir im Ernstfall einen Massenverschleiß des Gewissens verfassungsmäßig festlegen". Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu wissen, daß es in England ähnliche Verfassungsbestimmungen gibt und daß man dort sogenannte Spruchkammern zur Prüfung solcher Gewissensentscheidungen gebildet hat. Sie sollen dem Vernehmen nach Vorbild für die Bundesrepublik werden. So werden wir also vielleicht eines Tages erleben, daß die hochnotpeinlichen Untersuchungen und Verurteilungen wegen militaristischer Gesinnung und Haltung bei uns abgelöst werden von hochnotpeinlichen Untersuchungen wegen antimilitaristischer Gesinnung und Haltung. Den Spruchkammern zur Befreiung vom Militarismus würden also Spruchkammern zur Befreiung vom Antimilitarismus folgen. „O sprich mir nicht von jener bunten Menge, bei deren Anblick uns der Geist entflieht", kann man da nur mit Goethe sagen.

Es war gleichfalls Prof. Dr. Carlo Schmid, der vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 folgendes erklärte: „Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen,

dann wird in jedem einzelnen Falle ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen. Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Und dann stellt sich ein weiteres Problem, das Problem der Sicherheit dieses Gebietes. Wir werden keine Wehrmacht mehr haben. Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschließen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird. Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten."

Nun, das Grundgesetz enthält eine solche Bestimmung, die die Zustimmung auch der Sozialdemokratie gefunden hat, was nach dieser Rede ihres Sprechers vor dem Parlamentarischen Rat nicht weiter überrascht. Mehr als überraschend aber ist die Tatsache, daß sie heute die ausschließlich politische Frage der deutschen Wehrhaftmachung zu einer Frage des Rechts gemacht hat mit der Behauptung, daß die Herstellung einer deutschen Verteidigungsbereitschaft eine Verfassungsänderung bedeute. Der entscheidende Artikel 24 des Grundgesetzes besagt, daß der Bund durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen und sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen könne. Was ist diese Bestimmung aber anders als die Vereinfachung dieser Rede des sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedes auf eine kurzgefaßte juristische Formel! Die Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie im außen- und wehrpolitischen Bereich noch nie gewußt hat, was sie eigentlich will, behält also ihre Gültigkeit. Über die Herausstellung phrasenhafter Gemeinplätze ist sie niemals herausgekommen.

Es versteht sich, daß Prof. Schmid in derselben Rede erneut eine Verfassungsbestimmung forderte, die jeden unter Strafe stelle, der „Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten". Wörtlich sagte er: „Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten." Wie bedauerlich für die Sozialdemokratie, daß die weltpolitische Entwicklung, die für wirkliche Politiker seit langem schon erkennbar war, sie gezwungen hat, diesen „Unfug" im Prinzip „leichtfertig" auch auf ihre Fahnen zu schreiben. Denn auch sie kann sich heute der Notwendigkeit einer mili-

tärischen Verteidigungsleistung Deutschlands nicht mehr verschließen. Daß sie sogar eine deutsche Nationalarmee lieber sähe als ein deutsches Kontingent in einer europäischen Armee, ist ein offenes Geheimnis. Daß ihr auf Grund ihrer wehr- und soldatenfeindlichen Einstellung eine so totale Umstellung besonders schwergefallen sein muß, sollte man annehmen. Aber schließlich hatte sie sich bei ihrem Zickzackkurs auf dem Gebiet der Wehrpolitik in mehr als einem halben Jahrhundert so viel an halsbrecherischer Geschicklichkeit angeeignet, daß ihr die so plötzlich wider Erwarten notwendig gewordene Rückschaltung auf das Erfurter Programm nicht allzu große Kopfschmerzen bereitet haben dürfte. Die Vergeßlichkeit und Gedankenlosigkeit der Menschen kommt ihr bei diesen politischen Kapriolen immer wieder zu Hilfe. Selbstverständlich vollzog sich diese Wandlung nicht von heute auf morgen. Begreiflich auch, daß sie dabei bestrebt war, nicht ihr Gesicht zu verlieren. Erich Ollenhauer lehnte es noch Ende 1949 im deutschen Bundestag im Namen der sozialdemokratischen Fraktion rundweg ab, „eine deutsche Wiederaufrüstung auch nur in Erwägung zu ziehen". Zur gleichen Zeit meinte ein sozialdemokratisches Blatt, daß jeder aufrechte Demokrat, „der bemüht sei, eine echte Demokratisierung unseres Landes zu erstreben, sich mit Händen und Füßen gegen jeden Versuch der Aufrichtung einer deutschen Truppe wehren müsse". Wie weit ihr antimilitaristischer Komplex ging, zeigen besonders die Ausführungen Dr. Schumachers über die militärischen Teilnehmer am Attentatsversuch vom 20. Juli 1944. „Erst die Angst, im eigenen militärischen Sektor in den Hintergrund gedrängt zu werden, hat sie mobilisiert. Im Grunde ist die Revolte vom 20. Juli bei ihren reaktionären Teilnehmern nicht aus irgendeinem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk oder gegenüber der Welt entstanden. Es war die Sorge um das Schicksal ihrer Klasse und ihres Besitzes, die diese Leute veranlaßt hat, den Versuch des Eingreifens und damit die Rettung ihrer Güter und ihrer sozialen Stellung zu unternehmen", heißt es in einer seiner Schriften.

Noch im März 1950 stellte der Parteivorstand fest, daß „es der sicherste Weg, einen Krieg in Europa zu beginnen, sein würde, aus den Deutschen wieder Soldaten zu machen". In dieser Druckschrift, die unter dem Titel „Ruhrstatut und Sicherheit" in englischer Sprache veröffentlicht wurde, wird weiterhin erklärt: „Rußland könnte nicht umhin, jeden ernsthaften Versuch einer deutschen Wiederaufrüstung als ein Anzeichen für die Absicht anzusehen, einen kapitalistischen Interventionskrieg gegen es zu führen. Es würde bestimmt diese Absicht durch einen Präventivkrieg zunichte machen, mit allen seinen schrecklichen Folgen für die Völker Westeuropas. Nur die Aufstellung von zwanzig bis dreißig deutschen Divisionen könnte die Sowjetunion daran hindern, bis an die Küsten des Atlantik vorzustoßen. In klarer Erkenntnis dieser fundamentalen Tatsache lehnt die deutsche Arbeiterbewegung die Lösung des europäischen Verteidigungsproblems durch eine deutsche Wiederaufrüstung auf das entschiedenste ab. Die deutschen Arbeiter wer-

den sich nicht mit der Idee einer deutschen Armee von derartiger numerischer Stärke abfinden. Sie glauben auch nicht, daß eine derartige Lösung möglich wäre, da Rußland ihrer Ausführung durch einen Präventivkrieg zuvorkommen würde. Denn eine deutsche Armee von genügender Stärke, um einen Angriff der Sowjetunion aufzuhalten, ist auch stark genug, die Sowjetunion anzugreifen." Wie leicht wäre es, diese Erklärung zu zerpflücken! Die Sozialdemokratie aber hat sie innerhalb weniger Monate selbst widerlegt, indem sie erneut eine ihrer berühmten Kehrtwendungen vollzog. Deutsche Wiederbewaffnung der sicherste Weg zum Krieg, entschiedene Ablehnung der Aufrüstung? Wo sind diese ihre Thesen geblieben? Woher nimmt sie das Recht zu der Erklärung, daß die deutschen Arbeiter sich nicht mit einer starken deutschen Armee abfinden würden? Was soll dieser erneute unglückselige und versteckte Versuch, schon wieder Mißtrauen und Feindschaft zwischen Arbeiter und Soldaten zu säen, bevor noch der erste Soldat eingekleidet ist? Was soll vor allem die aus dem Munde deutschfeindlicher Kreise noch halbwegs verständliche Behauptung, daß eine deutsche Armee, die fähig sei, einen bolschewistischen Angriff abzuwehren, auch stark genug sei, die Sowjetunion anzugreifen? Ersparen wir uns die gebührenden Antworten, indem wir Dr. Kurt Schumacher selbst das Wort geben. „Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleiche Chance der Abwehr eines sowjetischen Angriffs übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht an der Elbe stabilisieren. Alliierte Truppen müssen in einem solchen Ausmaß in der Bundesrepublik stationiert werden, daß ein transozeanisches Dünkirchen von vornherein ausscheidet und bei einem eventuellen Angriff aus dem Osten sofort zur offensiven Defensive übergegangen werden kann", lautete die neue Auffassung der Sozialdemokratie anläßlich einer Sitzung des Parteivorstandes im September desselben Jahres, die von diesem und dem Parteiausschuß einmütig gebilligt wurde. Hier geschah es auch, daß Dr. Schumacher eine Volksabstimmung in der Bundesrepublik zum Thema „deutsche Truppenkontingente" für eine „sehr gefährliche Sache" hielt, weil dadurch ein außenpolitischer Eindruck entstehen könne, der vom deutschen Volke gar nicht gewünscht werde. Die Frage sei aber: „Ist das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung noch imstande, den Willen des Volkes zentral zu vertreten?" Das müsse entschieden verneint werden. Es war derselbe Dr. Kurt Schumacher, der keine drei Monate später bei der ersten großen Wehrdebatte, rhetorisch glänzend, unter stürmischem Beifall seiner Fraktion ausrief: „Die Frage nach der Neuwahl konfrontiert die Bundesregierung und ihre Parteien mit der Frage: Welchen Respekt hat sie vor dem Volk? Will sie dem Volke die Chance geben, über seinen lezten Inhalt selbst zu entscheiden?" Und es war schließlich ebenfalls Dr. Kurt Schumacher, der im gleichen Jahre meinte, daß „man die Sowjets zum Einmarsch auffordere, wenn man deutsche Verbände unter der Parole

‚Politik des Friedens' grundsätzlich ablehne". War es gestern noch der sicherste Weg, einen Krieg in Europa zu beginnen und die Sowjets zu einem Präventivkrieg zu zwingen, wenn man aus den Deutschen wieder Soldaten mache, so ist es heute eine Aufforderung an die Sowjets zum Einmarsch, wenn man deutsche Verbände unter der Parole „Politik des Friedens" grundsätzlich ablehne! Wie ist es möglich, daß eine große politische Partei innerhalb eines halben Jahres ihre Meinung so grundsätzlich ändern kann? Entschuldbar könnte ein so tiefgreifender Gesinnungswandel wohl nur dann sein, wenn schwerwiegende sachliche Gründe ihn rechtfertigten. Es ist mehr als auffällig, daß sachliche Begründungen für diesen radikalen Stellungswechsel nicht gegeben wurden. Wir müssen schon selbst diese Gründe suchen.

Die Suche nach der Triebfeder bzw. nach der Ursache dieser unübertroffenen Wandlungsfähigkeit ist nicht allzu schwer. Ist die erstere innenpolitischer, so ist die zweite außenpolitischer Natur.

Ohne Zweifel ist es das gute Recht jeder demokratischen Partei, besonders wenn sie sich in der Opposition befindet, die bestehende Regierung mit sachlichen Argumenten anzugreifen und zu kritisieren, mit sachlichen Argumenten das Volk für sich zu gewinnen und durch eine sachlich bessere und überzeugendere Konzeption die Außenpolitik der von ihr bekämpften Regierung aus den Angeln zu heben. Es ist gleichermaßen das selbstverständliche Recht, wenn nicht sogar der Sinn einer parlamentarischen Opposition, die Ablösung der herrschenden Regierung vorzubereiten und als ihr Ziel zu proklamieren. Allerdings hat dieses Recht eine klare Voraussetzung: es darf nicht zum Selbstzweck werden. Dr. Kurt Schumacher hielt eine Volksabstimmung zum Thema „deutsche Truppenkontingente" für eine „sehr gefährliche Sache", weil dadurch ein außenpolitischer Eindruck entstehen könnte, der vom deutschen Volk gar nicht gewünscht werde. Offenbar befürchtete er — mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt —, daß eine Volksabstimmung negativ ausfallen könnte. Dr. Schumacher hielt es also für sehr gut möglich, vielleicht sogar für wahrscheinlich, daß „der Wille des Volkes", der doch gerade durch eine Volksabstimmung am unmittelbarsten und völlig unverfälscht zum Ausdruck kommen würde, auf eine Ablehnung „deutscher Truppenkontingente" gerichtet sein könnte. Eine solche Dokumentation des von ihm befürchteten Volkswillens hielt er aber aus außenpolitischen Gründen für äußerst bedenklich. Dennoch verneinte er die Frage, ob das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung noch imstande wäre, den Willen des Volkes zentral zu vertreten. Dennoch warf er der Regierung vor, sie hätte keinen Respekt vor dem Volke und wollte dem Volke keine Chance geben, über seinen letzten Inhalt selbst zu entscheiden. Keine Volksabstimmung, weil eine unmittelbare Darlegung des Volkswillens auch für ihn gefährlich und unerwünscht war, aber Neuwahlen zum Parlaments, selbstverständlich nur aus Respekt vor dem Volke und um ihm eine Chance zu geben, über seinen letzten Lebensinhalt selbzt zu entscheiden.

Die Gegenfrage: „Welchen Respekt hat die Sozialdemokratie vor dem Volke? Will sie dem Volke die Chance geben über seinen letzten Lebensinhalt durch eine Volksabstimmung selbst zu entscheiden"? enthüllt die Demagogie dieser rhetorischen Frage in ihrer ganzen Hintergründigkeit. Die Seiltänzerei dieser Rabulistik bedeutete letzten Endes nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie, obwohl mit der Regierung in der Bejahung „deutscher Truppenkontingente" durchaus übereinstimmend, die Forderung nach Neuwahlen nur aus rein parteiegoistischen Motiven erhob, daß sie hoffte, mit Hilfe ihres geschulten Stabes an demagogischen Phraseuren auf den Wellen zwar verständlicher, aber in der Tat „gefährlicher" populärer Ressentiments an die Macht getragen zu werden, daß sie zwar gegen eine christlich-frei-deutsch-demokratische, aber n i c h t gegen eine sozialdemokratische Armee ist. Was soll vor allem die deutlich betonte Unterscheidung zwischen einem Volkswillen, der durch eine Volksabstimmung zum Ausdruck kommt, und einem a n d e r e n Volkswillen, der durch gewählte Vertreter manifestiert wird? Kann der Inhalt des Volkswillens überhaupt von der ä u ß e r e n F o r m seiner Kundgebung abhängig sein? Steht hinter dieser These nicht die sehr gefährliche Meinung, daß der Abgeordnete als verfassungsmäßiger V e r t r e t e r d e s g a n z e n V o l k e s in erster Linie Vertreter seiner Partei zu sein hat, daß also der Parteiwille gegenüber dem Volkswillen prävaliert? Die Ausführugnen des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden lassen an dieser Annahme kaum einen Zweifel zu. Betrachtet man in diesem Zusammenhang den zur Zeit dieser Äußerungen stattgefundenen Wahlfeldzug der Sozialdemokratie zu den Landtagswahlen vom Jahre 1950 in der amerikanischen Zone, dann muß man zu der Überzeugung gelangen, daß der nach außen hin angebetete Volkswille für die Sozialdemokratie nichts anderes ist als ausschließliches Mittel zum Zweck, zum Zwecke der Machtergreifung nämlich, ohne daß man hinsichtlich seiner Verwirklichung „Respekt" vor ihm haben müßte. Denn welche andere Folgerung läßt sich aus ihrer „respektvollen" Haltung ziehen, wenn sie auf der einen Seite die grundsätzliche Ablehnung deutscher Verbände unter der Parole „Politik des Friedens" als eine Aufforderung an die Sowjets zum Einmarsch deklariert, zur gleichen Zeit aber ihre Wahlkämpfe mit Plakaten bestreitet, die unter der Überschrift: „Nie wieder! Darum SPD!" ein Massengrab mit einem Stahlhelm auf einem in das Grab eingelassenen Gewehr zeigen? Ihre parteioffiziellen Redner und Kandidaten standen hinter dieser Demagogie selbstverständlich nicht zurück. Auch dafür nur ein Beispiel. In einer bekannten süddeutschen Zeitung, die sämtlichen politischen Parteien unmittelbar vor der Wahl eine Zeitungsspalte zum letzten Appell an die Wähler zur Verfügung stellte, war folgende Auslassung zu lesen: „Die Landespolitik wird von den hochpolitischen Fragen der Remilitarisierung überschrien, weil jedermann weiß, daß die Frage der deutschen Wiederbewaffnung jede Familie, jeden Bürger und jede deutsche Mutter, die um ihre Söhne bangt, persönlich angeht. Mit der Landtagswahl hat die Remilitarisierung so viel zu tun,

daß die Wahlberechtigten bei der Entscheidung am nächsten Sonntag der Regierung Adenauer mit dem Zaunpfahl winken können. Nur dann, wenn das Volk am Wahltag recht deutlich mit den Stimmzetteln winkt, wird Adenauer vielleicht noch seine vorschnelle Zusagepolitik zugunsten eines deutschen Militärbeitrages aufstecken und die allenfalls verfügbaren Mittel zu einer fühlbaren Besserung der sozial vernachlässigten Bevölkerungskreise verwenden. Die Wähler können also am nächsten Sonntag mit ihren Stimmzetteln verhindern, daß Adenauer weiterhin als Wegbereiter und Vorkämpfer der Remilitarisierung auftreten kann. Unterstützt deshalb am Wahltag die SPD. Stimmt mit der Liste 2 gegen die Bonner Remilitarisierungspolitik ...“ Der Erfolg in Hessen und Württemberg-Baden hat dieser demagogischen Irreführung der Massen jedenfalls vom Gesichtspunkt des Parteiinteresses aus recht gegeben. Das Staats- und wirkliche Volksinteresse fiel dabei als Abfallprodukt gewissermaßen unter den Tisch. Wie aber, wenn das Volk eines Tages den Mißbrauch seiner Gläubigkeit und Vertrauensseligkeit entdeckt?

So ist es die Sozialdemokratie gewesen, die die „Ohne-mich“-Stimmung erst angefacht und ihr in den Wahlen eine große Chance gegeben hat. Der Zweck heiligt eben auch bei ihr die Mittel. Dr. Schumacher war es, der im Namen seiner Partei erklärte, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie an die Macht käme, eine so starke Wiederaufrüstung des Westens einschließlich Westdeutschlands befürworten würde, daß die Verteidigung Europas offensiv bis an die Weichsel und die Memel vorgetragen werden könnte. Die Sozialdemokratie will eine deutsche Armee, weil auch sie um ihre Notwendigkeit nicht mehr herumkommt. Aber es soll auf keinen Fall eine Armee Dr. Adenauers, sondern eine Armee Ollenhauers werden. Das ist der ganze Streit, das ist der einzige Unterschied in den beiderseitigen Konzeptionen. Die Auseinandersetzung um den deutschen Wehrbeitrag hat ihr historisches Vorbild im parlamentarischen Streit um die Aufstellung eines Bundesgrenzschutzes. Lähmende Kompetenzstreitigkeiten hatten lange Zeit hindurch einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes zwecks Schaffung einer Bundesbereitschaftspolizei zur Wirkungslosigkeit verurteilt und lediglich eine fruchtlose Debatte ausgelöst. Parteipolitische und partikulare Interessen wurden so lange über das gemeinsame Anliegen der inneren Sicherheit gestellt, bis der Sozialdemokratie Zugeständnisse in der Frage der Personalbesetzung gemacht wurden. Erst in diesem Augenblick gab sie ihren Widerstand auf.

Das außenpolitische Motiv für den Stellungswechsel der Sozialdemokratie ist vielleicht in dem Überfall der nordkoreanischen Volksrepublik auf den südkoreanischen Bruderstaat vom 25. Juni 1951 zu finden, obwohl dieser Vorgang durchaus keine unerwartete Offenbarung des militanten Charakters der weltrevolutionären Bestrebungen des Bolschewismus bedeutete. Es ist nicht ohne Reiz, sich in diesem Zusammenhang an die groteske Tatsache

zu erinnern, daß nur zwei Tage zuvor, als die roten Angriffsdivisionen bereits in die Bereitstellungen gingen, die Bundesregierung durch Mehrheitsbeschluß des Parlaments aufgefordert wurde, die Herstellung und den Vertrieb von Kriegsspielzeug jeglicher Art in dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern und bei den Alliierten darauf hinzuwirken, daß die Abgabe oder Überlassung von Kriegsspielzeug jeglicher Art durch Angehörige der Besatzungsmacht an deutsche Kinder in Zukunft unterbleibt. Als ein Antrag eingebracht wurde, es lediglich bei einem Vertriebsverbot zu belassen und aus Exportgründen die Herstellung von „Kriegsspielzeug" zu gestatten, quittierte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bärsch den Vorschlag mit den Worten: „Was für die deutschen Kinder gilt, muß in gleichem Maße auch für andere Kinder gelten, und wir sollten nicht bereit sein, in diesem Falle unsere hohen sittlichen Prinzipien um einiger Silberlinge willen zu kompromittieren." Diese hohen sittlichen Prinzipien hatten allerdings nur Tageswert. Ewigkeitswert aber haben die ursprünglichsten sittlichen Prinzipien der abendländischen Kultur und Menschheit, die seit Jahrzehnten einer fast unerträglichen realen Bedrohung ausgesetzt sind, die jederzeit die erwachsenen Kinder zu einem letzten grausamen Spiel herausfordern kann. Auch für die Sozialdemokratie geht es heute nicht um die Verhinderung der Aushändigung von Kriegsspielzeug an Kinder, sondern um die Ausstattung der wehrfähigen Mannschaft mit einer kriegsmäßigen Ausrüstung. Das ist die Realistik unserer Lage, die damals genau so ernst ausgesehen hat, wie sie uns heute letzte Entscheidungen abverlangt, ob wir sie sehen wollen oder den Kopf in den Sand stecken.

Das sozialdemokratische Parteischiff begann also, als ob es nie anders gewesen wäre, unter dem Eindruck der außenpolitischen Winddrehung auf Gegenkurs zu gehen. Am 29. Januar machte der sozialdemokratische Pressedienst der Bundesregierung Vorwürfe, daß sie es bisher an jeder konstruktiven Werbung für eine Wiederaufrüstung habe fehlen lassen. Der Bundeskanzler werde eines Tages für einen heute unpopulären Gedanken in Deutschland Stimmung machen müssen; denn mit Gesetzen allein könnten die ideellen Kräfte des Wehrgedankens nicht geweckt werden. Die wertvollste dieser ideellen Kräfte sei die Pflicht, die Heimat zu verteidigen. Diese Pflicht müsse zweifellos der Kernpunkt jeder Propaganda für die Wiederbewaffnung sein. Dr. Schumacher verkündete zur gleichen Zeit mit Überzeugungskraft, daß die Sozialdemokratie niemals eine pazifistische Idee vertreten habe. Die Äußerung des Bundesinnenministers, er rechne mit einer Million Kriegsdienstverweigerer, sei Quatsch. Die Sozialdemokratie erkenne dem einzelnen nicht das Recht zu, sich als Individuum einer Gefahr zu entziehen, der auch die Allgemeinheit ausgesetzt sei. In ihrem in englischer Sprache erscheinenden Informationsdienst für das Ausland „News from Germany" verwahrte sie sich im März 1951 gegen die Unterstellung, daß sie

die sogenannte „Ohne-mich"Bewegung unterstütze. Sie befürworte im Gegenteil eine demokratische Volksarmee für die Bundesrepublik und lehne die Bildung von Freiwilligenverbänden ab. Prof. Carlo Schmid rückte von dem „Bekenntnis zur schranken- und vorbehaltlosen Gewaltlosigkeit", wie sie Gandhi gebrauchte, ab, weil „Gewaltlosigkeit als Waffe" einen humanen Gegner voraussetze und weil bestimmte Mittel nur in bestimmten Situationen gegen bestimmte Partner möglich seien. Im Bundestag sprach er von dem freien Willen der Sozialdemokratie im Parlamentarischen Rat, nur einen waffenlosen Staat zu schaffen, was nach Wilhelm Keil den Verzicht auf die Souveränität bedeutet, um in der gleichen Rede bei der Behandlung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in die markigen Worte auszubrechen: „Man sollte nicht Dinge mit Prestige verwechseln, bei denen es um die Ehre geht. Und um die Ehre geht es dann, wenn man einem Volke zumutet, sich mit einem geringeren Rang abzufinden." Das sind nur einige willkürlich herausgegriffene Widersprüche und Ungereimtheiten, die von neuem beweisen, daß die Sozialdemokratie nach wie vor eine Politik des doppelten Bodens und des doppelten Zungenschlags betreibt, ausschließlich geleitet und bestimmt von dem Gedanken, die Konjunktur des Augenblicks jeweils dem Parteiinteresse dienstbar zu machen. Daß sie mit dieser opportunistischen Haltung ihr politisches Gesicht und ihren politischen Kredit verlieren muß, scheint ihr offensichtlich keine ernsthaften Sorgen zu bereiten. Aber es wäre nicht zum ersten Male in ihrer Geschichte, daß die Zweideutigkeit ihrer politischen Taktik in allen Fragen der Wehrpolitik und ihres Verhältnisses zum deutschen Soldatentum sich eines Tages gegen sie selbst wenden wird.

Diese Beurteilung ihres politisch-moralischen Wertgehalts ist sicherlich hart. Aber ist sie unbegründet? Einige weitere Beispiele mögen verdeutlichen, was hier gemeint ist. Sie lassen sich im übrigen jederzeit beliebig vermehren.

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helmut Bazille hielt in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Verbandes der Kriegsgeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands zum Abschluß der ersten ordentlichen Bundestagung der Organisation eine Rede, in der er „zwar die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Verteidigung anerkannte, aber davor warnte, der Jugend die Wehrfreudigkeit als erstrebenswertes Ziel hinzustellen".

Im Jahre 1951 war es durchaus kein aufsehenerregendes Ereignis mehr, wenn namhafte und führende Sozialdemokraten erklärten, „niemand habe das Recht, den Wert einer Kriegsauszeichnung anzuatsten". Nichtsdestoweniger konnte es geschehen, daß zur gleichen Zeit andere Genossen, wie etwa der ehemalige „Unabhängige" Dr. Gurland, meinten, „man könnte nicht unterscheiden, ob ein Soldat die Ehrenzeichen für Tapferkeit vor dem Feinde oder für die Ermordung von Zivilpersonen erhalten habe".

Marschmusik ist der Sozialdemokratie von jeher auf die Nerven gegangen. Während ihre Zeitungen schrieben, die Marschmusik solle lediglich eine

„chauvinistische Stimmung" erregen und ein „mystisch-nationalsozialistisches Fluidum" verbreiten, erschienen Plakate mit der Aufschrift: „Deutscher Abend der Sozialdemokratischen Partei. Ab 20 Uhr Marschmusik."

Wurde im bayerischen Landtag mit einer sozialdemokratischen Anfrage bewegte Klage dagegen geführt, daß draußen im Lande bei verschiedenen Anlässen „Preußens Gloria" und der „Tiroler Kaiserjägermarsch" gespielt würden, wogegen die Besatzungsmacht — o Schreck, o Graus — nicht eingeschritten sei, und wurde die Bevölkerung beschworen, Forderungen auf derartige Musikstücke nicht zu stellen oder wenigstens entsprechend darauf zu reagieren, so hielt es der sozialdemokratische Innenminister Dr. Högner durchaus nicht für sitten- und parteiwidrig, unter den Klängen des bayerischen Präsentiermarsches die Front angetretener Hundertschaften der bayerischen Bereitschaftspolizei abzuschreiten. Wenn zwei dasselbe tun ...

Die Ehre des deutschen Soldatentums ist selbstverständlich von der Sozialdemokratie niemals auch nur angetastet worden. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man die Ausführungen sozialdemokratischer Sprecher in der Bundestagsdebatte über den Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen liest. Da wird ausdrücklich von einer angeblich verletzten Ehre des deutschen Berufssoldatentums gesprochen. Wörtlich erkläret Prof. Carlo Schmid unter stürmischem Beifall seiner Fraktion: „Wenn man von der Ehre des deutschen Soldaten spricht, so sollte man darüber nicht nur dann sprechen, wenn von den Berufssoldaten die Rede ist. Man sollte immer so davon sprechen, daß alle jene einbeschlossen sind, die opfermütig und ehrenvoll für ihr Vaterland gekämpft haben, und das haben Berufssoldaten und Nicht-Berufssoldaten getan!"

Daß dabei so nebenher bemerkt wurde, „die Generale seien immer Deutschlands Unglück gewesen", stimmt allerdings wieder nachdenklich. Der Sinneswandel scheint nur eine optische Fassade zu sein. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man folgendes sinnige „Kinderlied", „nach bekannter Melodie zu singen", diesem Lippenbekenntnis gegenüberhält: „Schon riskieren sie wie einst eine große Lippe; denn sie wittern Morgenluft, und sie bürsten schon die Kluft, falls das Vaterland sie ruft — an die Futterkrippe."

Im außenpolitischen Bereich erleben wir ähnliche Beispiele politischer Undurchsichtigkeit und Zerfahrenheit. Im Juli 1952 erklärte Prof. Carlo Schmid dem Vertreter einer großen Stockholmer Zeitung, „die deutsche Sozialdemokratie würde einen neutralen Block zwischen den Lagern der Großmächte von Stockholm bis Bonn mit großer Befriedigung begrüßen". Im gleichen Zeitraum aber gab der Parteivorstand der SPD in Bonn ein Flugblatt heraus, das über Sinn und Zweck der vom Osten in den Westen rollenden Rubel aufklären sollte. „Mit diesen Geldern bezahlen Stalin und seine Funktionäre

die Hetz- und Wühlpropaganda der Ohne-mich-Leute, der Neutralisten, der deutsch-sowjetischen Kollaborateure, der Apostel eines Gräber- und KZ-Friedens", heißt es in dieser Aufklärungsschrift.

Politische Nüchternheit und Realistik ließ sie in erschreckendem Ausmaß vermissen, als die Vereinigten Staaten mit Spanien über die Benutzung spanischer Stützpunkte im westlichen Mittelmeer und an der Atlantikküste durch amerikanische Luft- und Seestreitkräfte verhandelten. Was gehen uns Deutsche die inneren Verhältnisse Spaniens an? Die Sozialdemokratie war scheinbar der Meinung, daß sie uns sehr viel angehen. Sicherlich hat ganz Europa nur ein Interesse, daß nämlich Spanien nicht kommunistisch wird. Die Folgen einer Bolschewisierung Spaniens wären infolge der politischen Anfälligkeit erschreckend starker italienischer und französischer Wählermassen gegenüber dem Kommunismus unabsehbar. Europa kann daher nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit und der Erhaltung der abendländischen Kultur wünschen, daß Spanien in die antikommunistische Front der freien Welt einbezogen wird. Dennoch geschah es, daß der Präsident der Sozialistischen Internationale, Morgan Philipps, an den früheren amerikanischen Außenminister Acheson ein Telegramm schickte, in dem er gegen die Beteiligung Franco-Spaniens an der Verteidigung Westeuropas protestierte und seiner Befürchtung Ausdruck gab, daß durch ein solches Vorgehen die moralischen Prinzipien des Atlantikpaktes untergraben würden. Der sozialdemokratische Vorstand in Bonn reagierte prompt: „Die Verhandlungen stoßen bei der Sozialdemokratie auf Ablehnung. Die Sozialdemokratie fühlt sich gemäß den Frankfurter Beschlüssen der Sozialistischen Internationale mit den illegalen demokratischen Kämpfen in Spanien solidarisch", heißt es in ihrer nicht erbetenen Stellungnahme. Solidarität mit den illegalen „demokratischen" Kämpfen in Spanien? Milde gesagt: „unrealistisch", vermag man da nur mit einer großen amerikanischen Zeitung zu sagen. Gott schütze Spanien und Europa vor der Rückkehr der roten Brigadiers und Briganten, die heute u. a. achtzehn Millionen Deutsche in der Sowjetzone tyrannisieren und versklaven, uns aber vor der Machtergreifung so unrealistischer Politiker. Die „Daily Mail" in London meinte damals, anno 1951, tröstend: „Verglichen mit der Zustimmung der britischen Regierung zu dem Plan, Deutschland wiederzubewaffnen, ist der Fall Spanien nicht mehr als ein Flohbiß."

Die englische Zeitung sollte recht behalten. Den Dank für ihre rosarote sozialistische Linientreue erhielt die Sozialdemokratie auf dem Zweiten Kongreß der Sozialistischen Internationale in Mailand im Oktober 1952, als sie ihre Zustimmung zu einem System kollektiver Sicherheit von der Bedingung abhängig machte, daß „es Gleichheit der Chancen und Risiken bieten müsse und die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ausschließen dürfe". Sie mußte erleben, daß diese Forderung von ihren französischen Genossen mit der Begründung abgelehnt wurde, „sie besage nichts über die Art und Weise der

deutschen Beteiligung an der westlichen Verteidigung und lasse die Möglichkeit einer Verwendung deutscher Streitkräfte als ‚Nationalarmee' offen". Es gibt nichts Bewundernswerteres als die sozialistische internationale Solidarität . . . !

Nach so vielen Beweisen der Konsequenzlosigkeit, der zweideutigen Halbheit und nicht zuletzt der Unwahrhaftigkeit ist es schließlich keine Überraschung mehr, dem Aktionsprogramm des Dortmunder Parteitages vom September 1952 entnehmen zu dürfen, daß „die sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe darin sieht, die Partei der deutschen Patrioten und internationalen Sozialisten zu sein". Begnügen wir uns mit der Feststellung, daß der national bestimmte Patriotismus, der ohne jeden Zweifel seinen echten und unverrückbaren Platz im Leben der Völker hat, und der internationale Sozialismus noch immer nach einer tragfähigen Kompromißformel suchen. Verwahren wir uns jedoch gegen den Versuch, „die nationale Selbstbehauptung" und „die Konzentration der nationalen Kräfte" in sozialdemokratische Erbpacht nehmen zu lassen. Die Sozialdemokratie ist dazu nicht legitimiert. Es gibt keine Partei, deren Vergangenheit gerade in diesen Fragen so belastet ist wie die deutsche Sozialdemokratie. Keineswegs soll damit gesagt werden, daß ihre Haltung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft subjektiv nicht auch von nationalen und patriotischen Gefühlen bestimmt sein mag. Aber festzuhalten ist, daß ihr Doktrinarismus und Illusionismus, ihr Mangel an politischem Realismus wie auch ihr undemokratischer Hang zur Selbstgerechtigkeit sie in der Welt der harten Tatsachen nicht den rechten Weg finden ließen, vor allem nicht zu den Herzen der wehrbereiten, einsatz- und opferwilligen vielschichtigen Kräfte unseres Volkes. Sie trifft der größte Teil der Schuld, daß diese wirklich patriotischen und in sauberem Sinne nationalen Kräfte und die deutsche Arbeiterschaft selten zueinander gefunden haben, jene geschichtlichen Höhepunkte ausgenommen, wo gemeinsame Not und gemeinsame Gefahr die aus der verrückten Idee des Klassenkampfes geborenen künstlichen Schranken niedergerissen haben. Diese historische, dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit so abträgliche Tatsache herauszustellen und sie vor allem zu werten, ist gleichermaßen patriotische Pflicht wie sie richtungweisend ist. Es ist an der Sozialdemokratie, ihre Haltung zur Wehrfrage und zum deutschen Soldatentum von Grund auf zu überprüfen, neu zu gestalten und endlich ein für allemal eine verbindliche Aussage für die Zukunft zu machen. Sie mag sich dabei an das Dichterwort erinnern: „Doch werdet ihr nie Herz zu Herzen schaffen, wenn es euch nicht von Herzen geht."

Die Zweifel sind begründet, ob sie zu einer echten innerlichen Wandlung überhaupt fähig ist. Die Vergangenheit und Gegenwart zeugen in dieser Beziehung jedenfalls gegen sie. Das Wehrklima in Deutschland ist in den letzten Jahren erstaunlich umgeschlagen. Alle Welt macht plötzlich wieder in Soldatentum. „Nichts gegen den deutschen Soldaten, der es mit seinen beispiellosen Leistungen gewiß nicht verdient hat, in irgendeiner Form geschmäht

zu werden", so rauscht es allenthalben im deutschen Blätterwald. Es ist nicht einzusehen, warum die Sozialdemokratie eine Ausnahme machen sollte. Nur bleibt die Frage, wo man den ideologischen Dünger für diesen Frontwechsel suchen soll, ob in der Angst, den Anschluß nicht zu verpassen, ob in der Witterung eines parteipolitischen Geschäfts oder einfach im Konjunkturrittertum. Wir werden gut daran tun, diese Gunstbezeugungen nicht allzu ernst zu nehmen. Es ist jedermanns demokratisches Recht, in jeder Beziehung eine eigene Meinung zu haben. Aber man wird doch wohl der Auffassung sein dürfen, daß nicht jeder heute die und morgen die gegenteilige Meinung vertreten darf. Denn hier unterscheidet sich der Gesinnungstreue vom Gesinnungschamäleon. Eine politische Partei, die jahrelang alle Mittel der öffentlichen Meinungsbildung dazu ausnutzte, um mit Sturzbächen von Verleumdungen gegen das anständige, vaterlandsliebende deutsche Soldatentum zu Felde zu ziehen, eine Partei, die die staatspolitische und moralische Ausquartierung des deutschen Soldaten zu ihrem Programm erhob, ist zu seinem Quartiermacher gänzlich ungeeignet. Einer Partei, die in erneutem Bocksprung in der deutschen Aufrüstung letzten Endes nur eine Gefährdung des Weltfriedens und eine Aushöhlung der demokratischen Widerstandskraft sieht, wie im Aktionsprogramm von Dortmund nachzulesen ist, kann man nur mit einem alten politischen Sinngedicht Friedrich von Logaus zur Antwort geben:

„Anders sein und anders scheinen,
Anders reden, andres meinen,
Alles Tun und alles Dichten
Bloß auf eignen Nutzen richten:
Wer sich dessen will befleißen,
Kann politisch heute heißen."

Die Haltung der Gewerkschaften

Wenn man von der Haltung der Sozialdemokratie zum Wehrproblem und ihrer Einstellung zum deutschen Soldatentum spricht, liegt es nahe, auch einen Blick auf die deutschen Gewerkschaften zu werfen. Zwar betont der deutsche Gewerkschaftsbund bei jeder passenden Gelegenheit, daß er parteipolitisch ungebunden und unabhängig sei; zwar weist er den Vorwurf, im Schlepptau der sozialistischen Partei zu segeln, stets mit Entschiedenheit zurück. Aber es ist nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen, daß den Akteuren und Managern der Sozialdemokratie und des deutschen Gewerkschaftsbundes eine gemeinsame ideologische Wurzel eigen ist: die geistig längst überwundene Weltanschauung des Marxismus. So stellen wir daher bei beiden sozialistischen Organisationen eine nicht mehr überraschende Konformität in den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen, aber auch eine erstaunliche Übereinstimmung in der Methode und Taktik des politischen Handelns fest. Die Fülle der auf allen Stufen der Funktionärleiter vorhandenen Personalunionen läßt eine andere Erwartung auch gar nicht zu, weil sie die Schwächen der menschlichen Natur nicht genügend in Rechnung stellen würde. Schließlich kann niemand zwei Herren dienen. Es würde im übrigen einer besonderen, nichtsdestoweniger wünschenswerten Untersuchung bedürfen, diesen Komplex in allen seinen tausendfachen Verknüpfungen und Verästelungen zu durchleuchten. Das Ergebnis kann nicht zweifelhaft sein. Die durch das Thema gegebene Begrenzung auf das Gebiet der Wehrpolitik beschränkt uns jedoch auf die Fragestellung nach der Einstellung der Gewerkschaften zu den hier aufgeworfenen wehrpolitischen und soldatischen Problemen.

Zunächst erhebt sich die Frage, ob die Gewerkschaften überhaupt befugt und legitimiert sind, ein Mitbestimmungsrecht im Gesamtbereich der Politik zu fordern.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bezweckt laut § 2 seiner Satzung die Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen „auf allen Gebieten". Dazu zählt er nicht nur die Wahrung der besonderen Belange des einzelnen Mitgliedes, sondern auch aktive Mitbestimmung in Wirtschaft und Politik. „Die Zusammenfassung aller Gewerkschaften zu einer wirkungsvollen Einheit und Vertretung der gemeinsamen Interessen auf a l l e n Gebieten, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik", werden als Zweck und Ziel des Bundes bezeichnet.

Damit kein Zweifel entstehen kann, daß die Forderung auf Mitbestimmungsrecht sich auf die Gesamtheit des gesellschaftlichen und politischen Lebens bezieht, daß hier also begrifflich ein totaler, politisch aber ein totalitärer Anspruch erhoben wird, ergänzen die gleichfalls auf dem Münchener Gründungstag vom Oktober 1949 beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze die Satzung dahingehend, daß „die allseitige und uneingeschränkte Anerkennung des Koalitionsrechts nicht nur die Freiheit und das Recht der Arbeitnehmer, sich zur Erlangung günstiger Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen miteinander zu vereinigen, einschließe, sondern auch das Recht der Gewerkschaften zur Selbstbestimmung ihres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichs sowie das Recht des Arbeitskampfes zur Erreichung ihrer Ziele". Zu diesen Zielen gehören nach der Satzung auch die „Bekämpfung von nationalistischen und militaristischen Einflüssen" und der „Kampf für die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes".

Satzung und Grundsätze des DGB wurden zu einer Zeit aufgestellt, als in der westdeutschen Bundesrepublik die Auslöschung des Wehrgedankens noch oberstes Prinzip der außen- und innenpolitisch herrschenden Kräfte war. Es war jene Zeit, an die man heute nicht mehr erinnert werden will, in der der Wille zur Vernichtung und Ausrottung aller materiellen und ideellen Werte, die zu den Begriffen „Militär" und „Soldatentum" in Beziehung stehen, der Gesetzgebung, der politischen Agitation und der öffentlichen Meinungsbildung seinen Stempel aufdrückte. Es war schließlich noch jene Zeit, in der besonders die sozialistischen Parteien und Organisationen in schrecklicher Vereinfachung und verantwortungsloser Leichtfertigkeit „Militär" und „Militarismus" in einen Topf warfen und folgerichtig sich schärfstens gegen ein Wiederaufleben des „Militarismus"", d. h. gegen das Wiedererstehen einer deutschen Armee, wandten. Die Sicherung der Freiheit des Volkes wurde wie so oft schon keineswegs in einem militärischen Schutz nach außen hin gesehen, sondern in der Verhinderung des Neuaufbaues militärischer Streitkräfte. In dieser Zielsetzung fanden sich die Sozialisten und andere „verantwortungsbewußte" Kräfte mit den Besatzungsmächten einträchtig zusammen. Ihrer inneren Einstellung und der Forderung ihrer Satzung folgend, schlossen sich die Gewerkschaften von der „Bekämpfung militaristischer Einflüsse" nicht aus. Ihre Vertreter verkündeten, daß die Gewerkschaften auch in allgemeinen politischen Fragen nicht neutral bleiben dürften, sondern — man beachte die Reihenfolge — in der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aktiv sein müßten. Wie diese „Aktivität" nach gewerkschaftlicher Auffassung aussehen darf, hat auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die Auseinandersetzung um das betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmungsrecht gezeigt. Streikdrohungen und Streiks lösten einander ab. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erkannte die Befugnis des Bundestages zur gesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechtes „nur bedingt" an und behielt sich das Recht vor, auch „im Gegensatz zu Par-

lamentsbeschlüssen und Gesetzesformulierungen" zu handeln. Während Prof. Carlo Schmid, Vizepräsident des deutschen Bundestags, meinte, daß im Falle einer Ratifizierung der umstrittenen außenpolitischen Verträge „die schon jetzt von den Gewerkschaften ausgesprochenen Streikdrohungen ernst werden könnten", scheute sich der sozialdemokratische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Veith, nicht, auf der letzten Jahrestagung der Industriegewerkschaft Metall die Gewerkschaften zu ermuntern, sich durch das Schlagwort der Illegalität ihrer Absichten nicht abschrecken zu lassen. Wenn die Mehrheit des Parlaments nicht geneigt sei, in eine Diskussion über die Forderungen der Gewerkschaften einzutreten, dann müßten die Gewerkschaften das Recht erhalten, „mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Ziele durchzusetzen". Man fragt sich vergeblich, woher ein Minister, der schließlich kein Parteimann, sondern der Repräsentant des ganzen Volkes sein soll, die Berechtigung hernimmt, eine solche Auffassung als „demokratisch" und die Gewerkschaften mit der Begründung, daß sie gar nicht undemokratisch handeln könnten, als den „stärksten Pfeiler der Demokratie" zu bezeichnen. Niemals darf eine Demokratie um ihrer Autorität willen es zulassen, daß Beschlüsse und Entscheidungen der Volksvertretung von außerparlamentarischen Kräften umgestoßen oder auch nur in Frage gestellt werden. Hinter dieser von Grund auf undemokratischen Selbstgerechtigkeit verbirgt sich nichts anderes als der durch eigenes Verhalten längst verlorene Anspruch, demokratische Haltung und Gesinnung in Erbpacht genommen zu haben. Es hat seit langem schon den Anschein, als ob die Gewerkschaften für sich das ausschließliche Recht allein wertbeständiger Deutung politischer Vorgänge und politischer Zielsetzungen proklamieren wollen, als ob sie einfach erwarten, daß ihre mimosenhafte Empfindlichkeit wie auch ihr Anspruch auf Unfehlbarkeit ihres politischen Urteils als unter allen Umständen zu respektierende politische Tatbestände hingenommen werden. Die Tatsache, daß dabei die kaum noch verhüllten totalitären Tendenzen mit der Macht der Millionenzahl der letzten Endes entmündigten Mitglieder legitimiert werden, unterstreicht nur die Forderung auf erhöhte Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft. Denn nach sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Auffassung können „wieder rechte Lebensverhältnisse nur durch das Auswirkenlassen der Machtverhältnisse der sozialen Verbände geschaffen werden", wie Professor Schmid es einmal formulierte, wobei er wörtlich hinzufügte: „Daran können auch feierliche Proklamationen des Parlaments nichts ändern." Nach sozialistischer Ansicht hat daher der Staat nur noch die Aufgabe, um die soziale Autonomie herum eine rechtliche Ordnung zu schaffen, in der sich die sozialen Realitäten nach den Gesetzen ihrer Schwerkraft im freien Kräftespiel der sozialen Verbände verwirklichen können. In der politischen Realität bedeutet das allerdings nicht mehr und nicht weniger, als daß der Kampf aller gegen alle zum Ordnungsprinzip des Gemeinschaftslebens erhoben wird. Daß auf diese Weise gerade

das Gegenteil erreicht wird, nämlich die Auflösung und Zerstörung jeder Ordnung und jedes Gemeinschaftsgefühles, daß dabei der Staat als die potente Ausdrucksform menschlicher und volklicher Gemeinschaft in die Rolle eines Schiedsrichters herabgewürdigt wird, um, wie in einem Boxkampf, lediglich den Niederschlag des schwächeren „Partners" festzustellen und zu sanktionieren, scheint die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wenig zu berühren, obwohl das Schicksal der Weimarer Republik Warnung genug sein sollte, wohin eine Demokratie kommt, wenn die Politik nur noch von den Gewerkschaften, Bauernorganisationen und anderen Interessenverbänden betrieben wird, wenn niemand mehr da ist, der „aus einem größeren Konzept heraus" handelt, wie es Bundesjustizminister Dr. Dehler einmal formulierte.

Die Gewerkschaften fordern also, in a l l e n politischen Fragen mitzureden und mitzubestimmen. Das R e c h t dazu haben sie jedenfalls nicht. Dennoch wäre es unrealistisch, vor der Tatsache die Augen zu verschließen, daß ihnen mannigfache Mittel und Wege zur Verfügung stehen, ihre Mitglieder im Sinne der doktrinären Einseitigkeit ihres politischen Horizonts zu beeinflussen. Diese Mitglieder aber setzen sich zu einem hohen Prozentsatz aus ehemaligen Soldaten zusammen, die sicherlich über größere Erfahrungen und mehr Urteilskraft in militärischen und soldatischen Belangen verfügen als das Gros des gewerkschaftlichen Funktionärkorps. Unter diesem Aspekt erhält die Frage nach der Stellung der Gewerkschaft in der gegenwärtigen wehrpolitischen Situation eine sehr aktuelle Bedeutung.

Die Frage einer neuen Wehrhaftmachung ist begreiflicherweise aus den verschiedensten Gründen in weitesten Kreisen des deutschen Volkes zunächst auf einen inneren Widerstand gestoßen. Nicht die Soldaten waren es, das sei hier nochmals herausgestellt, die den Aufbau einer neuen Whermacht oder die Eingliederung deutscher militärischer Einheiten in eine integrierte europäische Armee forderten. Gemessen an den Vorgängen nach 1945 mit der Verächtlichmachung, Entrechtung und Bestrafung des Soldatenstandes, gemessen an der Tatsache, daß heute noch Hunderte und Tausende Soldaten unschuldig hinter Kerkermauern schmachten, ist die Ablehnung und Zurückhaltung der ehemaligen Soldaten mehr als verständlich. Das Problem der Wiederaufrüstung ist aber über den Kreis der ehemaligen Soldaten hinaus eine Frage, die jeden einzelnen Staatsbürger betrifft, dessen unantastbares Recht es sicherlich ist, zu diesem Fragenbereich eine eigene, ablehnende oder bejahende Meinung, aus welchen Motiven auch immer, zu haben. Es ist also eine Frage, die das ganze Volk berührt, die Mütter unserer Söhne, die Frauen und Bräute, die männliche Jugend, den ehemaligen General wie den einfachen Soldaten, den Bauern und den Beamten, den Unternehmer und den Arbeiter. Sie alle haben die demokratische Möglichkeit, ihre persönliche Entscheidung in die Waagschale des „Für" und „Wider" zu werfen. So mag es auch den zahlreichen Interessenverbänden unbenommen sein, in dieser Frage eine spezifische Meinung zu haben und sie zu äußern. Unter allen Umständen aber

wird man erwarten dürfen, daß die Auseinandersetzung hierüber sich in sauberen und anständigen Formen abspielt, damit vor allem die so bitter notwendige einheitliche Willensbildung, die das unabdingbare Fundament eines neuen Wehrgedankens ist, nicht durch haßerfüllte, von keiner wirklichen Sach- und Geschichtskenntnis getrübte Demagogen und Hetzer schon im Keime erstickt wird.

Ausgangsort einer allgemeinen politischen Würdigung des Problems sollte die einfache Tatsache sein, daß auch von Haus aus antimilitaristische Staaten, die seit jeher als ausgesprochen neutral gelten, es für erforderlich erachtet haben, eine starke Wehrmacht zu unterhalten. Es sind ihrem Geist nach eminent demokratische Staaten, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, militärisch geschützt und stark zu sein. Es entspricht alles anderem als militaristischem Denken, wenn man eine Wehrmacht als ein natürliches, konstitutives Organ jeder staatlichen Gemeinschaft anerkennt. Die Wehrhaftmachung ist schlechthin eine Frage der Weiterentwicklung und der weiteren Vervollständigung unserer demokratischen Staats- und Volksordnung. Die Wehrgemeinschaft aber ist der tiefste und erhabenste Ausdruck jeder wirklichen Volksgemeinschaft. Mit Recht stellt die „Welt der Arbeit", das Zentralorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes, fest: „Nie hätten Länder wie die Schweiz und Schweden sich gegen ihre viel größeren und mächtigeren Nachbarn behaupten und den Weltkrieg von ihren Grenzen fernhalten können, wenn sie nicht Opfer gebracht hätten, die, gemessen an ihrer Volkszahl, geradezu gewaltig waren. Sie mußten verhältnismäßig viel mehr Menschen zum Waffendienst einberufen und größere Steuern für die bewaffnete Erhaltung ihres Friedens aufbringen als manche kriegführenden Staaten. Das muß einmal ausgesprochen werden angesichts der vielen verschwommenen Vorstellungen, die darüber im Umlauf sind."

Man wird dem Gewerkschaftsblatt auch zustimmen können, wenn es die Erhaltung des Weltfriedens vor allem von den „Sowjets" abhängig macht: „Wenn sie, statt aufzurüsten, Frieden schließen, ihre Truppen aus Europa abziehen, sich und ihre Satelliten abrüsten und damit die Räumung Deutschlands von allen Besatzungsmächten ermöglichen, dann gibt es keine Gefahr eines Zusammenstoßes auf unserem Kontinent, dann bedarf es keines Verteidigungssystems, dann ist auch die Frage der deutschen Einheit gelöst. An die Adresse des Kreml also, der alle Abrüstungsbestrebungen sabotiert und überall in der Welt Unruhe stiftet, muß daher jeder Protest in erster Linie gerichtet sein."

Eine ausgezeichnete Beurteilung der Lage! Aus ihr richtige Folgerungen für die praktische Politik zu ziehen, sollte jedenfalls zum politischen Einmaleins gehören. Leider ist dem nicht so. Auch bei den Gewerkschaften kann man politische Logik, politischen Instinkt und politischen Wirklichkeitssinn mit der Laterne suchen. Anstatt angesichts einer auch sie selbst tödlich bedrohenden Gefahr vernünftigerweise allen Streit und Hader zu begraben und für den

Aufbau einer das ganze Volk in allen seinen Schichten und Ständen umfassenden Abwehrfront einzutreten, erleben wir auch bei den Gewerkschaften das für uns Deutsche so beschämende, leider charakteristische Schauspiel, daß zunächst einmal zur Wachsamkeit gegen die „inneren Feinde" aufgerufen und der Kampf gegen den „wiedererwachenden Militarismus" proklamiert wird. Während der Marder draußen um den unbewehrten Hühnerhof schleicht, beginnen die roten und rosaroten Kampfhähne in eitler Rechthaberei ihre abgestandenen Haßtiraden herunterzugackern und sich mit blutrot geschwollenem Kamm in Positur zu setzen. Wenn die Gewerkschaften dabei wenigsents von einer geschichtlich einwandfreien und wahrheitlich unanfechtbaren Basis aus operieren könnten, wenn ihre Lust an der Demagogie ohne schädlichen Einfluß auf die Schaffung einer gemeinsamen Abwehrbereitschaft bleiben würde, wenn ihre Funktionäre es schließlich wären, die zuerst im Falle eines Falles Haut und Knochen zu Markte zu tragen hätten, dann könnte man geneigt sein, ihr unrealistisches Verhalten mit der Eigenart und Unzulänglichkeit der menschlichen Natur zu entschuldigen. Leider wird ihr Verhalten nicht einmal von den historischen Tatbeständen gerechtfertigt.

Es versteht sich, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund von allem Anfang an gegen die Wiedererrichtung einer selbständigen deutschen Armee gewesen ist. In einer Entschließung des Bundesvorstandes vom November 1950 hieß es: „Die deutschen Gewerkschaften wollen nicht, daß reaktionären Elementen durch die Wiederherstellung einer Wehrmacht erneut Auftrieb und Macht gegeben wird. Sie wollen das Landsknechttum in Deutschland endgültig beseitigt wissen." Grundsätzlich jedoch wurde eine deutsche Beteiligung an militärischen Sicherheitsmaßnahmen für Europa nicht ausgeschlossen. Als Voraussetzung für eine solche Beteiligung nannte der Deutsche Gewerkschaftsbund die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit freier und gleichberechtigter Völker. Die demokratische Kontrolle aller militärischen Koalitionen und besonders ihres Führerkorps müsse gesichert sein.

Alles „demokratisch" gefärbte Forderungen und Phrasen, denen ebenso viele Widersprüche und Begriffsverwirrungen gegenüberstehen, bewußt darauf abgestellt, zwar den S c h e i n der „antimilitaristischen" Einstellung zu wahren, um vor der eigenen Anhängerschaft nicht das Gesicht zu verlieren, aber gleichzeitig die Möglichkeit der Bejahung einer deutschen Wiederaufrüstung offenzuhalten. Es ist reine Spiegelfechterei, auf der einen Seite eine deutsche Nationalarmee abzulehnen und einem sogenannten „System kollektiver Sicherheit" den Vorzug zu geben, auf der anderen Seite aber sich auch mit „militärischen Koalitionen" einverstanden zu erklären. Denn der Begriff der „militärischen Koalition" hat ja gerade das Vorhandensein von Nationalarmeen zur Voraussetzung. Die Gewerkschaften wissen also ebensowenig wie die Sozialdemokratie, was sie eigentlich wollen. Was verstehen sie unter einem „System kollektiver Sicherheit"? Diese Frage ist bis auf den Tag von keiner der beiden sozialistischen Organisationen mit wünschenswerter Klarheit be-

antwortet worden. Das innenpolitische Kriterium der Zustimmung zu einem deutschen Wehrbeitrag scheint für sie die Frage zu sein, ob die „demokratische Kontrolle" der zu schaffenden militärischen Organisation gewährleistet ist. Mit dieser Forderung aber rennen die Gewerkschaften bei allen Beteiligten offene Türen ein. Unverständlich wird damit jedoch ihre ressentimentgeladene Ablehnung einer deutschen Wehrmacht. Wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer demokratisch kontrollierten militärischen Koalition keine Gefahr sieht, warum sieht er sie dann in einer in gleicher Weise zu kontrollierenden deutschen Armee? Schweigen wir davon, daß heute die Sozialdemokratie geneigt ist, eine koalisierte deutsche Nationalarmee integrierten deutsch-europäischen Einheiten vorzuziehen. Schweigen wir auch davon, daß die einfache Gleichsetzung der früheren deutschen Armee mit organisiertem „Landsknechttum" eine üble, dummdreiste politische Brunnenvergiftung darstellt, die einst auf diese politischen Hetzer mit voller Schärfe zurückfallen wird, wenn dem deutschen Volke über diese zweifelhaften Machinationen die Augen aufgegangen sein werden. Es paßt in dieses Bild, wenn wir in gewerkschaftlichen Informationsdiensten lesen: „Das deutsche Volk steht der Remilitarisierung feindlich gegenüber, weil es spürt, daß es mit der Remilitarisierung auf den alten Kurs und unter Steuerung der Militaristen auch wieder in die Nähe des Krieges geraten würde. Es mutet geradezu grotesk an, wenn die alliierten und deutschen Militärsachverständigen sich darüber zu unterhalten belieben, ob man die notwendigen deutschen Truppen (auch bekannt unter der Bezeichnung ‚Menschenmaterial') auf freiwilliger Basis erhalten könne, oder ob man im Notfall zur allgemeinen Wehrpflicht überzugehen habe. Zum Glück gibt es neuerdings auch in England vernünftige, der Rüstungspsychose noch nicht unterlegene Politiker, die mit Recht und guten Gründen darauf hinweisen, daß auf diese Weise die westliche Welt eines Tages mit den ‚reaktionärsten und unzuverlässigsten Elementen Westdeutschlands' verbündet sein werde."

Es mag unwürdig erscheinen, sich mit solchen landesverräterischen Pamphletisten überhaupt in eine Auseinandersetzung einzulassen. Dennoch seien zwei Bemerkungen gestattet: Es waren nicht die Militaristen, die das deutsche Volk in die Nähe des letzten oder der früheren Kriege gerückt haben. Das hat das Urteil von Nürnberg bis zur Evidenz erwiesen. Es waren stets die Politiker, ohne daß hier in jedem Falle politische oder historische Schuldsprüche konstruiert werden sollen, insbesondere waren es vor allem jene, die sich zwar nach 1945 nicht genug damit brüsten konnten, das deutsche Volk stets gewarnt zu haben, daß Hitler den Krieg bedeute, die aber noch im Januar 1933 die Hand eines Generals ausschlugen, als dieser ausgerechnet mit ihnen die Zusammenarbeit suchte, um die parlamentarische Machtergreifung dieses Hitler zu verhindern. Was „die unzuverlässigsten und reaktionärsten Elemente Westdeutschlands" betrifft, so mag die Feststellung genügen, daß diese Elemente ihre Immunität gegen kommunistische Infiltration allerdings auf einem an-

deren Felde dargetan haben, wie diese ideologischen Strategen mit einseitig orientiertem Federkiel, von deren Westen man leider nie genau sagen kann, ob ihre Farbe rot oder nur rosarot ist. Die „unzuverlässigsten Elemente" haben durch ihren persönlichen Einsatz immerhin verhindert, daß etwa die Stadt Düsseldorf in sowjetischen Bereich geriet.

Zu einer schweren Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaften selbst kam es im Januar 1952, als sich anläßlich einer Vortragsveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Vorstandsmitglied Hans vom Hoff für einen deutschen Verteidigungsbeitrag aussprach. Man könne die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß im Osten in stärkerem Maße aufgerüstet werde und daß der Westen zu Abwehrmaßnahmen greifen müsse. Man könne es dem deutschen Volke nicht zumuten, seinerseits mit Abwehrmaßnahmen zu warten, bis etwa durch eine Aggression vollendete Tatsachen geschaffen seien. Ebenso wie jeder Betrieb eine Betriebsfeuerwehr haben müsse, welche die Sicherheit des Betriebes gewährleisten solle, müsse auch Deutschland eine „Betriebsfeuerwehr" haben.

Die von gesundem Menschenverstand getragenen Ausführungen vom Hoffs hatten eine den Politiker nicht überraschende, aber in ihrem Ausmaß doch unerwartete Palastrevolution zur Folge. Schlagartig wurde die Heterogenität auch des gewerkschaftlichen Funktionärkorps sichtbar. Die mühsam verdeckten Meinungsverschiedenkeiten zwischen den Anschauungen der ehemaligen „Rechtssozialisten" und der „Unabhängigen" sowie der gut oder schlecht getarnten, von Moskau ferngesteuerten Kommunisten zeigten eine deutliche Übereinstimmung mit der personellen und ideologischen Struktur der Sozialdemokratie. Über das ganze Bundesgebiet ergoß sich eine spontane Protestwelle gegen die Äußerungen vom Hoffs. Vom Hoff gab selbst bekannt, daß rund dreihundert Protestentschließungen und Telegramme beim Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingegangen seien. So telegraphierte zum Beispiel der Kreisverband Kassel, daß Betriebsversammlungen, die Betriebsräte und Funktionäre in Nordhessen eine entschiedene Stellungnahme gegen jeden Wehrbeitrag forderten. Die Erklärungen des Vorstandsmitgliedes vom Hoff über das grundsätzliche Einverständnis der Gewerkschaften mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag wurden entrüstet abgelehnt. Die Bevollmächtigten des Frankfurter Kreisausschusses bezeichneten den Bundesvorstand als nicht autorisiert, eine derart weitgehende Erklärung abzugeben. Die Arbeitnehmerschaft verlange ein glattes Nein zum Wehrbeitrag. Die Verwaltungsstelle der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt erhob besonders heftigen Protest. Unter den Frankfurter Metallgewerkschaftlern sei stärkste Empörung und Erregung entstanden. Die Auffassung des Bundesvorstandes stünde im Widerspruch zu der ablehnenden Haltung des größten Teiles der organisierten Arbeitnehmer. Die Frankfurter Jugendgruppe der Industriegewerkschaft Metall forderte die männliche Jugend auf, alle künftigen militärischen Maßnahmen

wie Registrierung, Musterung und Einberufung zu ignorieren und sich durch keine Versprechungen oder Drohungen beeinflussen zu lassen. Da dieses Problem von so weittragender Bedeutung sei, dürfe selbst eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages hierzu nicht ausreichen. Das Volk in seiner Gesamtheit müsse die Möglichkeit erhalten, diese Frage zu entscheiden. Die pfälzischen Industriegewerkschaften gaben gleichfalls ihrem Unmut Ausdruck. Auch in Baden-Württemberg war die Reaktion sehr heftig. Der Ortsausschuß Stuttgart gab eine Erklärung heraus, daß die Ausführungen vom Hoffs in der Mitgliederschaft aller Stuttgarter Gewerkschaften, besonders unter den jugendlichen Mitgliedern, eine ungeheure Erregung ausgelöst hätten. Bei fast allen Gewerkschaften der Landesbezirke Württemberg und Baden ging eine große Anzahl von Entschließungen ein, die sich in sehr scharfen Worten gegen eine unzulässige Festlegung des DGB durch die Vorstandsmitglieder Fette und vom Hoff wandten. Etwa zweihundert Betriebsräte aus dem Kreis Ludwigsburg allein forderten den sofortigen Ausschluß vom Hoffs, weil er sich durch seine Äußerungen über einen Verteidigungsbeitrag eines gewerkschaftsschädigenden Verhaltens schuldig gemacht habe.

Diese Ereignisse hatten zur Folge, daß der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes sofort zusammentrat und sich unter Berufung auf die Entscheidung vom November 1950 einstimmig für die Verteidigung der Freiheit, Menschenrechte und der Demokratie aussprach. Wörtlich heißt es in dieser wie üblich stark verklausulierten Erklärung: „Den inneren und äußeren Feinden dieser Idee gegenüber kann es keine Neutralität geben, denn sie bedrohen nicht nur die Existenz der freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern den sozialen Fortschritt und den kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschen."

Aber auch diese sehr vorsichtig formulierte Erklärung, die zusätzlich noch an die Erfüllung allgemeiner wirtschaftlicher und sozialer Voraussetzungen gebunden wurde, konnte nicht verhindern, daß es nochmals zu einer schweren Auseinandersetzung kam, die geradezu wie ein Fanal wirkte.

Anfang Februar 1952 kam es auf einer außerordentlichen Konferenz des Landesbezirkes Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer offenen Rebellion gegen den damaligen ersten Vorsitzenden des DGB, Christian Fette, und gegen vom Hoff, als diese vor der Konferenz, die mit 120 Delegierten beschickt war, ihre prinzipielle Zustimmung zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag vertraten. Die bayerischen Delegierten, die im Namen von 900 000 Mitgliedern zu handeln vorgaben, nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der „auf Grund geschichtlicher Erfahrungen und den daraus abzuleitenden Erfahrungen jeder deutsche Wehrbeitrag abgelehnt" wurde. Bundesvorstand und Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden ersucht, geeignete Maßnahmen, worunter auch in letzter Konsequenz der Generalstreik zu verstehen sei, zu treffen, um einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu verhindern. In der Diskussion, die dieser Entschließung vor-

anging, hatten sämtliche Redner in entschiedener Weise ihrer Ablehnung eines deutschen Wehrbeitrages Ausdruck gegeben und für die Zukunft ein Eingreifen der Gewerkschaften in die politischen Entscheidungen in Westdeutschland gefordert. Besonders hemmungslos agitierte dabei der Landesvorsitzende der Industriegewerkschaft Metall. Nachdem er schärfste Kritik an der Haltung des Düsseldorfer Bundesvorstandes geübt hatte, sprach er sich für eine eindeutige ablehnende Stellungnahme aus. In dieser Frage könne es kein diplomatisches Ja oder Nein geben. Gerade die Gewerkschaften seien berufen, parlamentarische Fehlentscheidungen zu verhindern. Das deutsche Militär werde immer ein Instrument der Reaktion sein, das gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet sei.

Die Argumentationen Fettes und vom Hoffs, daß der Friede nicht darin bestehe, sich widerstandslos ausplündern zu lassen, daß es unmöglich sei, den „Ohne-mich-Standpunkt" oder den Gedanken der Neutralität zu vertreten, daß ein nichtverteidigungsbereites Deutschland den sowjetischen Vormarsch auslocken könnte, daß dann viele von uns lediglich ein anderes Soldbuch tragen oder in Arbeitskompanien stecken würden, stießen auf den heftigsten Widerstand der Versammlung, so daß sie sich schließlich gezwungen sahen, jeden weiteren Versuch einer Milderung der Resolution aufzugeben. Damit endete die Auseinandersetzung mit einer vollen Niederlage des Bundesvorstandes.

Vom Hoff hatte zwar nicht ganz Unrecht, wenn er die auffällig extremen Formulierungen mit einer gefühlsmäßigen Abneigung gegen jede Form des Militarismus erklärte. Leider unterließ er es — wohl aus gutem Grund —, seine sicherlich wenigstens teilweise zutreffende Beurteilung der soeben empfangenen Abfuhr näher zu begründen. Denn es ist zwar psychologisch durchaus verständlich, daß die Millionenopfer zweier verlorener Weltkriege zunächst eine gefühlsmäßige Abneigung gegen die erneute Aufstellung militärischer Streitkräfte bewirken, aber diese verständliche Gefühlsregung ändert nichts an der Feststellung, daß die Führer politischer Organisationen und Gemeinschaften verantwortungslos handeln, wenn sie gegen alle Vernunft und Erfahrung nach Vogel-Strauß-Art den Kopf in den Sand stecken und die nüchternen Realitäten des Völkerlebens nicht wahrhaben wollen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erntete, was er selbst gesät hatte. Wie die sozialistische Partei, so war auch er — nicht erst nach 1945 — immer „gegen jede Form des Militarismus" gewesen. Auch er setzte „Militarismus" und „Militär" gleich. Auch er hatte seine Mitglieder zu unbedingten Pazifisten und Antimilitaristen erzogen. Sein Kampf gegen den „Militarismus" bedeutete zugleich die Ablehnung jeder Wehrorganisation schlechthin. Es war ein Gewerkschaftsblatt, das noch im Jahre 1952 „den Soldatenstand als den verachtungswürdigsten" bezeichnen durfte.

Die Haltung der bayerischen Gewerkschaften, deren Stellungnahme zur Wehrfrage, wie die Proteste aus vielen Landesverbänden zeigen, als sympto-

matisch für die Mehrheit der Funktionäre in allen Rangstufen gelten darf, war also „konsequent" und „unmißverständlich". So schrieb es jedenfalls wenig später ihr Vorsitzender Lorenz Hagen. Sein Versuch jedoch, diese „Unmißverständlichkeit" zu begründen und vor allem zu rechtfertigen, mißglückte vollständig. Aber er ist insofern außerordentlich interessant, als er uns nochmals in einem Zuge die Unhaltbarkeit und den Wirrwarr sozialistischer und gewerkschaftlicher Wehrauffassung demonstriert. Die prinzipiell ablehnende Haltung der bayerischen Landesbezirkskonferenz ließ an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. Nach Lorenz Hagen bedeutete ihr Nein jedoch keineswegs, daß die Delegierten damit grundsätzlich die Pflicht zur Verteidigung des einzelnen wie der Gemeinschaft verneint hätten. Es sei sehr klar unterstrichen worden, daß die Arbeitnehmerschaft mehr zu verlieren habe als ihre Ketten. Wie denn? Kann man für Wehrlosigkeit und Pflicht zur Verteidigung zugleich sein? Darf es zumal Politikern gestattet sein, mit billigen demagogischen Redensarten an dem Tatbestand der deutschen Wehrlosigkeit vorbeizureden? „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel." Ein wenig mehr an Bibelfestigkeit könnte auch den Gewerkschaften nicht schaden. Auch dem bayerischen Landesvorsitzenden kam es wohl mehr auf das Nein an. Eine „demokratische" Armee sei ein Widerspruch in sich. Die Organisation des Militärs sei antidemokratisch. Nur in Ländern mit kontinuierlicher demokratischer Entwicklung gebe es günstigenfalls eine demokratische Kontrolle über das Militär. Diese Möglichkeiten aber für Deutschland als wahrscheinlich anzunehmen, könne weder mit geschichtlichen Erfahrungen noch mit der derzeitigen Stärke der Demokratie in der Bundesrepublik begründet werden. Militär habe in Deutschland immer Militarismus bedeutet, und in der deutschen Geschichte sei die Armee immer ein Instrument gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft gewesen.

Versagen wir uns zunächst dem Wunsche, diese Behauptungen im einzelnen auf ihren geschichtlichen und politischen Wertgehalt und auf ihre „demokratischen" Konsequenzen zu untersuchen. Stellen wir lediglich erneut die Frage: Wie denn? Wehrlosigkeit, aber Pflicht zur Verteidigung? Verteidigung womit und mit wem? Eine Frage, die ebensowenig eine Antwort wie die billige Behauptung, daß gesicherte soziale Verhältnisse besseren Schutz böten als deutsche Divisionen und daß nach den Beweisen der Geschichte der Friede durch Rüstung und Armeen nicht gesichert werden könnte, eine stichhaltige Begründung gefunden hat. Richtig ist dagegen, daß der Friede weder durch gesicherte soziale Verhältnisse noch durch eine Armee allein erhalten werden kann. Man braucht sich doch nur die primitive Frage vorzulegen, was mit Deutschland und Europa geschehen würde, wenn die Vereinigten Staaten nicht endlich aufgerüstet, den europäischen Staaten keine Sicherheitsgarantien gegeben hätten oder heute Europa seinem Schicksal überlassen würden. Sicherlich hätten wir dann auch eine Sicherheit, die Sicherheit nämlich, daß die für die Befreiung ihrer „versklavten" westdeutschen Schwestern und Brüder blind fana-

tisierte kommunistische Volkspolizei uns die Sicherheit des KZ-Friedens bringen würde, auch den „geistvollen" oder — genauer gesagt — den instinktlosen, von allen guten Geistern völlig verlassenen sozialistischen und gewerkschaftlichen Massenverführern, sofern nicht der eine oder andere von ihnen sich in weiser Vorsicht ein zweites Parteibuch zugelegt haben sollte. Aber diese Gefahr existierte scheinbar für die bayerischen und zahlreichen anderen Funktionäre des DGB nicht. Denn „die bayerische Arbeitnehmerschaft, die die Erfahrungen von 1933 nicht vergessen hat, wird nicht tatenlos zusehen, wenn es um das Schicksal der Demokratie in Deutschland geht".

In die gleiche Kerbe schlug fast zur gleichen Zeit der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Adolph Kummernuß, der im Namen des ersten Ordentlichen Verbandstages seiner Organisation erklärte, „man müsse nicht nur einen deutschen Wehrbeitrag, sondern auch den „Ohne-mich-Standpunkt" der Kommunisten ablehnen. Zwar wäre es falsch zu sagen, wir hätten nicht mehr zu verlieren als unsere Ketten. Jedoch würde die selbstlose, hingebungsvolle Wiederaufbauarbeit der Arbeitnehmerschaft nach 1945 von den wiedererstarkten restaurativen Kräften in der Bundesrepublik heute bewußt sabotiert. Es gehe auch keinesfalls, daß die ehemaligen Generale, die vor einem Gefreiten auf den Knien lagen, noch einmal die Peiniger der deutschen Jugend würden. Es dürfe kein zweites 1933 mehr geben. Die Arbeitnehmerschaft sei nicht gewillt, mit den Fäusten in der Tasche dazustehen, wenn noch einmal eine politische Macht versuche, uns unserer politischen Freiheit zu berauben".

Die Frage bleibt: Wie denn? Wehrlosigkeit, aber kein „Ohne-mich"? Ist denn der Versuch einer politischen Macht, uns unserer politischen Freiheit zu berauben, nicht schon in vollem Gange? Ja, ist es nicht gerade dieser Versuch, der die Frage nach der Sicherheit und Verteidigung unseres so klein gewordenen Landes endlich ins helle Rampenlicht der Öffentlichkeit gezogen hat? Man lasse hierbei den deutschen Arbeiter aus dem Spiel. Er hat noch niemals mit den Fäusten in der Tasche gestanden, wenn die Freiheit seines Vaterlandes, des Vaterlandes aller Deutschen, in Gefahr war.

Daß leider eine ständige Sabotage der unter tatkräftiger und entsagungsvoller Mithilfe der deutschen Arbeiterschaft geleisteten Aufbauarbeit stattfindet, kann man unglücklicherweise nicht abstreiten. Es sind die restaurativen Kräfte einer gewissen Funktionärsschicht, die durch ständige Verächtlichmachung des Wehrgedankens und der Wehrbereitschaft eine undurchsichtige Arbeit zu Lasten des gesamten Volkes leisten, durch ihre böswillige Demagogie einen Teil des Volkes gegen den anderen ausspielen und mit ihrem pathologischen Antimilitarismus jeden Ansatz eines neuen Wehrwillens schon im Keime ersticken. Die größte Sabotage am deutschen Wiederaufbau betreibt derjenige, der ihm bewußt oder unbewußt den notwendigen militärischen Schutz entzieht. Das muß endlich einmal mit aller Deutlichkeit sämtlichen Phraseuren und Demagogen gesagt werden.

Die ehemaligen Generale sollen nicht noch einmal die Peiniger der deutschen Jugend werden! Ob diese Jugend in ihren Generalen, die mithin den höchsten Blutzoll im letzten Kriege entrichtet haben, nur ihre Peiniger gesehen hat, dieses Urteil überlasse man gefälligst der angesprochenen Jugend selbst. Der sozialistische Vorwurf, daß sie vor einem „Gefreiten" auf den Knien gelegen haben, stimmt uns allerdings hoffnungsfroh, gibt er doch zukünftigen deutschen Generalen die moralisch-politische Legitimation, eines Tages etwa von Herrn Ollenhauer oder Freitag die Vorlage ihres Soldbuches zu erbitten, um ihren militärischen Rang festzustellen und damit der Gefahr eines neuen „Kniefalls vor einem Gefreiten" zu entgehen.

Zu begrüßen ist auch die Warnung vor einer Wiederholung der Ereignisse vom Januar 1933. Bayerns Landesvorsitzender meinte dazu, daß „die bayerische Arbeitnehmerschaft, die die Erfahrungen von 1933 nicht vergessen habe, nicht tatenlos zusehen werde, wenn es um das Schicksal der Demokratie in Deutschland gehe". Leider müssen wir das Erinnerungsvermögen gewisser Funktionäre nochmals mit einer Wiederholung strapazieren: General von Schleicher hatte damals den Führer der Gewerkschaften, Leipart, zu einer Aussprache über eine Zusammenarbeit mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft gebeten. Die Sozialdemokratie lehnte jedoch jede Zusammenarbeit mit dem „Reaktionär" von Schleicher ab. Leipart fügte sich diesem Parteigebot, wie Gustav Noske berichtet. Der Kniefall der Gewerkschaften vor der sozialdemokratischen Parteiführung ist also zugleich der große Sündenfall, der den Gewerkschaftsführern von heute ein für allemal das Recht nimmt, nach der bekannten „Haltet den Dieb"-Methode die eigene historische Schuld dadurch zu verschleiern, daß sie dem „Militarismus" die Verantwortung für die schicksalhaften Ereignisse jener Tage zuschieben. Lügen werden nicht dadurch zur Wahrheit, daß sie ständig wiederholt werden. In einer Verranntheit, wie sie in der Geschichte sonst nicht bekannt geworden ist, widersetzten sich Leute, die sich einbildeten, Führer zu sein, der letzten Möglichkeit, sich und ihre Einrichtungen vor der drohenden Vernichtung zu wahren. Wenn daher „die Erfahrung von 1933" gegen etwas spricht, dann ist es die politische Qualität dieser Funktionäre, die damals so wenig die wirkliche Meinung der deutschen Arbeiter verkörperten wie heute. Es gereichte dem bayerischen Landesvorsitzenden immerhin zur Ehre, wenn er zugab, daß „das einstimmige Nein der Landesbezirkskonferenz nicht die einstimmige Meinung der rund 900 000 bayerischen Gewerkschaftsmitglieder bedeute".

Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß es auch andere Landesverbände und Gewerkschaftsführer gibt, die der nun einmal gegebenen Sachlage auf dem weltpolitischen Theater nüchtern und unvoreingenommen gegenüberstehen. So meinte der Vorsitzende des Landesbezirkes Berlin, Ernst Scharnowski, daß man in gefährdeten und Grenzgebieten anderer Auffassung sein könne als in entfernteren Gebieten. Die Kommunisten und ihre Freunde seien grundsätzlich für die Verteidigung der Sowjetunion. Daher müßten auch die

Demokraten für einen Verteidigungsbeitrag Deutschlands sein; denn die Freiheit habe immerhin auch ihren Preis. Im Grunde genommen handele es sich nur darum, welche Uniform die Deutschen anziehen wollten, nämlich entweder die totalitäre oder die demokratische Uniform. Demokraten müßten notfalls Soldaten sein, aber Soldaten sollten immer Demokraten sein, wenn nicht Demokratie und Freiheit schwinden sollten. Es sei nicht Gewerkschaftsaufgabe, den politischen Parteien die Entscheidung abzunehmen und in den eigenen Reihen Streit zu entfachen. Die Entscheidung müsse jedem Gewerkschaftsmitglied überlassen bleiben.

Diese wohltuend unparteiische Haltung des Berliner Landesvorsitzenden sticht allerdings bemerkenswert ab von der parteipolitischen Einmischung und Stellungnahme der „Welt der Arbeit", die im Zuge dieser soeben skizzierten Auseinandersetzungen glaubte feststellen zu müssen, daß die derzeitige Parlamentsmehrheit dem Willen der Volksmehrheit nicht mehr entspreche.

Es geht bei dieser Untersuchung — das sei ausdrücklich betont — nicht um eine Stellungnahme für oder gegen die regierende Mehrheit des deutschen Bundestages. Die Frage, ob diese Mehrheit auch heute noch vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes getragen wird, kann nur durch die nächsten Wahlen zum Bundestag beantwortet werden. Aber wenn schon das Recht zu einer ihrem Sinne nach so aggressiven Äußerung von einer sogenannten parteipolitisch unabhängigen Interessenorganisation beansprucht wird, dann müssen sich allerdings diese rebellierenden Funktionärkreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Gegenfrage gefallen lassen, ob sie sich denn wirklich noch legitimiert fühlen, auf dem Gebiet der Wehrpolitik den Willen der deutschen Arbeiter zu vertreten. Daß gerade in dieser Beziehung erhebliche Zweifel erlaubt sind, beweist die Einstellung der Gewerkschaften zu dem „Problem" der militärischen Tapferkeitsauszeichnungen.

Die „Welt der Arbeit" schrieb am 14. September 1951 unter der Überschrift „Auszeichnungen": „Dekoriert werden die sein, die den gemeinen Überfall auf das neutrale Holland durchführten und beim ersten Angriff die schöne Stadt Rotterdam dem Erdboden gleichmachten; dekoriert werden die sein, die die englische Stadt Coventry vernichteten, und die, die mithalfen, ein Land nach dem anderen zu überfallen. Kurz, alle jene, die ihre Auszeichnungen vom obersten Verbrecher empfingen, denn als oberster ‚Kriegsherr' kamen die Auszeichnungen von ihm. Und man kann sagen, je gemeiner eine Tat war, um so mehr war sie sicher, von ihm ausgezeichnet zu werden ..."

Diese haßerfüllten und niederträchtigen Anwürfe gegen die Ehre des deutschen Soldaten überbieten alles, was bisher selbst von deutschfeindlichen Anklägern in den Nürnberger Prozessen gegen die deutsche Wehrmacht vorgetragen wurde. Tatsache ist, daß zwar konzentrierte deutsche Angriffe gegen Coventry geflogen worden sind, aber lange nach britischen Angriffen auf

deutsche Städte. Tatsache ist, daß sie nicht gegen das geltende Völkerrecht verstießen, weil Coventry die Schlüsselindustrie für die gesamte englische Flugzeugindustrie beherbergte. Es ist unfaßlich, daß Angehörige eines Volkes, das Angriffe auf die Wohnviertel und Flüchtlingsansammlungen in Dresden, Freiburg, Kassel, Hamburg und Köln erlebt hat, von Coventry sprechen, ohne gleichzeitig zu fordern, daß auch die englische und amerikanische Luftwaffe ihre Auszeichnungen ablege. Und im tief bedauerlichen und bedauerten Falle von Rotterdam steht fest, daß die Bombardierung nach der Kapitulation durch damalige Mängel in der Nachrichtenübermittlung nicht mehr verhindert werden konnte. Am ungeheuerlichsten ist jedoch die Unterstellung, daß die Klasse der verliehenen Tapferkeitsauszeichnungen sozusagen vom Ausmaß der jeweiligen „Gemeinheit" des ihr zugrundeliegenden Einsatzes abhing. Diese Worte und die aus ihnen sprechende Gesinnung werden sich die deutschen Soldaten, d. h. die Millionen der heute den Deutschen Gewerkschaftsbund mit ihrem schwer erarbeiteten Lohn finanzierenden ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, für alle Zukunft merken müssen, wenn sie wissen wollen, wo die Spaltpilze der Zersetzung und des Unfriedens sitzen. Das ist so unverhüllter Haß, daß jeder Kommentar sich erübrigt. Alle die Männer — auch die Gefallenen —, die sich bei der Verteidigung ihres Vaterlandes und der Abwehr des Bolschewismus die Nahkampfspange, das Sturmabzeichen oder das Eiserne Kreuz erworben haben, wissen nun, daß sie sich damit für das offizielle Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes als gemeine Verbrecher betätigt haben. Es ist die gleiche unheilvolle Haltung, die nach dem ersten Weltkrieg Hunderttausende von ehemaligen anständigen Soldaten radikalen Parteien in die Arme trieb, als ihnen von Rednern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften vorgehalten wurde, daß ihre Kameraden „auf dem Felde der Unehre gefallen seien" und daß man „kein Vaterland kenne, das Deutschland heißt". Will man diese Fehler mit aller Gewalt wiederholen? Soll ausgerechnet das Eiserne Kreuz zu einer „Provokation der Gewerkschaften" umgefälscht werden?

Daß diese Herabwürdigung deutscher soldatischer Leistung vom außenpolitischen Gesichtspunkt her im denkbar ungeeignetesten Augenblick erfolgte, in dem die freie Welt gerade diesen wegen seiner sprichwörtlichen Tapferkeit geschätzten deutschen Soldaten will, sei nur am Rande vermerkt.

Die Soldatenbünde waren selbstverständlich den Gewerkschaften von allem Anfang an ein Dorn im Auge. Daß der Bundeskanzler, der Oppositionsführer und sogar der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Vertreter der Vereinigungen ehemaliger Soldaten überhaupt empfangen und angehört hatten, wurde als demokratischer Selbstmordversuch bezeichnet. Die ersten Gründungen hatten daher sofort die Erklärung maßgeblicher Gewerkschaftsführer zur Folge, daß diese Bünde von den Gewerkschaften bekämpft werden müßten. Ihre Berechtigung wurde mit der wohl von dem eigenen schlechten Gewissen inspirierten Behauptung bestritten, daß ein Bedürfnis für

eine besondere Interessenvertretung der Soldaten nicht bestehe. Die ausschlaggebenden Männer dieser Bünde hätten seit 1945 Gelegenheit genug gehabt, ihre demokratische Gesinnung durch Mitarbeit in den demokratischen Parteien und Organisationen zu beweisen.

Man traut seinen eigenen Ohren nicht und man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Unverschämtheit dieser Heuchelei oder das unverfrorene Spiel mit der Dummheit und Vergeßlichkeit des deutschen Staatsbürgers. Offenbar hat es in Deutschland niemals Entmilitarisierungsgesetze gegeben, offenbar wurde keinem „Militaristen" das aktive und passive Wahlrecht entzogen, offenbar haben niemals politische Strafgesetze bestanden, die das Verbot der Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften verhängten, sicherlich ist es nur ein böser Traum, daß den ehemaligen Soldaten unter dem Beifall zahlreicher Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftsführer die Versorgungsansprüche abgesprochen und ihre Familien auf dem Wege der Sippenhaft dem wirtschaftlichen Elend preisgegeben wurden, völlig ausgeschlossen aber erscheint es, daß diese „rechtsstaatliche" Entrechtung noch mit persönlicher Diffamierung und moralischer Diskreditierung verbunden gewesen sein könnte.

Und doch ist das alles bei uns geschehen. Nur in Deutschland ist es denkbar, daß die Funktionärsbürokratie einer Massenorganisation von mehreren Millionen gutgläubiger Mitglieder es widerspruchslos wagen darf, sich als geeignete Interessenvertretung der ehemaligen Soldaten zu empfehlen, obwohl sie selbst es ist, der man ein Hauptverdienst an der sozialen Entrechtung und Diffamierung des „verachtungswürdigsten Standes" zuschreiben darf. „Wir glauben nicht, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der ehemaligen Soldaten in Soldatenbünden besser gelöst werden können als in den bestehenden Parteien und Organisationen, die bisher alle sich niemals weigerten, berechtigte Fordererungen ehemaliger Soldaten zu vertreten", meinte Ludwig Rosenberg, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Für die Gewerkschaftsführung sind die Soldatenbünde aber nicht nur ein überflüssiges Requisit, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie. Auch diese Behauptung wird nicht glaubhafter, je lauter sie in die Welt hinausgeschrien wird.

Nach ihrer Auffassung sind die Soldatenvereinigungen in den Vereinigten Staaten, England und Frankreich Zusammenschlüsse von Soldaten d e m o k r a t i s c h e r Armeen, von Soldaten, die sich tatsächlich auf die Pflege der Kameradschaft beschränken: „Sie haben eine Tradition, die auf der aufbaut, die Inhalt und Wesen der Armeen ausmacht, in denen sie aktiv gedient haben: eine echte demokratische Tradition, die Tradition des Volksheeres, das die Freiheitskriege der Vereinigten Staaten führte, die Tradition der Revolutionsarmee der französischen Republik und die Tradition der demokratischen britischen Armee. Alle diese Armeen haben weder als Ganzes noch als Teile jemals im Staate eine andere Rolle als die der Verteidiger der Volksrechte

und der Demokratie gespielt." Nach solchen markanten und scheinbar überzeugenden Geschichtsbeispielen bleibt dann gewöhnlich die sich gewissermaßen zwangsläufig ergebende Frage nicht aus: „Kann man Ähnliches von der Tradition der deutschen Wehrmacht zu behaupten wagen?"

Man kann es nicht nur, man darf es auch, und besonders dann, wenn ein wirklich objektiver Vergleich zwischen der preußisch-deutschen und den anderen genannten Armeen gezogen werden soll. Zunächst ist allerdings zu sagen, daß es wohl im Sinne gewerkschaftlicher Auffassung niemals „demokratische" Armeen gegeben hat. Denn „Inhalt und Wesen der Armeen" schließen einen „demokratischen" Aufbau von vornherein aus. Wert und Funktionsfähigkeit jeder Armee werden nun einmal, ob man es wahrhaben will oder nicht, von der uneingeschränkten Wirksamkeit der Prinzipien „Befehl" und „Gehorsam" bestimmt. Ihre Struktur ist unabhängig von der jeweils herrschenden Staatsform. In dieser Erkenntnis haben mittlerweile auch einige Gewerkschaftsführer bereits beachtliche Fortschritte erzielt.

Über diese grundsätzliche Bemerkung hinaus aber darf doch wohl um der historischen Wahrheit willen festgestellt werden: Auch die preußisch-deutsche Armee ist ihrem Ursprung nach nichts anderes als ein Volksheer gewesen und ist es stets geblieben, was man z. B. von der amerikanischen und englischen Armee nicht ohne weiteres sagen kann. Dieses preußisch-deutsche Volksheer entstand auf der Grundlage der allgemeinen, im echtesten Sinne des Wortes demokratischen Volkswehrpflicht, damals nämlich, als die in der Tradition der französischen Revolutionsarmee erzogenen Heere Frankreichs sich unter ihrem alles andere als demokratischen Feldherrn und Kaiser Napoleon ganz Europa unterwarfen, wie überhaupt die französische Revolution als die Keimzelle des modernen Nationalismus anzusprechen ist.

Die deutsche Armee ist stets die Hüterin der Freiheit des deutschen Volkes und Reiches gewesen, und es ist nicht einzusehen, wodurch sich diese ihre Aufgabe von der anderer Armeen unterschieden hat. Mit Ausnahme der Revolutionswirren von 1918/19, wo es ihre vaterlandstreuen Reste waren, die die Demokratie vor dem roten Radikalismus retteten, ist sie niemals — im Gegensatz zu anderen Armeen — gegen innere Unruhen eingesetzt worden.

Auch die letzte deutsche Wehrmacht war der Prototyp eines Volksheeres. Wäre es anders gewesen, dann wären ihre unerhörten Leistungen überhaupt nicht möglich gewesen. Vielleicht sehen die angesprochenen Gewerkschaftsfunktionäre in dieser Feststellung einen hinreichenden Beweis für „neofaschistische" Gesinnung. Sie mögen es tun. Sie mögen aber endlich einmal, ohne Phraseologie und Demagogie, dem deutschen Volke deutlich machen, was sie konkret und präzis unter „faschistisch" bzw. „neofaschistisch" verstehen. Eine Klärung der Begriffe ist gerade in Deutschland dringend notwendig. Sie würde wahrscheinlich wie ein reinigendes Gewitter wirken und zu unser aller Nutzen eine ganze Reihe von Mißverständnissen beseitigen. Aber vielleicht will man das gar nicht ...

Das Offizierkorps der deutschen Wehrmacht stand jedermann, unabhängig von Bildung und gesellschaftlicher Stellung, offen. Es ist eine nicht leugbare Tatsache, daß etwa fünfzig Prozent des militärischen Führerkorps aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind. Kann man das auch von „demokratischen" Armeen behaupten?

Schließlich: Wenn — nur als Beispiel genannt — zur „demokratischen" Tradition der britischen Armee auch die Eroberung des britischen Imperiums gerechnet wird, dann darf auch die deutsche Armee hinsichtlich ihres „demokratischen" Charakters vollauf beruhigt sein.

Es ist ein amerikanischer Geschichtsprofessor gewesen, der in einer Untersuchung über die Zeit von 1800 bis 1940 festgestellt hat, daß in dieser Epoche insgesamt 278 Kriege geführt wurden, an denen die großen Nationen wie folgt beteiligt sind: England mit 28 %, Frankreich mit 26 %, Rußland mit 23 %, Deutschland einschließlich Preußen aber mit 8 %.

Im personellen Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Angriffe stehen — wie früher schon — die Offiziere und Generale. Die Äußerungen einiger führender Männer dieser Bünde hätten gezeigt, daß sie sich keineswegs auf Gebiete beschränken wollten, die der Pflege der Kameradschaft dienten. Sie gefielen sich als Sachverständige auf Gebieten der Politik, auf denen sie beharrlich ihre Unkenntnis und Unfähigkeit unter Beweis gestellt hätten. Dieser Vorwurf mag berechtigt sein oder nicht: Fanatische Ideologen, die selbst in Stunden großer politischer Entscheidungen so oft eigene Unkenntnis, Unfähigkeit, Mangel an gesundem Menschenverstand und kämpferischem Willen bewiesen haben, sind nicht befugt, sich zum Richter über andere aufzuwerfen, deren persönlichem Einsatz sie es überhaupt verdanken, daß sie heute ihren Minderwertigkeitskomplexen wiederum freien Lauf lassen können. Der Vorwurf, den sie erheben, richtet sich gegen sie selbst. Es gibt kein Gebiet der Politik, bei dem sie nicht mit dem totalitären Anspruch „Der Staat sind wir" mitbestimmen wollen. Wohin kämen wir mit der Demokratie, wenn jede Interessenorganisation, ob Gewerkschaften oder Soldatenbünde, sich derartige Rechte anmaßen würde? Nichtsdestoweniger sollten wir uns jedoch zu dem Ausspruch „faschistischer Schmierfinke" bekennen, der die „Welt der Arbeit" zum Sieden brachte: „Nur der Wehrhafte hat mitzureden."

Mit Bedauern, aber auch mit Empörung nehmen wir zur Kenntnis, daß es scheinbar nichts gibt, was die Führer und Funktionäre der Gewerkschaften den ehemaligen Soldaten zu unterstellen nicht bereit wären. Gipfelpunkt ihrer wirklich unqualifizierbaren Verdächtigungen und Beleidigungen ist aber wohl ohne Zweifel die erbärmliche Verleumdung, daß die ehemaligen Soldaten „selbstverständlich antikommunistisch seien, weil das heute große Konjunktur sei", daß „sie dem demokratischen Staat nicht dienen, sondern nur Nutzen aus ihm ziehen wollten". Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten deckt die russische und deutsche Erde, Millionen, die ihr Leben der Abwehr der

roten Horden geopfert haben, nur einer von vier aktiven Soldaten ist zurückgekehrt. Über diesen Rest aber haben Gewerkschaftsfunktionäre in den Spruchkammern mit zu Gericht gesessen, weil diese Soldaten nicht nur einem Befehl gehorcht, sondern, als ein unergründliches Schicksal die Entscheidung forderte, diesen Kampf auch aus innerer Verantwortung auf sich genommen hatten.

Der Herrgott möge dem deutschen Volk einen neuen Waffengang ersparen, er möge den Verantwortlichen in Ost und West die Einsicht schenken, daß ein neuer Krieg niemandem auf dieser Welt einen echten Gewinn bringen kann, der die unvorstellbaren Opfer und Leiden rechtfertigen würde, die ein Krieg zur Folge haben müßte. Die eine Tatsache jedenfalls bleibt bestehen: eine erneute militärische Abwehrleistung gegen den Bolschewismus ist ohne den ehemaligen deutschen Soldaten undenkbar; ob aber ohne gewisse Demagogen und Hetzer, ist eine Frage, die jeder Deutsche sich selbst zu beantworten vermag.

Diese Frage sollten sich vor allem die unzähligen ehemaligen Soldaten vorlegen, die sich auch als Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus ihrer soldatischen Erfahrung heraus ein sehr feines, abgewogenes Gefühl für Anständigkeit und Sauberkeit bewahrt haben. Ihre Aufgabe wird es sein, diesen Auswüchsen ideologischer Verkrampfung und blindwütigen Hasses entgegenzutreten und ihre selbstherrlichen sogenannten Führer in ihre Schranken und Aufgabenbereiche zurückzuweisen.

Die vorwaltende weltanschauliche Haltung des großen Blocks der Gewerkschaften ist immer noch bestimmt durch Restbestände ihrer marxistischen Vergangenheit. Eine Tendenz ist dabei scharf und klar sichtbar: alle politischen Fragen weltanschaulich zu sehen und weltanschaulich zu entscheiden. Diese in ihrer Vergangenheit begründete Versuchung tragen die Gewerkschaften wie ein unverlierbares Erbe mit sich fort. Können die Gewerkschaften von diesem gefährlichen Weg zurück? Die Führung weiß, daß der Gewerkschaftler von heute nicht mehr der Proletarier von gestern ist, aber sie ist der Gefangene der Ideologie, die man der Arbeiterschaft eingehämmert hat, wie sie gleichermaßen ein Opfer ihres eigenen totalitären Machtanspruchs zu werden droht. Jene Rede, die der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ende Juli 1952 in Vrede hielt, gipfelte in dem Satz, die Gewerkschaften seien die einzige öffentliche Organisation, „die mit Recht einen maßgeblichen Einfluß im Staate fordern kann". Das Parlament, so hieß es da, werde g e z w u n g e n werden müssen, auf die Gewerkschaften zu hören.

So stellt sich erneut die Frage, wieweit der gewerkschaftliche Apparat die Wünsche und Meinungen seiner Millionen von Mitgliedern wirklich widerspiegelt, ob und inwieweit die „Organisierten" überhaupt Bescheid wissen, für welche Ziele ihre Führung kämpft. Berücksichtigt man außerdem, daß die „Bürokraten" und „Experten" Führung und Entscheidung in ihren Händen halten, daß das Gewerkschaftsvolk sozusagen nur noch mit Distanz zu Wort und Mitbestimmung kommt, dann wird es klar, daß dem

Arbeiter letzten Endes die demokratische Entscheidung genommen ist, was er für erreichbar und für vernünftig hält, ja, ob und wo er organisiert sein will. Ist es doch bereits geschehen, daß einzelne Betriebe Arbeitnehmer, die sich weigerten, den Gewerkschaften beizutreten, entlassen haben, weil ihnen aus diesem Grunde mit einem Streik gedroht wurde. Wie weit haben wir es doch mit der Festigung der Demokratie in Deutschland gebracht, wenn „demokratische" Arbeitsgerichte die Klage solcher Arbeitnehmer als unbegründet zurückgewiesen haben! Die These: „Rot oder kein Brot" wird in aller Offenheit und ohne wirklichen Widerstand praktiziert. Die Gewerkschaftsführung hat ein Ausmaß an Unbedingtheit der Willensbildung und Entscheidung gewonnen, das früher unbekannt war. Die deutsche Arbeiterschaft ist daher in die schwierige Lage geraten, sich einem Apparat unterwerfen zu müssen, der längst zum Selbstzweck der „Apparatschiks" geworden ist. Aus der Gewerkschaftsbürokratie mit ihrem demagogischen Funktionärtum droht eine neue Feudalschicht ohne echte demokratische Legitimation zu werden, die früher oder später die Demokratie überhaupt in Frage stellt. Die Mitglieder werden zur Masse, die Führung aber zu einer abgeschlossenen Schicht, die sich darauf verlassen kann, daß ihr die Masse folgen muß, weil sie gar keine andere Wahl hat. Die Einstellung der Gewerkschaftsführung zur Wehrpolitik und zum Soldatentum beweist eindeutig, daß sie eine zweifelsfreie Legitimation zur Interpretation des Willens und der Auffassung der von ihr vertretenen deutschen Arbeiter nicht besitzt. Es ist deshalb schlechterdings nicht vorstellbar, daß der deutsche Arbeiter es lange dulden wird, sich selbst oder sich in seinen Söhnen von den ihm 1945 präsentierten, abgedankten alten Gewerkschaftsoffizieren und -generälen mit Schmutz bewerfen zu lassen.

Allen ehemaligen Soldaten aber und ihrer Schicksalsgemeinschaft mag das Wort des Dichters gelten:

„Wenn Dich die Lästerzunge sticht,
So laß Dir dies zum Troste sagen:
Die schlechtsten Früchte sind es nicht,
Woran die Wespen nagen."

Selbständig Politisch Denken!

„Daß ein Staat sich in dem beständigen, immer härter werdenden Ringen um sein Dasein in guter Verfassung befindet, nicht ob er eine Verfassung hat, entscheidet über seine Zukunft."

Oswald Spengler

Es ist in der gegenwärtigen Situation eine besonders bittere Erkenntnis, mit der es jedoch fertig zu werden gilt, daß das jahrelange Trommelfeuer gegen den „Militarismus" den Bereich gesunden Wehrwillens und sachlichen Denkens über das Soldatentum bei uns in ein wüstes Trümmerfeld verwandelt hat, in dem der deutsche Michel orientierungs- und beziehungslos umherirrt. Von denen, die Heer und Wehrmacht stets nur als seelenloses technisches Machtinstrument und mangels eigener Erfahrung oder aus Voreingenommenheit nie als geistige und moralische Kraft begriffen haben, ist nicht zu erwarten, daß sie in der nun übriggebliebenen Mondlandschaft Wegweiser setzen, die das deutsche Volk auf den Weg einer vernünftigen und sachlichen Beurteilung wehrpolitischer Fragen und Probleme zurückzuführen vermögen.

Als Deutschland im Jahre 1945 zusammenbrach, waren die Siegermächte, die Westalliierten und die Sowjetunion, entschlossen, das deutsche Volk nicht nur physisch zu entmilitarisieren, sondern auch die letzte Spur eines gesunden Wehrwillens auszurotten. Nicht staatsmännische Weisheit, sondern törichte Verblendung hatte bei jenem unseligen Entschluß Pate gestanden. Man glaubte, das Volk der europäischen Mitte in einer staatlichen Gemeinschaft ordnen zu können, auch wenn man diesem werdenden deutschen Staat von vornherein das Rückgrat brach und ihm die Würde nahm. Es hat noch niemals einen Staat in der Geschichte gegeben, der eine segensreiche Ordnungsfunktion erfüllen konnte, wenn er nicht die Würde einer eigenen Wehr als sinnvollen Ausdruck seines Selbstbehauptungswillens besaß. Ein solcher Organismus verdient niemals den Namen Staat. Er kann auf die Dauer nicht die Bürde tragen, ein Volk von vielen Millionen in Ordnung zu bringen und zu halten. Ein

Staat ohne Würde ist seines wirksamsten Mittels beraubt, die auseinanderstrebenden Einzelinteressen nicht durch physischen Zwang, sondern durch echte Autorität, die nicht ohne Würde denkbar ist, zu vereinen und aus einem Haufen streitender Interessenten eine wirkliche Volksgemeinschaft zu schaffen. Man sollte vielleicht nicht so viel von Souveränität, sondern häufiger von der Würde des Staates sprechen.

Auch die noch nachwirkende jahrelange Diffamierung aller soldatischen Werte ist in hohem Maße für die mangelnde Wehrbereitschaft mitverantwortlich. Sie hat bewirkt, daß der Wehrdienst in den Augen vieler junger Menschen etwas Anstößiges und Abschreckendes geworden ist. Diese ungesunde und unnatürliche Einstellung kann nicht überwunden werden, solange selbst von manchen Fürsprechern einer neuen Wehrhaftmachung der Soldat und das Soldatentum zwar als notwendig, aber doch eben nur als Übel dargestellt werden. Sie wird überhaupt nicht zu beseitigen sein, solange man an den Mikrophonen sogenannter deutscher Sender behaupten darf, daß „eine Uniform anziehen und Soldat werden fortan bedeute, ein Stück Fleisch ohne Seele zu sein", solange von sogenannten deutschen Zeitungen — wie von der „Welt der Arbeit" vom 27. 3 1953 — kolportiert wird, daß „kein Mensch die in Werl, Wittlich oder Landsberg einsitzenden Leute und ihre uns in wacher Erinnerung bleibenden Taten ernsthaft in Schutz nehmen könne", und solange ein anderes Gewerkschaftsblatt unter der Überschrift „Die Ehre in Blech" soldatische Tapferkeitsauszeichnungen diskreditiert, indem es schreibt, daß „es eigentlich ganz egal sei, wieviel Blech sich einer umhänge: vorne, hinten, oben und unten; die Kölner täten das auch alle Jahre im Karneval und hätten viel Spaß dabei". Sinnigerweise nennt sich dieses Gewerkschaftsblatt „Aufwärts", obwohl ihm angesichts seiner Haltung die Bezeichnung „Abwärts" eher angepaßt wäre.

So geht es doch nun wirklich nicht. Hier darf der demokratische Staat nicht tatenlos zusehen. Wie hebt sich doch von diesen Würdelosigkeiten der freudige und herzliche Empfang ab, der dem bisher ebenfalls in Werl einsitzenden Generalfeldmarschall von Manstein von einer überwiegend aus Arbeitern bestehenden Bevölkerung bereitet wurde!

Erst wenn der Staat und alle wirklich demokratischen Parteien eindeutig zu ihren Soldaten stehen und den zukünftigen Wehrdienst als E h r e n d i e n s t anerkennen, wird für die junge Generation der Augenblick gekommen sein, sich freiwillig und aus innerer Überzeugung zur Verfügung zu stellen.

Andere Deutsche verschließen sich deshalb dem Wehrgedanken, weil sie das ungute Gefühl beherrscht, Deutschland werde auch weiterhin eine echte Gleichberechtigung und Partnerschaft vorenthalten. Wird die Frage der zu Unrecht Kriegsverurteilten nicht bald und gerecht gelöst, dann werden verständlicherweise bei vielen, ihrer inneren Einstellung nach durchaus wehrwilligen Menschen unüberwindbare Ressentiments bestehen bleiben, die zu einem tiefen Miß-

trauen gegen alle noch so lauten Beteuerungen des guten Willens und des gemeinsamen Interesses führen müssen. Den Deutschen aber, die sich heute nur von Verbitterung und beleidigten Gefühlen oder von pazifistischen Hirngespinsten leiten lassen, hat der bekannte amerikanische Publizist Robert Ingrim die treffende Antwort erteilt: „Der kürzeste Weg zur Gleichberechtigung geht über die Gewinnung der Wehrhaftigkeit, weil nicht geschätzt wird, wer geschützt werden muß. Eine Nation bekommt nämlich nicht Macht, wenn sie Recht hat, sondern Recht, wenn sie Macht hat. Ein wehrloser Staat ist ein Unstaat."

Das Recht der Selbstverteidigung ist von jeher im Völkerrecht als zwingendes Recht anerkannt. Es kann weder durch Diktat noch durch Vertrag beeinträchtigt werden. In allen maßgebenden internationalen Verträgen der letzten Jahrzehnte ist klar ausgesprochen, daß jeder Staat sein Gebiet gegen einen Angriff oder Einfall verteidigen darf. In der Charta der Vereinten Nationen ist festgelegt, daß nichts das unverzichtbare ureigene Recht der Staaten auf Selbstverteidigung einschränken könne. Dieses Recht ist ein anerkanntes Grundrecht nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die nach dem Grundgesetz einen Bestandteil des Bundesrechts bilden und sogar den Bundesgesetzen vorgehen. Das Recht der Selbstverteidigung ist ein Ausfluß der allgemeinen Staatsgewalt und daher auch unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Staatsgewalt, die nicht zu existieren aufgehört hat und lediglich von der Gewalt, die die Besatzungsmächte in Anspruch nehmen, überlagert ist. Das Grundgesetz hat eindeutig die Wehrhoheit für den Bund in Anspruch genommen, wenn es Bestimmungen über die Befreiung vom Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen und über das Verbot von Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges trifft. Es hat damit das Recht zur Selbstverteidigung mit der Waffe und das Recht der Vorbereitung einer solchen Selbstverteidigung für Deutschland in Anspruch genommen. Das politisch Notwendige erweist sich damit auch als verfassungsrechtlich zulässig, und die Freiheit des Individuums gewinnt nur im Rahmen der Pflicht gegenüber der Gemeinschaft ihren ethischen Sinn. Die Geschichte geht weiter. Die Naturgesetze lassen sich offenbar nicht vergewaltigen. Die Notwendigkeit, von neuem den Willen zur Selbstbehauptung zu bewähren oder unterzugehen, pocht unerbittlich an unsere Tore. Das Wesen der Demokratie besteht nach alter, bisher in Deutschland meisterhaft verschwiegener Tradition nicht zuletzt darin, daß der wehrfähige Staatsbürger für den Bestand des Ganzen, für die Freiheit der Volksgemeinschaft mithaftet, indem er sie persönlich verteidigt.

„Nichts ist so verderblich, als einer unvermeidbaren Gefahr nicht mit offener Stirn entgegenzugehen. Wie klein und schwach ein Staat in Beziehung auf seinen Feind auch sei, er soll sich die letzten Kraftanstrengungen nicht ersparen, oder man müßte sagen, es ist keine Seele mehr in ihm. Es kommt nicht darauf an, ob wir viele oder wenige Mittel zur Rettung haben; der Entschluß soll aus der Notwendigkeit der Rettung hervorgehen, nicht aus der

Leichtigkeit derselben. Es gibt keine Hilfe außer uns selbst; es gibt keine Rettung außer der, welche in unserer Kraft, in unserem Verstande, in unserem Herzen ist!"

Wir wollen diese alten, nichtsdestoweniger aber unvergänglichen Wahrheiten Carls von Clausewitz ebenso beherzigen, wie wir jener bekannten Wahlparole der deutschen Sozialdemokratie ernsthaft folgen sollten, die in geschickter Weise die Initialen des Parteinamens miteinander verknüpft und die da lautet: S elbständig P olitisch D enken! Ist es ein erstes Anzeichen undogmatischen, wirklich selbständigen politischen Denkens, wenn der stellvertretende Parteivorsitzende der Sozialdemokratie Mellies sich kürzlich das erstaunliche Bekenntnis abrang, daß „gerade der demokratische Staat die hohen Werte echten Soldatentums am wenigsten entbehren könne"? Darf das deutsche Volk hoffen? Darf es hoffen, daß die Sozialdemokratie aus den Fehlern und Sünden der Vergangenheit gelernt hat, daß sie nunmehr endgültig entschlossen ist, ihr Verhältnis zur Wehrpolitik und den Trägern eines gesunden Wehrgeistes, den Soldaten, zu überprüfen und der überfälligen Korrektur zu unterziehen?

Mit nicht zu überbietender Eindringlichkeit beweist der Ablauf der letzten Jahrzehnte, welche hohe innen- und außenpolitische Bedeutung einer gesunden und vernünftigen Wehrpolitik gerade in Deutschland zuzumessen ist. Noch einmal ist die Möglichkeit aufgetaucht, eine Wiederholung der schlechtesten Erfahrung aus der Weimarer Republik zu vermeiden, die das Schicksal der ersten deutschen Demokratie besiegelt hat. Wenn man das letzte Jahr vor der Machtergreifung Hitlers betrachtet, das Jahr, das von Brüning und Papen zu Schleicher führte, ist die Behauptung keine Übertreibung, daß die Frontstellung gegen die Wehrmacht, in die damals die Sozialdemokratie leider geraten war, schwerer wiegende Folgen hatte, als die sogenannte große Weltwirtschaftskrise, der gewöhnlich die Schuld für die nachfolgende Entwicklung zugeschoben wird. Denkt man an diese Zeit zurück, dann darf man noch erschüttert sein über die Geringfügigkeit der damaligen Anlässe, aus denen sich die Frontstellung der Sozialdemokratie gegen die Wehrmacht zugespitzt hatte. Aus dem Neubau des damals so berühmten Panzerkreuzers A wurde eine Weltanschauungsfrage gemacht, und übrig blieb das gegenseitige Mißtrauen zwischen Sozialdemokratie und Wehrmacht, das wir dann alle so teuer bezahlt haben. Zwischen Soldaten und Arbeitern darf es in Zukunft keine Feindschaft mehr geben. Dieser Aufgabe sollte eine kommende wehrgeistige Erziehung unseres Volkes besondere Aufmerksamkeit widmen. Im Interesse der Sozialdemokratie selbst dürfte es aber liegen, wenn sie aus ihren Reihen alle unbelehrbaren und demagogischen Elemente ausscheiden würde, deren Lebenselement ein unbezähmbarer Haß gegen alles Soldatisches ist, wenn sie in den großen politischen Gegenwartsfragen unseres Volkes mitreden und mitbestimmen will, die nun einmal nicht ohne die vorgestern noch diffamierten „Helden in Saus und Braus" gemeistert werden können. Denn anders bleibt der Verdacht bestehen, daß sie

grundsatzlos sich jeweils den Strömungen der Zeit anpaßt und daher der moralischen Zuverlässigkeit für die Eventualitäten einer vielleicht wechselvollen Zukunft ermangelt. Im Interesse der Zukunft unseres Volkes wollen wir hoffen, daß der neue Ton und der neue Geist, wie er aus den zitierten Worten ihres stellvertretenden Parteivorsitzenden spricht, nicht nur von parteipolitischen und parteitaktischen Motiven bestimmt ist. Denn wie noch niemals zuvor in seiner Geschichte braucht das deutsche Volk heute eine geschlossene Front aller staatstragenden und staatsbejahenden Kräfte vor allem in den Fragen der Wehrpolitik.

Das deutsche Volk darf sich glücklich schätzen, daß in diesen entscheidungsvollen Jahren, in denen es um seine Einheit, Freiheit und Sicherheit ringt, die deutschen Soldaten sich in klarer Nüchternheit und Besonnenheit dem an sie ergehenden Ruf nicht versagen, obwohl Grund genug dazu gegeben wäre. Die Hand der Soldaten ist ausgestreckt. Wird die deutsche Sozialdemokratie in sie einschlagen?

Der Verfasser kann das, was er zu sagen hatte, nicht besser ausklingen lassen als mit den Worten eines sozialdemokratischen Abgeordneten, die dieser in der Verfassunggebenden Landesversammlung von Großhessen am 1. Oktober 1946 sprach: „Es ist manchmal nötig, auch Dinge zu berühren, die unangenehm klingen. Ich habe einige unangenehme Dinge berühren müssen. Damit will ich schließen, und es wird für Sie nicht überraschend sein, daß ich mit dem Storm'schen Verse schließe:

‚Blüte edelsten Gemütes
Ist die Rücksicht; doch zu Zeiten
Sind erfrischend wie Gewitter
Gold'ne Rücksichtslosigkeiten'."

Biographische Angaben

BARTH, Emil

Metallarbeiter, dann Gewerkschaftsbeamter. Barth trat schon im Weltkrieg dem Spartakusbund bei und gründete 1917 die illegale Organisation der revolutionären Obleute. Nach dem 9. November 1918 wurde er Volksbeauftragter. Er veröffentlichte seine Erinnerungen unter dem Titel: „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" (1920).

BÄRSCH, Siegfried Kurt

Dr. med., seit 1945 Arzt und Journalist. Wurde 1949 in den Bundestag gewählt.

BEBEL, August

Drechsler. 1861 schloß er sich der deutschen Arbeiterbewegung an. 1867 wurde er Vorsitzender des Verbandes der deutschen Arbeitervereine. 1869 half er die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eisenach gründen. Seit 1867 war er Mitglied des Deutschen Reichstags. Er ist an der Ausarbeitung des Erfurter Programms maßgeblich beteiligt und wurde schließlich der anerkannte Führer der Partei. Auch als sozialistischer Schriftsteller wurde er sehr bekannt. Sein meistgelesenes sozialistisches Buch ist „Die Frau und der Sozialismus". Bebel starb 1913.

BECK, Heinz Karl

Dr., seit 1945 Referent im Bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus, seit 1946 Mitglied des Bayerischen Landtags. 2. Präsident des Bayerischen Jugend-Ringes und Mitglied des Bayerischen Rundfunkrates.

BEHRISCH, Arno Erich

Schriftsetzer. Nach der Kapitulation Parteisekretär der SPD in Hof; Geschäftsführer der Oberfränkischen Verlagsanstalt und Druckerei in Hof. Mitglied des Bayerischen Landtags seit 1946 und des Bundestags seit 1949. 2. Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der SPD.

CALWER, Richard

Schriftsteller, Herausgeber verschiedener Zeitschriften. Verfasser des Buches „Einführung in den Sozialismus".

CRISPIEN, Artur

Maler. 1906 Parteisekretär für Westpreußen und 1912 Redakteur in Stuttgart. Im Weltkrieg schloß er sich der USPD an. Nach der Novemberrevolution stand er kurze Zeit mit an der Spitze der revolutionären Regierung in Württemberg. 1919 wurde er Vorsitzender der USPD, 1920 Reichstagsabgeordneter. Nach der Vereinigung der USPD mit den Mehrheitssozialisten (September 1922) wurde C. Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes. U. a. schrieb er die Bücher: „Die Internationale" und „Glossen eines vaterlandslosen Gesellen". C. war Mitglied der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

DAVID, Eduard

Dr. phil., Gymnasiallehrer. Als Mehrheitssozialist wurde D. im Oktober 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, im Februar 1919 für kurze Zeit Präsident der Weimarer Nationalversammlung und dann Minister

im Kabinett Scheidemann; unter den Reichskanzlern Gustav Bauer und Hermann Müller war er anfangs Reichsminister des Innern (bis Oktober 1919), darauf Minister ohne Portefeuille (bis Juni 1920). 1920 wieder Reichstagsabgeordneter.

DEUTSCH, Julius

Arbeiter. Als sozialdemokratischer Gewerkschaftsvertreter im österreich-ungarischen Kriegsministerium ist D. an der Vorbereitung des Umsturzes von 1918 beteiligt. In der Republik Österreich organisierte er 1918 bis 1920 zunächst als Unterstaatssekretär, dann als Staatssekretär des Heerwesens die Volkswehr, deren Soldaten fast ausschließlich einer sozialdemokratischen Gewerkschaft, dem sog. Militärverband, angehörten. Nach seinem Rücktritt schuf D. als Stoßtrupp der sozialdemokratischen Partei den Republikanischen Volksbund. Er schrieb: „Aus Österreichs Revolution" (1922) und „Wehrmacht und Sozialdemokratie" (1927).

DITTMANN, Wilhelm

Tischler. D. wurde 1899 Redakteur in Bremerhaven, 1904 Parteisekretär in Frankfurt/Main und 1912 Reichstagsabgeordneter. Im Weltkrieg schloß er sich den Unabhängigen an, zu deren Führern er fortan zählte; wegen seiner Einwirkung auf den Berliner Januarstreik 1918 wurde er als Landesverräter verurteilt. Nach der Revolution war D. vom 9. November bis 29. Dezember 1918 Volksbeauftragter. 1920 wurde er Mitglied und Vizepräsident des Reichstags. Nach der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien wurde er Vorstandsmitglied der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und geschäftsführender Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

DRAHN, Ernst

Archivar des Sozialdemokratischen Parteiarchivs in Berlin und Begutachter an der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin; Verfasser zahlreicher bibliographischer und geschichtlicher Abhandlungen über den Sozialismus, insbesondere über seine großen Theoretiker.

EBERT, Friedrich

Sattler. 1893 wurde E. Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung". 1900 Arbeitersekretär und Mitglied der Bremer Bürgerschaft, 1905 Sekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Berlin. 1913 wurde E. als Nachfolger Bebels zum Vorsitzenden der Partei gewählt. 1916 wurde er Fraktionsvorsitzender neben Scheidemann und 1918 Vorsitzender des parlamentarischen Hauptausschusses. Die mehrheitssozialistische Politik des Weltkrieges war in den entscheidenden Punkten sein Werk. 1917 nahm er als Führer der deutschen Abordnung an der internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm teil. Am 9. Nov. 1918 übernahm E. aus den Händen des Prinz Max von Baden das Reichskanzleramt. Im Rat der Volksbeauftragten, der am 11. November ins Leben trat, hatte er die tatsächliche Leitung. Am 11. Febr. 1919 wurde er von der Weimarer Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt; unter Verzicht auf die verfassungsmäßige unmittelbare Volkswahl wurde seine Amtszeit als Reichstagspräsident bis zum 30. Juni 1925 verlängert. Kurz vor diesem Zeitpunkt starb E. an den Folgen einer Operation.

ENGELS, Friedrich

Kaufmann. Sein Vater war rheinischer Industrieller. Schon in seiner Lehrzeit arbeitete er an den sozialistischen und radikalen Zeitschriften des

„Jungen Deutschland" mit. Im Jahre 1842 lernte er seinen späteren Freund Karl Marx kennen, der Redakteur an der fortschrittlichen „Rheinischen Zeitung" in Köln war. Alsdann ging E. zur weiteren Ausbildung in das Kontor des väterlichen Zweiggeschäftes in Manchester und schrieb hier sein bekanntes Werk „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" (1845), das für die sozialistische Auffassung des Schicksals der Arbeiterklasse grundlegend wurde. Von 1844 bis 1848 lernte er auf vielen Reisen die Anfänge kommunistischer und sozialistischer Parteien in Europa kennen. 1847 traten Marx und Engels in den „Bund der Kommunisten" (Brüssel) ein und verfaßten in dessen Auftrag das an die „Proletarier aller Länder" gerichtete „Manifest der kommunistischen Partei" (1847), das die Programmschrift des Sozialismus und Kommunismus des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert wurde. E. unterstützte Marx nicht nur finanziell und ermöglichte dadurch diesem die Arbeit an seinem Lebenswerk, sondern er wirkte auch durch seine hervorragende schriftstellerische Tätigkeit an der Ausbreitung des marxistischen Sozialismus entscheidend mit. Seit 1870 war er Sekretär im Generalrat der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" in London. Er starb am 5. August 1895 in London.

FETTE, Christian

Schrift- und Maschinensetzer. Gauvorsitzender des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für Rheinland-Westfalen, Köln, 1933 entlassen, später wieder Schriftsetzer. Nach der Kapitulation 1. Vorsitzender der Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier und nach dem Tode Dr. Böcklers 1. Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

FREITAG, Walter

Mitglied des Deutschen Bundestags seit 1949, Vorsitzender der Industrie-Gewerkschaft Metall, 1952 als Nachfolger Christian Fettes zum 1. Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

HAAS, Franz

Schriftsetzer. Seit 1945 Parteisekretär, stellvertr. Bezirks-Vorsitzender der SPD in Franken, Stadtrat in Nürnberg. H. wurde 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Bayerischen Landesversammlung und des Bayerischen Landtags.

HAASE, Hugo

Rechtsanwalt. H. gehörte von 1897 bis 1907 und von 1912 bis 1918 dem Reichstag an und wurde auch 1919 in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. 1912 übernahm er den Vorsitz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; im Weltkrieg hielt er sich zur äußersten Linken und war seit 1916 einer der Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs war er vom 9. November bis 29. Dezember 1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. Am 7. November 1919 starb er an den Folgen eines aus persönlichen Gründen verübten Attentats.

HAENISCH, Konrad

Dr. rer. pol .h.c., sozialistischer Kulturpolitiker und Journalist. 1911 wurde H. Leiter der sozialdemokratischen Flugschriftenzentrale in Berlin und zugleich Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Als Mehrheitssozialist wurde er nach der November-Revolution preußischer Kultus-

minister. 1923 wurde er Regierungspräsident von Wiesbaden. Seine bekannteste Schrift: „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg" (1916).

HAGEN, Lorenz

Vorsitzender des Landesbezirks Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Bayerischen Landtags seit 1946.

HEINE, Wolfgang

Rechtsanwalt. Seit 1898 Reichstagsabgeordneter; im Dezember 1918 als Mehrheitssozialist preußischer Justizminister. Vom März 1919 bis März 1920 preußischer Minister des Innern. Mitglied der Weimarer Nationalversammlung; von 1923 bis 1925 Mitglied des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Mitarbeiter an verschiedenen sozialistischen Zeitungen.

HILDENBRAND, Karl

Schriftsetzer. Von 1892 bis 1902 Redakteur. Mitglied des Württ. Landtags von 1900 bis 1913, Mitglied des Reichstags von 1903 bis 1918. Mitglied der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und 1920 wieder Mitglied des Reichstags.

HILLE, Arnold

Dr., Direktor des Arbeitsamtes München. Seit 1946 Mitglied des Bayerischen Landtags.

HIRSCH, Paul

Politischer Schriftsteller. 1900 Stadtverordneter in Charlottenburg, 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und 1919 des Preußischen Landtags; November 1918 bis März 1920 war er der erste sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens. 1922 wurde er Zweiter Bürgermeister von Dortmund. H. ist Verfasser zahlreicher sozialistischer und kommunalpolitischer Schriften.

KAUTSKY, Karl

Schriftsteller. 1881 übersiedelte K. nach London als Privatsekretär von Friedrich Engels. Er ist der Gründer der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Die neue Zeit", die er im internationalen Sinne leitete (1883—1917). K. ist der Hauptverfasser des Erfurter Programms. Er galt bis zum Weltkrieg als anerkannter Interpret der Werke von Marx und als Hüter der marxistischen Theorien. K. war 1914 bis 1918 von der Hauptschuld der deutschen-österr. Regierung am Weltkrieg überzeugt; später schränkte er diese Auffassung ein. 1917 schloß er sich der USPD an. Nach dem Umsturz war K. politischer Berater des Ebert-Kabinetts und erhielt den Auftrag von dieser Regierung zur Durchsicht der Akten des Auswärtigen Amtes. K. ist der Verfasser zahlreicher sozialistischer Schriften.

KEIL, Wilhelm

Drechsler. Von 1896 bis 1930 war K. Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht"; dazwischen 1912—1923 württ. Wirtschaftsminister, 1900 bis 1933 Mitglied des Württ. Landtags, 1919 bis 1920 Präsident der Verfassunggebenden Württ. Landesversammlung, 1910—1932 Mitglied des Reichstags, 1919 bis 1920 Mitglied der Nationalversammlung. Nach der Kapitulation 1945 wurde K. Leiter der Kommunalvertretung Ludwigsburg und Vorsitzender der Landräte-Konferenz. Anschließend wurde er Präsident der

vorläufigen Volksvertretung und des Verfassungsausschusses in Württemberg-Baden. Ab 1947 war er Präsident des Württ.-Badischen Landtags. Von 1948 bis 1949 gehörte er dem Parlamentarischen Rat in Bonn an.

KOLB, Wilhelm

Redakteur des Karlsruher „Volksfreund"; Landtagsabgeordneter und Fraktionsführer der SPD im Badischen Landtag.

LASSALLE, Ferdinand

Gründer und Führer der ersten sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Verfasser zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Schriften. 1848/1849 beteiligte er sich an der Revolution als entschiedener Demokrat und arbeitete an Karl Marxs neuer „Rhein. Zeitung". Bei Ausbruch des italienischen Krieges von 1859 trat L. in der Flugschrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens" für eine preußische Politik ein, die diese Gelegenheit zur Besitzergreifung von Schleswig-Holstein benutzen und bei einem Angriff Napoleon III. mit Hilfe des Krieges gegen Frankreich die deutsche Einigung im Sinne der 48er Demokratie und unter Ausschluß Österreichs durchführen sollte. Durch seine Stellungnahme zur Arbeiterfrage empfahl sich L. den deutschen Arbeitervereinen, die nach einer eigenen Parteivertretung strebten. Am 23. Mai 1863 wurde der „Allgem. Deutsche Arbeiterverein" gegründet und L. zum Präsidenten auf 5 Jahre gewählt. L. hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland ins Leben gerufen; er hat durch seine scharfe Kritik der liberalen Manchesterlehre viel dazu beigetragen, daß die Bedeutung des Staates für die wirtschaftlichen Aufgaben in der öffentlichen Meinung immer mehr anerkannt wurde. Sein leidenschaftlicher Ehrgeiz, seine ungewöhnliche Arbeitskraft und seine glänzende Rednergabe haben ihn zu einem der größten Agitatoren der deutschen Geschichte gemacht. Im Gegensatz zu Marx bejahte er die nationale Einheitsbewegung und erkannte vor allem den bestehenden Staat als realpolitische Grundlage seiner nächsten sozialistischen Ziele an. In der Nachwirkung der deutschen Sozialdemokratie ist er von Marx in den Hintergrund gedrängt worden. Die Richtung L.s ging auf dem Kongreß zu Gotha 1875 in der von Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten marxistischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm von 1869) auf. Erst um die Jahrhundertwende griff der Revisionismus wieder auf den staatsbejahenden und reformistischen Sozialismus L.s zurück; im Weltkrieg haben sich die Mehrheitssozialisten vielfach auf die nationale Einstellung L.s berufen.

LEDEBOUR, Georg

L. leitete erst demokratische, dann sozialdemokratische Blätter und gehörte 1900 bis 1918 dem Reichstag an. Im Weltkrieg stimmte er mit dem linken Flügel seiner Partei gegen die Kriegskredite und schloß sich 1916/17 der Unabhängigen Sozialdemokratie an. Bei der Revolution vom 9. November 1918 wirkte er entscheidend mit. Als schroffer Gegner der Mehrheitssozialisten nahm er im Januar 1919 am kommunistischen Aufstand in Berlin teil. 1920 bis 1924 war er abermals Reichstagsabgeordneter.

LENSCH, Paul

Politiker und Publizist. L. wurde 1900 sozialdemokratischer Schriftleiter in Straßburg und 1902 in Leipzig, wo er 1905 bis 1913 die „Leipziger Volkszeitung" leitete; 1912 bis 1918 war er Reichstagsabgeordneter. Zu Anfang des Weltkrieges gehörte er zu dem radikalen Flügel seiner Partei, trat dann aber entschieden für die Politik der Mehrheitssozialisten

ein. 1919 wurde er Prof. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Univ. Berlin. Aus der Sozialdemokratischen Partei schied er 1922 aus. Von ihm stammt eine Reihe von Schriften über die deutsche Sozialdemokratie.

LIEBKNECHT, Karl

Rechtsanwalt. L. wurde 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und 1911 des Reichstags; innerhalb der Sozialdemokratie gehörte er zur äußersten linken Gruppe. Im August 1915 stimmte er mit wenigen anderen gegen die Kriegskredite; im Januar 1916 trat er endgültig aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus. Anschließend wurde er als Armierungssoldat eingezogen. Als er am 1. Mai 1916 in Berlin eine öffentliche Kundgebung gegen den Krieg veranstaltete, wurde er wegen Hochverrats zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Oktober 1918 begnadigt, trat er mit Rosa Luxemburg an die Spitze des von ihm gegründeten Spartakusbundes, aus dem bald darauf die Kommunistische Partei hervorging. Sein Versuch, am 9. November 1918 die Räterepublik auszurufen, scheiterte in der Hauptsache daran, daß ihm der Mehrheitssozialist Scheidemann mit der Ausrufung der Republik zuvorkam. Gegen die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten unternahm L. den Januar-Aufstand 1919 in Berlin, in dessen Verlauf er mit Rosa Luxemburg verhaftet und bei einem vermeintlichen Fluchtversuch erschossen wurde. L. ist der Verfasser zahlreicher radikaler Schriften.

LIEBKNECHT, Wilhelm

Politiker und Schriftsteller. 1848/1849 beteiligte sich L. an den damaligen Aufständen in Süddeutschland. Von 1850 ab lebte er in enger Freundschaft mit Karl Marx in London. 1862 kehrte er nach Deutschland zurück. Neben Bebel wurde er der erste Abgeordnete der neuen sozialdemokratischen Partei im Reichstag (1867 bis 1870 und wieder seit 1874); 1879 bis 1892 war er auch Mitglied der sächsischen Zweiten Kammer. Seit 1868 leitete er das „Demokratische Wochenblatt" (1869 in den „Volksstaat" umgewandelt), dann bis 1878 den „Vorwärts". Nach Ablauf des Sozialisten-Gesetzes ließ er sich 1890 in Berlin nieder, wo er wieder die Leitung des „Vorwärts" übernahm. Er ist ebenfalls Verfasser zahlreicher Schriften.

LÖBE, Paul

Schriftsetzer. L. wurde 1899 Schriftleiter der sozialdemokratischen „Volkswacht" in Breslau. Im Juli 1919 wurde er als einer der führenden Mehrheitssozialisten zum Vizepräsidenten der Weimarer Nationalversammlung, im Juli 1920 zum Reichstagspräsidenten gewählt und behielt dieses Amt seitdem mit einer kurzen Unterbrechung (1924) bis 1933 bei. L. war ein Vorkämpfer der Anschlußbewegung; er stand an der Spitze des Österr.-Deutschen Volksbundes. Nach der Kapitulation Redakteur der Zeitung „Das Volk", Mitglied des Zentralausschusses der SPD in Berlin, 1946 Liz.-Träger und Mitherausgeber des „Telegraf", Mitglied des Parteivorstandes der SPD, 1948/1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn.

LUCHT-PERSKE, Hilde

Journalistin, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

LUXEMBURG, Rosa

Soz. Politikerin. Aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie in Russ.-Polen stammend, kam R. L. frühzeitig mit dem Sozialismus in Berührung und ging deshalb nach Zürich, wo sie Nationalökonomie studierte. Von

hier begab sie sich nach Deutschland, betätigte sich in der sozialdemokratischen Agitation und gehörte bald zu den Führern der radikalen Richtung in der deutschen Sozialdemokratie. Um sich gegen eine Ausweisung als Ausländerin zu schützen, schloß sie 1898 eine Scheinehe mit dem deutschen Sozialisten Gustav Lübeck. 1905 war sie an der russischen Revolution beteiligt, kehrte nach halbjähriger Gefängnisstrafe nach Deutschland zurück und übernahm hier das Lehramt für Nationalökonomie an der von der sozialdemokratischen Partei gegründeten Berliner Parteischule. Während des Weltkriegs war sie fast immer im Gefängnis zur Strafe oder in Schutzhaft. Sie verurteilte in ihrer Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie. An Junius" (Zürich 1916) die Kriegspolitik der Sozialdemokratie aufs schärfste und trat mit Karl Liebknecht zusammen in die revolutionäre Spartakusgruppe und nach dem Ausbruch der Revolution 1918 in die Kommunistische Partei ein, für die sie mit Liebknecht die „Rote Fahne" herausgab. Im Januar 1919 wurde sie in Berlin nach ihrer Verhaftung auf dem Transport zum Untersuchungsgefängnis getötet. Auch sie ist Verfasserin zahlreicher radikaler Schriften.

MELLIES, Wilhelm

Lehrer. Vor 1933 Mitglied des Lipp. Landtags. Nach 1945 Landrat im Kreis Detmold, ab Mai 1948 Mitglied des Wirtschaftsrates in Frankfurt und seit 1949 Mitglied des Deutschen Bundestages; 2. Vorsitzender der SPD.

MÜLLER, Hermann

Kaufmännischer Angestellter. M. wurde 1899 Schriftleiter der sozialdemokratischen „Görlitzer Volkszeitung" und 1906 Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes. 1916 wurde er in den Reichstag, 1919 in die Weimarer Nationalversammlung, seit 1920 wieder in den Reichstag gewählt. Im November 1918 war er Mitglied des Vollzugsrates und des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte. Im Juni 1919 wurde er Reichsaußenminister (Kabinett Bauer) und unterzeichnete den Versailler Vertrag; nach dem Kapp-Putsch wurde er Ende März 1920 Reichskanzler, trat aber infolge der Reichstagswahlen bereits anfangs Juni zurück. Seitdem war er Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Im Mai 1928 bildete er sein 2. Kabinett auf der Grundlage der Großen Koalition. Im März 1930 trat sein Kabinett zurück.

NOSKE, Gustav

Holzarbeiter. N. wurde 1897 sozialdemokratischer Schriftleiter, zuletzt (1902 bis 1918) an der „Chemnitzer Volksstimme". Seit 1906 gehörte er dem Reichstag an. Während der November-Revolution von 1918 wurde er von der Reichsregierung (Prinz Max von Baden) nach Kiel gesandt, wo es ihm bald gelang, die Ordnung wieder herzustellen. Am 28. Dez. 1918 trat er in den Rat der Volksbeauftragten ein; Anfang 1919 warf er als Oberbefehlshaber der regierungstreuen Truppen den Berliner Spartakistenaufstand nieder; im Februar 1919 wurde er der erste Reichswehrminister und legte den Grund zum Aufbau der neuen Reichswehr. Nach dem Kapp-Putsch, für dessen Ausbruch ihn seine eigene Partei verantwortlich machte, mußte er im März 1920 zurücktreten. Am 1. Juli 1920 wurde er Oberpräsident der Prov. Hannover.

OLLENHAUER, Erich

Gelernter Kaufmann. Von 1920 bis 1929 Redakteur der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend", 1921—1946 Sekretär der Sozialistischen Jugend-Internationale, 1928—1933 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Deutschlands. Ab Mai 1933 Mitglied des emigrierten Parteivorstandes der SPD,

bis 1938 in Prag, danach in Paris, ab 1940 in London. Seit Mai 1946 stellvertretender Parteivorsitzender und seit 1952 1. Vorsitzender der SPD. Mitglied des Bundestags.

SCHEIDEMANN, Philipp

Buchdrucker. Seit 1890 sozialdemokratischer Tagesschriftsteller, Sch. wurde 1903 Reichstagsabgeordneter, 1905 Hauptschriftleiter in Kassel und siedelte 1911, in den sozialdemokratischen Parteivorstand gewählt, nach Berlin über. Als erster Sozialdemokrat wurde er 1912 vorübergehend zum ersten Vizepräsidenten des Reichstags gewählt. Anfang Oktober 1918 wurde er Staatssekretär ohne Geschäftsbereich im Kabinett des Prinzen Max von Baden; am Morgen des 9. Nov. legte er dieses Amt nieder und rief mittags vom Balkon des Reichstags die deutsche Republik aus. Dann war er Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, wurde in die Weimarer Nationalversammlung gewählt und trat im Febr. 1919 als Reichsministerpräsident an die Spitze des ersten parlamentarischen Kabinetts der Republik. Nachdem er den Versailler Vertrag mit den Worten „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?" (Rede vom 11. Mai) als unannehmbar bezeichnet hatte, trat er im Juni 1919 zurück. 1920 bis 1925 war er Oberbürgermeister in Kassel, seit 1920 wieder Reichstagsabgeordneter. Er prägte im März 1919 das Schlagwort „Der Feind steht rechts!". Sch. ist der Verfasser zahlreicher politischer Schriften.

SCHIPPEL, Max V.

Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Sch. stand zunächst auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie, entwickelte sich jedoch seit Ende der achtziger Jahre immer mehr zu einem der geistig führenden Vertreter des Revisionismus. 1890 bis 1905 gehörte er dem Reichstag an; im November 1905 legte er sein Mandat nieder. Er wurde 1919 Leiter der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, 1925 Prof. für Sozialpolitik an der Techn. Hochschule Dresden. Seit 1897 arbeitete er führend an den „Sozialistischen Monatsheften" mit. Sein wissenschaftliches Arbeitsgebiet bildeten Sozial-, Handels-, Kolonial- und Agrarpolitik. Er veröffentlichte mehrere wissenschaftliche Bücher.

SCHMID, Carlo

Rechtsanwalt, Richter und Dozent. Ab 1940 Dienst bei der Mil.Verwaltung in Frankreich. 1945 ord. Prof. für öffentl. Recht an der Universität Tübingen; 1946 Staatssekretär für Justiz in Württemberg-Hohenzollern, Mai 1947 bis April 1950 Justizminister, ab August 1948 zugleich Stellv. Staatspräsident. Seit 1946 Landesvorsitzender der SPD in Südwürttemberg, seit 1947 Mitglied des Parteivorstandes der SPD; 1. Vizepräsident des Bundestags, Vors. des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, 3. Vorsitzender der SPD.

SCHÖNLANK, Bruno

Schriftsteller und Politiker. Sch. wurde 1890 Schriftleiter des „Vorwärts", 1894 Hauptschriftleiter der „Leipziger Volkszeitung". Sch. war einer der führenden Publizisten, Politiker (1893 bis 1901 Mitglied des Reichstags) und Redner der Sozialdemokratischen Partei sowie Neugestalter ihrer Presse. Er veröffentlichte zahlreiche sozialistische Schriften.

SCHUMACHER, Kurt

Dr., nach dem ersten Weltkrieg vorübergehend wissenschaftl. Hilfsarbeiter im Reichsarbeitsministerium. 1920 bis 1933 politischer Redakteur der

„Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart; 1924 bis 1931 Mitglied des Württ. Landtags und 1930 bis 1933 des Reichstags (Mitglied d. Frakt.-Vorstands d. SPD). Seit Mai 1946 1. Vorsitzender der SPD, seit August 1949 Mitglied des Bundestags.

SEVERING, Carl

Schlosser. S. übernahm 1901 als Geschäftsführer die Leitung der Verwaltungsstelle Bielefeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes und leitete seit 1912 die Bielefelder „Volkswacht". 1907 bis 1911 war er sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Als Mehrheitssozialist wurde er 1919 in die Weimarer Nationalversammlung und in die preußische Landesversammlung gewählt; er gehörte 1920 bis 1933 wieder dem Reichstag und 1921 bis 1933 dem preuß. Landtag an. 1919/1920 war er Reichskommissar und preußischer Staatskommissar für Westfalen. Vom März 1920 bis März 1921, vom Nov. 1921 bis Anfang 1925, vom April 1925 bis Okt. 1926 war S. preußischer Minister des Innern und neben dem gleichfalls sozialdemokratischen Ministerpräsident Otto Braun die führende Persönlichkeit der damaligen preußischen Regierung; vom Juni 1928 bis März 1930 war er Reichsminister des Innern im zweiten Kabinett Hermann Müller. Im Oktober 1930 wurde er wieder Reichsminister des Innern; gegen ihn und den Ministerpräsidenten Braun richtete sich die Einsetzung des Reichskanzlers v. Papen zum Reichskommissar von Preußen (20. Juli 1932).

SOLLMANN, Wilhelm

Kaufmännischer Angestellter. S. wurde 1913 Hauptschriftleiter der sozialdemokratischen „Rhein. Zeitung" in Köln. 1919/1920 war er Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und 1920 bis 1933 des Reichstags; vom August bis Nov. 1923 Reichsinnenminister in den beiden Kabinetten Stresemann. S. tat sich besonders im Abwehrkampf gegen die französische Rheinpolitik und den Separatismus 1922/1923 hervor. Er hat sich auch in der deutschen Antialkoholbewegung führend betätigt.

STOCK, Jean

Buchdrucker. 1919 Stadtrat in Aschaffenburg, Mitglied des Bayer. Landtag, später Geschäftsführer des Verlags der „Aschaffenburger Volks-Zeitung". Seit 1933 Buchdruckereibesitzer. Nach der Kapitulation Oberbürgermeister und Landrat von Aschaffenburg. Ab Dez. 1945 Reg.-Präs. von Unterfranken, seit 1946 wieder Mitglied des Bayer. Landtags (Frakt.-Vors. der SPD) und von 1948 bis 1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn.

STRÖBEL, Heinrich

Schriftsteller. Von 1892 bis 1900 Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen in Kassel und Kiel. 1900 bis 1916 Redakteur am „Vorwärts". Seitdem freier Schriftsteller. S. gehörte von 1908 bis 1918 dem preußischen Abgeordnetenhaus an. Vom 11. November 1919 bis Anfang Januar 1920 war er Mitglied des Preußischen Ministeriums. Er wurde 1924 in den Reichstag gewählt.

VEIT, Hermann

Dr. h. c., Rechtsanwalt. 1945 Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe; seit Dezember 1946 Wirtschaftsminister und seit Januar 1951 zugleich stellv. Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Seit 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Badisch-Württ. Landesversammlung und des Landtags. V. wurde 1949 in den Bundestag gewählt.

VOM HOFF, Hans

Mitglied des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

WEIS, Otto

Tapezierer. W. wurde 1907 sozialdemokratischer Parteisekretär für die Provinz Brandenburg und 1913 Mitglied des Parteivorstandes; nach Ausbruch der November-Revolution 1918 war er für kurze Zeit Kommandant von Berlin. Von 1912 bis 1918 gehörte er dem Reichstag, 1919/1920 der Weimarer Nationalversammlung, 1920 bis 1933 wieder dem Reichstag an. Seit 1931 war er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei.

WINNING, August

Maurer. W. wurde 1905 Schriftleiter des Verbandsblattes der Maurer „Der Grundstein" und 1913 Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, im November 1918 Bevollmächtigter des Reiches für die baltischen Lande und Reichskommissar für Ost- und Westpreußen, im Juli 1919 Oberpräsident von Ostpreußen. Im März 1920 wurde er seines Amtes enthoben und aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, da er sich angeblich dem Kapp-Putsch angeschlossen hatte. W. ist Verfasser zahlreicher sozialistischer und politisch-historischer Schriften.

ZIMMERMANN, Gustav

Z. war von 1918 bis 1933 Redakteur an verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen; von 1919 bis 1933 Stadtrat in Mannheim und stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Badens. Nach dem Zusammenbruch von 1945 war Z. 2. Vorsitzender der SPD von Württemberg-Baden; Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und des Landtags, Mitglied des Parlamentarischen Rats in Bonn, stellv. Präsident des Landtags in Württemberg-Baden und geschäftsführender Präsident des Landesbezirks Baden.

Literatur-Verzeichnis

Amtlicher stenographischer Bericht der 36. Sitzung des deutschen Reichstages, Die Unabhängigen Sozialdemokraten, Berlin 1917

Andersen, Gustav, Unsere Stellung zur Sozialdemokratie nach Weltkrieg und Umsturz, Leipzig 1922/1924

Bernstein, Eduard, Was ist, was will der Sozialismus? (Was die Sozialdemokratie will), Berlin 1919

Blum, Hans, Die Lügen unserer Sozialdemokratie, Nach amtlichen Quellen enthüllt und widerlegt, Wismar 1891

Bonne, Georg, Der deutsche Militarismus in seiner Bedeutung für die menschliche Kultur, München 1917

Bovenschen, Albert, Die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie in ihrer geschichtlichen Entwicklung am Erfurter Programm und an der deutschen Revolution, dargestellt und beleuchtet, Berlin 1920

Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949

Calwer, Richard, Das sozialdemokratische Programm, Berlin 1914

Chamberlin, W. H., Amerikas zweiter Kreuzzug, Bonn 1952

David, Eduard, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915

Deutsch, Julius, Wehrmacht und Sozialdemokratie, Berlin 1927

Deutsches Büro für Friedensfragen, Die Wiederaufrüstung Deutschlands im Spiegel der Presse, 1950

Diogenes, Die Ohnmacht der Sozialdemokratie, München 1919

Drahn, Ernst, Die deutsche Sozialdemokratie, Werden, Wollen, Wirken, München 1926

Druck und Verlag der Buckdruckerei der „Heilbronner Zeitung", Heilbronn, Die Sozialdemokratie nach ihren Worten und Taten, 1912

Faltz, Walter, Politisches Soldatentum, Carl von Clausewitz. Aus seinen Schriften, Auszug, eingef. und ausgewählt. Berlin/Leipzig 1941

Foerster, Fr. W., Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland, Stuttgart 1920

Frauenholz, Eugen, Wehrpolitik und Wehrwissen, Leipzig 1935

Gewerkschaftskartell, Arbeitsführer als Verräter, Dokumente aus der Kriegszeit, Leipzig 1919

Glum, Friedrich, Das geheime Deutschland, Die Aristokratie der demokratischen Gesinnung, Berlin 1930.

Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920

Haenisch, Konrad, Zur Lage der Partei, Hamburg 1916

so erschöpfender und überzeugender Weise, daß jeder historisch und politisch interessierte Leser aus diesem Buch wesentliche Erkenntnisse für die Bildung seiner Meinung schöpfen wird. Dieses Buch wird in der deutschen Öffentlichkeit eine breite und tiefe Wirkung erzielen, nicht im Interesse einer Partei, sondern zum Wohl unseres Vaterlandes. Wenn Einheit, Freiheit und Sicherheit die unverrückbaren Ziele deutscher Außenpolitik sind, dann ist es das Verdienst des Verfassers, hinsichtlich der innenpolitischen Voraussetzungen einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Problems der Sicherheit geleistet zu haben. Dies umsomehr, als die Schrift das ganze Problem bis in die jüngste Gegenwart hinein beleuchtet, also von aktueller Bedeutung ist.

SÜD-WEST-VERLAG
Stuttgart